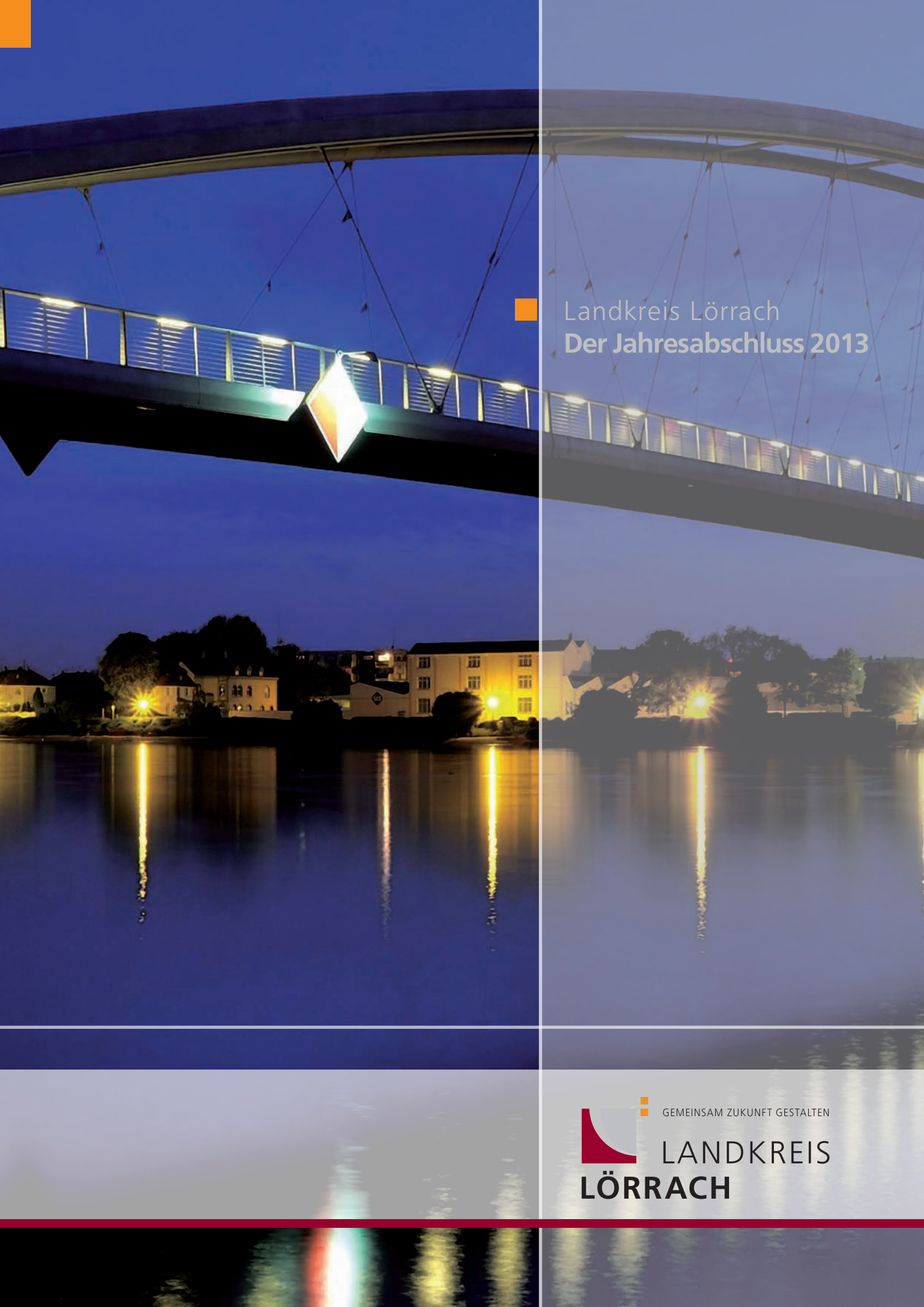


Landkreis Lörrach

Der Jahresabschluss 2013

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN

LANDKREIS
LÖRRACH

Inhalt

I – Einleitung

- **Management Summary** **5**
- **Feststellungsbeschluss nach § 95 b GemO** **6**
- **Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses (Anlage 18) gem § 49 III S. 4 GemHVO** **8**

II – Jahresrechnung

- **Gesamtergebnisrechnung** **10**
- **Gesamtfinanzrechnung** **11**
- **Vermögensrechnung (Bilanz)** **12**
- **Anhang zum Jahresabschluss** **14**
  - 1. Grundlagen 15
  - 2. Allg. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 16
  - 3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite 20
  - 4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite 30
  - 5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung 34
  - 6. Erläuterungen zur Finanzrechnung 35
  - 7. Sonstige Angaben 36
  - 8. Organe des Landkreises Lörrach 37
  - 9. Anlagen 39
- **Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung** **46**
- **Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung** **48**
- **Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen** **50**

III – Rechenschaftsbericht

- **Ziele & Strategien** **53**
- **Wichtigste Jahresergebnisse** **56**
- **Drei-Komponenten-System** **58**
- **Verlauf der Haushaltswirtschaft** **59**

- **Kommunale Aufgabenerfüllung** 76
- **Planabweichungen** 77
- **Bewertung der Abschlussrechnungen** 84
- **Wirtschaftliche Lage** 93
- **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres** 94
- **Chancen & Risiken** 95

IV – Prüfung

- **Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 des FB Kommunalaufsicht & Prüfung** 98

V – Teilhaushalte

- **Erläuterung zu den einzelnen THH** 121
- **THH 1 Finanzen & Zentrales Management** 122
- **THH 2 Ordnung & Gesundheit** 148
- **THH 3 Bildung & Kultur** 162
- **THH 4 Verkehr & Strukturpolitik** 182
- **THH 5 Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum** 214
- **THH 6 Soziales & Arbeit** 232
- **THH 7 Jugend & Familie** 260

VI – Abspann

- **Allgemeine Hinweise** 283
- **Budgetabrechnung** 285
- **Ermächtigungsübertragungen** 286
- **Gegenüberstellung Zeilentexte** 288

Einleitung

Management Summary

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 ist bereits der dritte Jahresabschluss nach doppischem Haushaltsrecht. Er ist ein wichtiges Steuerungsinstrument im Gesamtgefüge des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR). Der Jahresabschluss besteht aus den drei Hauptrechnungen, der Ergebnis-, Finanz- und der Vermögensrechnung; er ist um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Damit wird ein vollständiges und transparentes Bild der finanziellen Lage des Landkreises Lörrach vermittelt.

Mit Verabschiedung des Haushaltsplans 2013 wurde ein Kontrakt (Zielvereinbarung) zwischen dem Kreistag und der Landrätin geschlossen. Unterjährig wurde in den Ausschüssen über die Entwicklung der Zielerreichung und Budgets mittels zweier Haushaltszwischenberichte informiert. In den Ausschuss-Sitzungen im Mai dieses Jahres wurde bereits ausführlich über die Zielerreichung und endgültigen Jahresergebnisse der einzelnen Teilhaushalte berichtet. Dies diente als Grundlage zur Fortschreibung der Zukunftsstrategie durch den Kreistag im Juni 2014 und fließt dann in die Budgetplanung für das Haushaltsjahr 2015 ein.

Der vorliegende Jahresabschluss zeigt die wesentlichen Ereignisse des letzten Jahres und gibt damit in Verbindung mit der finanziellen Perspektive einen ganzheitlichen Einblick in die Arbeit der Verwaltung. Einzelheiten können Sie den jeweiligen Berichten zu den Teilhaushalten, ausgewählten Produktgruppen und den Schlüsselprodukten entnehmen.

Das Haushaltsjahr 2013 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 8.874.143,23 EUR ab, welches durch insgesamt positive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie die gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage begünstigt wurde. Das ordentliche Ergebnis in Verbindung mit einer hohen Investitionstätigkeit hat dazu geführt, dass sich die Liquidität lediglich um rd. 167.500 EUR erhöht hat.

Die Deckung der ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge ist im Sinne des Haushaltsausgleichs gemäß § 80 GemO gewährleistet. Bei Erwirtschaftung des gesamten Ressourcenverbrauchs schloss das Haushaltsjahr 2013 mit einem Überschuss ab. Dieser resultiert jedoch auch teilweise daraus, dass geplante Maßnahmen nicht im Jahr 2013 umgesetzt werden konnten, wobei es sich bei diesen Minderaufwendungen nicht um Einsparungen handelt. Teilweise wurde Ermächtigungsübertragungen gebildet.

Das Jahr 2013 war für den Landkreis wie auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ein erfreuliches Haushaltsjahr. Etliche Kommunen partizipierten von der besser als prognostiziert ausgefallenen Entwicklung der Steuerkraft mit ähnlich positiven Jahresergebnissen; bestenfalls konnten die Ergebnisverbesserungen für Sondertilgungen eingesetzt werden, um so die Schuldenlast weiter abzubauen.

Die ersten doppischen Jahresergebnisse stellen eine gute Ausgangslage für die finanziellen Herausforderungen der kommenden Haushaltsjahre (Instandhaltungs- und Investitionsstau, demografische Entwicklung, Fachkräftemangel, Entwicklung der Flüchtlingssituation) dar, die es durch eine Beibehaltung und stetige Verbesserung der konsequenten Haushaltspolitik und strategischen Ausrichtung des Landkreises im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerung weiter auszubauen gilt.

Der bewährt vertrauensvolle und konstruktiv kritische Umgang von Politik und Verwaltung bildet hierfür die Basis. Im Berichtsjahr wurde die gute Zusammenarbeit zwischen dem Kreistag und der Verwaltung sowie innerhalb der Verwaltung unter dem ab 01.01.2013 neuen Finanzdezernenten Herrn Philipp von Ritter weitergeführt.

Feststellungsbeschluss

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.07.2014 folgenden Feststellungsbeschluss gefasst:

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2013 wird nach § 95 b Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg wie folgt festgestellt

1.	in der Ergebnisrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Summe der ordentlichen Erträge von	196.292.881,77
	Summe der ordentlichen Aufwendungen von	-187.418.738,54
1.1	Ordentliches Ergebnis von	8.874.143,23
	Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	
1.2	ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung von	8.874.143,23
	außerordentlichen Erträgen von	224.156,90
	außerordentlichen Aufwendungen von	-203.169,32
1.3	Sonderergebnis von	20.987,58
1.	**Gesamtergebnis (Summe 1.1, 1.2 1.3) von**	**8.895.130,81**

2.	in der Finanzrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	195.311.560,46
	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-188.267.059,83
2.1	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf der Ergebnisrechnung von	7.044.500,63
	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten von	5.107.168,54
	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten von	-11.818.759,69
2.2	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit von	-6.711.591,15
2.3	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf von (Summe 2.1 & 2.2)	332.909,48
	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeiten von	1.000.000,00
	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten von	0,00
2.4	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeiten von	1.000.000,00
2.5	Änderung des Finanzmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Summe 2.3 & 2.4)	1.332.909,48
2.6	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen von	26.033.598,39
2.7	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Summe 2.5 & 2.6)	27.366.507,87
2.8	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.187.970,67
2.	**Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres**	**29.554.478,54**

3.	in der Vermögensrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Immaterielles Vermögen von	89.492,44
	Sachvermögen von	49.397.229,54
	Finanzvermögen von	74.204.620,05
	Abgrenzungsposten von	13.341.898,69
3.1	Gesamtbetrag auf der Aktivseite von	137.033.240,72
	Basiskapital von	85.926.017,08
	Rücklagen von	22.904.622,67
	Sonderposten von	13.995.935,04
	Rückstellungen von	5.819.406,51
	Verbindlichkeiten von	6.953.782,98
	Passive Rechnungsabgrenzung von	1.433.476,44
3.2	Gesamtbetrag auf der Passivseite von	137.033.240,72

Lörrach, den 23.07.2014

Marion Dammann

Landrätin

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Nr.	Behandlung von Überschüssen * Haushaltsjahr 2013	Sonderergebnis	Ordentliches Ergebnis	Verlustvortrag vom Vorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn					
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO					
3	verbleibende Beträge	0,00	0,00			
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		8.874.143,23			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	20.987,58				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		0,00			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	0,00	0,00			
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		0,00			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		0,00	0,00	0,00	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					0,00
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	0,00				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	0,00				

* (zu § 49 Abs. 3 Satz 4 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 26 bis 33 GemHVO)

Gesamtergebnisrechnung

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	891.136,78	800.000	1.869.030,14	1.069.030,14	0	0	1.069.030,14-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	154.225.183,86	164.393.500	166.161.678,55	1.768.178,55	24.500,00	0	1.743.678,55-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	9.194.134,09	8.562.000	9.403.106,46	841.106,46	0	0	841.106,46-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.455.004,40	1.378.300	1.600.049,91	221.749,91	27.600,00	0	194.149,91-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	682.456,59	631.400	796.587,19	165.187,19	0	0	165.187,19-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.158.339,32	12.139.000	13.646.721,88	1.507.721,63	0	0	1.507.721,63-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	347.724,73	102.700	184.538,44	81.838,44	0	0	81.838,44-	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	8.103,49	0	32.594,00	32.594,00	0	0	32.594,00-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.453.194,91	1.393.300	2.598.575,20	1.205.275,20	0	0	1.205.275,20-	0
10	=	Ordentliche Erträge	181.415.278,17	189.400.200	196.292.881,77	6.892.681,52	52.100,00	0	6.840.581,52-	0
11	-	Personalaufwendungen	39.465.845,12-	42.382.900-	41.307.470,99-	1.075.428,90	0	78.000,00-	1.153.428,90-	167.500,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.280.000,87-	12.910.200-	12.272.749,53-	637.450,47	44.601,63	1.273.931,61-	1.866.780,45-	1.289.280,98-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	2.943.656,29-	3.058.900-	2.930.610,88-	128.289,12	0	0	128.289,12-	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	313.428,28-	281.000-	267.264,22-	13.735,78	0	0	13.735,78-	0
16	-	Transferaufwendungen	93.907.412,04-	100.257.300-	100.157.010,24-	100.289,76	20.000,00	51.700,00-	131.989,76-	62.900,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.595.679,63-	30.509.900-	30.483.632,68-	26.267,68	32.610,05	411.100,00-	404.757,63-	282.600,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	178.506.022,23-	189.400.200-	187.418.738,54-	1.981.461,71	97.211,68	1.814.731,61-	3.698.981,64-	1.802.280,98-
19	=	Ordentliches Ergebnis	2.909.255,94	0	8.874.143,23	8.874.143,23	149.311,68	1.814.731,61-	10.539.563,16-	1.802.280,98-
21	=	Ordentliches Ergebnis einschliesslich Fehlbetragsabdeckung	2.909.255,94	0	8.874.143,23	8.874.143,23	149.311,68	1.814.731,61-	10.539.563,16-	1.802.280,98-
22	+	Außerordentliche Erträge	44.143,95	0	224.156,90	224.156,90	0	0	224.156,90-	0
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	1.343,60-	3.548.000-	203.169,32-	3.344.830,68	0	0	3.344.830,68-	0
24	=	Sonderergebnis	42.800,35	3.548.000-	20.987,58	3.568.987,58	0	0	3.568.987,58-	0
25	=	Gesamtergebnis	2.952.056,29	3.548.000-	8.895.130,81	12.443.130,81	149.311,68	1.814.731,61-	14.108.550,74-	1.802.280,98-

Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	891.136,78	800.000	1.869.030,14	1.069.030,14	0	0	1.069.030,14-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	154.762.784,49	163.957.900	165.908.426,24	1.950.526,24	24.500,00	0	1.926.026,24-	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	9.738.185,01	8.562.000	9.846.661,09	1.284.661,09	0	0	1.284.661,09-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.441.566,56	1.378.300	1.560.863,67	182.563,67	27.600,00	0	154.963,67-	0
5	+	Privatrechliche Leistungsentgelte	711.838,34	631.400	798.912,79	167.512,79	0	0	167.512,79-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.361.567,69	12.139.000	13.613.096,14	1.474.095,89	0	0	1.474.095,89-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	528.901,92	102.700	193.823,85	91.123,85	0	0	91.123,85-	0
8	+	Sonst. haushaltswirks. Einzahlungen	1.404.812,36	1.393.300	1.520.746,54	127.446,54	0	0	127.446,54-	0
9	=	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	181.840.793,15	188.964.600	195.311.560,46	6.346.960,21	52.100,00	0	6.294.860,21-	0
10	-	Personalauszahlungen	40.726.555,67-	43.761.900-	42.933.173,09-	828.726,80	0	78.000,00-	906.726,80-	167.500,00-
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.056.858,90-	12.910.200-	12.877.387,74-	32.812,26	44.601,63	1.273.931,61-	1.262.142,24-	1.289.280,98-
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	313.739,58-	281.000-	266.938,95-	14.061,05	0	0	14.061,05-	0
14	-	Transferauszahlungen	93.086.986,66-	100.257.300-	100.675.692,04-	418.392,04-	20.000,00	51.700,00-	386.692,04	62.900,00-
15	-	Sonst. haushaltswirks. Auszahlungen	30.515.632,96-	30.509.900-	31.513.868,01-	1.003.967,65-	32.610,05	411.100,00-	625.477,70	282.600,00-
16	=	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	175.699.773,77-	187.720.300-	188.267.059,83-	546.759,58-	97.211,68	1.814.731,61-	1.170.760,35-	1.802.280,98-
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.141.019,38	1.244.300	7.044.500,63	5.800.200,63	149.311,68	1.814.731,61-	7.465.620,56-	1.802.280,98-
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	226.785,44	325.200	473.565,89	148.365,89	0	0	148.365,89-	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.099,50	0	4.593,45	4.593,45	0	0	4.593,45-	0
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	3.878.669,86	19.000	4.619.035,86	4.600.035,86	1.400.000,00	0	3.200.035,86-	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.107.554,80	344.200	5.107.168,54	4.762.968,54	1.400.000,00	0	3.362.968,54-	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	408.008,55-	6.549.400-	6.484.180,10-	65.219,90	4.780,10-	60.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	121.355,85-	2.306.000-	2.240.688,50-	65.311,50	63.132,44-	284.355,00-	412.798,94-	398.466,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	541.386,85-	1.443.000-	833.947,59-	609.052,41	57.193,90-	136.812,81-	803.059,12-	448.621,00-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	3.500.000,00-	20.000-	1.425.050,00-	1.405.050,00-	1.404.205,24-	0	844,76	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	651.746,00-	875.000-	834.893,50-	40.106,50	20.000,00-	105.000,00-	165.106,50-	150.000,00-
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.222.497,25-	11.193.400-	11.818.759,69-	625.359,69-	1.549.311,68-	586.167,81-	1.510.119,80-	1.127.087,00-
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.114.942,45-	10.849.200-	6.711.591,15-	4.137.608,85	149.311,68-	586.167,81-	4.873.088,34-	1.127.087,00-
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	5.026.076,93	9.604.900-	332.909,48	9.937.809,48	0	2.400.899,42-	12.338.708,90-	2.929.367,98-
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	2.000.000	1.000.000,00	1.000.000,00-	0	0	1.000.000,00	0
35	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	2.000.000	1.000.000,00	1.000.000,00-	0	0	1.000.000,00	0
36	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	5.026.076,93	7.604.900-	1.332.909,48	8.937.809,48	0	2.400.899,42-	11.338.708,90-	2.929.367,98-
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	129.502.705,44	0	144.088.513,28	144.088.513,28	0	0	0,00	0
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	136.339.342,44-	0	118.054.914,89-	118.054.914,89 -	0	0	0,00	0
39	=	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	6.836.637,00-	0	26.033.598,39	26.033.598,39	0	0	0,00	0
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	3.998.530,74	0	2.187.970,67	2.187.970,67	0	0	2.187.970,67-	0
41	+ / -	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	1.810.560,07-	0	27.366.507,87	34.971.407,87	0	0	0,00	0
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln	2.187.970,67	0	29.554.478,54	37.159.378,54	0	0	0,00	0

Vermögensrechnung (Bilanz)

AKTIVSEITE	31.12.2012 - in EUR -	- in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. VERMÖGEN			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	**109.295,95**		**89.492,44**
1.2 Sachvermögen			
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	142.022,53	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	30.316.884,86	30.520.138,32	
1.2.3 Infrastrukturvermögen	11.867.843,71	11.599.919,68	
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	169.881,05	
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.181.292,06	2.268.238,86	
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.201.129,71	2.066.573,30	
1.2.8 Vorräte	162.493,01	162.262,63	
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	166.792,46	2.468.193,17	
	47.208.339,39		**49.397.229,54**
1.3 Finanzvermögen			
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	22.993.190,90	
1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	1.033.716,32	635.519,30	
1.3.3 Sondervermögen	9.456.813,45	9.456.813,45	
1.3.4 Ausleihungen	6.357.911,45	3.139.357,08	
1.3.5 Wertpapiere	25.070.102,70	1.069.445,63	
1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.517.435,43	2.548.785,75	
1.3.7 Forderungen aus Transferleistungen	3.142.924,36	3.812.469,83	
1.3.8 Privatrechtliche Forderungen	846.727,54	982.539,57	
1.3.9 Liquide Mittel	2.199.840,67	29.566.498,54	
	73.618.662,82		**74.204.620,05**
	120.936.298,16		**123.691.342,03**
2. ABGRENZUNGSPOSTEN			
2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.632.207,31	3.151.070,48	
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	10.917.187,15	10.190.828,21	
2.3 Verrechnungs- und Zwischenkonten	3.590,89	0,00	
	14.552.985,35		**13.341.898,69**
3. NETTOPOSITION (nicht gedeckter Fehlbetrag)	**0,00**		**0,00**
BILANZSUMME	**135.489.283,51**		**137.033.240,72**

PASSIVSEITE	31.12.2012 - in EUR -	- in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. KAPITALPOSITION			
1.1 Basiskapital	**84.888.989,80**		**85.926.017,08**
1.2 Rücklagen			
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	13.893.354,89	22.767.498,12	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	116.136,97	137.124,55	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	
	14.009.491,86		**22.904.622,67**
1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses			
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00	
1.3.2 Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnisrücklagen nicht möglich ist	0,00	0,00	
	0,00		**0,00**
	98.898.481,66		**108.830.639,75**
2. SONDERPOSTEN			
2.1 für Investitionszuweisungen	14.348.516,98	13.975.872,26	
2.2 für Investitionsbeiträge	0,00	0,00	
2.3 für Sonstiges	0,00	20.062,78	
	14.348.516,98		**13.995.935,04**
3. RÜCKSTELLUNGEN			
3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	2.474.476,42	1.131.649,03	
3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	405.299,35	402.371,19	
3.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	0,00	
3.4 Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	0,00	
3.5 Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	0,00	
3.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	457.129,61	423.805,25	
3.7 Weitere Rückstellungen	4.447.613,55	3.861.581,04	
	7.784.518,93		**5.819.406,51**
4. VERBINDLICHKEITEN			
4.1 Anleihen	0,00	0,00	
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	0,00	1.000.000,00	
4.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	6.283.420,67	0,00	
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.795.370,39	3.704.465,61	
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.509,31	366.093,87	
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	2.911.136,20	1.883.223,50	
	12.994.436,57		**6.953.782,98**
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	**1.463.329,37**		**1.433.476,44**
BILANZSUMME	**135.489.283,51**		**137.033.240,72**

Nachrichtlich:
Die Höhe der bestehenden Bürgschaften beträgt zum 31.12.2013 in Euro 3.857.112,94.
Die Höhe der in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen beträgt zum 31.12.2013 in Euro 1.005.212,97.
Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Ergebnishaushalts beträgt zum 31.12.2013 in Euro 1.802.280,98.
Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Finanzhaushalts beträgt zum 31.12.2013 in Euro 1.127.087,00.
Die Höhe der in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen beträgt zum 31.12.2013 in Euro 1.000.000,00.

Anhang zum Jahresabschluss des Landkreises Lörrach zum 31.12.2013

1. Grundlagen

Der Landkreis Lörrach hat auf Basis des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts und mit Beschluss des Kreistages vom 16.12.2009 sein Rechnungswesen zum 01.01.2011 von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen des NKHR erstellt und knüpft an den Jahresabschluss des Vorjahres an, der am 25.07.2012 vom Kreistag festgestellt wurde.

Der Jahresabschluss umfasst die gemäß § 95 GemO erforderlichen Bestandteile und hat die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises unter der Beachtung der gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 47 ff. GemHVO, darzustellen.

Die Gliederung entspricht den Vorgaben der GemO und GemHVO sowie den Anforderungen der „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen)“ vom 11. März 2011.

Der Anhang ist ein Teil des Jahresabschlusses. Er erläutert die Positionen des Jahresabschlusses und dient somit, zusätzlich zum Rechenschaftsbericht, der Informationspflicht.

Dem Anhang sind gemäß § 55 GemHVO eine Vermögensübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Schuldenübersicht sowie eine Rückstellungsübersicht als Anlage beigefügt. Darüber hinaus sind die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Maßgabe des § 95 Abs. 3 GemO ebenfalls als Anlage beigefügt.

2. Allg. Bilanzierungs- u. Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die Ansatzpflicht von Bilanzpositionen der Aktiv- und der Passivseite (Ansatz dem Grunde nach) ist durch den Gesetzgeber abschließend geregelt worden.

Die in § 43 GemHVO normierten allgemeinen Bewertungsgrundsätze (Ansatz der Höhe nach) sind beachtet und die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stetig fortgeführt worden.

Für die Bewertung der Forderungen wurde im Rahmen der Abschlusserstellung gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO ein Verfahren für die erforderliche Einzelbewertung entwickelt, mit dem die wertmäßig bedeutendsten Forderungen der betroffenen Fachbereiche hinsichtlich ihrer Einbringlichkeit einzeln beurteilt wurden. Auf die nicht einzeln betrachteten Forderungen wurde zu Ausweiszwecken die Pauschalwertberichtigung angewendet.

Von dem Wahlrecht des § 38 Abs. 4 GemHVO zur Freistellung der Inventarisierung der beweglichen Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR ohne Umsatzsteuer ist Gebrauch gemacht worden.

Nach Maßgabe des § 40 Abs. 1 GemHVO sind die Vermögensgegenstände und Schulden vollständig ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert. Eine anteilige Abbildung einzelner Vermögensgegenstände oder Schulden unter mehreren Bilanzpositionen liegt nicht vor.

Vermögen (Aktiva)

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens sind gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO zu ihren fortgeführten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet worden.

Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor. Die Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten war demgemäß nicht erforderlich.

Sachvermögen

Die Vermögensgegenstände des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind zu ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO, bewertet worden. Selbst erstellte Vermögensgegenstände des Sachvermögens liegen nicht vor. Es wurden Eigenleistungen i. H. v. 32.594,00 EUR aktiviert.

Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich unbegrenzt ist (Grund und Boden, Aufwuchs und Kunstgegenstände bzw. Denkmale), sind ebenfalls zu historischen Anschaffungskosten angesetzt.

Die Vorräte wurden zu ihren tatsächlich geleisteten Brutto-Einstandspreisen nach dem FIFO-Verfahren bewertet. Für die Vorräte der Straßenmeistereien Kandern-Wollbach und Schönau ist gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO ein Festwert auf Grundlage des Inventurbestandes zur Eröffnungsbilanz gebildet worden.

Auf die zeitlich unbegrenzt nutzbaren Vermögensgegenstände sowie das Vorratsvermögen wurden keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Sofern erforderlich, werden auf diese Vermögensgegenstände außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Der niedrigere beizulegende Wert gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO für bestimmte Vermögensgegenstände des Sachvermögens (Infrastrukturvermögen) ist beibehalten worden.

Geleistete Anzahlungen betreffend das Sachvermögen lagen zum Stichtag nicht vor.

Anlagen im Bau sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen bewertet worden.

- **Finanzvermögen**

Die Vermögensgegenstände des Finanzvermögens werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bewertet.

Für die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen (Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH) und weiterer Beteiligungen sowie dem Sondervermögen ist wegen der Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Anschaffungskosten nach verbindlicher Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt die sog. Spiegelbildmethode zur ersatzweisen Ermittlung der Anschaffungskosten angewendet worden.

Ausleihungen sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Sofern erforderlich, werden außerplanmäßige Wertberichtigungen vorgenommen. Im abgelaufenen Haushaltsjahr waren außerplanmäßige Wertberichtigungen jedoch nicht erforderlich.

Die Forderungen sind zu ihrem Nennwert angesetzt und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit teilweise einzeln bewertet worden. Für nicht einzeln bewertete Forderungen wurden weiterhin pauschale Wertberichtigungen gebildet.

Die Bestände der liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert angesetzt worden.

- **Abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Abschlussstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse sind mit ihren Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen fortgeführt worden.

- **Schulden (Passiva)**

- **Kapitalposition**

Der Wertansatz des Basiskapitals zum 31.12.2013 erhöht sich im Saldo um 1.037.027,28 EUR. Aufgrund der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) ergaben sich Korrekturen der Eröffnungsbilanz-Werte bei den Anschaffungskosten des Telekom-Gebäudes, bei den Beteiligungen und Sonderposten. Weiterhin ergab sich eine Anpassung der Bankbestände (Handvorschuss).

2. Allg. Bilanzierungs- u. Bewertungsmethoden

Diese Änderungen sind gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO ergebnisneutral vorgenommen worden.

Darüber hinaus enthält die Kapitalposition das Jahresergebnis 2013 in Form der Zuführung an die Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen bzw. des Sonderergebnisses.

- **Sonderposten**

Die empfangenen Investitionszuschüsse wurden passiviert, wenn die Zuwendung dem Grunde und der Höhe nach konkret feststand. Alle Sonderposten werden analog zur Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ratierlich aufgelöst.

Für die Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens, die dem Landkreis Lörrach unentgeltlich zugegangen sind (z. B. Kreisstraßen), wurden, spezifisch in gleicher Höhe zu den bewerteten Vermögensgegenständen, Sonderposten gebildet.

- **Rückstellungen**

Alle Rückstellungen sind mit dem Betrag angesetzt worden, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.

Die in § 41 Abs. 1 GemHVO aufgelisteten Rückstellungen wurden als Pflicht-Rückstellungen angesetzt. Daneben besteht gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Wahlrecht, weitere Rückstellungen abzubilden.

Die Verwaltung hat entschieden, bestimmte „Weitere Rückstellungen“ abzubilden, da nur so ein wirklichkeitsgetreues Bild der wirtschaftlichen Lage dargestellt werden kann.

Als sogenannte „Wahl-Rückstellungen“ wurden gebildet:

- Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub
- Rückstellungen für geleistete Überstunden
- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen
- Rückstellungen für bewilligte Zuschüsse
- Rückstellungen für bestimmte kreditorische Rechnungen
- Rückstellungen für Immobilienbewirtschaftung
- Sonstige Rückstellungen

Als Rückstellungen für die Immobilienbewirtschaftung werden vertragliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Immobilien abgebildet (z. B. Miet- oder Nebenkostenabrechnungen wie Strom-, Abwasser- oder Reinigungsabrechnungen), die zum Bilanzstichtag noch nicht kreditorisch abgerechnet gewesen sind.

Unter den Sonstigen Rückstellungen werden die übrigen rückstellungspflichtigen Sachverhalte erfasst, die nicht bereits in einer anderen Rückstellungsart abgebildet wurden.

Die Vorgabe des § 43 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 Hs. 1 GemHVO, dass alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen sind, ist beachtet worden.

Bei der Erfassung der Rückstellungen für Altersteilzeitverhältnisse und der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit ist kostenstellenbezogen eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge vorgenommen worden. Bei beiden Rückstellungsarten wurden die Zuführungen als Aufwand und die Verbräuche als Aufwandsabsetzung auf demselben Sachkonto erfasst. Der Grund für diese Vorgehensweise war die Darstellung der Personalkosten auf dem dafür durch den Kontenrahmen vorgegebenen Personalaufwandskonto.

- **Verbindlichkeiten**

Alle Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag bewertet worden.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Immaterielle Vermögensgegenstände	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Software und Software-Lizenzen	109.295,95	26.336,31	-5.390,37	-40.749,45	89.492,44
Gesamt	**109.295,95**	**26.336,31**	**-5.390,37**	**-40.749,45**	**89.492,44**

Unter **immateriellen Vermögensgegenständen** sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die nicht Sachen i. S. v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln greifbar sein und selbstständig bewertet werden können. Allen immateriellen Vermögensgegenständen ist gemeinsam, dass sie physisch nicht existent sind.

Überwiegend werden unter dieser Bilanzposition Software und Lizenzen für Bürokommunikation, Fachanwendungen sowie Schulsoftware ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Grund und Boden bei Grünflächen	60.336,13	0,00	0,00	0,00	60.336,13
Grund und Boden bei Ackerflächen	74.307,61	0,00	0,00	0,00	74.307,61
Grund und Boden bei Wald, Forsten	1.957,18	0,00	0,00	0,00	1.957,18
Aufwuchs bei Wald, Forsten	3.814,76	0,00	0,00	0,00	3.814,76
Sonstige unbebaute Grundstücke	1.606,85	0,00	0,00	0,00	1.606,85
Gesamt	**142.022,53**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**142.022,53**

Alle **Grundstücke** sind mit ihren jeweiligen Anschaffungskosten angesetzt worden. Der Aufwuchs wird nicht planmäßig abgeschrieben.

Zu- und Abgänge liegen im Haushaltsjahr 2013 nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Grund und Boden mit Schulen	978.691,47	0,00	0,00	0,00	978.691,47
Gebäude/Aufbauten bei Schulen	15.442.776,09	0,00	0,00	-635.454,91	14.807.321,18
Grund und Boden mit Sportanlagen	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Gebäude/Aufbauten bei Sportanlagen	1.059.079,20	0,00	0,00	-25.519,98	1.033.559,22
Grund und Boden mit Dienstgebäuden	1.400.282,63	0,00	-549,90	0,00	1.399.732,73
Gebäude/Aufbauten bei Dienstgebäuden	11.338.695,14	1.443.997,41	0,00	-569.761,63	12.212.930,92
Außenanlagen auf Grundstücken	97.360,32	1,00	0,00	-9.458,53	87.902,79
Gesamt	**30.316.884,86**	**1.443.998,41**	**-549,90**	**-1.240.195,05**	**30.520.138,32**

Unter der Position **„Grund und Boden mit Sportanlagen“** ist das Flurstück der Vicemooshalle in Schopfheim, auf dem der dritte Teil eines 75-jährigen Erbbaurechts zugunsten des Landkreises Lörrach liegt, mit einem Wert i. H. v. 0,01 EUR angesetzt.

An dem **Gebäude** der Vicemooshalle besteht ebenfalls ein Teileigentum i. H. v. 1/3 der tatsächlich festgestellten Baukosten. Dieses Teileigentum ist zum 31.12.2013 mit einem fortgeführten Buchwert i. H. v. 1.033.559,22 EUR ausgewiesen.

Die **übrigen Gebäude** und die **Außenanlagen auf Grundstücken** werden mit ihren fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgewiesen.

Der Abgang i. H. v. 549,90 EUR aus dem Anlagebestand der Position „Grund und Boden mit Dienstgebäuden“ betrifft eine Umbuchung in die Position „Gebäude/Aufbauten bei Dienstgebäuden“.

Der Zugang i. H. v. 1.443.997,41 EUR bei der Position „Gebäude/Aufbauten bei Dienstgebäuden“ resultiert aus der Korrektur der Anschaffungskosten für das Telekom-Gebäude (davon betreffen: 1.242.689,08 EUR eine Korrektur des Bilanzwertes aufgrund der GPA-Prüfung, 196.454,33 EUR den Barwert der im Kaufpreis enthaltenen Verwaltungskosten des Verkäufers und 4.854,00 EUR Grundbuchamtskosten).

Bei den „Außenanlagen auf Grundstücken“ wurde ein Erinnerungswert von 1,00 EUR für die Parkplätze des Telekom-Gebäudes zugeschrieben.

SACHVERMÖGEN

Infrastrukturvermögen -Straßen, Wege, Plätze-	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Grund und Boden	3.245.255,12	0,00	-4.582,54	0,00	3.240.672,58
Brücken und Tunnel	5.216.655,43	0,00	-1.501,09	-103.923,61	5.111.230,73
Straßenkörper, Wege, Plätze	1.594.413,62	0,00	0,00	-129.216,99	1.465.196,63
Stützwände	1.811.519,54	0,00	0,00	-28.699,80	1.782.819,74
Gesamt	**11.867.843,71**	**0,00**	**-6.083,63**	**-261.840,40**	**11.599.919,68**

Als **Grund und Boden des Infrastrukturvermögens** werden Straßen- und Straßenbegleitgrundstücke und Radwege dargestellt. Im Haushaltsjahr 2013 wurden 6 Straßenbegleitgrundstücke veräußert.

Im Infrastrukturvermögen werden **Straßenkörper** mit 688.243,70 EUR (historische Anschaffungs-/Herstellungskosten: 103.617.964,98 EUR) und Radwege mit 776.952,93 EUR (historische Anschaffungs-/Herstellungskosten: 1.884.401,35 EUR) dargestellt.

Als **Ingenieurbauwerke** werden Brücken/Tunnel und Stützbauwerke ausgewiesen. Im Berichtsjahr ist im Zuge der Grundsanierung der Kanderbrücke (Kreisstraße 6350; bei Marzell) der Überbau abgerissen und als Abgang (1.501,09 EUR) erfasst worden.

Zugänge liegen nicht vor.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

SACHVERMÖGEN					
Kunstgegenstände und sontige Kulturdenkmale	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Kunstwerke	128.894,28	0,00	0,00	0,00	128.894,28
Denkmale	40.986,77	0,00	0,00	0,00	40.986,77
Gesamt	**169.881,05**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**169.881,05**

Die **Kunstwerke** und das **Denkmal** („Jahrhundert-Plastik“ auf dem Vorplatz des Landratsamtes) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN					
Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Fahrzeuge	1.590.485,63	286.747,72	0,00	-281.656,61	1.595.576,74
Maschinen	461.865,05	185.856,30	0,00	-76.133,45	571.587,90
Technische Anlagen	128.941,38	18.419,54	0,00	-46.286,70	101.074,22
Gesamt	**2.181.292,06**	**491.023,56**	**0,00**	**-404.076,76**	**2.268.238,86**

Die **Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge** des Landratsamtes sind mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.

Die Zugänge bei den Fahrzeugen betreffen im Wesentlichen verschiedene KFZ für den Fuhrpark der Straßenmeistereien (257.003,10 EUR), einen Kommunalschlepper (22.536,22 EUR) sowie zwei E-Bikes (5.708,40 EUR).

Bei den Zugängen bei den Maschinen handelt es sich überwiegend um Schneeräum- und Streumaschinen (128.932,29 EUR) sowie Fräsmaschinen (25.628,14 EUR).

Die Zugänge bei den technischen Anlagen betreffen größtenteils Zugänge bei der Gewerbeschule Rheinfelden (16.704,40 EUR).

Abgänge liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Betriebsvorrichtungen	34.890,32	0,00	0,00	-5.523,96	29.366,36
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.887.978,84	258.592,16	0,00	-329.179,57	1.817.391,43
Telekommunikation + EDV	277.161,37	47.774,25	0,00	-107.474,38	217.461,24
Musikinstrumente	1.099,18	1.500,00	0,00	-244,91	2.354,27
Gesamt	**2.201.129,71**	**307.866,41**	**0,00**	**-442.422,82**	**2.066.573,30**

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** ist mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.

Wesentliche Zugänge bei den Telekommunikationsanlagen und EDV waren bei der Gewerbeschule Lörrach (insgesamt 17.443,66 EUR) sowie der Helen-Keller-Schule (insgesamt 12.828,20 EUR) zu verzeichnen.

Bei dem Musikinstrument handelt es sich um ein E-Piano für die Kaufmännische Schule Lörrach.

Anlageabgänge zu Restbuchwerten liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Vorräte	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Büro- und Verbrauchsmaterial	19.678,04	19.447,66
Materialien der Straßenmeistereien	142.814,97	142.814,97
Gesamt	**162.493,01**	**162.262,63**

Die Gegenstände des **Vorratsvermögens** betreffend das Büro- und Verbrauchsmaterial sind per Inventur erfasst und mit den tatsächlichen Brutto-Einstandspreisen bewertet worden.

Für die Bestände der Straßenmeistereien ist gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Festwert gebildet worden.

Als Bewertungsverfahren ist gemäß § 45 Abs. 1 GemHVO das FIFO-Verfahren angewendet worden.

SACHVERMÖGEN

Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge/ Umbuchungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verrechnungskonten	5.745,66	0,00	-4.788,97	956,69
Erweiterung Landratsamt	6.580,70	0,00	0,00	6.580,70
Photovoltaikanlage BSZ Lörrach	0,00	103.181,92	0,00	103.181,92
Energetische Sanierung Kaufm. Schule Lörrach	26.971,35	1.940.889,85	0,00	1.967.861,20
Energetische Sanierung GWS Lörrach, Bau A	1.927,43	8.250,33	0,00	10.177,76
Radwegebrücke Märkt, K 6326	17.146,70	12.913,10	0,00	30.059,80
Teilumfahrung Rümmingen, K 6327	105.171,92	1.070,97	0,00	106.242,89
Kanderbrücke bei Marzell	3.248,70	239.883,51	0,00	243.132,21
Gesamt	**166.792,46**	**2.306.189,68**	**-4.788,97**	**2.468.193,17**

Die **Anlagen im Bau** sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen angesetzt worden und werden bis zum Beginn ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzung nicht planmäßig abgeschrieben.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Kliniken des LK Lörrach GmbH, 100%	22.993.190,90	0,00	0,00	0,00	22.993.190,90
Gesamt	**22.993.190,90**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**22.993.190,90**

Der Wertansatz der **Beteiligung** des Landkreises Lörrach an der **„Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH“** ist im Haushaltsjahr 2013 unverändert geblieben.

FINANZVERMÖGEN

Sonstige Beteiligungen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Rheinhafengesellschaft mbH; 2,16%	59.215,00	0,00	0,00	0,00	59.215,00
RRZ Südl. Oberrhein GmbH; 12,00%	259.854,20	0,00	0,00	0,00	259.854,20
BGV, öff.-rechtl. Körperschaft; 0,40%	3.100,00	50,00	0,00	0,00	3.150,00
WSW GmbH; 22,00%	11.000,00	500,00	-500,00	0,00	11.000,00
Bürgelnbund; 1.000 Anteile	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Schwarzwald Tourismus GmbH; 6,85%	6.850,00	0,00	0,00	0,00	6.850,00
Zweckverband KIVBF; ca. 4,16%	502.633,72	0,00	-423.247,02	0,00	79.386,70
Zweckverband PROTEC; ca. 6,78%	191.063,39	0,00	0,00	0,00	191.063,39
Energieagentur LK Lörrach GmbH, 50%	0,00	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
Gesamt	**1.033.716,32**	**25.550,00**	**-423.747,02**	**0,00**	**635.519,30**

Als **Sonstige Beteiligungen** werden Unternehmen und Zweckverbände dargestellt, bei denen die Beteiligungsquote des Landkreises Lörrach kleiner oder gleich 50% ist.

Das Stammkapital beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband wird jährlich anhand der zu leistenden Jahresprämie überprüft. Für 2013 ergibt sich eine Erhöhung des Stammkapitals von 50,00 EUR.

Bei dem Zugang und Abgang i. H. v. je 500,00 EUR bei der WSW GmbH handelt es sich zum einem um die unentgeltlich übergegangenen Anteile der Gemeinden Kleines Wiesental und Eimeldingen an den Landkreis Lörrach sowie die Abtretung von 2 Geschäftsanteilen des Landkreises Lörrach an die Stadt Zell im Wiesental.

Beim Ansatz der Beteiligung am Zweckverband KIVBF hat sich aufgrund der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt eine Korrektur des Bilanzwertes ergeben. Die im Jahresabschluss des ZV KIVBF dargestellte Kapitalrücklage „Neues Finanzwesen“ i. H. v. 229.048,00 EUR darf als Beteiligungsansatz nicht im Jahresabschluss des Landkreises enthalten sein. Daher wurde der Betrag in die Position „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ umgebucht. Die schrittweise Auflösung der Kapitalrücklage seitens des Zweckverbandes wird der Landkreis Lörrach spiegelbildlich für seinen Anteil nachvollziehen.

Seit 01.01.2013 sind die Städte und Gemeinden im Landkreis Lörrach Direktmitglieder beim Zweckverband KIVBF. Die betreffenden Anteile i. H. v. 194.199,02 EUR sind als Abgang bei den sonstigen Beteiligungen erfasst und gleichzeitig der korrespondierende passivische Sonderposten angepasst worden.

An der am 15.05.2013 gegründete „Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH“ ist der Landkreis mit einer Einlage i. H. v. 25.000,00 EUR, neben anderen, als Gesellschafter beteiligt.

FINANZVERMÖGEN

Sondervermögen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
EB Heime, Ambulanter Dienst	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00
EB Heime, Pflegeheim Schloss Rheinweiler	1.848.000,00	0,00	0,00	1.848.000,00
EB Heime, Pflegeheim Markgräflerland	3.900.000,00	0,00	0,00	3.900.000,00
EB Heime, Markus-Pflüger-Heim	3.300.000,00	0,00	0,00	3.300.000,00
EB Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	308.813,45	0,00	0,00	308.813,45
Gesamt	**9.456.813,45**	**0,00**	**0,00**	**9.456.813,45**

Als **Sondervermögen** werden die Verbindungen zu den Eigenbetrieben des Landkreises Lörrach angesetzt. Diese sind nach der Spiegelbildmethode bewertet worden.

FINANZVERMÖGEN

Ausleihungen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Ausleihungen an Zweckverbände	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.700.000,00	0,00	-3.200.000,00	2.500.000,00
Ausleihungen an sonstige öffentliche Sonderrechnunger	109.288,18	0,00	-13.612,09	95.676,09
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich	548.623,27	0,00	-4.942,28	543.680,99
Gesamt	**6.357.911,45**	**0,00**	**-3.218.554,37**	**3.139.357,08**

Die **Ausleihungen** werden zu den jeweiligen Nennwerten ausgewiesen.

Sie betreffen überwiegend Kassenkredite i. H. v. 2,5 Mio. EUR an die „Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH“ aber auch Ausleihungen an die Wohnungsbaugesellschaften in Lörrach und Rheinfelden und mehrere kirchliche und wohltätige Organisationen.

Die Tilgungen der Ausleihungen erfolgen regelmäßig und werden überwacht.

FINANZVERMÖGEN

Wertpapiere und Sonstige Einlagen	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Termineinlagen	25.068.000,00	0,00	-24.000.000,00	1.068.000,00
Kautions-Sparbücher	2.102,70	0,00	-657,07	1.445,63
Gesamt	**25.070.102,70**	**0,00**	**-24.000.657,07**	**1.069.445,63**

Die **Wertpapiere und Sonstigen Einlagen** werden mit ihren jeweiligen Nennwerten ausgewiesen und betreffen überwiegend kurzfristige Geldanlagen.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN

Forderungen	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.517.435,43	2.548.785,75
Forderungen aus Transferleistungen	3.142.924,36	3.812.469,83
Privatrechtliche Forderungen	846.727,54	982.539,57
Gesamt	**6.507.087,33**	**7.343.795,15**

Eine Einzelbewertung von Forderungen wurde aufgrund der hohen Anzahl der Sachverhalte nicht für sämtliche offenen Posten durchgeführt.

Jedoch sind aus dem Forderungsgesamtbestand 117 Einzel-Forderungen mit einem individuellen Buchwert i. H. v. 9.000,00 EUR oder höher aus den Fachbereichen Soziales und Jugend & Familie für eine spezifische Betrachtung ausgewählt worden. Die Werthaltigkeit dieser Forderungen (Buchwert ca. 1,99 Mio. EUR) wurde anhand der aktuellen Fall- bzw. Vollstreckungsakten durch die jeweiligen Fachbereiche oder durch das mit der Beitreibung beauftragte Sachgebiet Forderungsmanagement beurteilt. Dabei wurden Kriterien wie regelmäßige (Raten-) Zahlungen, dingliche Sicherungsrechte (Hypotheken, Grundschulden) oder sonstige vollstreckungsrelevante Vermögenswerte der Schuldner in die Werthaltigkeitsbeurteilung einbezogen.

Als Ergebnis dieser Einzelbetrachtung konnten drei Werthaltigkeits-Kategorien gebildet werden. Neben einwandfreien Forderungen (0% Wertberichtigung) und als uneinbringlich anzusehenden Forderungen (100% Wertberichtigung) sind auch zweifelhafte Forderungen identifiziert worden. Letztere wurden gemäß des Grundsatzes der wirklichkeitsgetreuen Bewertung individuell abgewertet (1% - 99% Wertberichtigung).

Der Wertansatz der restlichen, nicht einzelwertberichtigten, Forderungen wurde in einem zweiten Schritt um eine pauschale Wertberichtigung korrigiert. Dazu wurden die Forderungen in verschiedene Bestände gruppiert und die Haushaltsjahre 2013, 2012 und 2011 (bei Forderungen betreffend den Bereich Unterhaltsvorschuss: zzgl. 2010 und 2009) betrachtet. Für jedes dieser Haushaltsjahre wurde ein Quotient gebildet, der das Verhältnis von offenen Posten zu erfassten Eingangszahlungen beschreibt. Das Ausfallrisiko je Forderungsbestand wurde als Durchschnittswert auf Basis dieser Quotienten bestimmt und auf den jeweiligen Forderungsbestand zum 31.12.2013 angewendet.

Forderungen aus den Bereichen Soziales und Jugend & Familie, die sich zum Stichtag 31.12.2013 als Erstattungsfälle gegen andere Leistungsträger und Behörden richten, wurden (in Abweichung zu den Vorjahresabschlüssen) erstmalig von jeglicher Wertberichtigung ausgenommen. Mit dieser Vorgehensweise wurde eine Prüfungsfeststellung aus der GPA-Prüfung umgesetzt, da ein Ausfallrisiko bei diesen Schuldnern nicht gesehen wird.

Die insgesamt ermittelten pauschalen Wertberichtigungssätze bewegen sich in Abhängigkeit der jeweils betrachteten Forderungsart zwischen ca. 7,51 % betreffend den Forderungsbestand der „Gebühren Verkehr“ und ca. 88,06 % betreffend die Forderungen aus verausgabten Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Nachrichtlich:

Wichtig ist, dass die oben beschriebene Abwertung des Forderungsbestandes ausschließlich zu bilanziellen Ausweiszwecken im Rahmen der Jahresabschlusserstellung erfolgt ist. Jede einzeln abgewertete Forderung und jeder wertberichtigte Forderungsbestand wird zunächst auch weiterhin unverändert als aktiver Sachverhalt geführt und ggf. zwangsvollstreckt.

Als **öffentlich-rechtliche Forderungen** sind sowohl öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen als auch übrige öffentlich-rechtliche Forderungen erfasst.

Als öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen sind überwiegend Forderungen aus der Grunderwerbsteuer (737.557,98 EUR), Forderungen aus Gebühren des Veterinärwesens (130.082,18 EUR), Forderungen an das Land aus Erstattungen von UVG-Leistungen (Endabrechnung 2013: 115.241,60 EUR) und Forderungen aus der VKB-Abrechnung an den EAL (4. Quartal: 206.965,16 EUR) ausgewiesen.

In den übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen sind mehrheitlich Forderungen an das Land und den Bund für die Erhaltung und Unterhaltung von Landes- und Bundesstraßen (441.007,24 EUR), übrige öffentlich-rechtliche Forderungen (Saldo: 383.135,49 EUR), Forderungen an das Land Baden-Württemberg aus der Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (271.509,20 EUR) und Forderungen aus zugesagten Zuschüssen (40.000,00 EUR) enthalten.

Als werthaltige **Forderungen aus Transferleistungen** sind überwiegend Forderungen aus Sozial- und Jugendhilfeleistungen (1.909.438,95 EUR) und als werthaltig eingeschätzte Forderungen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (600.725,45 EUR) ausgewiesen.

Als **privatrechtliche Forderungen** sind vorwiegend Forderungen aus verschiedenen Lieferungen und Leistungen (Saldo: 481.304,29 EUR), debitorische Kreditorenforderungen (216.658,51 EUR), Forderungen aus Minderarbeitsstunden (30.179,02 EUR) und übrige privatrechtliche Forderungen (68.392,48 EUR) dargestellt.

Nachrichtlich:

Beim Jobcenter des Landkreises Lörrach bestehen zum 31.12.2013 Forderungen i. H. v. 3.449.779,93 EUR überwiegend aus Leistungen „Unterkunft und Heizung“ und „einmalige Leistungen“. Diese Forderungen sind seit 2005 bis dato entstanden und nicht im Kreishaushalt enthalten. Die unmittelbaren Rechte aus diesen Forderungen stehen der Bundesagentur für Arbeit zu, die die Forderungen in ihren Büchern führt.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN

Liquide Mittel	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	2.180.144,41	29.554.686,78
Kassenbestand	17.474,49	8.481,63
Bankverrechnungskonto	-9.648,23	-8.689,87
Handvorschüsse	11.870,00	12.020,00
Gesamt	**2.199.840,67**	**29.566.498,54**

Die liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert ausgewiesen.

Als **Sichteinlagen** sind 2 Girokonten (517.192,87 EUR) und ein Giro-Pluskonto (29 Mio. EUR) jeweils bei der Sparkasse Lörrach / Rheinfelden ausgewiesen. Daneben wird ein Girokonto bei der Sparkasse Schopfheim abgebildet (37.493,91 EUR).

In den Sichteinlagen ist ein Anteil an der Gemeinschaftskasse betreffend das Mündelvermögen (166.789,41 EUR) enthalten.

Nachrichtlich:

Das gemäß § 97 Abs. 3 GemO im Jahresabschluss gesondert nachzuweisende Mündelvermögen beläuft sich auf 390.657,75 EUR. Das Mündelvermögen umfasst zum Stichtag 31.12.2013 neben dem oben erwähnten Anteil an der Gemeinschaftskasse die mündelsicher angelegten aber nicht bilanzierten Kapitalanlagen jugendlicher und erwachsener Mündel i. H. v. 223.868,34 EUR.

Als **Kassenbestand** ist der Bestand der Barkasse (8.481,63 EUR) erfasst.

Auf den **Bankverrechnungskonten** sind schwebende Posten ausgewiesen (- 8.665,30 EUR). Der Negativsaldo resultiert aus Eingangszahlungen, denen, aufgrund des Buchungsschlusses im WAUS-Bereich, über den Jahreswechsel korrespondierende Sollstellungen fehlten. Der Negativsaldo wäre grundsätzlich in der Bilanz auf die Passivseite umzugliedern. Die Bankverrechnungskonten sind jedoch Konten der „Liquiden Mittel“, die mit der Finanzrechnung korrespondieren. Daher ist eine Umgliederung nicht möglich, da ansonsten der Endbestand an Zahlungsmitteln aus der Finanzrechnung nicht mit dem Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz übereinstimmen würde.

Unter der Position der **Handvorschüsse** werden der Bestand des Geldautomaten (7.270,00 EUR) und die Bestände der Handkassen (4.750,00 EUR) nachgewiesen.

Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Bestand an Zahlungsmitteln (29.554.478,54 EUR) umfasst auf Grund der VwV-Gliederung nicht die Position der „Handvorschüsse“. Insofern ergibt sich eine geringfügige Abweichung der Darstellung in der Finanzrechnung.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Abgrenzungsposten	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.635.798,20	3.151.070,48
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	10.917.187,15	10.190.828,21
Gesamt	**14.552.985,35**	**13.341.898,69**

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Ausgaben auszuweisen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Im Geschäftsjahr 2013 sind Ausgaben an das Jobcenter (1.267.771,48 EUR), verausgabte soziale Hilfeleistungen (844.727,60 EUR), Beamtenbezüge für den Monat Januar 2014 (579.348,51 EUR), kreditorische Rechnungsabgrenzungen (459.222,89 EUR) sowie die Umbuchung der anteiligen Beteiligungswerte am ZV KIVBF (229.048,00 EUR) ausgewiesen.

Als **Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse** sind bereits vom Landkreis geleistete Zuschüsse, die überwiegend die Bereiche „Infrastruktur und Verkehr“ und „Alten- und Pflegeheime“ betreffen, abgebildet. Die Sonderposten werden entsprechend den korrespondierenden Investitionen des Zuschussempfängers aufgelöst.

4. Bilanzpositionen der Passivseite

KAPITALPOSITION

Kapitalposition	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Basiskapital	84.888.989,80	1.037.027,28	0,00	85.926.017,08
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	13.893.354,89	8.874.143,23	0,00	22.767.498,12
Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	116.136,97	20.987,58	0,00	137.124,55
Gesamt	**98.898.481,66**	**9.932.158,09**	**0,00**	**108.830.639,75**

Das **Basiskapital**, das sich erstmalig in 2011 als Rechengröße aus der Eröffnungsbilanz ergeben hat, ist in 2013 um sechs Buchungen berichtigt worden. Die Korrekturen ergaben sich vorwiegend aufgrund von Prüfungsfeststellungen der überörtlichen Prüfung durch die GPA. Zum einen betrifft dies die Neubewertung des Telekom-Gebäudes (1.242.689,08 EUR), zum anderen die Nachaktivierung der Sonderposten für die Schwarzwald Tourismus GmbH (- 6.849 EUR) und den Zweckverband KIVBF (- 198.912,80 EUR) sowie die Korrektur der Beteiligung des ZV KIVBF und die damit verbundene Umbuchung zu den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (- 229.048,00 EUR bzw. 229.048,00 EUR). Eine weitere Änderung ergab sich durch die Korrektur der Handvorschüsse (100,00 EUR). Die Rechtsnorm für diese Änderungen ist der § 63 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO.

Der Wert der **Kapitalposition** zum 31.12.2013 ergibt sich ausgehend vom berichtigten Basiskapital zuzüglich des Jahresergebnisses (8.895.130,81 EUR).

SONDERPOSTEN

Sonderposten	01.01.2013 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Auflösungen - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonderposten aus Investitions- und sonstigen Zuwendungen	14.348.516,98	270.265,20	-200.072,65	-422.774,49	13.995.935,04
Gesamt	**14.348.516,98**	**270.265,20**	**-200.072,65**	**-422.774,49**	**13.995.935,04**

Die **passiven Sonderposten** sind zu den fortgeführten Nennwerten abgebildet. Die Auflösung erfolgt korrespondierend zu den bezuschussten Vermögensgegenständen.

Enthalten sind überwiegend Sonderposten für unentgeltlich zugegangene Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens i. H. v. 9.463.582,60 EUR.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um die auf die kreisangehörigen Gemeinden entfallenden Anteile an der Kapitalrücklage des Zweckverbands KIVBF i. H. v. 198.912,80 EUR, die aufgrund des unentgeltlichen Übergangs auf den Kreis gemäß der GPA Prüfung zunächst nachträglich zu bilanzieren waren. Aufgrund der Direktmitgliedschaft der Gemeinden zum 01.01.2013 (außer Zell im Wiesental) wurden die entsprechenden Anteile i. H. v. 194.199,02 EUR analog des Finanzvermögens in Abgang gebracht.

Als weiterer Zugang gemäß des Prüfberichts der GPA ist die Nachaktivierung des Geschäftsanteils des Landkreises an der Schwarzwald Tourismus GmbH (6.850,00 EUR) zu nennen. Da dieser zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 EUR erworben wurde, ist ein Sonderposten i. H. v. 6.849,00 EUR zu bilden gewesen.

Weiterhin waren der Bundesanteil für Fahrzeuge und Geräte (47.299,00 EUR), Spenden (16.704,40 EUR) sowie die unentgeltlich übergegangenen Anteile bei der WSW GmbH der Gemeinden Kleines Wiesental und Eimeldingen (500,00 EUR) zu bilanzieren.

Wenn empfangene Zuschüsse für abschreibungspflichtige Investitionen zu verwenden waren, werden diese Zuschüsse analog zu den jeweiligen Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände im gleichen Verhältnis ertragswirksam aufgelöst.

Sofern die korrespondierenden Vermögensgegenstände nicht planmäßig abgeschrieben werden (wie bspw. Grundstücke), erfolgt auch keine Auflösung dieser Zuschüsse.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen	01.01.2013 - in EUR -	Verbrauch - in EUR -	Auflösung - in EUR -	Zuführung - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Pflicht-Rückstellungen	3.336.905,38	-76.132,37	-1.427.473,54	124.526,00	1.957.825,47
Weitere Rückstellungen	4.447.613,55	-681.688,00	-2.619.665,76	2.715.321,25	3.861.581,04
Gesamt	**7.784.518,93**	**-757.820,37**	**-4.047.139,30**	**2.839.847,25**	**5.819.406,51**

Rückstellungen wurden gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.

In den **Pflicht-Rückstellungen** werden Rückstellungen für bestehende Altersteilzeitverhältnisse (1.131.649,03 EUR), Rückstellungen für latente Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen an das Land BW (402.371,19 EUR) und Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (423.805,25 EUR) ausgewiesen.

Der Ausweis der **weiteren Rückstellungen** enthält überwiegend Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen (1.475.821,60 EUR) und Überstunden (743.478,29 EUR), Rückstellungen für fehlende Abrechnungen von im Haushaltsjahr 2013 empfangenen Lieferungen und Leistungen (348.900,46 EUR), Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (50.000,00 EUR) sowie sonstige Rückstellungen (1.228.380,69 EUR).

Der Berechnung der Rückstellung für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen liegen für das Berichtsjahr 9.232 Urlaubstage (Vorjahr: 8.504) zugrunde. Zur Ermittlung der Rückstellung für nicht genommene Zeiten aus Überstunden wurden 31.084 Überstunden (Vorjahr: 25.265) herangezogen.

Aufgrund einer Prüfungsbemerkung der GPA waren im Haushaltsjahr 2012 die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Mehrarbeit und die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaub für die Eröffnungsbilanz gegen das Basiskapital und für das Jahr 2011 aufwandswirksam korrigiert worden. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 durch die KPMG ergab einen nicht zutreffenden Bestand der o.g. Rückstellungspositionen zum 31.12.2012, welcher in 2013 korrigiert wurde. Der Saldo dieser Korrektur ergab einen Ertrag i. H. v. 521.167,32 EUR.

In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge betreffend noch nicht verbrauchter Mittel für „Bildung und Teilhabe“ i. H. v. 771.928,81 EUR, noch abzurechnende Krankheitskosten des sozialen Bereichs i. H. v. 188.290,00 EUR, die noch ausstehende Abrechnung der Integrierten Leitstelle i. H. v. 35.000,00 EUR sowie Personalkostenzuschüsse an die Karl-Rolfus-Schule für Betreuende Kräfte von insgesamt 141.829,00 EUR enthalten.

4. Bilanzpositionen der Passivseite

Rückstellungen sind nach Vorgabe des § 41 Abs. 3 GemHVO nur aufgelöst worden, soweit der Grund für deren Bildung entfallen ist. Im Haushaltsjahr 2013 betrafen die Auflösungen Fälle, in denen das eingetretene Risiko geringer war als die dafür vorgesehene Rückstellung.

Die Abgänge betrafen im Wesentlichen die Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen (1.342.827,39 EUR), die Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Zeiten aus Urlaub (1.659.723,87 EUR) und Überstunden (761.740,80 EUR), die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (173.733,71 EUR) sowie die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (157.850,36 EUR).

Eine tabellarische Darstellung zur Entwicklung der Rückstellungen ist in Form eines Rückstellungsspiegels als Anlage dieses Anhangs enthalten.

Nachrichtlich:

Zum 31.12.2013 beträgt der auf den Landkreis Lörrach entfallende Anteil an der beim KVBW gemäß § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensions-Rückstellung 44.359.590,00 EUR (Vorjahr: 41.512.289,00 EUR).

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	0,00	1.000.000,00
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	6.283.420,67	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.795.370,39	3.704.465,61
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.509,31	366.093,87
Sonstige Verbindlichkeiten	2.911.136,20	1.883.223,50
Gesamt	**12.994.436,57**	**6.953.782,98**

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO zu ihrem Rückzahlungsbetrag abgebildet worden.

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** betreffen vollständig die Aufnahme eines zinsgünstigen Darlehens für die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schule Lörrach im Rahmen des kfw-Programms „Energieeffizient Sanieren – Kommunen“.

Die **Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**, enthielten im Vorjahr ausschließlich die Verbindlichkeiten aus dem bestehenden Leasingverhältnisses für das Telekom-Gebäude. Durch dessen Erwerb und den Übergang in das Vermögen des Landkreises ist das Leasingverhältnis somit abgegolten.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten Schulden gegenüber Lieferanten für bereits zum Bilanzstichtag erbrachte Lieferungen oder Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** enthalten noch nicht ausbezahlte Leistungen des sozialen Bereiches.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten u. a. Verbindlichkeiten aus zugesagten Zuschüssen (529.326,00 EUR), zum Bilanzstichtag vorhandene Überzahlungen oder ungeklärte Zahlungseingänge (248.493,26 EUR), kreditorische Debitoren (192.197,34 EUR) und den Anteil an der Gemeinschaftskasse für Schulden gegenüber Mündeln (166.789,41 EUR).

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Passive Rechnungsabgrenzung	01.01.2013 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.463.329,37	1.433.476,44
Gesamt	**1.463.329,37**	**1.433.476,44**

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten empfangene Einnahmen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die abgegrenzten Beträge betreffen im Wesentlichen erhaltene Einzahlungen im Zusammenhang mit der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (1.269.868,18 EUR).

5. Erläuterungen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung nach § 49 GemHVO werden sämtliche Erträge und Aufwendungen unabhängig vom zeitlichen Anfall der mit ihnen verbundenen Zahlungen erfasst, um das tatsächliche Ressourcenaufkommen bzw. den Ressourcenverbrauch darzustellen. Die Ergebnisrechnung weist entsprechend der Gliederung des Ergebnishaushalts separat die Positionen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses aus.

Zusätzlich wird der nach § 51 GemHVO erforderliche Planvergleich vorgenommen. Planabweichungen werden durch die Gegenüberstellung von den im Haushaltsplan ausgewiesenen Ansätzen, ggf. unter Einbeziehung von Nachtragshaushalten, den Ist-Werten gegenüber gestellt. Darüber hinaus werden die Haushaltsermächtigungen dargestellt.

Die Ergebnisrechnung 2013 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis i. H. v. 8.874.143,23 EUR ab, das der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wurde.

Zur Zusammensetzung und den Planabweichungen des ordentlichen Ergebnisses wird auf die Ausführungen des Rechenschaftsberichts verwiesen.

Das außerordentliche Ergebnis hat mit einem Ertragsüberschuss i. H. v. 20.987,58 EUR keine besondere Bedeutung für den Jahresabschluss.

Die außerordentlichen Erträge i. H. v. 224.156,90 EUR betreffen im Wesentlichen die Auflösung des Sonderpostens im Zusammenhang mit dem Abgang der Gemeinde-Anteile am Zweckverband KIVBF (194.199,02 EUR). Daneben sind diverse Versteigerungserlöse sowie Grundstücksverkäufe zu verzeichnen gewesen.

Die außerordentlichen Aufwendungen i. H. v. 203.169,32 EUR beinhalten zum größten Teil entsprechend den Abgang beim Anlagegut bezüglich der Gemeinde-Anteile am ZV KIVBF (194.199,02 EUR).

Der Saldo des Sonderergebnisses 2013 wurde der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt.

In das folgende Haushaltsjahr übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) liegen für die Ergebnisrechnung 2013 i. H. v. 1.802.280,98 EUR vor.

6. Erläuterungen der Finanzrechnung

Die Finanzrechnung nach § 50 GemHVO enthält sämtliche, nach Arten gegliederte Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres und weist die Ursachen der Veränderungen des Zahlungsmittelbestands und die Abweichungen zum Plan nach.

Hierzu werden die Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts und der Investitionstätigkeit zum Finanzierungmittelüberschuss bzw. –fehlbetrag zusammengefasst. Nach Einbeziehung des Saldos aus der Finanzierungstätigkeit, aus den Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten für Investitionen, wird die Änderung des Bestands an eigenen Finanzierungsmitteln ermittelt.

Zusätzlich zum Finanzhaushalt werden haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge wie durchlaufende Gelder, Geldanlagen und die Aufnahme bzw. Tilgung von Kassenkrediten aufgenommen, um die Finanzrechnung zu den Positionen der Vermögensrechnung überzuleiten.

Im Haushaltsjahr 2013 wurden die Investitionen wie folgt finanziert (Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen, § 53 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO):

	- in EUR -	- in EUR -
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		5.107.168,54
davon Ausleihungen	4.619.035,86	
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung		7.044.500,63
abzüglich Tilgungen (ohne Umschuldungen)		0,00
zuzüglich Einzahlungen aus Kreditaufnahmen		1.000.000,00
Finanzierungsmittel		**13.151.669,17**
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-11.818.759,69
davon Ausleihungen	-1.400.000,00	
Investitionsauszahlungen		**-11.818.759,69**
Finanzierungsmittelbestand		**1.332.909,48**

Zur Finanzierung der Investitionen stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (empfangene Investitionszuwendungen und Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen) und der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung sowie Einzahlungen aus der Kreditaufnahme abzüglich Kredittilgungen zur Verfügung.

In der Rechnungsperiode 2013 konnten die Investitionen des Landkreises durch Investitionseinzahlungen und den Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung finanziert werden. In den Aus- und Einzahlungen aus Investitionstätigkeit finden sich Ausleihungen von im Saldo rd. 3,2 Mio. EUR wieder.

Für die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schule Lörrach wurde im Rahmen des kfw-Programms ein zinsgünstiges Darlehen i. H. v. 1,0 Mio. EUR aufgenommen.

In der Finanzrechnung 2013 sind 1.127.087,00 EUR Ermächtigungen nach 2014 übertragen worden.

7. Sonstige Angaben

Bürgschaften (nachrichtlich)

Der Valuta-Betrag der zum Stichtag vorhandenen Bürgschaften beträgt insgesamt 3.857.112,94 EUR und teilt sich wie folgt auf:

	Bürgschafts-erklärung vom	Urspr. verbürgter Betrag - in EUR -	Stand zum 01.01.2013 - in EUR -	Stand zum 31.12.2013 - in EUR -
Kliniken des Landkreises GmbH		5.561.627,00	4.137.780,00	3.642.892,00
davon bei Kreditinstitut:				
Spk. Lörrach	1998	1.278.230,00	671.827,00	612.479,00
Spk. Lörrach - verbürgter Kassenkredit -	18.02.1999	2.556.459,00	2.556.459,00	2.556.459,00
davon in Anspruch genommen (Höhe Kassenkredit)			122.823,00	0,00
Spk. Schopfheim - verbürgter Kassenkredit -	21.02.2002	255.646,00	255.646,00	255.646,00
davon in Anspruch genommen (Höhe Kassenkredit)			79.695,00	857,96
DG Hypo	29.09.1999	511.292,00	246.203,00	218.308,00
HELABA	13.08.2003	960.000,00	407.645,00	0,00
Bürgelnbund e.V.	27.01.1998	550.000,00	88.367,15	70.745,08
Kinder- und Jugendhilfe-Verein	26.09.2003	121.000,00	96.800,00	94.380,00
Kambium e.V.	16.12.2005	100.000,00	55.406,52	49.095,86
Summe		**6.332.627,00**	**4.378.353,67**	**3.857.112,94**

Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden im Jahr 2013 in Höhe von 1.005.212,97 EUR für die energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach eingegangen.

Ermächtigungsübertragungen

Zum Abschlussstichtag liegen Ermächtigungsübertragungen nach 2014 für den Ergebnishaushalt in Höhe von 1.802.280,98 EUR und für den Finanzhaushalt in Höhe von 1.127.087,00 EUR vor.

8. Organe des Landkreises Lörrach

LANDRÄTIN **Marion Dammann**
Allgemeiner Stellvertreter Erster Landesbeamter Walter Holderried

Mitglieder des Kreistages des Landkreises Lörrach (Stand: 31.12.2013)

CDU-FRAKTION		
Braun, Alexander	Bankkaufmann	Inzlingen
Escher, Bernhard	Polizeibeamter	Lörrach
Fischer, Karl	Landwirtschaftsmeister	Weil am Rhein
Fürstenberger, Wolfgang	Bürgermeister	Efringen-Kirchen
Grüter, Dr. Stefan	Arzt	Weil am Rhein
Heute-Bluhm, Gudrun	Oberbürgermeisterin	Lörrach
Hüttlin, Hanspeter	Krankenpfleger	Maulburg
Hug, Karl-Friedrich	Metzgermeister	Steinen
Markus, Wilfried	Glasbläsermeister	Rheinfelden (Baden)
Niethammer, Eberhard	Oberbürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Nitz, Christof	Bürgermeister	Schopfheim
Renkert, Dr. Christian	Rechtsanwalt	Schliengen
Renz, Paul	Sparkassenfilialdirektor i. R.	Rheinfelden (Baden)
Schmidt, Bruno	Bürgermeister	Häg-Ehrsberg
Schubnell, Ulrich	Rechtsanwalt	Schönau
Stiasny, Siegfried	Bahnoberamtsrat a. D.	Weil am Rhein
Vollmer, Ursula	Hausfrau	Lörrach
Winterhalter, Bernhard	Bürgermeister	Kandern
Zabel, Dr. Günter	Chefarzt i. R.	Schopfheim

SPD-Fraktion		
Baier, Herbert	Bürgermeister a. D.	Kleines Wiesental
Böhringer, Hans-Dieter	Fahrlehrer	Lörrach
Buck, Hanspeter	Lehrer	Efringen-Kirchen
Cremans, Artur	Rentner	Schopfheim
Eberhardt, Klaus	Bürgermeister	Weil am Rhein
Gula, Inge	Oberstudienrätin a. D.	Lörrach
Intveen, Heinz	Oberstudiendirektor a. D.	Grenzach-Wyhlen
Karrer, Rolf	Bürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Lewerenz, Michael	Arzt	Rheinfelden (Baden)
Lutz, Jörg	Bürgermeister	Grenzach-Wyhlen
Nuß, Hannelore	Personalfachkauffrau	Rheinfelden (Baden)
Rümmele, Rudolf	Bürgermeister	Zell im Wiesental
Schlecht, Günter	Ortsvorsteher, Betriebsratsvors.	Lörrach
Valley, Jürgen	Diplom Finanzwirt (FH)	Weil am Rhein
Weber, Gabriele	Sonderschullehrerin	Kandern
ausgeschieden am 23.10.2013		
Caspers-Merk, Marion	Parl. Staatssekretärin a. D.	Efringen-Kirchen

8. Organe des Landkreises Lörrach

"Freie Wähler"- Fraktion		
Brogle, Erika	Hausfrau	Lörrach
Bühler, Martin	Bürgermeister	Hausen im Wiesental
Claassen, Uwe	Geschäftsführer	Lörrach
Halm, Martin	Geschäftsführer	Schönau
Halter, Gunter	Rektor	Maulburg
Hildebrand, Erich	Bürgermeister a. D.	Inzlingen
Lützelschwab, Ewald	Gärtnermeister	Rheinfelden (Baden)
May, Ulrich	Bürgermeister	Binzen
Meier, Daniela	Bürgermeisterin	Rümmingen
Müller, Dr. Dieter	Zahnarzt i. R.	Weil am Rhein
Reichert-Moser, Karin	Lehrerin	Rheinfelden (Baden)
Silbereisen, Walter	Diplom Verwaltungswirt (FH)	Efringen-Kirchen

"Die Grünen"-Fraktion		
Ferger, Dietmar	Diplom Ingenieur Umweltschutz	Lörrach
Hauk, Heike	Diplom Geoökologin	Efringen-Kirchen
Kurfeß, Margarete	Technische Lehrerin	Lörrach
Lohmann, Heinrich	Diplom Biologe	Rheinfelden (Baden)
Schalajda, Peter	Selbstständiger Diplom Physiker	Kandern
Straub, Michael	Systemanalytiker	Schopfheim
Pross, Ingrid	Erzieherin	Weil am Rhein

FDP-Fraktion		
Kiefer, Franz	Metzgermeister, Ortsvorsteher	Efringen-Kirchen
Perinelli, Mario	Diplom Kaufmann	Lörrach
Roth-Greiner, Wolfgang	Industriekaufmann i. R.	Weil am Rhein
Zahoransky, Dr. Prof. Richard	Geschäftsführer	Todtnau

Die Unabhängigen – fraktionslos – **Hospitanten der FW-Fraktion**		
Kerscher, Willibald	Arzt	Steinen
Lenz, Dr. Fritz	Internist	Schopfheim

9. Anlagen

Vermögensübersicht*

Vermögen	Stand des Vermögens zum 01.01. des Haushalts-jahres ***	Vermögensveränderungen im Haushaltsjahr					Stand des Vermögens am 31.12. des Haushalts-jahres (∑ Sp. 2 bis 7)
		Vermögens-zugänge	Vermögens-abgänge	Umbu-chungen	Zuschrei-bungen	Abschrei-bungen	
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	2	3	4	5**	6	7	8
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	109.295,95	26.336,31	-5.390,37	0,00	0,00	-40.749,45	89.492,44
1.2 Sachvermögen (ohne Vorräte)							
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	142.022,53
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	30.316.884,86	1.443.448,51	0,00	0,00	0,00	-1.240.195,05	30.520.138,32
1.2.3 Infrastrukturvermögen	11.867.843,71	0,00	-6.083,63	0,00	0,00	-261.840,40	11.599.919,68
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	169.881,05
1.2.6 Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	2.181.292,06	491.023,56	0,00	0,00	0,00	-404.076,76	2.268.238,86
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.201.129,71	307.866,41	0,00	0,00	0,00	-442.422,82	2.066.573,30
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen i. Bau	161.046,80	2.306.189,68	0,00	0,00	0,00	0,00	2.467.236,48
1.3 Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)							
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.993.190,90
1.3.2 Sonst. Beteilig. u. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. and. kommunalen Zusammenschlüssen	1.033.716,32	25.550,00	-423.747,02	0,00	0,00	0,00	635.519,30
1.3.3 Sondervermögen	9.456.813,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.456.813,45
1.3.4 Ausleihungen	6.357.911,45	0,00	-3.218.554,37	0,00	0,00	0,00	3.139.357,08
1.3.5 Sonstige Einlagen und Wertpapiere	25.070.102,70	0,00	-24.000.657,07	0,00	0,00	0,00	1.069.445,63
insgesamt	**112.061.131,49**	**4.600.414,47**	**-27.654.432,46**	**0,00**	**0,00**	**-2.389.284,48**	**86.617.829,02**

* "Anlagespiegel"

** In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet (z. B. von Nr. 2.8 nach Fertigstellung nach Nr. 2.3)

*** entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

9. Anlagen

Forderungsübersicht

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 01.01. des Haushaltsjahres *	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.517.435,43	628.346,51	-660.254,62	63.258,43	0,00	2.548.785,75
2. Forderungen aus Transferleistungen	3.142.924,36	8.383.438,90	-8.483.379,06	799.425,62	-29.939,99	3.812.469,83
3. Privatrechtliche Forderungen	846.727,54	7.677.284,95	-7.541.472,92	0,00	0,00	982.539,57
Summe aller Forderungen	**6.507.087,33**	**16.689.070,36**	**-16.685.106,60**	**862.684,05**	**-29.939,99**	**7.343.795,15**

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3 (Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)		Gesamtbetrag am 01.01. des Haushaltsjahres * -in EUR-	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres -in EUR-	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr ** -in EUR-	über 1 bis 5 Jahre *** -in EUR-	mehr als 5 Jahre **** -in EUR-	Mehr (+) weniger (-) ***** -in EUR-
1		2	3	4	5	6	7
1.	**Geldschulden**	**0,00**	**1.000.000,00**	**0,00**	**0,00**	**1.000.000,00**	**1.000.000,00**
1.1	**Anleihen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1.2	**Kredite für Investitionen**						
1.2.1	Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2	Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5	sonstiger öffentlicher Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.6	Kreditmarkt	0,00	1.000.000,00	0,00	0,00	1.000.000,00	1.000.000,00
1.3	**Kassenkredite**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2.	**Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen ********	**6.283.420,67**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-6.283.420,67**
Schulden, Kernhaushalt		**6.283.420,67**	**1.000.000,00**	**0,00**	**0,00**	**1.000.000,00**	**-5.283.420,67**
	Nachrichtlich:						
3.	**Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung**						
3.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.210.894,89	6.420.336,40	0,00	0,00	6.420.336,40	-790.558,49
3.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Schulden, Eigenbetriebe	**7.210.894,89**	**6.420.336,40**	**0,00**	**0,00**	**6.420.336,40**	**-790.558,49**
4.	***Schulden insgesamt***						
4.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.210.894,89	7.420.336,40	0,00	0,00	7.420.336,40	209.441,51
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	6.283.420,67	0,00	0,00	0,00	0,00	-6.283.420,67
	Summe 4.1 + 4.2 + 4.3 + 4.4	**13.494.315,56**	**7.420.336,40**	**0,00**	**0,00**	**7.420.336,40**	**-6.073.979,16**

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres
** Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr
*** Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr
**** Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr
***** Spalte 3 minus Spalte 2
****** Der Inhalt dieser Position wird unter der gleichen Bezeichnung im Anhang dargestellt.

9. Anlagen

Ermächtigungsübertragung nach 2014 (Ergebnishaushalt)

PG	Bezeichnung	gebildete Übertragungen	
		lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -	Budgetüberträge - in EUR -
11.12	Steuerungsunterstütz., Controlling u. Beteil.man.	72.000,00	5.800,00
11.14	Zentrale Funktionen	8.300,00	2.500,00
11.20	Organisation und IuK		15.000,00
11.21	Personalmanagement		20.000,00
11.22	Finanzmanagement		40.000,00
11.24	Gebäudemanagement		0,00
11.24.02	Facility Management	86.300,00	0,00
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	166.600,00	83.300,00
12.20	Ordnungswesen		14.000,00
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen		19.400,00
12.23	Personenstandswesen		1.200,00
12.80	Katastrophenschutz		5.700,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	0,00	40.300,00
21.20	Bereitstellung u. Betrieb von Sonderschulen	171.628,51	0,00
21.30	Bereitstellung u. Betrieb von berufsbild. Schulen	800.052,47	4.200,00
THH 3	Bildung & Kultur	971.680,98	4.200,00
12.21	Verkehrswesen	25.800,00	40.300,00
21.40	Schülerbeförderung		88.800,00
51.10	Räumliche Planung	102.500,00	0,00
51.11	Vermessung und Geoinformation		16.000,00
51.12	Flurneuordnung		4.000,00
54.20	Kreisstraßen	50.000,00	12.000,00
57.10	Wirtschaftsförderung	22.900,00	0,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	201.200,00	161.100,00
52.10	Baurecht		15.000,00
52.30	Denkmalschutz		400,00
55.20	Gewässerschutz		18.000,00
55.50	Waldwirtschaft		41.100,00
55.51	Landwirtschaft		8.200,00
56.10	Umweltschutz		4.500,00
56.20	Arbeitsschutz		2.000,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	0,00	89.200,00
31.10	Grundversorungung und Hilfen nach SGB XII		12.000,00
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen	2.300,00	4.200,00
THH 6	Soziales & Arbeit	2.300,00	16.200,00
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	28.500,00	0,00
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	9.200,00	28.500,00
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege		0,00
THH 7	Jugend & Familie	37.700,00	28.500,00
Gesamt		1.379.480,98	422.800,00
		1.802.280,98	

Ermächtigungsübertragung nach 2014 (Finanzhaushalt)

PG	Bezeichnung	Übertragungen lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -
11.24	Gebäudemanagement	22.536,00
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	22.536,00
12.70	Rettungsdienst	23.161,00
12.80	Katastrophenschutz	213.700,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	236.861,00
21.20	Helen-Keller Schule Maulburg-Steinen	9.000,00
21.20	Sprachheilschule	20.696,00
21.20	Summe Sonderschulen	29.696,00
21.30	Gewerbl. Schulen Lörrach	28.500,00
21.30	Gewerbl Schulen Schopfheim	7.150,00
21.30	Kaufm. Schulen Lörrach	13.500,00
21.30	Summe berufsbild. Schulen	49.150,00
21.50	Kreismediumzentrum	4.800,00
THH 3	Bildung & Kultur	83.646,00
54.20	Radwegbrücke Märkt	154.732,00
54.20	TU Rümmingen	373.734,00
54.20	Fuhrpark	105.578,00
54.20	Summe Kreisstrassen und Radwege	634.044,00
54.70	Tram 8	150.000,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	784.044,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	0,00
THH 6	Soziales & Arbeit	0,00
THH 7	Jugend & Familie	0,00
Gesamt		1.127.087,00

9. Anlagen

Rückstellungssübersicht

Rückstellungen	Stand der Rückstellungen	Veränderungen		Stand der Rückstellungen
	zum 01.01. des Haushalts-jahres	Zugänge im Haushalts-jahr	Abgänge im Haushalts-jahr	am 31.12. des Haushalts-jahres
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	2	3	4	6
1. Pflichtrückstellungen				
1.1. für Lohn- und Gehaltszahlungen für Altersteilzeit u. ä. Maßnahmen	2.474.476,42	0,00	1.342.827,39	1.131.649,03
1.2. für Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen	405.299,35	0,00	2.928,16	402.371,19
1.3. für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4. für den Ausgleich von ausgleichspfl. Gebührenüberschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5. für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00
1.6. für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	457.129,61	124.526,00	157.850,36	423.805,25
Zwischensumme Pflichtrückstellungen	3.336.905,38	124.526,00	1.503.605,91	1.957.825,47
2. Wahlrückstellungen				
2.1. für nicht beanspruchte Zeiten aus Urlaub	1.713.169,20	1.422.376,27	1.659.723,87	1.475.821,60
2.2. für nicht beanspruchte Zeiten aus Mehrarbeit	791.738,80	713.480,29	761.740,80	743.478,29
2.3. für unterlassene Instandhaltungen	223.733,71	0,00	173.733,71	50.000,00
2.4. für zum Stichtag ausstehende Kreditorenrechnungen	247.903,04	49.050,00	210.304,55	86.648,49
2.5. für bereits bewilligte Zuschüsse	15.000,00	0,00	0,00	15.000,00
2.6. aus Immobilienbewirtschaftung	274.704,00	87.200,00	99.652,03	262.251,97
2.7. Sonstige Rückstellungen	1.181.364,80	443.214,69	396.198,80	1.228.380,69
Zwischensumme Wahlrückstellungen	4.447.613,55	2.715.321,25	3.301.353,76	3.861.581,04
insgesamt	**7.784.518,93**	**2.839.847,25**	**4.804.959,67**	**5.819.406,51**

Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Aufwen-dungen	Erträge aus internen Leistungen	Aufwen-dungen aus internen Leistungen	kalkula-torische Kosten	Netto-ressourcen-bedarf/ -überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.10	Steuerung	32.848	-714.409	849.613	-168.052	0	0
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	0	-104.145	129.354	-25.209	0	0
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	95.915	-930.673	965.363	-130.605	0	0
11.14	Zentrale Funktion	736	-398.380	466.130	-68.486	0	0
11.20	Organisation und IuK	4.880	-1.797.115	1.992.681	-321.247	-5.175	-125.977
11.21	Personalmanagement	269.817	-2.541.804	2.696.687	-315.819	-1.061	107.820
11.22	Finanzmanagement	95.084	-1.627.486	1.917.122	-384.720	0	0
11.23	Justiziariat	4.145	-275.034	311.282	-40.394	0	0
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	704.500	-8.185.502	8.727.282	-748.740	-341.422	156.117
11.25	Fuhrpark	10.605	-75.792	133.980	-20.221	-378	48.193
11.26	Zentrale Dienstleistungen	7.997	-1.987.062	2.677.812	-712.092	-1.098	-14.442
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	18	-87.588	109.206	-21.637	0	0
11.33	Grundstücksverkehr,-verwaltung	1.217	-4.799	0	-760	-506	-4.849
41.10	Krankenhäuser	68.457	-48.367	0	-16.721	-36	3.332
53.70	Abfallwirtschaft	730.360	0	0	-741.024	-2.601	-13.265
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	129.659.140	-8.155.442	0	0	0	121.503.699
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.007.392	-32.910	0	0	0	974.482
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	132.693.111	-26.966.508	19.450.860	-2.190.076	-352.277	122.635.110
11.13	Rechnungsprüfung	11	-217.083	270.249	-53.177	0	0
11.31	Kommunalaufsicht	2.782	-270.821	0	-74.364	-18.306	-360.708
12.10	Wahlen	73.419	-55.290	0	-12.902	-1.643	3.583
12.20	Ordnungswesen	596.101	-786.317	258.058	-380.827	-7.507	-320.492
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	193.082	-536.035	0	-156.828	-5.380	-505.160
12.23	Personenstandswesen	1.900	-39.351	0	-8.450	-331	-46.232
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	201.873	-1.312.392	1.886	-376.985	-524.804	-2.010.423
12.60	Brandschutz	57.244	-278.182	0	-55.425	-8.336	-284.698
12.70	Rettungsdienst	49.149	-573.197	0	-116.892	-5.254	-646.195
12.80	Katastrophenschutz	9.728	-323.886	0	-51.534	-6.527	-372.218
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	188.930	-599.969	38.381	-422.715	-856.431	-1.651.804
42.10	Förderung des Sports	0	-1.200	0	-118.313	-35.188	-154.701
THH 2	Ordnung & Gesundheit	1.374.219	-4.993.723	568.574	-1.828.412	-1.469.707	-6.349.048
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	1.521.837	-1.708.102	0	-1.281.924	-101.991	-1.570.179
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	4.518.218	-2.429.305	0	-4.631.586	-526.058	-3.068.731
21.50	Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen	47.014	-209.039	0	-70.958	-1.687	-234.671
22.20	Schulentwicklung	0	0	0	0	0	0
25.21	Archiv	0	-51.124	0	-16.044	-643	-67.811
26.20	Musikpflege	0	-107.656	0	-1.184	-26	-108.866
28.10	Kulturpflege	56.319	-86.952	0	-52.488	-8.774	-91.894
THH 3	Bildung & Kultur	6.143.388	-4.592.178	0	-6.054.184	-639.179	-5.142.152

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Aufwen-dungen	Erträge aus internen Leistungen	Aufwen-dungen aus internen Leistungen	kalkula-torische Kosten	Netto-ressourcen-bedarf/ -überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.21	Verkehrswesen	3.450.220	-2.207.842	0	-1.406.049	-51.044	-214.716
21.40	Schülerbeförderung	4.116.169	-5.637.455	0	-42.794	-1.082	-1.565.163
51.10	Räumliche Planung	22.500	-685.687	0	-11.514	-11.390	-686.090
51.11	Vermessung & Geoinformation	665.330	-1.394.727	0	-624.217	-258.574	-1.612.188
51.12	Flurneuordnung	1.159	-771.922	0	-123.193	-145.213	-1.039.169
54.20	Kreisstraßen	2.644.569	-2.882.236	0	-219.708	-93.257	-550.632
54.30	Landesstraßen	1.690.162	-1.827.989	0	-185.949	-40.721	-364.497
54.40	Bundesstraßen	1.198.815	-1.273.565	0	-79.396	-26.865	-181.010
54.70	ÖPNV	1.314.695	-3.660.739	0	-17.756	-140.740	-2.504.540
57.10	Wirtschaftsförderung	6.055	-515.024	0	-59.371	-28.078	-596.418
57.50	Tourismus	3.002	-207.493	0	-38.595	-14.340	-257.427
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	15.112.676	-21.064.679	0	-2.808.542	-811.304	-9.571.850
52.10	Baurecht	1.047.240	-667.039	5.258	-260.065	-26.196	99.198
52.20	Wohnungsbauförderung	555	-16.736	0	-7.202	-887	-24.271
52.30	Denkmalschutz	2.917	-37.235	0	-14.560	-1.745	-50.623
55.20	Gewässerschutz	53.887	-747.350	10.430	-283.529	-142.689	-1.109.251
55.40	Naturschutz	47.044	-423.672	10.430	-179.421	-97.976	-643.595
55.50	Forstwirtschaft	2.119.852	-3.854.692	47.381	-992.609	-287.476	-2.967.544
55.51	Landwirtschaft	10.372	-1.307.000	1.151	-569.221	-480.257	-2.344.955
56.10	Umweltschutz	105.625	-748.251	13.906	-211.515	-167.175	-1.007.408
56.20	Arbeitsschutz	42.849	-150.984	0	-110.542	-43.689	-262.367
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	3.430.341	-7.952.959	85.828	-2.625.936	-1.248.090	-8.310.816
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB II	17.501.365	-61.632.945	0	-673.246	-9.571	-44.814.398
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	11.327.693	-23.556.671	0	-283.736	-130	-12.512.844
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	1.756.905	-2.272.417	0	-105.027	-496	-621.036
31.40	Soziale Einrichtungen	488.489	-1.520.406	0	-779.145	-244.770	-2.055.832
31.50	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	753.716	-896.844	0	-16.163	-12.850	-172.162
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	-285.235	0	-479	-1	-285.714
31.70	Betreuungsleistungen	118.251	-335.170	0	-81.485	-453	-298.856
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	236.574	-1.866.855	0	-237.471	-1.659	-1.869.410
31.90	Bildung & Teilhabe	89	-195.165	0	-6.594	-10	-201.660
37.10	Schwerbehindertenrecht	766	-482.466	0	-169.747	-774	-652.221
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	266	-144.717	0	-51.117	-45.488	-241.056
THH 6	Soziales & Arbeit	32.184.114	-93.188.891	0	-2.404.210	-316.202	-63.725.189
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	38.275	-1.092.057	0	-43.464	-191	-1.097.437
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	2.014.212	-21.768.259	0	-1.931.808	-9.754	-21.695.608
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	1.796.167	-3.571.177	0	-99.063	-447	-1.874.518
36.80	Kooperation und Vernetzung	86.693	-337.321	0	-49.025	-175	-299.829
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	1.419.671	-1.890.972	0	-135.629	-552	-607.483
THH 7	Jugend & Familie	5.355.018	-28.659.786	0	-2.258.989	-11.119	-25.574.875
Summe		**196.292.882**	**-187.418.739**	**20.105.262**	**-20.170.348**	**-4.847.878**	**3.961.180**

Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungs-mittelüberschuss/ -bedarf der Ergebnisrechnung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	anteiliger Finanzierungs-mittelüberschuss/ -bedarf
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.10	Steuerung	-679.416	0	0	-679.416
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	-108.220	0	0	-108.220
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	-840.898	0	0	-840.898
11.14	Zentrale Funktion	-402.776	0	0	-402.777
11.20	Organisation und IuK	-1.818.808	0	-3.718	-1.822.525
11.21	Personalmanagement	-2.412.953	0	0	-2.412.953
11.22	Finanzmanagement	-1.607.681	0	0	-1.607.681
11.23	Justiziariat	-272.442	0	-50	-272.492
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	-6.888.136	0	-8.490.468	-15.378.604
11.25	Fuhrpark	-62.099	0	-5.708	-67.807
11.26	Zentrale Dienstleistungen	-2.098.142	0	-13.709	-2.111.851
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-89.303	0	-3.429	-92.732
11.33	Grundstücksverkehr,-verwaltung	-4.168	0	0	-4.168
41.10	Krankenhäuser	-13.130	4.600.000	-1.400.000	3.186.870
53.70	Abfallwirtschaft	707.821	0	0	707.821
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	121.628.606	0	0	121.628.605
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	182.573		0	182.573
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	105.220.828	4.600.000	-9.917.082	99.903.745
11.13	Rechnungsprüfung	-219.444	0	0	-219.444
11.31	Kommunalaufsicht	-270.439	0	0	-270.439
12.10	Wahlen	17.979	0	0	17.979
12.20	Ordnungswesen	-244.252	0	0	-244.252
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	-371.564	0	0	-371.564
12.23	Personenstandswesen	-40.790	0	0	-40.790
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	-1.035.455	0	0	-1.035.455
12.60	Brandschutz	-178.761	0	-11.789	-190.550
12.70	Rettungsdienst	-393.774	0	0	-393.774
12.80	Katastrophenschutz	-234.744	40.000	-14.813	-209.556
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	-405.567	9.973	0	-395.594
42.10	Förderung des Sports	-1.200	0	0	-1.200
THH 2	Ordnung & Gesundheit	-3.378.011	49.973	-26.602	-3.354.639
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	-201.656	0	-27.069	-228.726
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	2.128.336	0	-298.811	1.829.524
21.50	Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen	-148.900	0	0	-148.900
22.20	Schulentwicklung	0	0	0	0
25.21	Archiv	-49.447	0	0	-49.447
26.20	Musikpflege	-110.725	0	0	-110.725
28.10	Kulturpflege	-19.697	0	-2.499	-22.194
THH 3	Bildung & Kultur	1.597.911	0	-328.379	1.269.532

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungs-mittelüberschuss/ -bedarf der Ergebnisrechnung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	anteiliger Finanzierungs-mittelüberschuss/ -bedarf
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.21	Verkehrswesen	1.343.844	0	-30.402	1.313.443
21.40	Schülerbeförderung	-1.491.063	0	0	-1.491.063
51.10	Räumliche Planung	-714.692	0	0	-714.692
51.11	Vermessung & Geoinformation	-830.293	0	0	-830.293
51.12	Flurneuordnung	-998.019	0	0	-998.019
54.20	Kreisstraßen	-133.948	51.892	-657.009	-739.065
54.30	Landesstraßen	-318.936	0	0	-318.936
54.40	Bundesstraßen	-414.626	0	0	-414.626
54.70	ÖPNV	-2.175.268	386.267	-300.000	-2.089.001
57.10	Wirtschaftsförderung	-474.609	0	-20.000	-494.609
57.50	Tourismus	-215.588	0	0	-215.588
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	-6.423.198	438.159	-1.007.411	-6.992.449
52.10	Baurecht	382.102	0	0	382.102
52.20	Wohnungsbauförderung	-17.701	13.612	0	-4.089
52.30	Denkmalschutz	-38.388	0	0	-38.388
55.20	Gewässerschutz	-750.537	0	0	-750.537
55.40	Naturschutz	-393.615	0	0	-393.615
55.50	Forstwirtschaft	-1.762.787	0	0	-1.762.787
55.51	Landwirtschaft	-1.345.723	0	0	-1.345.723
56.10	Umweltschutz	-699.411	0	-35.705	-735.116
56.20	Arbeitsschutz	-74.065	0	0	-74.065
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-4.700.125	13.612	-35.705	-4.722.218
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB II	-44.298.800	0	0	-44.298.800
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	-13.357.772	0	0	-13.357.772
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	-167.895	0	0	-167.895
31.40	Soziale Einrichtungen	-889.161	5.424	-499.893	-1.383.631
31.50	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	-224.633	0	0	-224.633
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	-285.235	0	0	-285.235
31.70	Betreuungsleistungen	-199.383	0	0	-199.383
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	-1.645.750	0	0	-1.645.750
31.90	Bildung & Teilhabe	-192.575	0	0	-192.575
37.10	Schwerbehindertenrecht	-466.390	0	-3.687	-470.077
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	-140.237	0	0	-140.237
THH 6	Soziales & Arbeit	-61.867.831	5.424	-503.580	-62.365.988
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	-860.543	0	0	-860.543
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	-19.578.014	0	0	-19.578.014
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	-1.971.934	0	0	-1.971.934
36.80	Kooperation und Vernetzung	-233.815	0	0	-233.815
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	-760.767	0	0	-760.767
THH 7	Jugend & Familie	-23.405.073	0	0	-23.405.073
Summe		**7.044.501**	**5.107.168**	**-11.818.759**	**332.910**

Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen

Produkt-bereich/-gruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	ordentliches Ergebnis	Nettoressourcen-bedarf/überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11	**Innere Verwaltung**	**1.230.554**	**-19.217.693**	**-17.987.138**	**-193.845**
12	**Sicherheit und Ordnung**	**4.632.717**	**-6.112.492**	**-1.479.775**	**-4.396.549**
12.60	Brandschutz	57.244	-94.748	-220.938	-284.698
21	**Schulträgeraufgaben**	**10.203.237**	**-9.983.900**	**219.337**	**-6.438.744**
22	**Schulpersonal und Schulentwicklung**				
25	**Museen, Archiv, Zoo**		**-51.125**	**-51.125**	**-67.811**
26	**Theater, Konzerte, Musikschulen**		**-107.656**	**-107.656**	**-108.866**
27	**Volkshochschulen, Bibliotheken, kulturpädagogische Einrichtungen**				
28	**Sonstige Kulturpflege**	**56.319**	**-86.952**	**-30.632**	**-91.894**
31	**Soziale Hilfen**	**32.183.082**	**-92.561.708**	**-60.378.626**	**-62.831.912**
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	17.501.365	-61.632.945	-44.131.581	-44.814.398
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	11.327.693	-23.556.670	-12.228.978	-12.512.844
36	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**5.355.018**	**-28.659.786**	**-23.304.768**	**-25.574.875**
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	2.014.212	-21.768.259	-19.754.048	-21.695.608
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1.796.167	-3.571.176	-1.775.008	-1.874.518
37	**Schwerbehinderten- und soziales Entschädigungsrecht**	**1.032**	**-627.182**	**-626.150**	**-893.277**
41	**Gesundheitsdienste**	**257.387**	**-648.336**	**-390.950**	**-1.648.472**
41.10	Krankenhäuser	68.457	-48.367	20.089	3.332
41.80	Kur- und Badeeinrichtungen				
42	**Sport und Bäder**		**-1.200**	**-1.200**	**-154.701**
42.40	Bäder				
42.41	Sportstätten				
51	**Räumliche Planung und Entwicklung**	**688.989**	**-2.852.336**	**-2.163.347**	**-3.337.447**
52	**Bauen und Wohnen**	**1.050.712**	**-721.011**	**329.702**	**24.304**
53	**Ver- und Entsorgung**	**730.360**		**730.360**	**-13.265**
53.30	Wasserversorgung				
53.70	Abfallwirtschaft	730.360		730.360	-13.265
53.80	Abwasserbeseitigung				
54	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**	**6.848.242**	**-9.644.529**	**-2.796.287**	**-3.600.680**
54.70	ÖPNV	1.314.695	-3.660.739	-2.346.044	-2.504.540
55	**Natur- und Landschaftspflege, Friedhofswesen**	**2.231.156**	**-6.332.715**	**-4.101.559**	**-7.065.345**
55.30	Friedhofs- und Bestattungswesen				
56	**Umweltschutz**	**148.473**	**-899.234**	**-750.761**	**-1.269.775**
57	**Wirtschaft und Tourismus**	**9.057**	**-722.519**	**-713.461**	**-853.846**
61	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**130.666.532**	**-8.188.351**	**122.478.179**	**122.478.180**
61.10	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	129.659.140	-8.155.442	121.503.697	121.503.698
61.20	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	1.007.392	-32.910	974.482	974.482
61.30	Abwicklung der Vorjahre				
Gesamtsumme		**196.292.882**	**-187.418.739**	**8.874.143**	**3.961.180**

Rechenschaftsbericht 2013

Ziele & Strategien

Der Kreistag des Landkreises Lörrach hat am 16.12.2009 die Gesamtstrategie „Gemeinsam Zukunft gestalten – Landkreis Lörrach 2025“ beschlossen. Die darin definierte Vision sowie die übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze dienen **als Gesamtstrategie und Orientierungsrahmen,** an dem Politik und Verwaltung ihre Planungen und Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung des Landkreises Lörrach ausrichten.

Vision:

Das Landratsamt Lörrach sieht sich als Dienstleister, mit dem Ziel, den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig zu stärken.

Übergreifende Leitsätze

(Wo wollen wir hin?)

- Ziel der Zukunftsstrategie ist es, den Landkreis als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in allen Bereichen im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken und weiter zu entwickeln.
- Der Mensch und die Region in ihrer Vielfalt stehen im Mittelpunkt.
- Der Landkreis setzt sich für die Gleichstellung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ein.
- Den Einflussgrößen, die sich aus der Lage in einer trinationalen Region ergeben, und den demografischen Entwicklungen ist Rechnung zu tragen.
- Urbane und ländliche Räume prägen den Landkreis. Die sich daraus ergebenden Gegensätze und Stärken sind positiv zu nutzen.
- Die finanzielle Stabilität des Landkreises und seiner Städte und Gemeinden ist das Fundament unseres zukunftgerichteten Handelns.
- Nur in einem vertrauensvollen Miteinander von Städten und Gemeinden mit dem Landkreis kann diese Strategie verwirklicht werden.
- Unsere Vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben und Anforderungen erfordern leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter.

und Anforderungen erfordern leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter.

strategische Themenkomplexe & themenspezifische Leitsätze

Bildung	Kultur & Sport	Verkehr & Mobilität	Wirtschaft	Gesundheit	Umwelt, Klimaschutz & Energie	Soziales & Familie
Der Landkreis	**Der Landkreis**	**Der Landkreis**	**Der Landkreis**	**Der Landkreis**	**Der Landkreis**	**Der Landkreis**
stärkt den Wirtschaftsstandort durch eine bedarfsgerechte und effiziente Bildungslandschaft.	hat das Anliegen, die Kultur in Ihrer Tradition und Modernität zu pflegen und an ihrer vielfältigen Entwicklung mitzuwirken.	sieht in einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur einen wichtigen Standortfaktor für die Region.	schafft durch leistungsfähige Infrastruktur und zukunftsorientierte Siedlungspolitik einen bevorzugten Wirtschaftsstandort im Trinationalen Eurodistrikt Basel.	unterstützt im urbanen wie ländlichen Raum die medizinische, klinische und pflegerische Gesamtversorgung.	setzt sich für umweltfreundliche Technologien, Verkehrs- und Energieträger ein und schont damit Umwelt und Klima.	bekennt sich mit einem umfassenden und vielfältigen Angebot zu seiner Verantwortung für die Gesellschaft, insbes. für Familien, junge Menschen, Seniorinnen und Senioren.
wirkt als Schulträger maßgeblich bei der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte mit.	nimmt im Eurodistrikt seine Chance wahr, das Angebot in den Bereichen Kultur und Sport zu bereichern.	setzt sich für einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr kreisübergreifend und im Eurodistrikt ein.	trägt zur Schaffung und Sicherung von Arbeit und Arbeitsplätzen im urbanen wie ländlichen Raum bei und macht den Kreis zu einem attraktiven Lebensmittelpunkt.	bildet mit seinen Bädern und Kurorten eine attraktive Gesundheitsregion und begreift Gesundheit auch als Wirtschaftsfaktor.	sorgt für einen wirkungsvollen Schutz von Landschaft und Natur sowie für die Erhaltung der Artenvielfalt.	unterstützt nachhaltig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
trägt als Schulträger und durch Hilfsleistungen zur Bildung und gesellschaftlichen Integration von Kindern mit Benachteiligungen und Behinderungen bei.			ist kommunaler Partner von Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung und Land- und Forstwirtschaft.			fördert die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.
fördert im Sinne einer lokalen Bildungslandschaft die regionale und grenzüberschreitende Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsträger.			zielt darauf ab, durch sanften Tourismus und umweltschonende Freizeitaktivitäten den ländlichen Raum und seine Kulturlandschaft weiter zu stärken.			leistet seinen Beitrag für ein gemeinsames Leben Behinderter und nicht behinderter Menschen.

strategische Handlungsschwerpunkte (mittelfristig)

(Was wollen wir erreichen?)

jährliche Produkt(gruppen) ziele, -maßnahmen und Budgets (operativ)

(Was müssen wir dafür tun, wie müssen wir es tun und was setzten wir dafür ein?)

Ziele & Strategien

Da die **übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze** (1. Ebene) für eine zielorientierte Steuerung der Kreisverwaltung durch die politischen Gremien zu abstrakt formuliert sind, müssen diese noch konkretisiert werden.

Dafür werden regelmäßig im Vorfeld der jährlichen Haushaltsplanung die gemeinsam von Politik und Verwaltung festgelegten **strategischen Handlungsschwerpunkte** (2. Ebene) fortgeschrieben. Sie stellen das Bindeglied zwischen der 1. Ebene, der Gesamtstrategie und den jährlichen **Ziel-, Leistungs- und Budgetplanungen** (3. Ebene) der Fachbereiche dar und konkretisieren, was die Verwaltung in den Themenfeldern leisten bzw. umsetzen will, die für den Landkreis strategisch relevant sind.

- **Mit Verabschiedung des Haushalts 2013 wurden vom Kreistag am 28.11.2012 folgende strategische Handlungsschwerpunkte beschlossen:**

Übergreifende Strategische Schwerpunkte
Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.
Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.

Prio.	Themenkomplex	Strategische Handlungsschwerpunkte		
I	Verkehr & Mobilität	Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.	Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.
II	Bildung	Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.	Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.	
	Soziales & Familie	Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen	Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.	
	Wirtschaft & Strukturpolitik	Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.	Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.	
III	Umwelt, Energie &Klimaschutz	Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.	Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand	
IV	Gesundheit			
V	Kultur & Sport			

Auf Grundlage dieser strategischen Handlungsschwerpunkte wurden anschließend, im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 die konkreten Ziele, Maßnahmen und Budgets für die einzelnen Produktgruppen geplant.

Um Abweichungen von der vorgegebenen Strategie und Budgetabweichungen rechtzeitig festzustellen und so ein wirksames Gegensteuern von Politik und Verwaltung zu ermöglichen, wurde in der Kreisverwaltung bereits vor einigen Jahren ein unterjähriges Berichtswesen eingeführt. Grundsätzlich ist hierbei zwischen dem fachbereichsinternen und dem zentralen Berichtswesen zu unterscheiden.

Das fachbereichsinterne Berichtswesen wird durch die einzelnen Fachbereiche für ihren entsprechenden Aufgabenbereich eigenverantwortlich ausgestaltet. Das zentrale Berichtswesen dient der Messung der Aufgabenerfüllung der Kreisverwaltung und der Kommunikation gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit.

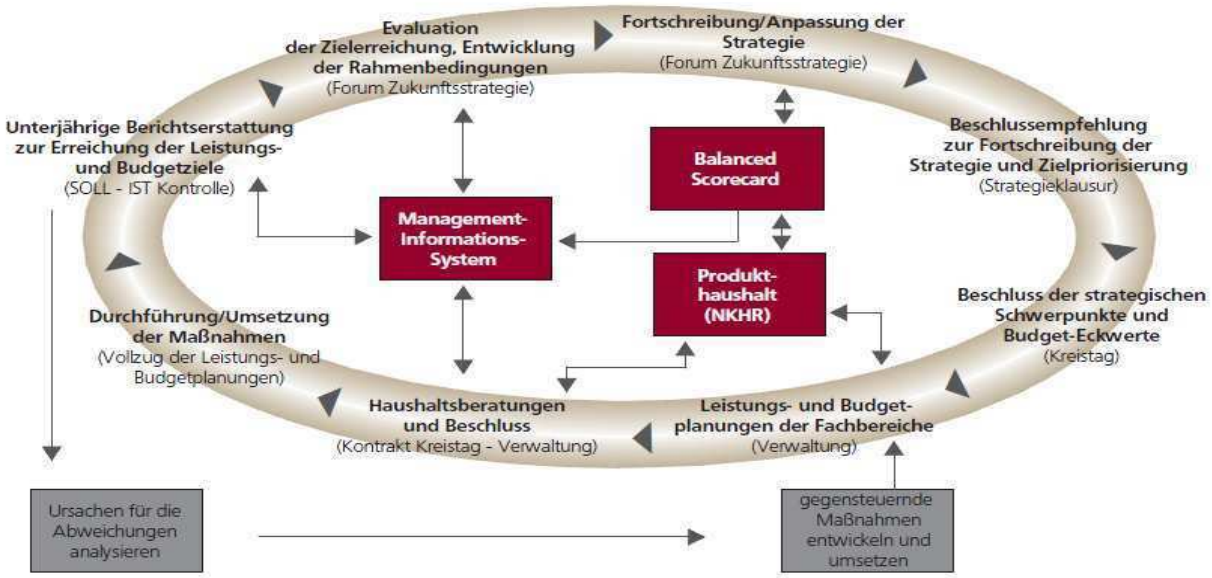
Entsprechend dem Kontrakt zwischen Kreistag und Landrätin hat die Verwaltungsführung die Kreisräte in unterjährigen Zwischenberichten (im Juli und Oktober 2013) über den aktuellen Stand der Aufgabenerfüllung, die Finanzlage sowie wesentliche Planabweichungen informiert. Darüber hinaus hat die Verwaltungsführung in den Ausschusssitzungen im April 2013 auch schon über die Zielerreichung und das vorläufige Jahresergebnis 2012 berichtet.

Mit dem Jahresabschluss informiert die Kreisverwaltung nicht nur über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und das Ergebnis 2013, sondern in den Teilhaushaltsberichten insbesondere auch über den Umsetzungsstand der strategischen Ziele, Maßnahmen und Projekte.

Die konkreten Ergebnisse sind in den einzelnen Teilhaushalten und Produktgruppen dargestellt. Hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob denn letztendlich auch die gewünschte Wirkung bei der jeweiligen Zielgruppe eingetreten ist, stehen wir noch am Anfang. Es ist aber unser Ziel, auch für die Beantwortung dieser Frage Zug um Zug aussagekräftige Indikatoren und Kennzahlen zu definieren und in zukünftigen Jahresberichten darzustellen.

Jeder Jahresbericht ist zum einen ein Rückblick auf das Vorjahr - zum anderen informiert er auch über künftige Entwicklungen und weist auf kommende Herausforderungen hin.

Strategischer Steuerungskreislauf – Landkreis Lörrach -



Wichtigste Jahresergebnisse

Darstellung des Jahresergebnisses

Der Haushalt 2013 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von **8.874.143,23 EUR** ab. Zurückzuführen ist diese Ergebnisverbesserung insbesondere auf Mehrerträge bei den Transfererträgen Soziales & Jugend, der Weiterleitung der Wohngeldentlastung vom Land, den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, den Schlüsselzuweisungen, diversen Zuschüssen und Kostenerstattungen, den Erträgen aus Wertberichtigungen auf Forderungen sowie der Auflösung von Rückstellungen. Zudem haben Minderaufwendungen beim Personalaufwand, bei der Schülerbeförderung, Bauunterhaltung, Gebäudebewirtschaftung und bei Zuschüssen zum Ergebnis beigetragen. Durch die sparsame und wirtschaftliche Bewirtschaftung in allen Verwaltungsbereichen haben sich darüber hinaus monetäre Verbesserungen bei weiteren Budgetpositionen ergeben (siehe auch Erläuterungen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft).

Das Sonderergebnis 2013 beläuft sich auf **20.987,58 EUR**.

Der Haushalt schließt somit mit einem Gesamtergebnis in Höhe von **8.895.130,81 EUR** positiv ab. Bei Betrachtung dieses guten Ergebnisses darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in der Gesamtergebnisrechnung 2013 Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 1,802 Mio. EUR gebildet wurden. In dieser Höhe nimmt der Landkreis wie schon im vorangegangen Jahr auch für das Jahr 2014 eine „Hypothek“ auf, da die Ermächtigungsübertragungen erst im bzw. in den Folgejahr/en zu Aufwendungen führen und die künftigen Ergebnisse belasten werden.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 hat sich der Bestand an Zahlungsmitteln von 2.187.970,67 EUR auf **29.554.478,54 EUR** erhöht. Dies ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass zum Jahreswechsel nicht benötigte liquide Mittel, welche im Jahr zuvor als Termineinlagen bei den Wertpapieren verbucht waren, nun als Tagesgeldkonto aufgrund einer besseren Zinsrendite angelegt wurden und daher unter einer anderen Bilanzposition ausgewiesen werden. Insgesamt betrachtet haben sich die Finanzmittel jedoch nur geringfügig um rd. 167.000 EUR erhöht. Des Weiteren wird auf die Ausführungen zur Liquidität und des ordentlichen Ergebnisses verwiesen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 beträgt **137.033.240,72 EUR** und hat sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2012 um 1.543.957,21 EUR erhöht. Diese Erhöhung setzt sich auf der Aktivseite aus der Zunahme des Sachvermögens (2,1 Mio. EUR), des Finanzvermögens (0,6 Mio. EUR) und der Verringerung der Abgrenzungsposten (-1,2 Mio. EUR) zusammen.

Das Basiskapital des Landkreises Lörrach zum 31.12.2013 beträgt **85.926.017,08 EUR**. Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.037.027,28 EUR erhöht. Dies beruht im Wesentlichen auf einem zu geringen Wertansatz beim Telekom-Gebäude und dem Fehlen eines passiven Sonderpostens für die Gemeindeanteile am Eigenkapital des Zweckverbands Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken, die aufgrund von Prüfungsfeststellungen der im Herbst 2012 durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gegen das Basiskapital korrigiert wurden.

Den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses wurde das Ergebnis 2013 in Höhe von **8,895 Mio. EUR** zugeführt.

Die Rückstellungen haben sich von 7,784 Mio. EUR um 1,965 Mio. EUR auf **5,819 Mio. EUR** verringert. Dies betrifft insbesondere die Rückstellungen für Altersteilzeit (1,34 Mio. EUR) und Urlaub/Mehrarbeit.

Die Verbindlichkeiten haben sich von 12,994 Mio. EUR um 6,041 Mio. EUR auf **6,954 Mio. EUR** reduziert. Dies ist im Wesentlichen in der Ablösung des Leasingvertrages für das Telekom-Gebäude (6,3 Mio. EUR) begründet.

Verwendung des Jahresergebnisses

Das Jahr 2013 schließt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 8.874.143,23 EUR und im Sonderergebnis in Höhe von 20.987,58 EUR ab. Gemäß § 49 Absatz 3 Satz 4 GemHVO ist im Jahresabschluss ein Überschuss beim ordentlichen Ergebnis der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, ein Überschuss beim Sonderergebnis der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zuzuführen. Dieser Beschlussvorschlag wird dem Kreistag für seine Sitzung vom 23.07.2014 vorgelegt.

Bericht über die Entwicklung der Rücklagen

Rücklagen sind Bestandteil der Kapitalposition (Eigenkapital). Sie dienen der Aufnahme von Überschüssen aus dem ordentlichen Ergebnis und dem Sonderergebnis und dem Ausgleich von Fehlbeträgen im Rahmen des Haushaltsausgleichs. Sie sind nicht mit der bisherigen kameralen Rücklage zu vergleichen, die zur Sicherung der Haushaltswirtschaft (Liquidität) und für Zwecke des Vermögenshaushalts zu bilden war.

Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt nach Zuführung insgesamt 22.767.498,12 EUR, die Rücklage aus den Überschüssen des Sonderergebnisses 137.124,55 EUR, in Summe 22.904.622,67 EUR.

Drei Komponenten-System

Die Zusammenhänge der drei Rechensysteme Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung werden anhand folgender stilisierter Darstellungsform verdeutlicht:

Ergebnisrechnung

Aufwendungen - in EUR -	2012	2013	Erträge - in EUR -	2012	2013
Personalaufwendungen	39.465.845,12	41.307.470,99	Umlagen	74.816.766,76	80.180.401,72
Aufw.f.Sach-/Dienstleistungen	10.280.000,87	12.272.749,53	Zuweisungen, Zuschüsse	79.408.417,10	85.981.276,83
Abschreibungen, Zinsen	3.257.084,57	3.197.875,10	Sonstige Transfererträge	9.194.134,09	9.403.106,46
Transferaufwendungen	93.907.412,04	100.157.010,24	Kostenerstattungen u. -umlagen	12.158.339,32	13.646.721,88
Sonstige ordentl. Aufwendungen	31.595.679,63	30.483.632,68	Steuern, ähnliche Abgaben, Entgelte, Zinsen u. sonstige Erträge	5.837.620,90	7.081.374,88
Außerordentliche Aufwendungen	1.343,60	203.169,32	Außerordentliche Erträge	44.143,95	224.156,90
Gesamtergebnis	**2.952.056,29**	**8.895.130,81**			

Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva - in EUR -	2012	2013	Passiva - in EUR -	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	109.295,95	89.492,44	Basiskapital	84.888.989,80	85.926.017,08
Sachvermögen	47.208.339,39	49.397.229,54	Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses u. Sonderergebnisses	14.009.491,86	22.904.622,67
			davon Zuführung akt. Jahr	2.952.056,29	8.895.130,81
Finanzvermögen	73.618.662,82	74.204.620,05	Sonderposten	14.348.516,98	13.995.935,04
davon Liquide Mittel	2.187.970,67	29.554.478,54	Rückstellungen	7.784.518,93	5.819.406,51
			Verbindlichkeiten	12.994.436,57	6.953.782,98
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14.552.985,35	13.341.898,69	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.463.329,37	1.433.476,44
Summe	**135.489.283,51**	**137.033.240,72**	**Summe**	**135.489.283,51**	**137.033.240,72**

Finanzrechnung

Einzahlungen - in EUR -	2012	2013	Auszahlungen - in EUR -	2012	2013
Anfangsbestand	3.998.530,74	2.187.970,67			
Einzahlungen des Ergebnishaushalts	181.840.793,15	195.311.560,46	Auszahlungen des Ergebnishaushalts	175.699.773,77	188.267.059,83
Einzahlungen a.Investitionstätigkeit	4.107.554,80	5.107.168,54	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.222.497,25	11.818.759,69
davon Ausleihungen an Untern.	3.878.669,86	4.619.035,86	davon Ausleihungen an Untern.	2.500.000,00	1.400.000,00
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	1.000.000,00	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00
Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	129.502.705,44	144.088.513,28	Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	136.339.342,44	118.054.914,89
			Endbestand an Zahlungsmitteln	**2.187.970,67**	**29.554.478,54**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Ergebnisrechnung

Durch die unverändert günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die hohe Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland konnte ein Wachstum von real 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Selbst im internationalen Vergleich ist die deutsche Wirtschaft durch günstige wirtschaftliche Fundamentalfaktoren nach wie vor gut aufgestellt. In der November-Steuerschätzung wurden die kommunalen Steuereinnahmen im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung nochmals leicht nach oben korrigiert.

Dieses günstige wirtschaftliche Umfeld förderte u.a. das im Landkreis Lörrach erzielte Jahresergebnis.

Die sieben Teilhaushalte schließen wie folgt ab:

THH	Bezeichnung	ordentliches Ergebnis PLAN - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST - in EUR -	Vergleich PLAN / IST - in EUR -
1	Finanzen & Zentrales Management	102.337.871	105.726.603	3.388.732
2	Ordnung & Gesundheit	-4.121.522	-3.619.504	502.019
3	Bildung & Kultur	1.286.922	1.551.211	264.289
4	Verkehr & Strukturpolitik	-7.713.550	-5.952.004	1.761.546
5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-5.173.769	-4.522.619	651.150
6	Soziales & Arbeit	-63.077.477	-61.004.776	2.072.701
7	Jugend & Familie	-23.538.476	-23.304.768	233.707
ordentliches Ergebnis		**0**	**8.874.143**	**8.874.143**

Folgende Positionen (gerundet) haben im Haushaltsjahr 2013 das positive Rechnungsergebnis maßgeblich begünstigt:

Ertrag / Aufwand	THH	PG	Bezeichnung	Vergleich PLAN / IST - in EUR -
E	1-7	div.	Verwaltungsgebühren, öffentlich-rechtliche Entgelte, Bußgelder	679.600
E	1-7	div.	Diverse Zuweisungen und Kostenerstattungen	654.400
E	4	54.xx	Straßen, Kostenersätze und Schadenersatzleistungen	645.400
E	1	61.10	Schlüsselzuweisungen	557.200
E	1	61.10	Grunderwerbssteuer	388.100
E	1-7	div.	Auflösung u. Herabsetzung von Rückstellungen	282.800
E	1-7	div.	Privatrechtl. Leistungsentgelte, Zinserträge, aktivierte Eigenleist.	279.600
A	1-7	div.	Personalaufwendungen incl. Rückstellungen/-auflösungen	1.075.400
A	1	11.24	Bauunterhaltung	329.900
A	7	36.20	Zuschüsse Schulsozialarbeit	234.800
A	1	11.24	Gebäudebewirtschaftung	206.600
A	4	57.10	Zuschüsse GüZ und Strukturförderung	199.700
E/A	6+7	div.	Transferleistungen Soziales & Jugend	1.244.300
E/A	1-7	div.	sonstige Budgeteinsparungen, Abschreibungen	802.000
E/A	1	61.20	Wertberichtigungen auf Forderungen	793.400
E/A	4	21.40	Schülerbeförderung, Kostenersätze und Beförderungsleistungen	500.900
ordentliches Ergebnis				**8.874.100**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die größten Positionen und bedeutendsten Bereiche werden nachfolgend erläutert:

- **Schlüsselzuweisungen - Mehrerträge von 557.200 EUR**

Aufgrund des steigenden Steueraufkommens hob das Innenministerium mit der 4. Abschlagszahlung 2013 die Ausschüttungsquoten auf 71,3 Prozent an (§ 10 Abs. 2 FAG). Der Kopfbetrag für die Ermittlung der Bedarfszahl der Landkreise blieb wie geplant bei 556 EUR. Die angehobene Ausschüttungsquote, die gegenüber der Planung erhöhten Einwohnerzahlen und eine leicht erhöhte Steuerkraftmesszahl führten zu Mehrerträgen von 521.800 EUR. Aus der Abschlusszahlung des Jahres 2012 ergaben sich Mehrerträge von 35.400 EUR (Kopfbetrag von 517 EUR bei einer Quote von 71,52 Prozent).

- **Grunderwerbsteuer – Mehrerträge von 388.100 EUR**

Durch die hohen Erträge im Jahr 2012 und weiter steigende Immobilienpreise wurden für das Jahr 2013 Grunderwerbsteuererträge in Höhe von 11 Mio. EUR erwartet. Dieser Betrag konnte trotz einigen unterjährigen Schwankungen erreicht und mit 388.100 EUR sogar überschritten werden.

- **Wertberichtigungen Forderungen – Mehrerträge (netto) von 793.400 EUR**

Das Risiko eines vollständigen oder teilweisen Forderungsausfalls ist in der Bilanz angemessen zu berücksichtigen. Damit wird dem Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung und den Bilanzgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit entsprochen.

Neben der Einzelwertberichtigung wird das Ausfallrisiko je Forderungsart mittels eines pauschalen Wertberichtigungssatzes jedes Jahr neu ermittelt. Die Wertberichtigung auf Forderungen dient ausschließlich Zwecken des bilanziellen Ausweises und ist nicht als Forderungsverzicht zu verstehen.

Die berechneten Wertberichtigungssätze sind im Jahr 2013 mit Ausnahme der Forderungen "Sonstige Gebühren" im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Aus diesem Grunde mussten die in die Bilanz eingestellten Wertberichtigungen auf Forderungen der Vorjahre in entsprechender Höhe ertragswirksam aufgelöst werden.

Die im Bereich Unterhaltsvorschuss und Jugend & Soziales der Wertberichtigung zu Grunde gelegten offenen Posten zum 31.12.2013 wurden aufgrund eines Hinweises der Gemeindeprüfungsanstalt um Erstattungsforderungen gegen öffentliche Träger (als 100 % werthaltig eingestuft) sowie um befristet niedergeschlagene Forderungen bereinigt. Um diese Beträge weichen die werthaltigen Posten in der folgenden Tabelle von den entsprechenden Bilanzpositionen ab.

Die Wertberichtigung wurde auf Basis folgender Beträge berechnet und verteilt sich auf die Bereiche:

Herkunft / Bereich	Offene Posten zum 31.12.2013	Werthaltige Posten zum 31.12.2013	Wertberichtigung zum 31.12.2013	Wertberichtigung zum 31.12.2012	Ertrag / Aufwand aus Wertberichtigung 2013
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Unterhaltsvorschuss	4.709.928	600.725	3.819.575	4.026.021	-206.447
Jugend & Soziales	3.176.880	1.906.439	760.126	1.323.164	-563.039
Ordungswidrigkeiten	209.053	175.620	33.433	50.957	-17.525
Gebühren im Bereich:					
Verkehr	195.976	181.261	14.716	16.895	-2.180
Baugebühren	94.353	83.329	11.024	13.287	-2.264
Wohnheimgebühren	22.291	14.934	7.357	11.560	-4.202
Sonstige Gebühren	218.730	201.490	17.240	14.993	2.247
Summe			**4.663.470**	**5.456.879**	**-793.409**

Neben den hier aufgeführten Beträgen aus der Einzel- und Pauschalwertberichtigung enthalten die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen im Jahr 2013 auch Auflösungen von bislang befristet niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von rd. 41.400 EUR.

- **Verwaltungsgebühren – Mehrerträge von 429.500 EUR**

Die Verbesserungen bei den überlassenen Verwaltungsgebühren ergeben sich hauptsächlich im Teilhaushalt 4, Bereich „Verkehrswesen“ (113.000 EUR) und Teilhaushalt 5, Bereich „Baugenehmigungen“ (338.300 EUR). Darüber hinaus trug auch der Bereich Ausländer- und Einbürgerungswesen (27.200 EUR) zur Verbesserung bei, die Bereiche Naturschutz und Umweltschutz weisen dagegen Mindererträge auf (-46.700 EUR).

Im Bereich Verkehrswesen sind die Mehrerträge größtenteils auf Überwachungs- bzw. Zwangsmaßnahmen wegen Versicherungs- und Steuerverzug oder Mängel von Fahrzeugen zurückzuführen. Die Gebührenerträge in der PG 11.21 von insgesamt 2.531.000 EUR sind im Vergleich zum Vorjahres-Ergebnis 2012 mit 29.500 EUR rückläufig und hauptsächlich durch die sinkenden Kfz-Zulassungszahlen begründet.

Bei den Baugenehmigungen wurde der geplante Ansatz um rund 338.300 EUR überschritten. Allein 242.000 EUR entfallen auf 15 größere Vorhaben, die bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes 2013 nicht absehbar waren.

- **Gebäudebewirtschaftung und Bauunterhaltung – Minderaufwendungen in Höhe von 536.500 EUR**

Einsparungen im Bereich der Gebäudebewirtschaftung (206.600 EUR) konnten trotz eines härteren und längeren Winters 2012/2013 erzielt werden und sind den Auswirkungen der energetischen Maßnahmen sowie der optimierten Überwachung der Haustechnikanlagen zu verdanken.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Im Bereich der Bauunterhaltung konnten einige angedachte Sanierungen nicht plangemäß durchgeführt werden und wurden verschoben. Dazu zählen insbesondere die Lichtkuppel im Haus 1 (100.000 EUR), die WC-Sanierung am Berufsschulzentrum Schopfheim (80.000 EUR) und die Duschraumsanierung an der Gewerbeschule Rheinfelden (30.000 EUR). Da die Schulentwicklungsplanung noch nicht abgeschlossen werden konnte, ist auch die Radonsanierung im Berufsschulzentrum Lörrach (140.000 EUR) um ein weiteres Jahr verschoben worden.

- **Personalaufwand – Minderaufwendungen von 1.075.400 EUR**

Im Vergleich zum Planansatz (42.382.900 EUR) ergeben sich im Jahr 2013 Minderaufwendungen von 1.075.429 EUR (2,54 %).

Diese Minderaufwendungen gegenüber dem Planansatz werden wesentlich durch folgende Faktoren beeinflusst.

- Minderaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen / Fachkräftemangel, ca. 780.000 EUR / 1,84 % des veranschlagten Gesamt-Personalaufwands
- Minderaufwendungen durch Personalausfall aufgrund längerer Krankheit, ca. 250.000 EUR / 0,59 % des veranschlagten Gesamt-Personalaufwands
- Minderaufwendungen im Bereich der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit, ca. 230.000 EUR
- Mehraufwendungen für die Versorgungsumlagen der Ruhestandsbeamten, ca. 120.000 EUR
- Mehraufwendungen durch personalwirtschaftliche Änderungen, die nicht veranschlagt waren, ca. 40.000 EUR
- Mehraufwendungen im Bereich der leistungsorientierten Bezahlung, ca. 26.000 EUR

Plan-Ist Vergleich 2013 mit detaillierter Darstellung der Rückstellungen:

Personalaufwendungen	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	PLAN - IST Vergleich
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Personalaufwand	-40.731.600	-43.761.900	-42.920.800	-841.100
Rückstellung ATZ	927.959	1.379.000	1.342.827	+36.173
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	205.802	0	237.347	-237.347
Rückstellungen für Mehrarbeit	131.994	0	33.155	-33.155
Summe	**-39.465.845**	**-42.382.900**	**-41.307.471**	**-1.075.429**

Der Personalaufwand 2013 (einschl. Rückstellungen Altersteilzeit, Urlaub und Mehrarbeit) beläuft sich auf 41.307.471 EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 1.841.626 EUR (4,66 %) gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von 39.465.845 EUR.

Die Mehraufwendungen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2012 in Höhe von 1.841.626 EUR lassen sich wie folgt begründen:

- Tariferhöhungen der Beschäftigten (1,4 % jeweils zum 01.01.2013 und 01.08.2013); 684.000 EUR
- Besoldungserhöhungen der Beamten (2,45 % ab 01.07.2013 für die Besoldungsgruppen A5 – A9 und ab 01.10.2013 für die Besoldungsgruppen A10 und A11); 120.000 EUR
- Erhöhungen im Bereich leistungsorientierte Bezahlung von 1,75 % auf 2,0 %; 73.000 EUR
- Höhergruppierungen und Beförderungen; 150.000 EUR
- Mehraufwand Versorgungsumlage für Ruhestandsbeamte; 101.000 EUR
- Neue Stellen/-anteile; 1.053.000 EUR
- Ergebnisverbesserung im Bereich der Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Mehrarbeit sowie im Bereich der Altersteilzeit; -340.000 EUR

Entwicklung der Planstellen

Jahr	Stellen		
	PLAN	besetzt	Δ
2012	783,76	725,73	58,03
Δ	+ 10,27	+ 29,54	
2013	794,03	755,27	38,76

Die Zahl der Planstellen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,27 Stellen erhöht. Die Zahl der tatsächlich besetzten Planstellen hat sich zum Stichtag 30.06.2013 gegenüber dem Vorjahr um 29,54 Stellen erhöht.

Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen liegt unter der im Stellenplan ausgewiesenen Stellenzahl. Hierunter fallen:

- Unbesetzte Planstellen in Voll- und Teilzeit
- Personen, die sich in der beruflichen Arbeitsphase der Altersteilzeit befinden
- Stellen, die nicht im ausgewiesenen Umfang besetzt sind

Erläuterungen der Rückstellungen

Durch die Einführung des NKHR sind für die Altersteilzeitbeschäftigten (Blockmodell: eine Hälfte Arbeitsphase, eine Hälfte Freistellungsphase) Rückstellungen zu bilden. Beim Blockmodell erhalten die Beschäftigten in der ersten Hälfte (Arbeitsphase) für 100% Arbeit 50% Gehalt. Für den Arbeitgeber bedeutet dies, dass er in der Freistellungsphase weiterhin Gehalt zahlen muss, von dem Altersteilzeitbeschäftigten aber keine Arbeitsleistung mehr erhält. Für diese Zahlungen sind in der Arbeitsphase entsprechende Rückstellungen zu bilden.

Bei den Aufwendungen für Altersteilzeit ist eine Entlastung von 1.342.827 EUR ausgewiesen, da auch im Jahr 2013 der Aufwand für die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung (1.131.649 EUR) niedriger war, als die diesjährige Inanspruchnahme (2.474.476 EUR). Zum 31.12.2013 befanden sich 2 Mitarbeiter in der aktiven und 37 Mitarbeiter/-innen in der passiven Phase der Altersteilzeit.

Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und für geleistete Mehrarbeit sind ebenso darzustellen. Aufgrund einer Prüfungsbemerkung der GPA waren diese Rückstellungen im Haushaltsjahr 2012 für die Eröffnungsbilanz gegen das Basiskapital und für das Jahr 2011 aufwandswirksam korrigiert worden. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 durch die KPMG ergab einen nicht zutreffenden Bestand dieser Rückstellungspositionen zum 31.12.2012, welcher in 2013 korrigiert wurde. Hieraus resultierend ergeben sich positive Beträge in der Ergebnisrechnung 2013, obwohl die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage und geleisteten Mehrarbeit deutlich gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat.

	2012	2013
Nicht in Anspruch genommene Urlaubstage	8.852	11.695
Geleistete Mehrarbeit (in Stunden)	26.461	39.523

- **Zuschussbedarf bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen 1,24 Mio. EUR unter Plan**

Der Zuschussbedarf der Sozial- und Jugendhilfeleistungen in den THH 6 und 7 blieb mit 66.235.800 EUR unter dem Plan 2013. Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Transferleistungen damit ein Rückgang um 482.816 EUR (- 0,7 %) zu verzeichnen. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass durch die von 45 % auf 75 % erhöhte Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine Entlastung um rd. 4 Mio. EUR eingetreten ist. Ansonsten hätte die Steigerung 5,3 % betragen. Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die einzelnen Hilfeleistungen im Jahr 2013 gegenüber dem Ergebnis 2012 und den Planansätzen 2013 entwickelten. Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeilen 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung).

Entwicklung der Transferleistungen im Landkreis Lörrach 2012 – 2013

Bezeichnung	Produkt / PG	IST 2012			PLAN 2013			IST 2013		
		Erträge	Aufwen-dungen	Zuschuss-bedarf	Erträge	Aufwen-dungen	Zuschuss-bedarf	Erträge	Aufwen-dungen	Zuschuss-bedarf
Hilfe zur Pflege	31.10.01	1.645.341	-11.648.657	-10.003.316	1.760.000	-12.277.000	-10.517.000	1.848.279	-12.524.513	-10.676.235
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	5.601.793	-31.561.624	-25.959.830	4.510.000	-32.137.000	-27.627.000	5.311.704	-32.291.218	-26.979.515
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	5.073	-1.092.686	-1.087.614	0	-826.000	-826.000	2.033	-1.139.361	-1.137.328
Hilfen für blinde Menschen	31.10.04	4.866	-869.913	-865.048	0	-1.012.000	-1.012.000	17.385	-858.631	-841.246
Hilfe zum Lebensunterhalt										
ohne Soziallastenausgleich	31.10.05.01	-170.848	-942.297	-1.113.145	145.000	-987.000	-842.000	-76.144	-1.007.383	-1.083.527
nach § 21 FAG:	31.10.05.01	2.558.849	0	2.558.849	2.041.700	0	2.041.700	2.135.864	0	2.135.864
nach § 22 FAG:	61.10.01	3.080.412	0	3.080.412	2.831.500	0	2.831.500	2.894.942	0	2.894.942
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	31.10.05.02	4.431.275	-10.600.898	-6.169.623	8.441.400	-11.209.000	-2.767.600	8.079.335	-10.947.222	-2.867.887
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	31.10.06	0	-67.318	-67.318	0	-76.000	-76.000	0	-81.867	-81.867
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	3.358	-596.819	-593.461	1.000	-690.000	-689.000	-9.352	-628.568	-637.920
Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (ohne Wohngeldentlastung)	31.20 ohne 31.20.01	7.776.465	-20.516.054	-12.739.589	7.085.300	-19.856.000	-12.770.700	7.476.961	-20.336.379	-12.859.418
Weitergabe Wohngeldentlastung des Landes	31.20.01	891.137	0	891.137	800.000	0	800.000	1.869.030	0	1.869.030
Leistungen für Ausländer/ Asyl	31.30, 31.40.01	1.068.166	-1.263.028	-194.862	1.823.300	-2.846.500	-1.023.200	1.745.991	-2.085.046	-339.055
Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	31.50.01	844.289	-1.007.182	-162.894	980.000	-1.117.000	-137.000	753.646	-873.576	-119.930
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	31.80	-4.157	2.220	-1.938	0	-100.000	-100.000	-3.474	-100.725	-104.199
Bildung & Teilhabe	31.90	0	-362.088	-362.088	0	-166.000	-166.000	0	-152.248	-152.248
SUMME THH 6		27.736.018	-80.515.503	-52.790.327	30.419.200	-83.284.500	-52.880.300	32.046.201	-83.026.738	-50.980.537
Allgemeine Förderung junger Menschen	36.20	63.392	-90.010	-26.618	63.700	-50.000	13.700	36.244	-70.580	-34.336
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	36.30	1.692.802	-14.280.889	-12.588.087	1.546.200	-14.678.800	-13.132.600	1.916.117	-15.753.850	-13.837.733
Finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen	36.50.02/03	1.323.371	-1.996.942	-673.571	1.407.000	-2.290.000	-883.000	1.718.572	-2.815.962	-1.097.390
Kooperation und Vernetzung	36.80	0	0	0	0	0	0	0	-81.912	-81.912
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	36.90.01	1.205.137	-1.845.199	-640.062	1.208.000	-1.806.000	-598.000	1.415.770	-1.619.711	-203.941
SUMME THH 7		4.284.702	-18.213.039	-13.928.337	4.224.900	-18.824.800	-14.599.900	5.086.702	-20.342.014	-15.255.312
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		**32.020.720**	**-98.728.542**	**-66.718.665**	**34.644.100**	**-102.109.300**	**-67.480.200**	**37.132.903**	**-103.368.752**	**-66.235.849**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Abweichungen bei den einzelnen Hilfeleistungen vom Planansatz 2013 werden in folgender Tabelle dargestellt:

Bezeichnung	Produkt / PG	Abweichungen 2013 +/- (*)			Anteile BuT am Zuschussbedarf - in EUR -
		Erträge - in EUR -	Aufwendungen - in EUR -	Zuschussbedarf - in EUR -	
Hilfe zur Pflege	31.10.01	88.279	-247.513	-159.235	
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	801.704	-154.218	647.485	
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	2.033	-313.361	-311.328	
Hilfen für blinde Menschen	31.10.04	17.385	153.369	170.754	
Hilfe zum Lebensunterhalt					
ohne Soziallastenausgleich	31.10.05.01	-221.144	-20.383	-241.527	3.251
nach § 21 FAG:	31.10.05.01	94.164	0	94.164	
nach § 22 FAG:	61.10.01	63.442	0	63.442	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	31.10.05.02	-362.065	261.778	-100.287	2.000
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	31.10.06	0	-5.867	-5.867	
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	-10.352	61.432	51.080	
Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (ohne Wohngeldentlastung)	31.20 ohne 31.20.01	391.661	-480.379	-88.718	-69.287
Weitergabe Wohngeldentlastung des Landes	31.20.01	1.069.030	0	1.069.030	
Leistungen für Ausländer/ Asyl	31.30, 31.40.01	-77.309	761.454	684.145	647
Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	31.50.01	-226.354	243.424	17.070	
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	31.80	-3.474	-725	-4.199	
Bildung & Teilhabe	31.90	0	13.752	13.752	24.533
SUMME THH 6		**1.627.001**	**272.762**	**1.899.763**	**-38.855**
Allgemeine Förderung junger Menschen	36.20	-27.456	-20.580	-48.036	
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	36.30	369.917	-1.075.050	-705.133	
Finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen	36.50.02/03	311.572	-525.962	-214.390	
Kooperation und Vernetzung	36.80	0	-81.912	-81.912	
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	36.90.01	207.770	186.289	394.059	
SUMME THH 7		**861.802**	**-1.517.214**	**-655.412**	**0**
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		**2.488.803**	**-1.244.452**	**1.244.351**	**-38.855**
ZUSCHUSSBEDARF OHNE BERÜCKSICHTIGUNG BUT				**1.283.206**	

(*) + bedeutet Mehrertrag oder Minderaufwand oder verminderter Zuschussbedarf

\- bedeutet Minderertrag oder Mehraufwand oder vermehrter Zuschussbedarf

In der Tabelle wurden lediglich die Transferaufwendungen in den Fokus genommen. Die Anteile des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) am Zuschussbedarf (-38.855 EUR) entsprechen nicht genau den Werten aus der nachfolgenden Tabelle „Übersicht BuT 2013“, da in das Bildungs- und Teilhabepaket noch die Verwaltungskosten, die Schulsozialarbeit und das Hortessen mit einfließen. Die Minderaufwendungen dieser Bereiche blieben bei o.g. Zusammenstellung außer Betracht.

Der Zuschussbedarf bei den Transferleistungen im Bereich der Eingliederungshilfe konnte durch höhere Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern und anderen Ersatzleistungen wie aus Bafög-Erstattungen gegenüber der Planung um rund 647.000 EUR verbessert werden.

Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt ist ein langsamer, aber stetiger Anstieg der Leistungsberechtigten zu verzeichnen. Ein Hintergrund liegt darin, dass mehr und mehr Personen vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze berentet werden und die Rente nicht mehr ausreicht, um die Miete und den Lebensunterhalt zu finanzieren.

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Fallzahlen wie erwartet im Jahresverlauf von 1.477 im Januar auf 1.508 im Dezember 2013 angestiegen. Die vorausschauende Planung hat dieses aber größtenteils berücksichtigt. Im Jahr 2013 lag die Erstattung durch den Bund bei 75%, ab 2014 werden 100% erstattet.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende ergab sich trotz erneuter Senkung der SBG II Quote ein leicht schlechteres Ergebnis. In Zahlen bedeutet das, dass sich die Bedarfsgemeinschaften (BG) von 2012 mit 4.846 auf 4.693 in 2013 zwar verringert haben, die Kosten pro BG aber im Vergleich zur Planung um 4 Euro pro BG und Monat gestiegen sind. Dadurch ergaben sich Mehraufwendungen von 221.700 EUR. Durch Mehrerträge aufgrund höherer Weitergabe der Wohngeldentlastung durch das Land (1.069.000 EUR) konnte dies auf der Ertragsseite mehr als kompensiert werden.

Bei den Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler hat sich der hohe Anstieg der Flüchtlingszahlen erst ab August bemerkbar gemacht. Die Transferaufwendungen liegen daher unter Plan, so dass sich per Saldo eine Reduzierung des Zuschussbedarfes um rund 684.100 EUR ergeben hat.

Bei der Kinder- und Jugendhilfe hat sich der Zuschussbedarf um 705.100 EUR erhöht. Eine wesentliche Abweichung vom Planansatz in Höhe von ca. 390.000 EUR ist bei den Heimerziehungen für Kinder mit drohender seelischer Behinderung zu verzeichnen. Wie schon in den vergangenen Jahren bergen geringe Fallzahlen mit hohem Kostenaufwand ein unkalkulierbares Risiko für die Haushaltsplanung. Es erfolgte lediglich eine Fallzahlensteigerung von 4 Fällen im Jahr 2013 auf insgesamt 21 Fälle.

Aufgrund der geänderten Fördergrundsätze in der Kindertagespflege ergaben sich Mehraufwendungen von rd. 526.000 EUR, die nur anteilig durch höhere Kostenbeiträge (311.500 EUR) kompensiert werden konnten.

Die Mehrerträge im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen (rd. 207.800 EUR) resultieren aus einer Buchungskorrektur aus den Jahren 2010 und 2011. In diesen Jahren wurden befristete Niederschlagungen von den Erträgen abgesetzt und aus der Soll-Stellung herausgenommen. Aufgrund Schreiben der GPA vom 30.12.2008 und interner Besprechung 09.07.2012 wurde diese Vorgehensweise wieder geändert und somit die aus dem Soll genommenen befristeten Niederschlagungen in den Folgejahren, meist jedoch nach einer Wiedervorlagezeit von 3 Jahren wieder ins Soll eingebucht. Somit hat sich der Bestand an Soll-Erträgen im Jahr 2013 auf ca. 1.362.000 EUR extrem erhöht. Dem gegenüber stehen Sollabsetzungen für unbefristete Niederschlagungen in Höhe von ca. 572.000 EUR. Durch geringer angefragte UVG-Leistungen hat sich die Aufwandsseite um rund 186.300 EUR reduziert, so dass sich der Zuschussbedarf in diesem Bereich um rund 394.000 EUR im Vergleich zur Planung verbessert hat.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Verbesserungen beim Zuschussbedarf der Transferleistungen im THH 6 Soziales & Arbeit belaufen sich in Summe auf rd. 1.899.800 EUR und können damit die Erhöhungen des Zuschussbedarfs im THH 7 Jugend & Familie in Höhe von 655.400 EUR kompensieren. Bei einem Zuschussbedarf von 66,2 Mio. EUR für die Transferleistungen im Sozial- und Jugendhilfebereich entspricht eine Abweichung vom Plan um rd. 1.244.400 EUR prozentual lediglich 1,8 Prozent.

- **Bildungs- und Teilhabepaket**

Für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) erhielt der Landkreis 2013 Bundesmittel in Höhe von 1.471.828 EUR. Die Erträge in Form der Erhöhung der Bundesbeteiligung finden sich in der PG 31.20 (Zeile 2). Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaket wurden je nach Leistungsberechtigung in den PG 31.10, 31.30, 31.50, 31.80 verbucht und belaufen sich auf 1.099.154 EUR.

Bezeichnung	Auftrag	PLAN 2013 - in EUR -	IST 2013 - in EUR -	Abweichung - in EUR -
Erträge BuT				
Gesamtsumme Erträge (7,7 % der Kosten der Unterkunft)		**1.311.800,00**	**1.471.828,36**	**160.028,36**
Aufwendungen BuT				
3,7 % Leistungen BuT / Transfers:				
Leistungen nach § 28 SGB II	31.20.06	-374.000,00	-443.286,67	-69.286,67
Leistungen nach § 6b BKKG Kinderzuschlagsempfänger	31.90.01	-25.000,00	-21.430,35	3.569,65
Leistungen nach § 6b BKKG Wohngeldempfänger	31.90.02	-136.000,00	-115.036,46	20.963,54
Sozialhilfe nach § 34 SGB XII (HzL)	31.10.05.01	-7.000,00	-3.748,94	3.251,06
Sozialhilfe nach § 42 SGB XII (Grusi)	31.10.05.02	-2.000,00	0,00	2.000,00
Leistungen in bes. Fällen nach § 2 AsylbLG	31.30.01.01	-12.100,00	-11.452,25	647,75
Zwischensumme Leistungen BuT / Transfers 3,7 %:		***-556.100,00***	***-594.954,67***	***-38.854,67***
2,8 % Hortessen und Schulsozialarbeit:				
Hortessen	31.20.01.68 u. 31.80.06.18u.28	-23.500,00	-11.120,35	12.379,65
Schulsozialarbeit	36.20.02	-428.000,00	-428.000,00	0,00
Zwischensumme Hortessen und Schulsozialarbeit 2,8 %:		***-451.500,00***	***-439.120,35***	***12.379,65***
1,2 % Verwaltungskosten:				
Personal und Sachkosten BuT				
Personal- und Sachkosten Jobcenter	31.20.01	-202.100,00	-27.762,00	174.338,00
Personal- und Sachkosten Kommunal		-42.000,00	-37.317,00	4.683,00
Zwischensumme Verwaltungskosten 1,2 %:		***-244.100,00***	***-65.079,00***	***179.021,00***
Gesamtsumme Aufwendungen		**-1.251.700,00**	**-1.099.154,02**	**152.545,98**
Differenz (Erträge - Aufwendungen)		**60.100,00**	**372.674,34**	**312.574,34**

Die pauschalen Erträge für das Bildungs- und Teilhabepaket übersteigen auch im dritten Jahr die Aufwendungen. Die Auszahlungsquote belief sich ohne Berücksichtigung der Verwaltungskosten somit auf rund 70 %. Im Vorjahr lag die Auszahlungsquote mit 50 % noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 60 %.

- **Zuschüsse im Sozial- und Jugendbereich**

Neben den Transferleistungen sind die Zuschüsse an freie Träger in den Teilhaushalten 6 und 7 eine bedeutende Größe.

Ergebnis 2013 - Erträge - in EUR -				
Träger / Verein	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Differenz PLAN - IST
Erhaltene Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)	38.639	22.900	21.709	1.191
Erhaltene Zuschüsse Aussiedler GU (PG 31.30+31.40)	44.320	43.000	60.500	-17.500
Erstattungen Betreuungverein (PG 31.70)	123.603	117.900	116.419	1.481
Sonstige Erträge (PG 31.80+36.20)	45.964	44.700	22.995	21.705
Erträge zur Kindertagespflege (PG 36.50)	224.123	213.000	245.266	-32.266
Erträge gesamt	**476.649**	**441.500**	**466.889**	**-25.389**

Ergebnis 2013 - Aufwendungen - in EUR -				
Träger / Verein	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Differenz PLAN - IST
Zuschüsse Träger der freien Wohlfahrtspflege (PG 31.10)	447.270	504.400	402.098	102.302
Zuschüsse Träger der freien Wohlfahrtspflege (PG 31.60)	188.196	176.100	256.421	-80.321
Zuschüsse im Vor- und Umfeld der Pflege (PG 31.60)	22.970	60.000	28.814	31.186
Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)	824.760	838.200	840.943	-2.743
Weitere Zuschüsse FB Soziales (PG 31.30, 31.40, 31.70)	91.900	108.000	88.788	19.212
Zwischensumme THH 6	1.561.147	1.686.700	1.617.064	69.636
Zuschüsse zur Schulsozialarbeit (PG 36.20)	406.691	681.000	483.244	197.756
davon: Landkreismittel alt	140.011	204.000	204.000	0
davon: Landkreismittel neu	0	224.000	26.244	197.756
davon: Mittel aus BuT	266.680	253.000	253.000	0
Zuschüsse zur Kindertagespflege (PG 36.50)	314.174	327.000	379.440	-52.440
Weitere Zuschüsse FB Jugend und Familie (PG 36.20+36.50)	113.995	176.500	117.198	59.302
davon: Kindergartenförderprogramm	60.000	100.000	100.000	0
Zuschüsse Jugendarbeit durch Jugendreferat (PG 36.20+36.30)	313.013	460.500	383.495	77.005
davon: Jugendförderprogramm	140.676	150.000	144.999	5.001
Zwischensumme THH 7	1.147.873	1.645.000	1.363.377	281.623
Aufwendungen gesamt	**2.709.020**	**3.331.700**	**2.980.441**	**351.259**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

- **Sonstige Budgeteinsparungen**

  Bildung von Ermächtigungsübertragungen – 1,802 Mio. EUR

Die Teilhaushalte 1 bis 6 erzielten Verbesserungen (Mehrerträge, Minderaufwendungen) gegenüber der Planung und haben damit zum guten Jahresergebnis 2013 beigetragen.

Die dadurch ermöglichten Ermächtigungsübertragungen ins Jahr 2014 setzen sich aus Übertragungen aufgrund der Übertragungsvermerke gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO (1.379.480,98 EUR) und managementbedingten Budgetüberträgen (422.800 EUR) zusammen, insgesamt 1.802.280,98 EUR. Details zur Bildung der Ermächtigungsübertragungen sind im Abspann ersichtlich.

Die in 2013 gebildeten Ermächtigungsübertragungen haben (im Gegensatz zu den Haushaltsresten in der Kameralistik) keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2013, sondern belasten die Folgejahre, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden und zu Aufwendungen führen.

Finanzrechnung

Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Das gute ordentliche Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung spiegelt sich in der Finanzrechnung in einem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit wieder. Sämtliche Einzahlungen abzüglich aller Auszahlungen der Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2013 ergeben einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **7.044.500,63 EUR**.

Die Abweichung zwischen dem ordentlichen Ergebnis der Ergebnisrechnung und dem Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung resultiert aus den nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen. Mithilfe der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die im alten Geschäftsjahr im Voraus gezahlten Aufwendungen und vereinnahmten Erträge in die Erfolgsrechnung des neuen Geschäftsjahres übertragen. Außerdem werden im neuen Jahr zu bezahlende Aufwendungen und Erträge des alten Jahres über den Jahreswechsel als offene Forderungen oder Verbindlichkeiten dargestellt. Diese Vorgänge bewirken entsprechende Abweichungen zwischen der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung im Berichtsjahr.

	Ordentliche Erträge		Beträge		Ordenliche Aufwendungen		Beträge
	lfd. Nr.	Bezeichnung	- in EUR -		lfd. Nr.	Bezeichnung	- in EUR -
	Alle	Ordentiche Erträge	196.292.882		Alle	Ordentiche Aufwendungen	187.418.739
-	2	Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	422.774	-	11	Zuführung zu Rückstellungen Altersteilzeit	1.342.827
-	8	Aktivierte Eigenleistungen	32.594	-	11	Zuführung zu Rückstellungen Urlaub	237.348
-	9	Erträge aus Aufl. / Herabs. von Rückstellungen	282.847	-	11	Zuführung zu Rückstellungen Mehrarbeit	33.155
-	9	Auflösung von Wertberichtigungen	866.993	-	14	Abschreibungen	2.930.611
-	9	Sonstige nicht zahlungswirksame Erträge	0	+	Alle	Jahresabgrenzung	5.392.262
+	Alle	Jahresabgrenzung	623.887				
=		Einzahlungen des ErgHH	195.311.560	=		Auszahlungen des ErgHH	188.267.060
Saldo		**Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit**					**7.044.500 EUR**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. EUR gestiegen, da es im Jahr 2013 rund 13,5 Mio. EUR mehr Einzahlungen sowie 12,6 Mio. EUR mehr an Auszahlungen als 2012 gab. Somit ist der Zahlungsmittelüberschuss mit 7.044.500,63 EUR (VJ 6.141.019,38 EUR) um rund 5,8 Mio. EUR höher ausgefallen als im Plan 2013 veranschlagt. Das gute Ergebnis resultiert aus Mehreinzahlungen durch Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 3,0 Mio. EUR, Transfereinzahlungen in Höhe von 1,3 Mio. EUR. Mio. EUR und durch Kostenerstattungen in Höhe von 1,4 Mio. EUR. Insgesamt wurden gegenüber der Planung 6,3 Mio. EUR mehr vereinnahmt. Daneben gibt es weniger Auszahlungen für Personal in Höhe von 0,8 Mio. EUR, aber auch mehr Auszahlungen für Transferleistungen in Höhe von 0,4 Mio. EUR und für Sonstige Auszahlungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR (wie z.B. KdU Grundsicherung für Arbeitssuchende) woraus sich Mehrausgaben von 0,5 Mio. EUR ergeben.

- **Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**

Im Investitionsbereich ergibt sich anstatt des geplanten Zahlungsmittelfehlbetrags von rund -10,8 Mio. EUR (VJ -2,5 Mio. EUR) ein Saldo von **-6.711.591,15 EUR** (VJ -1.114.942,45 EUR). Der Grund für diese Reduzierung liegt insbesondere in der Rückzahlung von Kassenkrediten (Ausleihungen) durch die Kliniken GmbH. Die nicht mehr zur Liquiditätssicherung benötigten Mittel in Höhe von 3,2 Mio. EUR wurden an den Landkreis zurückgeführt. Diese Rückführung der Ausleihungen war nicht veranschlagt. Des Weiteren sind diverse Investitionsmaßnahmen nicht wie geplant umgesetzt worden; hierfür wurden jedoch Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 1.127.087,00 EUR gebildet, die im Folgejahr zu Auszahlungen führen werden. Weitere Ausführungen zur Investitionstätigkeit finden sich bei den nachfolgenden Erläuterungen zur Vermögensrechnung.

- **Finanzierungstätigkeit**

Der Kernhaushalt ist seit September 2013 nicht mehr schuldenfrei. Im Zuge der energetischen Sanierung der Gewerbeschule Lörrach war eine Kreditaufnahme im laufenden Haushaltsjahr 2013 von 2,0 Mio. EUR eingeplant. Hierbei handelt es sich um ein zinsgünstiges KfW-Darlehen welches im Berichtsjahr anteilig in Höhe von 1 Mio. EUR abgerufen wurde. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit betrug folglich **-1,0 EUR** (VJ 0,00 EUR). In den nächsten Jahren werden voraussichtlich weitere Aufnahmen von Fremdkapital zur Realisierung des ambitionierten Investitionsprogramms erforderlich sein.

- **Haushaltsunwirksame Vorgänge**

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen wird ein erheblicher Saldo in Höhe von **26.033.598,39 EUR** (VJ -6.836.637,00 EUR) ausgewiesen. Der Saldo aus 144,1 Mio. EUR Einzahlungen und 118,1 Mio. EUR Auszahlungen ergibt sich aus jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen, welche zum Bilanzstichtag als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Von den insgesamt 144,1 Mio. EUR Einzahlungen sind die FAG Zahlungen mit 115,5 Mio. EUR der größte Teil. Daneben sind die Rückflüsse aus Geldanlagen mit 24,0 Mio. EUR, die Mündelgelder mit rund 2,5 Mio. EUR sowie die Umsatzsteuerzahlungen mit rund 1,0 Mio. EUR die größten Positionen.

Die Einzahlungen aus Termingeldern stellen mit 24,0 Mio. EUR (VJ -7,0 Mio. EUR) nahezu den gesamten Saldo dar. Den Rückflüssen aus Termingeldern stehen buchungstechnisch an dieser Stelle

keine Auszahlungen gegenüber, da die Mittel als Tagesgeldkonto zinsoptimiert angelegt wurden. Diese geänderte Anlageform bedingt die Bebuchung einer anderen Bilanzposition (Liquide Mittel) womit sich der sprunghafte Anstieg des Saldos der haushaltsunwirksamen Vorgänge erklärt.

- **Bestand**

Insgesamt ergibt sich aus den oben angeführten Salden der vier Blöcke ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von **29.554.478,54 EUR** (VJ 2.187.970,67 EUR). Wesentlicher Grund hierfür ist ein geringerer Anteil an fest angelegten Finanzmitteln zum Jahreswechsel. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden die gesamten fest angelegten Finanzmittel in Höhe von 27,2 Mio. EUR auf einem Tagesgeldkonto zinsoptimiert angelegt, welche in der Bilanz unter der Position Liquiden Mittel statt wie bisher unter Wertpapieren enthalten ist. Die gesamten Finanzmittel blieben trotz des guten ordentlichen Ergebnisses und der hohen Investitionstätigkeit mit einer leichten Erhöhung um rund 166.507 EUR nahezu konstant.

Die Entwicklung des Bestands an Zahlungsmitteln setzt sich aus den vier Komponenten der Gesamtfinanzrechnung wie folgt zusammen:

- Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.044.500 €
- Saldo aus Investitionstätigkeit (ohne 3,2 Mio. € zurückgeführte Ausleihungen)	./. 9.911.591 €
- Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme)	+ 1.000.000 €
- Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (ohne 24 Mio. € Termingelder)	+ 2.033.598 €
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln:	= 166.507 €

	Finanzmittel 2012		Beträge		Finanzmittel 2013		Beträge
	Bilanzposition	Bezeichnung	- in EUR -		Bilanzposition	Bezeichnung	- in EUR -
+	Ausleihungen	Ausleihungen an verbundene Unternehmen u. Beteiligungen	5.700.000	+	Ausleihungen	Ausleihungen an verbundene Unternehmen u. Beteiligungen	2.500.000
+	Wertpapiere	Termingeldeinlagen	25.068.000	+	Wertpapiere	Termingeldeinlagen	1.068.000
+	Liquide Mittel	Tagesgelder	1.500.000	+	Liquide Mittel	Tagesgelder	29.000.000
+	Liquide Mittel	Kontostände	679.186	+	Liquide Mittel	Kontostände	554.687
+	Liquide Mittel	Barkasse	17.474	+	Liquide Mittel	Barkasse	8.482
=	**Summe**		**32.964.661**	=	**Summe**		**33.131.168**

Die Liquidität je Einwohner beträgt zum Jahresende 2013 rund 150 EUR/EW.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Vermögensrechnung

Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Nach einer Investitionspause in den Jahren 2011 und 2012 wurden im Jahr 2013 erstmals wieder bedeutende und kostenintensive Investitionen getätigt. Die bedeutendsten Investitionen waren der Erwerb des bis dahin geleasten Telekom-Gebäudes mit 6,4 Mio. EUR und die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schule Lörrach mit 1,9 Mio. EUR. Nachfolgende Tabellen geben einen Überblick über die wichtigsten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Jahr 2013:

PG	Investition	PLAN	IST	Vergleich PLAN/IST
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Erwerb Haus 2 (Grundstück und Telekom-Gebäude)	-6.479.400	-6.407.818	71.582
11.24	Energetische Sanierung Kaufmännische Schule Lörrach	-2.000.000	-1.881.373	118.627
11.24	Photovoltaikanlage Kaufmännische Schule Lörrach	0	-101.935	-101.935
21.30	Bewegliches Anlagevermögen der kreiseigenen Schulen	-379.500	-298.812	80.688
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien (netto)	-365.900	-354.688	11.212
54.20	Straßen - Bauwerke	-130.000	-239.884	-109.884
XX.XX	Diverse bewegliche Anlagegüter	-137.400	-131.129	6.271

Eine Abweichung in der Darstellung in der Finanzrechnung ergibt sich durch die Buchung der Ausleihungen (Kassenkredite) an die Kliniken GmbH. Die Rückzahlungen der Kassenkredite sind als Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Zeile 8 Teilfinanzrechnung – THH 1); und die Gewährung als Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Zeile 13 Teilfinanzrechnung – THH 1) darzustellen. Per Saldo ergab sich in 2013 eine um 3.200.000 EUR höhere Einzahlung, wodurch sich der Saldo aus Investitionstätigkeit um diesen Betrag erhöhte.

PG	Investitionsfördermaßnahme	PLAN	IST	Vergleich PLAN/IST
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
31.40	Pflegeheimförderung	-500.000	-499.894	106
54.70	Zuschuss Tramlinie 8 Basel - Weil am Rhein	-350.000	-300.000	50.000

Im Teilhaushalt 4 hat sich durch die nicht eingeplante Rückzahlung eines gewährten Investitionszuschusses durch den Zweckverband Regio-S-Bahn Lörrach eine Planabweichung in Höhe von 386.267 EUR ergeben.

Detailinformationen zu den einzelnen Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen befinden sich in den jeweiligen Teilhaushalten.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beinhaltet neben Zahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen des laufenden Jahres immer auch Auszahlungsbeträge für Investitionen des Vorjahres. Dies ergibt sich durch Rechnungseingänge zum Jahreswechsel.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	226.785,44	325.200	473.565,89	148.365,89	0	0	148.365,89-	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.099,50	0	4.593,45	4.593,45	0	0	4.593,45-	0
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	3.878.669,86	19.000	4.619.035,86	4.600.035,86	1.400.000,00	0	3.200.035,86-	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.107.554,80	344.200	5.107.168,54	4.762.968,54	1.400.000,00	0	3.362.968,54-	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	408.008,55-	6.549.400-	6.484.180,10-	65.219,90	4.780,10-	60.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	121.355,85-	2.306.000-	2.240.688,50-	65.311,50	63.132,44-	284.355,00-	412.798,94-	398.466,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	541.386,85-	1.443.000-	833.947,59-	609.052,41	57.193,90-	136.812,81-	803.059,12-	448.621,00-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	3.500.000,00-	20.000-	1.425.050,00-	1.405.050,00-	1.404.205,24-	0	844,76	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	651.746,00-	875.000-	834.893,50-	40.106,50	20.000,00-	105.000,00-	165.106,50-	150.000,00-
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.222.497,25-	11.193.400-	11.818.759,69-	625.359,69-	1.549.311,68-	586.167,81-	1.510.119,80-	1.127.087,00-
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.114.942,45-	10.849.200-	6.711.591,15-	4.137.608,85	149.311,68-	586.167,81-	4.873.088,34-	1.127.087,00-

Insgesamt hat sich auf der Aktivseite der Vermögensrechnung eine Erhöhung um 1.543.957,21 EUR ergeben. Dies beruht im Wesentlichen auf der Zunahme des Sach- und Finanzvermögens. Beim Erwerb des Telekomgebäudes ist zu beachten, dass Grundstück und Gebäude auf der Aktivseite mit Entstehen des kreditähnlichen Rechtsgeschäfts aufgrund der geltenden Vorschriften bereits aktiviert waren und durch die Abwicklung des Kaufvertrags lediglich rd. 196.000 EUR nachaktiviert wurden.

Kommunale Aufgabenerfüllung

Der Rechenschaftsbericht soll gem. § 54 Abs. 2 GemHVO auch Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung sowohl im Hinblick auf deren Gewährleistung als auch deren Gefährdung darstellen.

Die kommunale Aufgabenerfüllung war im Jahr 2013 in allen Bereichen grundsätzlich gewährleistet.

Für das Haushaltsjahr 2013 lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Landkreis Lörrach unter Beachtung der strategischen Ziele seine Aufgaben stetig und nachhaltig erfüllen konnte und das vorgegebene Gesamtbudget dabei eingehalten wurde.

Planabweichungen

Der Haushaltsplan 2013 wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus; in der Rechnung konnte das Jahr 2013 mit einem Überschuss in Höhe von 8.874.143 EUR abgeschlossen werden. Nach der Darstellung des Haushaltsverlaufs mit den Erläuterungen zu den bedeutendsten Bereichen zeigt nachfolgende Liste die erheblichen Abweichungen nach den Ertrags- und Aufwandsarten. Um das Rechnungsergebnis im Gesamthaushalt herleiten zu können, sind daneben auch kleinere Abweichungen aufgeführt.

		PLAN - in EUR -	IST - in EUR -	Delta - in EUR -
	Jahresergebnis 2013	**0**	**8.874.143**	**8.874.143**
1	Steuern und ähnliche Abgaben	800.000	1.869.030	1.069.030
	höhere Wohngeldentlastung	800.000	1.869.030	1.069.030
2	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	164.393.500	166.161.679	1.768.179
	Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG *gestiegene Einwohnerzahlen in 2013, Ausschüttungsquote 71,3 %, Abrechnung aus 2012 (35.400 EUR); lfd. Zuweisungen (521.800 EUR)*	23.088.200	23.645.426	557.226
	Überlassene Verwaltungsgebühren nach § 11 (3) FAG *davon beim FB Baurecht (338.300 EUR), Kfz-Zulassungen/ Überwachungsmaßnahmen (113.000 EUR), Ausländer- und Einbürgerungswesen (27.200 EUR), Naturschutz (-25.600 EUR), Umweltschutz (-21.100 EUR)*	4.346.300	4.775.819	429.519
	Grunderwerbsteuer	11.000.000	11.388.082	388.082
	Zuweisung laufende Zwecke Land *davon Erhaltung Kreisstraßen (116.500 EUR), Landesprogramm Passiv-Aktiv-Transfer (78.800 EUR), Zensus (57.200 EUR), Berufsbildende Schulen - Unterbringung Blockschüler (38.800 EUR), ILST - Erneuerung Funktechnik (14.500 EUR), ÖPNV - RVL (10.400 EUR)*	1.091.700	1.409.786	318.086
	Zuw. Land § 29 c FAG (Kindertagesbetreuung)	1.087.000	1.235.822	148.822
	Zuw. Lfd. Zwecke von privaten Unternehmen	400	80.572	80.172
	Zuw. Land § 11 (5) FAG (VRG)	6.658.600	6.636.736	-21.864
	Auflösung Sonderposten aus Zuweisungen	435.600	422.774	-12.826
	Soziallastenausgleich § 22 FAG	2.831.500	2.894.942	63.442
	Soziallastenausgleich § 21 FAG	2.041.700	2.135.864	94.164
	Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft	6.945.300	7.220.402	275.102
	Ausgleichsleistungen des Bundes § 46 a SGB XII	8.302.400	7.740.669	-561.731
3	Sonstige Transfererträge	8.562.000	9.403.106	841.106
	Ersätze, Beiträge, Leistungen *davon Eingliederungshilfe (458.200 EUR), Unterhaltsvorschuss (294.000 EUR), Hilfe zur Pflege (88.300 EUR), Kindertagespflege/-einrichtungen (162.700 EUR), Flüchtlinge (-16.700 EUR), individuelle Hilfen für junge Menschen (-43.400 EUR), Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung (-92.300 EUR)*	8.562.000	9.403.106	841.106
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.378.300	1.600.050	221.750
	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte *davon Waldwirtschaft (158.200 EUR)*	1.227.000	1.392.039	165.039
	Ersatzvornahmen im Bereich Umweltschutz	0	56.802	56.802
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	631.400	796.587	165.187
	Erträge aus Verkauf *davon Kreisstraßen (11.700 EUR), Landesstraßen (11.400 EUR), Bundesstraßen (8.800 EUR), Cafeteria (10.200 EUR)*	97.500	143.452	45.952

Planabweichungen

		PLAN - in EUR -	IST - in EUR -	Delta - in EUR -
	Sonst.privatrechtl.Leistungsentgelte: *davon Bundesstraßen (56.000 EUR), Kreisstraßen (29.300 EUR), Landesstraßen (24.600 EUR), Schadensfälle Wohngeld (20.600 EUR), Schadensfälle Fuhrpark (10.600 EUR), Wärmeverkauf (8.800 EUR), Berufsbildende Schulen - Unterbringung Blockschüler (-31.100 EUR)*	268.900	395.958	127.058
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.139.000	13.646.722	1.507.722
	Erstattungen vom Bund *davon Bundesstraßen/GA (278.000 EUR), Leistungen für Kosten der Unterkunft (157.900 EUR), Kreisstraßen (29.400 EUR), Landesstraßen (25.200 EUR), Erstattung KVBW im Bereich Verkehrswesen (13.100 EUR), BuT (11.100 EUR), Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz (-109.200 EUR)*	3.322.518	3.737.125	414.607
	Kostenerstattungen vom Land *davon Waldarbeiter aufgrund geringerem Personalaufwand (-195.500 EUR), Unterhaltsvorschuss (-92.700 EUR), Hilfen für Flüchtlinge (-64.500 EUR), Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz (-58.100 EUR), Umweltschutz (-27.300 EUR), Jugendsozialarbeit (-23.200 EUR), Landesstraßen/GA (153.000 EUR)*	5.581.794	5.274.807	-306.987
	Erstattungen von Gemeinden und GV *davon individuelle Hilfen für junge Menschen (410.300 EUR), Eingliederungshilfe (343.500 EUR), Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten (98.300 EUR), Grundsicherung im Alter/Erwerbsminderung (70.800 EUR), Kreisstraßen (43.300 EUR)*	910.000	1.876.758	966.758
	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich *davon Frühe Hilfen (83.200 EUR), Grundsicherung für Arbeitssuchende (9.600 EUR), Individuelle Hilfen für junge Menschen (9.200 EUR), Verwaltungssekretariate (7.800 EUR)*	70.400	199.758	129.358
	Erstattungen von verbundenen Unternehmen *VKB EAL und Kliniken GmbH*	1.330.389	1.424.400	94.011
	Erstattungen von privaten Unternehmen u. übrigen Bereichen *davon Modellprojekt GüZ (50.000 EUR), Schülerbeförderung (49.800 EUR), Intergrierte Leiststelle (30.900 EUR), Nahverkehrskonzepte (10.000 EUR), LEV (7.400 EUR), Familienhelfer (7.000 EUR), Flüchtlinge (5.300 EUR)*	923.900	1.120.402	196.502
7	Zinsen und ähnliche Entgelte	102.700	184.538	81.838
8	aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	32.594	32.594
9	Sonstige ordentliche Erträge	1.393.300	2.598.575	1.205.275
	Bußgelder, Zwangsgelder	1.334.200	1.362.495	28.295
	Säuminszuschläge Mahngebühren	50.000	71.459	21.459
	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	0	282.847	282.847
	Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	0	866.993	866.993
10	Ordentliche Erträge	189.400.200	196.292.882	6.892.681

		PLAN - in EUR -	IST - in EUR -	Delta - in EUR -
11	Personalaufwendungen	-42.382.900	-41.307.471	1.075.429
	Personal- und Versorgungsaufwendungen *davon Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte (518.900 EUR), Dienstaufwendungen Beamte (484.600 EUR), Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigte (7.400 EUR), Sozialversicherungsbeiträge Tarifliche Beschäftigte (-36.400 EUR), Beiträge Versorgungskassen Beamte (-58.300 EUR), Unterstützungsleistungen Versorgungsempfänger (-407.300 EUR)*	-43.761.900	-42.920.801	841.099
	Rückstellungen *davon für Urlaub (237.300 EUR) und für Mehrarbeit (33.200 EUR), für Altersteilzeit (-36.200 EUR)*	1.379.000	1.613.330	234.330
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.910.200	-12.272.750	637.450
	Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	-2.200.200	-2.074.296	125.904
	Unterhaltung bauliche Anlagen, energetische Sanierung *davon Gewerbeschule Rheinfelden (-21.600 EUR), Sprachheilschule Zell (-12.400 EUR), Sporthalle Rheinfelden (-8.600 EUR), Berufsschulzentrum Lörrach (-5.500 EUR)*	0	-48.088	-48.088
	Unterhaltung bauliche Anlagen, Radonsanierung *Berufsschulzentrum Lörrach (140.000 EUR)*	-140.000	-0	140.000
	Unterhaltung bauliche Anlagen, elektro-technische Sanierung *davon Berufsschulzentrum Lörrach (-116.200 EUR), Berufsschulzentrum Schopfheim (-16.700 EUR)*	-240.000	-372.947	-132.947
	Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen *davon Kreisstraßen (120.800 EUR), Landesstraßen (4.900 EUR), Bundesstraßen (-28.100 EUR)*	-1.225.000	-1.127.858	97.142
	Unterhaltung bewegliches Vermögen *davon Geräte der Straßenmeistereien (50.200 EUR), berufs-bildende Schulen (15.600 EUR), Unterhaltung/Reinigung der Verwaltungs- und Schulgebäude (8.300 EUR), Sonderschulen (6.000 EUR)*	-255.400	-160.676	94.724
	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter *davon berufsbildende Schulen (110.100 EUR), Sonderschulen (20.600 EUR) --> Ermächtigungsübertragungen Schulbudgets*	-585.900	-462.856	123.044
	Aufwand für Wärme *davon für Verwaltungs- und Schulgebäude (111.500 EUR), Straßenmeistereien (-35.800 EUR), GU Rheinfelden (-19.200 EUR)*	-535.100	-478.976	56.124
	Aufwand für Abwasserbeseitigung *davon Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden (39.200 EUR), Verwaltungs- und Schulgebäuden(16.300 EUR)*	-135.900	-84.362	51.538
	Fahrzeughaltung *davon Fuhrpark der Straßenmeistereien (-64.500 EUR), Fuhrpark allgemein (-7.400 EUR)*	-485.000	-586.007	-101.007
	Aus- und Fortbildung, Umschulung *davon fachübergr. Fortbildung (37.900 EUR), Steuerungs-unterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement (30.100 EUR), Facility Management (22.000 EUR), Hilfen für junge Menschen und Familien (17.500 EUR), Finanzmanagement (16.900 EUR), Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung (8.000 EUR), Organisation und IuK (5.400 EUR)*	-466.100	-315.993	150.107

Planabweichungen

		PLAN - in EUR -	IST - in EUR -	Delta - in EUR -
	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen *davon Katastrophenschutzübungen (27.800 EUR), Messekonzept - Umsetzung, Messeauftritte und Werbeprodukte (14.800 EUR), Maßnahmen der Gesundheitspflege (11.300 EUR)*	-137.800	-83.998	53.802
	Aufwendungen für EDV *davon berufsbildende Schulen (-50.400 EUR), Ordnungswesen (-32.600 EUR), Organisation und IuK (-17.900 EUR), Verkehrswesen (-16.900 EUR), Vermessung und Geoinformation (-16.700 EUR), Ausländer- und Einbürgerungswesen (-15.700 EUR), Gemeinschaftsunterkünfte (-11.800 EUR), Hilfen für junge Menschen und Familien (-7.000 EUR), Integrierte Leiststelle (13.700 EUR), Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement (27.600 EUR), Finanzmanagement (38.200 EUR), Personalmanagement (43.000 EUR)*	-1.139.000	-1.206.731	-67.731
	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter *davon Personalmanagement (75.000 EUR), Internetrelaunch und Social Networtk (65.300 EUR), Architektenwettbewerb Masterplan (60.000 EUR), Personalbetreuung, -auswahl (40.000 EUR), Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement (39.900 EUR), Organisationsberatung (20.000 EUR),Vertretung Hausmeister (18.500 EUR), Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen (17.600 EUR), Winterdienst Landesstraßen (-24.700 EUR), Externe Vergabe der Druckaufträge (Zentrale Dienstleistungen - 34.800 EUR, Schulen -24.000 EUR), Winterdienst Bundesstraßen (-35.800 EUR), Winterdienst Kreisstraßen (-36.600 EUR), Altlasten (-39.200 EUR)*	-1.048.100	-893.611	154.489
	Aufwendungen für bezogene Waren *davon Ersatzbeschaffungen Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden (-136.300 EUR), Cafeteria (-12.600 EUR), Landesstraßen (-10.300 EUR), Kreisstraßen (-10.300 EUR), Bundesstraßen (-8.000 EUR), HU- und Feinstaubplaketten Verkehrswesen (51.500 EUR) -> Verbuchung erfolgte in Zeile 17 Bürobedarf*	-113.800	-281.359	-167.559
	Lehr- und Unterrichtsmaterial *davon berufsbildende Schulen (62.200 EUR), Kreismedienzentrum (6.100 EUR), Sonderschulen (-6.800 EUR)*	-288.700	-227.237	61.463
	Lernmittel *davon berufsbildende Schulen (59.200 EUR), Sonderschulen (6.900 EUR)*	-230.300	-164.207	66.093
	Streugut *davon Bundesstraßen (-37.500 EUR), Kreisstraßen (-28.800 EUR), Landesstraßen (-24.800 EUR)*	-300.000	-391.165	-91.165
14	Planmäßige Abschreibungen	-3.058.900	-2.930.611	128.289
	Planmäßige Abschreibungen *davon auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit (131.900 EUR)*	-3.058.900	-2.930.611	128.289
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-281.000	-267.264	13.736
16	Transferaufwendungen	-100.257.300	-100.157.010	100.290
	Zuweisungen an sonstigen öffentlichen Bereich *Schulsozialarbeit*	-737.500	-502.742	234.758
	Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen *Landesprogramm Passiv-Aktiv-Transfer (Eingliederungshilfe)*	-0	-98.433	-98.433

		PLAN - in EUR -	IST - in EUR -	Delta - in EUR -
	Zuschüsse an übrige Bereiche *davon grenzüberschreitende Zusammenarbeit (102.700 EUR), Eingliederungshilfe (102.000 EUR), Förderung der Erziehung in der Familie (82.500 EUR), Strukturförderung (97.000 EUR), Freie Wohlfahrtspflege (-49.100 EUR)*	-2.989.200	-2.647.487	341.713
	Soziale Leistungen:			
	Hilfe zur Pflege (PG 31.10.01)	-12.262.000	-12.524.513	-262.513
	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (PG 31.10.02)	-32.137.000	-32.291.218	-154.218
	Hilfen zur Gesundheit (PG 31.10.03)	-826.000	-1.139.361	-313.361
	Hilfe für blinde Menschen (PG 31.10.04)	-1.012.000	-858.631	153.369
	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung (PG 31.10.05)	-12.196.000	-11.948.783	247.217
	Hilfe zur Überw. Bes. sozialer Schwierigkeiten (PG 31.10.07)	-690.000	-628.568	61.432
	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, BuT (PG 31.20.06) -> Verbuchung IST in Zeile 17 "sonstige ordentliche Aufwendungen"	-390.000	-0	390.000
	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler (PG 31.30 und 31.40)	-2.831.500	-2.072.746	758.754
	Leistungen nach dem BVG (PG 31.50)	-1.117.000	-873.576	243.424
	Bildung und Teilhabe (PG 31.90)	-166.000	-152.248	13.752
	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (PG 36.30)	-14.138.800	-15.220.198	-1.081.398
	Kindertageseinrichtungen und -pflege (PG 36.50)	-2.290.000	-2.815.962	-525.962
	Kooperation und Vernetzung (PG 36.80)	-0	-81.912	-81.912
	Unterhaltsvorschussleistungen (PG 36.90)	-1.800.000	-1.608.089	191.911
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-30.509.900	-30.483.633	26.267
	Schülerbeförderung	-4.070.000	-3.651.582	418.418
	Porto- und Transportkosten	-313.100	-252.425	60.675
	Sachverständigenkosten & Gutachten *davon Organisationsuntersuchung FB Verkehr, SG Katastrophenschutz u.a. (196.100 EUR), Strukturpolitik und -förderung (38.400 EUR), Versorgungsgutachten Bereich Schwerbehindertenrecht (29.800 EUR), Gutachten Entschädigungsrecht (14.100 EUR), Umweltschutz (12.900 EUR), Modellprojekt GüZ (-50.000 EUR)*	-990.500	-756.452	234.048
	Grundsicherung für Arbeitssuchende (KdU) ohne BuT	-19.466.000	-19.786.353	-320.353
	Leistungen für BuT (5,4%)	-0	-451.126	-451.126
18	Ordentliche Aufwendungen	-189.400.200	-187.418.739	1.981.461
19	**Ordentliches Ergebnis**	**0**	**8.874.143**	**8.874.143**

Planabweichungen

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Ergebnisrechnung

Aufgrund der im Haushaltsplan festgelegten Haushaltsvermerke und Budgetregeln zur gegenseitigen und unechten Deckungsfähigkeit entstehen über- und außerplanmäßige Aufwendungen nur dann, wenn der jeweilige Teilhaushalt im Ergebnis überschritten ist. In der Praxis sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen daher in der Regel erst mit der Ermittlung des Ergebnisses im Rahmen des Jahresabschlusses konkret feststellbar.

Nach Feststellung des Jahresergebnisses ist festzuhalten, dass alle Teilhaushalte die für 2013 gesteckten Finanzziele erreichen konnten. Sie schlossen im Vergleich zur Planung jeweils mit Verbesserungen ab. Damit war es auch möglich, Mittelbindungen zur Deckung von Mehrauszahlungen in der Finanzrechnung in Höhe von insgesamt 149.312 EUR vorzunehmen (siehe Finanzrechnung).

Finanzrechnung

Die Investitionssaldos der Teilhaushalte 5 und 6 schließen mit einer geringfügigen Verschlechterung ab. Zusätzlich ergaben sich in den Teilhaushalten 1 und 4 Mehrauszahlungen an diversen Positionen. Eine Deckung dieser Mehrauszahlungen durch Einsparungen bei anderen Investitionen bzw. durch Mehrerträge im Investitionsbereich ist in den bestehenden Haushaltsvermerken nicht vorgesehen, sodass überplanmäßigen Auszahlungen entstanden.

Nach der im Haushaltsplan (S.491) festgelegten einseitigen Deckungsfähigkeit können Mehrauszahlungen für Investitionen jedoch durch Minderaufwendungen dieses Budgets in der Ergebnisrechnung ausgeglichen werden (§ 20 Abs. 4 GemHVO). Den überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt (149.312 EUR) standen 2013 jeweils in mindestens gleicher Höhe Verbesserungen im Ergebnishaushalt gegenüber, sodass die Mehrauszahlungen zulässig waren und keiner weiteren Genehmigung bedürfen.

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Ergebnisrechnung					
PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag - in EUR -	Deckungsmittel	Genehmigung
Summe Ergebnishaushalt			0,00		

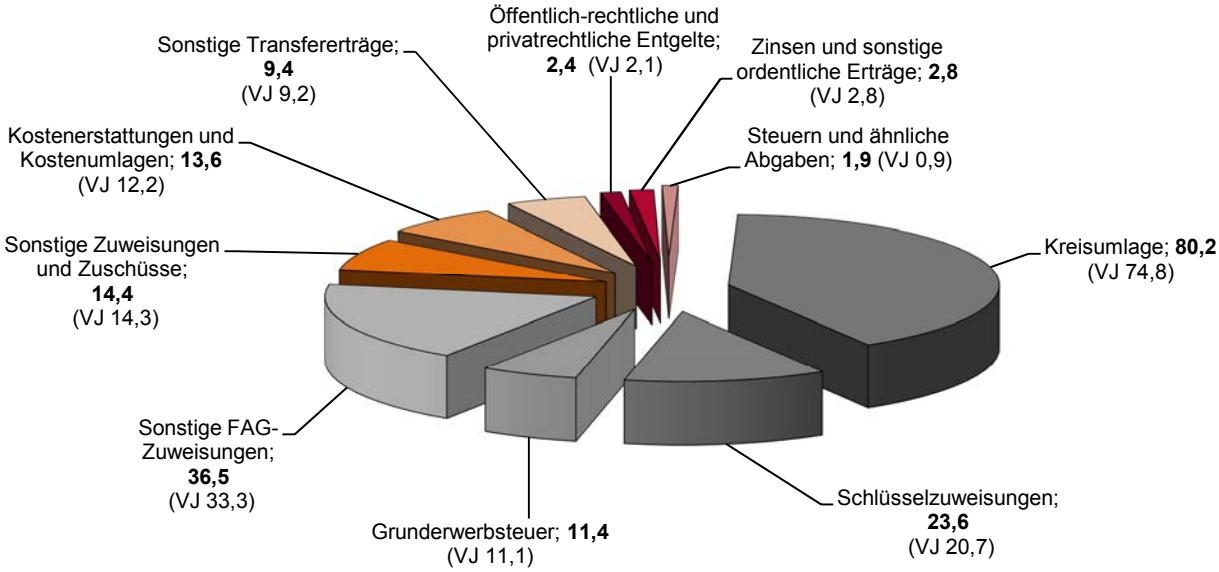
Finanzrechnung					
PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag - in EUR -	Deckungsmittel	Genehmigung
11.20	MIS Nachlizensierung	üpl	-3.718,99	ErgHH PG 11.20, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Grundbuchgebühren - Erwerb Telekomgebäude	üpl	-4.780,10	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Bewegl. AV Gebäudemanagement	üpl	-656,61	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.26	Bewegl. AV Zentrale Dienstleistungen	üpl	-13.708,54	ErgHH PG 11.26, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.30	Bewegl. AV Presse- und Öffentl.arbeit	üpl	-1.828,70	ErgHH PG 11.30, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 2	Ordnung & Gesundheit		-24.692,94		
12.21	Registrierkassen und Aufrufanlage	üpl	-19.602,11	ErgHH PG 12.21, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
54.20	Straßen - Brückenbauwerke	üpl	-63.132,44	ErgHH PG 54.20, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien	üpl	-14.098,54	ErgHH PG 54.20, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
57.10	Zuschuss aus Strukturförderung zum Ausbau Dachgeschoss Loipenhaus Notschrei	üpl	-20.000,00	ErgHH PG 57.10, Zeile 16 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik		-116.833,09		
56.10	Stammeinlage Energieagentur	üpl	-4.205,24	ErgHH PG 56.10, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum		-4.205,24		
37.10	Drucker für Schwerbehindertenausweise	üpl	-3.580,41	ErgHH PG 37.10, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 6	Soziales & Arbeit		-3.580,41		
Summe Finanzrechnung			-149.311,68		

Bewertung der Abschlussrechnungen

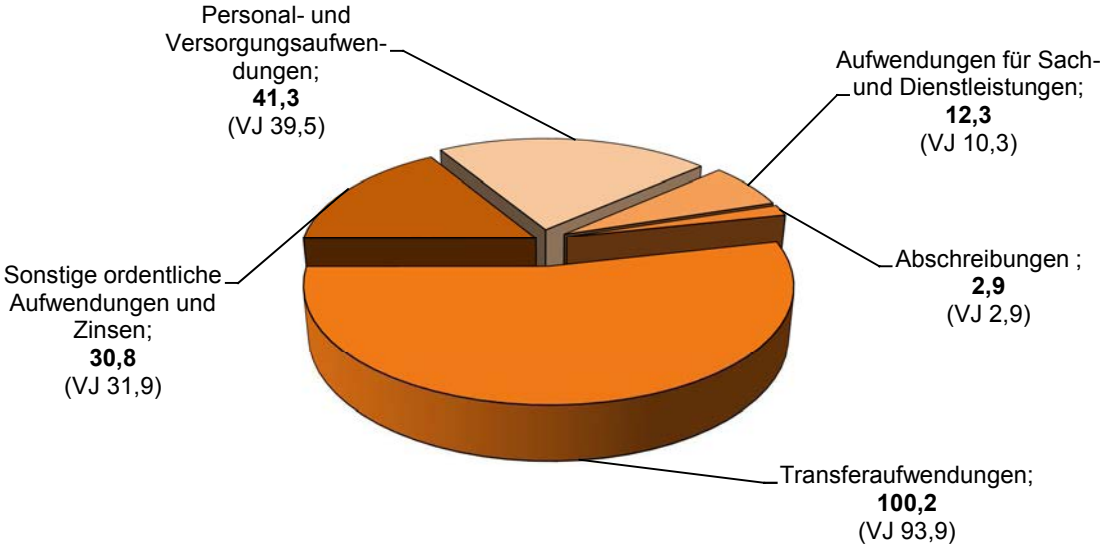
Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage des Landkreises spiegelt sich in der Ergebnisrechnung wider. In der Ergebnisrechnung wird die Ertrags- und Aufwandsstruktur dargestellt sowie besondere Ereignisse des Haushaltsjahres, die das Jahresergebnis beeinflusst haben (Ordentliches Ergebnis und Sonderergebnis). Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten sind nachfolgend dargestellt:

Ordentliche Erträge - in Mio. EUR -
Gesamt 196,3 (2012: 181,4)



Ordentliche Aufwendungen - in Mio. EUR -
Gesamt 187,4 (2012: 178,5)

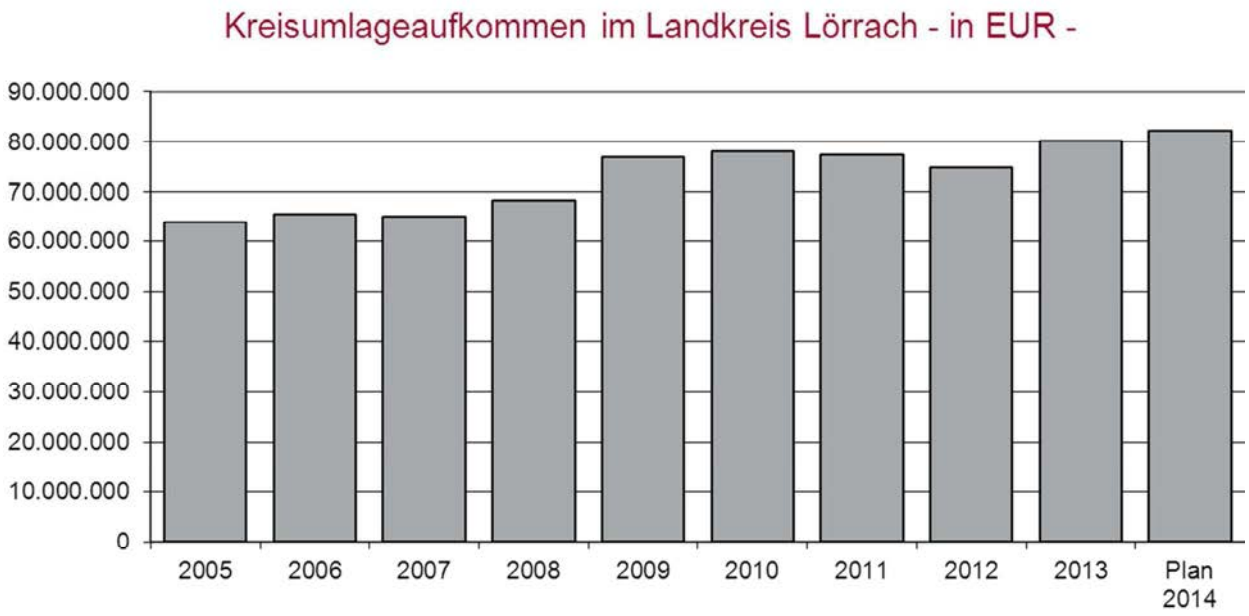


Anhand von Kennzahlen kann die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Landkreises näher analysiert werden. Nachfolgend werden einige ausgewählte Kennzahlen zum Jahresergebnis 2013 dargestellt, die auch in künftigen Jahren ermittelt werden sollen, um durch einen Zeitreihenvergleich an Aussagekraft zu gewinnen.

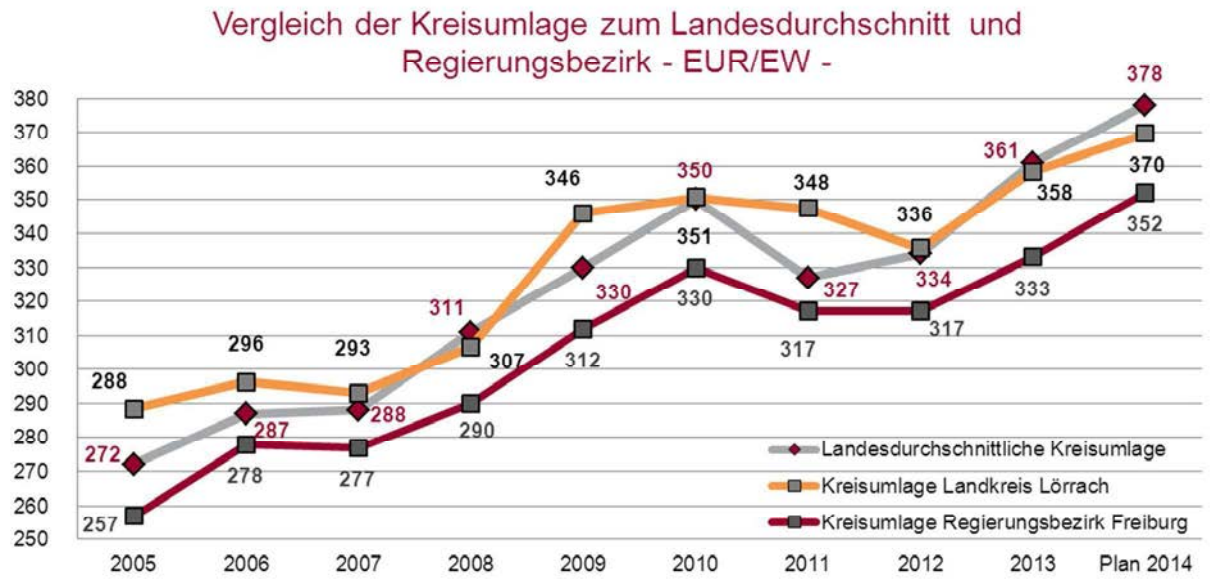
- **Kreisumlagequote**

$$\frac{\text{Kreisumlage} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}} \qquad \frac{80.180.402 \text{ EUR} * 100}{196.292.882 \text{ EUR}} \qquad 40{,}85\%$$

Die Kreisumlage ist ein Maßstab für die Umlagekraft der Landkreise. Beim Landkreis Lörrach beträgt der Anteil der Kreisumlage 40,85 % (VJ 41,24 %, VVJ 42,26 %) an den ordentlichen Erträgen und ist damit weiterhin die wichtigste Ertragsart des Landkreises. Nachfolgend werden die absoluten Beträge der Kreisumlage der letzten elf Jahre abgebildet.



Bewertung der Abschlussrechnungen



Die nachfolgende Grafik zeigt auf, dass die Kreisumlage im Landkreis Lörrach bis auf wenige Ausnahmen nie ausreichte, den Zuschussbedarf in der Sozial- und Jugendhilfe zu decken. Der ermittelte Zuschussbedarf setzt sich aus den ordentlichen Ergebnissen des THH 6 und 7, der KVJS-Umlage sowie den Erträgen aus der VRG-Leistung und des Soziallastenausgleichs zusammen.

- **Sozial-Transferleistungsquote**

$$\frac{\text{Transferleistungen Soziales \& Jugend} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \qquad \frac{103.368.752 \text{ EUR} * 100}{187.418.739 \text{ EUR}} = 55{,}15\%$$

Diese Kennzahl betrachtet nur die Aufwandsseite der Sozial- und Jugendhilfe und bildet die reinen Hilfezahlungen an Dritte ab. Sie setzt sich aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung) zusammen. Der Aufwand in dieser Kennzahl darf nicht mit dem Zuschussbedarf der Transferleistungen oder mit den unter der Zeile 16 abgebildeten Transferaufwendungen verwechselt werden.

Der Anteil der Transferaufwendungen für die Soziale Sicherung an den ordentlichen Aufwendungen beträgt **55,15 %** (VJ 55,32 %). Dies bedeutet, dass wie auch schon im Vorjahr mehr als die Hälfte aller Aufwendungen des Landratsamts als Hilfeleistungen an Dritte geleistet werden.

Bewertung der Abschlussrechnungen

Finanzlage

Für die positive Entwicklung der Kreisfinanzen spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Ein Grund hierfür ist die starke Wirtschaft Deutschlands, die trotz der Staatsschuldenkrise allgemein schwierigen Lage in Europa weiter stabil bleibt. Der Grundstein für die gute Finanzlage des Landkreises Lörrach ist eine solide und umsichtige Finanzpolitik. Der Kernhaushalt des Landkreis Lörrach war von Januar 2011 bis September 2013 schuldenfrei. Es wurden unter anderem durch das Entschuldungskonzept richtungsweisende Entscheidungen getroffen, wenngleich im Jahr 2013 ein zinsgünstiges KfW-Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. EUR für die energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach in Anspruch genommen wurde. Die übrigen getätigten Investitionen konnten durch den Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit finanziert werden. Darüber hinaus können auf dieser weiterhin soliden Basis notwendige Investitionen in die Zukunft, wie zum Beispiel den Masterplan, in Angriff genommen werden. Der intergenerativen Gerechtigkeit wurde und wird durch eine umsichtige Finanzpolitik in besonderem Maße Rechnung getragen.

Eigenfinanzierungsquote und Fremdfinanzierungsquote

Die Eigenfinanzierungsquote des Landkreises liegt im Haushaltsjahr 2013 bei **91,54%** (VJ 100,00%). Dies bedeutet, dass die Investitionen fast vollständig aus Eigenmitteln finanziert wurden. Die Fremdfinanzierungsquote beträgt **8,46%** (VJ 0,00%), da ein zinsgünstiges KfW-Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. EUR für die energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach aufgenommen wurde.

Netto-Investitionsrate I

Die absolute Netto-Investitionsrate (NIR) gibt die Höhe der Eigenmittel für Investitionen aus dem erwirtschafteten Überschuss des Ergebnishaushalts an. Berechnet wird die NIR indem man von dem Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit die Kredittilgungen abzieht. Im Jahr 2013 betrug sie **7.044.500,63 EUR** (VJ 6.141.019,38 EUR). Da im Berichtsjahr noch keine Tilgung erforderlich war, stand der Zahlungsmittelüberschuss vollständig zur Finanzierung zur Verfügung.

Zahlungsfluss (operativer Cashflow)

Der Cashflow definiert sich als Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen der betrachteten Periode. Erträge und Aufwendungen die in der Periode nicht zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen) werden somit nicht berücksichtigt. Unterscheiden lassen sich:

- operativer Cashflow,
- Cashflow aus der Investitionstätigkeit
- Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit.

Das Aggregat dieser drei Salden ergibt die Veränderung des Bestands der liquiden Mittel der Periode. Der operative Cash Flow ist das Ergebnis aller zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle der laufenden Verwaltungstätigkeit. Er ist ein Indikator für das Innenfinanzierungs-potential der Kommune.

Ein positiver operativer Cash Flow versetzt die Kommune in die Lage, aus den Geschäftsprozessen heraus Kredite ordnungsgemäßer zu tilgen oder neue Anlageinvestitionen zu tätigen. Im Jahr 2013 belief er sich auf **7.044.500,63** EUR (VJ 6.141.019,38 EUR).

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die Finanzlage des Landkreises weiterhin positiv zu bewerten ist, der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Gleichwohl sollte die solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik zielstrebig weitergeführt werden, um eine gute Basis für künftige Herausforderungen zu gewährleisten. In den kommenden Haushaltsjahren wird es zu größeren Finanzmittelabflüssen durch geplante Investitionen, insbesondere durch die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke und durch die Umsetzung des Masterplans kommen.

Bewertung der Abschlussrechnungen

Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital (Kapitalposition) steht auf der Passivseite der Bilanz und stellt die Differenz des Vermögens zu den Schulden dar. Die Kapitalposition (108.830.639,75 EUR) umfasst neben dem Basiskapital auch die Rücklagen und ggf. die erwirtschafteten Verlustvorträge.

Unter dem Gesichtspunkt der **intergenerativen Gerechtigkeit** gilt es, das Eigenkapital durch (zumindest im Durchschnitt) **ausgeglichene Haushaltsergebnisse** zu erhalten, im besten Fall sogar zu stärken. Dauerhaft nicht ausgeglichene Haushaltsergebnisse würden das Eigenkapital unablässig vermindern. Folglich ist das Eigenkapital zum einen unter intergenerativen Aspekten dauerhaft zu schützen, es dient zum anderen aber (zumindest temporär) als Verlustpuffer. Deshalb kann ein eher höheres Eigenkapital als positiv angesehen werden.

Die **Eigenkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr relativ von 72,99 % um 6,43 Punkte **auf 79,42 % gestiegen**. Der Grund für die Veränderung ist überwiegend auf positive Jahresergebnis des Jahres 2013 (8.895.130,81 EUR) zurück zuführen.

Die Fremdkapitalquote

Das Fremdkapital ist unterhalb des Eigenkapitals ebenfalls auf der Passivseite der Bilanz abgebildet und umfasst im Wesentlichen die Verbindlichkeiten und die Rückstellungen.

Allgemein können mit Hilfe der Fremdkapitalquote Rückschlüsse auf zukünftige Liquiditätsabflüsse gezogen werden, da das Fremdkapital zukünftige Auszahlungen (z. B. Zins- und Tilgungszahlungen für aufgenommene Darlehen) oder die Auszahlung periodisierter Aufwendungen (aus den Rückstellungen) nach sich zieht.

Im Allgemeinen kann eine eher niedrige Fremdkapitalquote als tendenziell positiv angesehen werden.

Die **Fremdkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr relativ um 6,02 Punkte **auf 9,32 % gesunken** (Vorjahr: 15,34 %).

Begründet ist die Verringerung hauptsächlich durch die Ablösung der Schuld aus dem Leasingverhältnis betreffend das Haus 2 i. H. v. 6.283.420,67 EUR. Des Weiteren sind die Rückstellungen um 1.965.112,42 EUR, die Sonstigen Verbindlichkeiten um 1.027.912,70 EUR und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 90.904,78 EUR gesunken. Dem Gegenüber sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen um 1.000.000,00 EUR und die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen um 361.584,56 EUR gestiegen.

- **Die Darlehensquote**

Die Darlehensquote kann als Teil der Fremdkapitalquote verstanden werden. Durch die Darlehensquote werden die Teile des Fremdkapitals analysiert, die tatsächlich zukünftige Zinsauszahlungen aufgrund von abgeschlossenen Darlehenskontrakten mit Kreditinstituten nach sich ziehen. Insofern kann eine eher niedrige Darlehensquote als tendenziell positiv angesehen werden.

Die **Darlehensquote** des Landkreises Lörrach ist zum 31.12.2013 um 0,73 Punkte **auf 0,73 %** (Vorjahr: 0,00 %) aufgrund der Aufnahme eines KfW-Darlehens i. H. v. 1.000.000,00 EUR **angestiegen**.

- **Der Anlagendeckungsgrad**

Bei der Kennzahl zum Anlagendeckungsgrad wird die Kapitalposition der Passivseite der Bilanz zum Sachvermögen auf der Aktivseite der Bilanz (horizontal) ins Verhältnis gesetzt. Da das Sachvermögen (bestenfalls) durch das Eigenkapital finanziert sein sollte, stellt eine Kennzahl > 100 % diesen Anspruch dar. Insofern ist eine Kennzahl > 100 % als positiv zu werten.

Während der **Anlagendeckungsgrad** des Landkreises Lörrach im Vorjahr 209,49 % betrug, ist er zum 31.12.2013 um 10,83 Punkte **auf 220,32 % gestiegen**. Daraus folgt, dass das Sachvermögen komplett durch Eigenkapital gedeckt ist.

- **Die Reinvestitionsquote**

Eine wichtige Voraussetzung zur nachhaltigen kommunalen Aufgabenerfüllung ist das Vorhalten einer aufgabenorientierten Struktur des Sachanlagevermögens. Der Verbrauch von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens wird typischerweise aufwands- und damit ergebniswirksam über die regelmäßigen Abschreibungen erfasst.

Neben der Instandhaltung des Sachanlagevermögens (Substanzerhalt) ist auch der Aspekt der Wiederbeschaffung für abgeschriebene („verbrauchte“) Vermögensgegenstände relevant.

Die Reinvestitionsquote setzt die Netto-Investitionen (= Anlagenzugänge – Anlagenabgänge zu Restbuchwerten) eines Haushaltsjahres mit den Abschreibungen des betrachteten Haushaltsjahres ins Verhältnis. Demzufolge ist sie ein Indikator für die Investitionspolitik der Kommune und gibt an, ob die Investitionen den Werteverlust durch Abschreibungen ausgleichen. Eine Reinvestitionsquote von unter 100 % bedeutet einen Substanzverzehr. Eine Reinvestitionsquote von genau 100 % bedeutet einen Substanzerhalt und sollte das Ziel sein. Insofern sollte die Reinvestitionsquote, zumindest längerfristig, nicht unter 100 % sinken.

Die **Reinvestitionsquote** des Landkreises Lörrach ist um 150,38 Punkte **auf 190,99 %** (Vorjahr: 40,61 %) zum 31.12.2013 **gestiegen**. Die Nettoinvestitionen in das Sachanlagevermögen betrugen in 2013 4.563.390,47 EUR (Zugänge: 4.574.864,47 EUR, Abgänge zu Restbuchwerten: 11.474,00 EUR).

Der deutliche Anstieg ist überwiegend bedingt durch die Nachaktivierung betreffend den Kauf des Hauses 2 i. H. v. 1.443.448,51 EUR zum bereits ausgewiesenen Betrag. Des Weiteren sind Investitionen in Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge (491.023,56 EUR), in die Betriebs- und Geschäftsausstattung (307.866,41 EUR) und in EDV-Software und Lizenzen i. H. v. 26.336,31 EUR getätigt worden.

Daneben sind als „Anlagen im Bau“ Investitionen bei Schulen i. H. v. 2.052.322,10 EUR und Investitionen in das Infrastrukturvermögen i. H. v. 253.867,58 EUR getätigt worden.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen des Jahres 2013 betrugen 2.389.284,48 EUR.

Zu erkennen ist, dass die Zugänge in das Sachanlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 wesentlich größer waren, als die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen des Haushaltsjahres. Insofern liegt eine Substanzmehrung vor.

- **Die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert)**

Die zahlungsorientierte Reinvestitionsquote setzt nicht den Saldo der Anlagenzugänge und -abgänge eines Haushaltsjahres zu den gebuchten Abschreibungen desselben Haushaltsjahres ins Verhältnis, sondern die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen des betrachteten Haushaltsjahres.

Ähnlich wie bei der Reinvestitionsquote stellt die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert) ein Verhältnis zwischen den Reinvestitionen in das Sachanlagevermögen und den Abschreibungen eines Haushaltsjahres her. Nur werden nun Zahlungsströme betrachtet.

Insofern gibt die Reinvestitionsquote II an, ob die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen eines Haushaltsjahres ausgereicht haben, um den durch die Abschreibungen dokumentierten Werteverzehr auszugleichen. Daher sollte zumindest ein Wert von 100 % angestrebt werden, da ansonsten ein Substanzverzehr vorliegt.

Die **Reinvestitionsquote II** des Landkreises Lörrach ist im Vergleich zum Vorjahr von 45,63 % **auf 400,07 %** zum 31.12.2013 angestiegen. Den Abschreibungen im Berichtsjahr i. H. v. 2.389.284,48 EUR stehen Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 9.558.816,19 EUR gegenüber, die überwiegend durch den Kauf des Hauses 2 (Auszahlung i. H. v. 6.407.818,85 EUR) begründet werden.

Wirtschaftliche Lage

Die gute gesamtwirtschaftliche Lage und die starke Wirtschaft Deutschlands wirkten sich auch positiv auf den Landkreis Lörrach aus. Dieser war durch sein Entschuldungskonzept von Ende 2010 bis zum September 2013 schuldenfrei und hat in diesem Jahr lediglich ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. EUR in Anspruch genommen. Damit wurden 2013 erstmals Investitionen mit einem Fremdfinanzierungsanteil getätigt; die Darlehensquote ist mit 0,73 % als niedrig zu bewerten. Das Eigenkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch das positive Ergebnis des laufenden Jahres weiter erhöht, die Eigenkapitalquote ist mit rund 79 % positiv zu bewerten. Nach den Investitionspausen der Jahre 2011 und 2012 wurden im Jahr 2013 erstmals wieder bedeutende und kostenintensive Investitionen getätigt, die sich in einer Erhöhung des Sachvermögens niederschlagen. Dies zeigt sich auch in der auf rd. 191 % gestiegenen Reinvestitionsquote, die erkennen lässt, dass die Zugänge wesentlich höher waren, als die Abschreibungen, was eine Substanzmehrung bedeutet.

Fremdkapitalquote und Liquidität sind weiterhin als solide und positiv zu bewerten, was neben der guten wirtschaftlichen Lage auch auf der umsichtigen Finanzpolitik des Landkreises beruht. Diese sollte auch künftig weitergeführt werden, um die kommenden Anforderungen erfüllen zu können. Im Ergebnishaushalt konnte wie schon in den Vorjahren der gesamte Ressourcenverbrauch erwirtschaftet und das positive Ergebnis den Ergebnisrücklagen zugeführt werden. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Lage des Landkreises Lörrach als solide bezeichnet werden kann.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH

Im Haushaltsplan 2013 waren außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 3,548 Mio EUR für die Wertberichtigung des Beteiligungswertes der Kliniken GmbH vorgesehen. Eine Wertberichtigung des Beteiligungswertes ist erforderlich, wenn die Gesellschaftsorgane beschließen, die in der Vergangenheit aufgelaufenen Verlustvorträge durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen. Eine solche Beschlussfassung war ursprünglich schon in 2013 vorgesehen, erfolgte nun allerdings erst im Mai 2014 im Rahmen der Beratung und Feststellung des Jahresabschlusses der Kliniken GmbH 2013. Dabei wurde im Aufsichtsrat und auch in den kommunalen Gremien nicht nur über die Ergebnisverwendung des abgelaufenen Geschäftsjahres 2013, sondern auch über den Umgang mit den kumulierten Fehlbeträgen aus Vorjahren (Bilanzverlust) der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH beraten und eine entsprechende Feststellungsempfehlung an die Gesellschafterversammlung abgegeben.

Erst nach der Feststellung des Jahresergebnisses und der Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung in der Gesellschafterversammlung durfte der Geschäftsführer die entsprechende Buchung der Rücklagenentnahme anweisen.

Auch in der Bilanz des Landkreises Lörrach darf die Wertberichtigung des Beteiligungswertes der Kliniken GmbH erst nach entsprechender Beschlussfassung in den Gesellschaftsgremien vorgenommen werden.

Die ursprünglich für 2013 geplanten außerordentlichen Aufwendungen für die Wertberichtigung in Höhe von 3,548 Mio. erfolgen somit voraussichtlich erst in 2014 und werden sich aufgrund des guten Jahresergebnisses 2013 der Kliniken GmbH nochmals ändern.

Chancen & Risiken

Deutschland hat seine Wirtschaftskraft in den Jahren nach der Krise beeindruckend unter Beweis gestellt. Doch die Zukunftschancen sind heute regional ungleicher verteilt als vor 10 Jahren. Auch in immer mehr ehemals starken Regionen wachsen die gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen. Grund sind wirtschaftsstrukturelle Veränderungen, demografische Trends und vor allem die unterschiedliche Innovationskraft der Regionen. Folglich sind Politikansätze notwendig, die die verschiedenen Ausgangsbedingungen und Anforderungen der Regionen berücksichtigen, um darauf aufbauend in innovatives, inklusives und nachhaltiges Wachstum zu investieren. Für die Zukunft gilt es, Regionen unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungstrends zukunftsfähig zu gestalten. Die Anforderungen für die Regionen und Kommunen bestehen darin, die vorhandenen Innovationspotenziale aufzugreifen und klare Prioritäten festzulegen. Dabei gilt es, nicht in veralteten Stärken zu verharren, sondern zukunftsorientierte Potenziale zu identifizieren. Aber auch die Entwicklung regionaler Strategien z.B. für das Management steigender Sozialausgaben sind ein wichtiges Thema. Hier geht der Landkreis Lörrach mit gutem Beispiel voran, in dem er die 2012 verabschiedete Sozialstrategie bereits erfolgreich umsetzt.

Für die Jahre 2013 bis 2016 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände einen positiven Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von 4,0 bis 4,5 Milliarden Euro. Dieser Finanzierungsüberschuss steht unter dem Vorbehalt der derzeitigen Wirtschaftsprognose und kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern, sprich die Staatsschuldenkrise nicht zu weiteren negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik bzw. in Europa führt.

Aus Sicht des Landkreises Lörrach sind darüber hinaus für die kommenden Haushaltsjahre folgende Entwicklungen von Bedeutung:

- **Fachkräftemangel**

Die Personalgewinnung und –bindung müssen weiterhin vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und besonders auch der Grenzlage des Landkreises im Fokus des Personalmanagements stehen. In einigen Bereichen machte sich der Fachkräftemangel durch nicht besetzte Stellen bemerkbar, wodurch Defizite bei der Aufgabenerfüllung nicht zu vermeiden waren.

- **Masterplan Dienstleistungszentrum**

Um den zentralen Unterbringungsgedanken (Eigentum statt Miete) und das Konzept der kurzen Wege umzusetzen, hat der Landkreis im Oktober 2013 das sogenannte Telekomgebäude erworben. Damit verbunden ist die Notwendigkeit der Erweiterung. Die Umsetzung dieses Projekts wird in 2014 durch zahlreiche Projektschritte weiter vorangebracht werden. Es ist geplant, in 2016 mit den Bauaktivitäten zu beginnen und in 2019 im neuen Gebäude in Betrieb zu gehen.

Chancen & Risiken

- **Schulentwicklung**

Im Rahmen des Projekts Schulentwicklung wird ein Gesamtkonzept vorbereitet, über das der Kreistag im Juli 2014 entscheiden wird. In den kommenden Jahren sollen daraus Neustrukturierungen umgesetzt werden.

- **Frühkindliche Bildung**

Die Übernahme der Bildungsregion mit dem neuen Schwerpunkt frühkindliche Bildung in das Dezernat V bietet die Chance eine bessere Vernetzung und Abstimmung zu anderen Handlungsfeldern im Fachbereich Jugend & Familie, wie z. B. SD, Jugendhilfeplanung, Kindergartenfachberatung und Kreisjugendreferat.

- **Regionale Infrastruktur**

Mit den geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des Radwegekonzeptes, der weiteren Entwicklung der Nahverkehrsplanung, des Breitbandausbaus und der Weiterentwicklung der Strukturpolitik in 2014 soll die regionale Infrastruktur verbessert werden, um als attraktiver Wirtschaftsstandort zu bestehen.

- **Umwelt, Energie und Klimaschutz**

Über die Teilnahme des Landkreises am RegioWIN-Wettbewerb des Landes („**Regio**nale **W**ettbewerbsfähigkeit durch **I**nnovation und **N**achhaltigkeit“) besteht die Chance, die energie- und klimapolitischen Ziele auch im Verbund mit der gesamten Region Südlicher Oberrhein zu verfolgen. Nach der Prämierung des Strategiekonzepts unter der Überschrift „Sustainable Energy Valley“ geht es aktuell um die Erarbeitung und Verabschiedung eines endgültigen Entwicklungskonzepts. Teil hiervon sind auch zwei Leuchtturmprojekte mit direktem Landkreisbezug, das CO_2-neutrale Modellquartier in Lörrach und die Energiewende-Akademie Oberrhein. Mit dem Kick-off zum European Energy Award ist der Landkreis bereits so genannte „eea-Kommune“, die sich zum Ziel setzt, ihre Energieaktivitäten systematisch zu erfassen, zu bewerten, kontinuierlich zu überprüfen, aufeinander abzustimmen und zielgerichtet umzusetzen. Nach Abschluss der Ist-Analyse sieht das Zertifizierungsverfahren die Erarbeitung eines energiepolitischen Programms für den Landkreis vor, das ebenfalls mit der Zukunftsstrategie verknüpft werden sollte.

- **Steigende Sozialausgaben**

Wohnraumversorgung

Ein großes Risiko in vielen Bereichen des Teilhaushaltes 6 sind die fehlenden bzw. nicht mehr bezahlbaren Wohnungen. Dies wird längerfristig zu erheblichen Ausgabensteigerungen in fast allen Bereichen des Teilhaushalts Soziales & Arbeit führen. Daher wird das Thema Wohnraumversorgung zu einem Schwerpunktthema gemacht.

Unterbringung von Flüchtlingen

Die ab 2015 erwarteten deutlich steigenden Zahlen an kommunal untergebrachten Asylbewerbern und die steigenden Kosten der Unterbringung durch die Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes bringen erhebliche finanzielle Herausforderungen für den Landkreis mit sich, weshalb die Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Asylbewerber im Fokus stehen wird.

Ein weiteres Risiko sind die weiterhin sehr hohen Zugänge an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Unterbringung der Flüchtlinge bindet extrem viele Personalressourcen, die von keiner Kostenerstattung erfasst werden.

Tarifabschlüsse

Durch die Tarifabschlüsse ist mit Kostensteigerungen durch höhere Transferaufwendungen zu rechnen, da diese zum Großteil auf den Personalaufwendungen Dritter basieren (z.B. Pflegesätze).

Sozialstrategie

Eine große Chance liegt in der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen der Sozialstrategie. Die präventive Ausrichtung wird mit Sicherheit dazu führen, dass sich zukünftig und mittelfristig die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen positiv verändern.

Prüfung

Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Lörrach für 2013

Inhaltsverzeichnis Schlussbericht 2013

1.	Vorbemerkungen	101
1.1	Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss	101
1.2	Prüfungsverfahren – örtliche und überörtliche Prüfung	101
1.2.1	Rechtliche Grundlagen und Umfang der örtlichen Prüfung	101
1.2.2	Örtliche Prüfung 2013	101
1.2.3	Stand der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt	103
1.2.4	Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 des Landkreises und der Eigenbetriebe	103
2.	Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss 2013	103
2.1	Haushaltssatzung und Wirtschaftspläne	103
2.1.1	Kreditermächtigung/ Kreditaufnahmen	104
2.1.2	Kassenkredite	104
2.1.3	Verpflichtungsermächtigungen	104
2.2	Beurteilung	105
2.2.1	Gesamtergebnisrechnung	105
2.2.1.1	Finanzausgleich	106
2.2.1.2	Überlassene Grunderwerbsteuer	106
2.2.1.3	Kreisumlage	107
2.2.2	Gesamtfinanzrechnung, Investitionstätigkeit	107
2.2.2.1	Allgemeine Bemerkungen zur Gesamtfinanzrechnung	107
2.2.2.2	Abrechnung mit anderen Kostenträgern	108
2.2.2.3	Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	109
2.2.2.4	Investitionstätigkeit	109
2.2.2.5	Endbestand an Zahlungsmitteln	109
2.3	Liquiditätslage der Kreiskasse	109
2.4	Bildung von Teilhaushalten und Budgets nach dem NKHR	110
3.	Vermögensrechnung (Bilanz)	110
3.1	Ergebnis der Bilanz	110
3.2	Immaterielles Vermögen, Sachvermögen und Vorräte	110
3.3	Anteile, Beteiligungen, Sondervermögen und Ausleihungen	112
3.4	Forderungen des Landkreises	113
3.5	Liquide Mittel	114
3.6	Aktive und passive Abgrenzungsposten	114
3.7	Rückstellungen	115
3.8	Verbindlichkeiten	116
4.	Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag	117

Anlagen

Verzeichnis über die in 2013 veranlassten Schwerpunktprüfungen (Anlage 1)	118
Besetzung der örtlichen Prüfung (Anlage 2)	119

Abkürzungsverzeichnis Schlussbericht 2013

ARAP	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
EAL	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
FAG	Finanzausgleichsgesetz
Fipo	Finanzposition
GemO	Gemeindeordnung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemPrO	Gemeindeprüfungsordnung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
LKrO	Landkreisordnung
NKHR	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
PG	Produktgruppe
PRAP	Passive Rechnungsabgrenzungsposten
RVL	Regio Verkehrsverbund Lörrach GmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SoJuHKR	Sozial- und Jugendbuchhaltung
THH	Teilhaushalt
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
WAUS	Wiederkehrende Ausgaben; Zahlungsprogramm zur Abwicklung der Sozial- und Jugendhilfeleistungen

Schlussbericht 2013

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss hat die Funktion ein vollständiges Bild über die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises zu vermitteln (§ 95 Abs. 1 GemO).

Er besteht nach § 95 Abs. 2 GemO aus den drei Komponenten Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (Bilanz), der um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern ist.

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge und Aufwendungen, in der Finanzrechnung die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen (einschließlich Investitionstätigkeit) gegenübergestellt.

Die Vermögensrechnung ist wie die Bilanz im kaufmännischen Rechnungswesen eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Finanzierungsmittel, berücksichtigt jedoch die kommunalen Besonderheiten.

1.2 Prüfungsverfahren – örtliche und überörtliche Prüfung

1.2.1 Rechtliche Grundlagen und Umfang der örtlichen Prüfung

Nach § 48 LKrO in Verbindung mit § 110 GemO hat der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses durchzuführen und einen Schlussbericht zu erstellen.

Der Schlussbericht dient dem Kreistag als Unterlage für die Beurteilung der Haushalts- und Finanzwirtschaft sowie für die Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses.

Darüber hinaus sind nach § 111 GemO die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe zu prüfen. Hierunter fallen der Abschluss des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und des Eigenbetriebes „Heime des Landkreises Lörrach“.

Weitere Pflichtaufgaben der örtlichen Prüfung nach § 112 Abs. 1 GemO sind die laufende Prüfung der Kassenvorgänge beim Landkreis und den Eigenbetrieben, die Kassenüberwachung, insbesondere die Vornahme der Kassenprüfungen bei den Kassen des Landkreises und der Eigenbetriebe und die Prüfung des Nachweises der Vorräte und Vermögensbestände des Landkreises und seiner Eigenbetriebe.

1.2.2 Örtliche Prüfung 2013

Nach § 95 b GemO und § 16 EigBG sind die Jahresabschlüsse des Landkreises und der Eigenbetriebe innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahres aufzustellen und vom Kreistag innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahres festzustellen.

Die Unterlagen zur Prüfung der Jahresabschlüsse wurden Zug um Zug vorgelegt. Die letzten für

- den Landkreis am 20.05.2014
- die Abfallwirtschaft am 23.04.2014
- die Heime am 28.03.2014

Schlussbericht 2013

Sowohl der Jahresabschluss des Landkreises für 2013 als auch die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2013 wurden innerhalb der gesetzlichen Frist aufgestellt.

Vor der Feststellung der Ergebnisse durch den Kreistag hat der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung nach § 110 Abs. 2 und § 111 Abs. 1 GemO die Prüfung der Jahresabschlüsse innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung der Jahresabschlüsse durchzuführen.

Die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe wurden vom Kreistag bereits in seiner Sitzung vom 04.06.2014 festgestellt.

Die sachlich orientierten Schwerpunktprüfungen nehmen einen breiten Raum in der Prüfungspraxis ein. Die Schwerpunktprüfungen erfolgen in einzelnen Fachbereichen. Hierzu wird von der Prüfung eine Prüfungsplanung erstellt, so dass die einzelnen Fachbereiche in angemessenen Zeitabständen einer Prüfung unterzogen werden. Insbesondere Bereiche mit erheblichen finanziellen Auswirkungen werden in kürzeren Zeitabständen geprüft. Die örtliche Prüfung greift außerdem im Verlauf des Prüfungsjahres aktuelle Entwicklungen auf und prüft einzelne Themen anlassbezogen. Über die Prüfungen werden jeweils Prüfungsberichte (vgl. Anlage 1) oder Einzelbeanstandungen gefertigt und der Verwaltung übergeben.

Bei den Beamten und Beschäftigten wurden Neueinstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen geprüft.

Nach § 1 GemPrO ist bei der Landkreiskasse und den Sonderkassen jährlich, bei Zahlstellen grundsätzlich alle zwei Jahre mindestens eine unvermutete Kassenprüfung vorzunehmen.

Die Landkreiskasse einschließlich der Kassengeschäfte des Betreuungsvereins, des Zweckverbandes Regio-S-Bahn und des Fritz-Berger-Fonds wurde am 03.12.2013 geprüft. Die Sonderkassen „Heime des Landkreises Lörrach“ und „Abfallwirtschaft“ wurden ebenfalls an diesem Tag geprüft. Die Feststellungen ergeben sich aus dem Prüfungsbericht vom 13.03.2014, die Erledigung wird überwacht.

Im Berichtsjahr wurden mehrere Verwendungsnachweise geprüft. Derartige Prüfungen sind bei den Zuwendungen aus Mitteln der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen, der Förderung der Strukturen in der Tagespflege, den Zuschüssen für Gefahrverdachtsuntersuchungen vom Fachbereich Umwelt und den Personalkostenzuschüssen bei der Suchtprophylaxe vorgeschrieben. In den Verwendungsnachweisen wird die richtige Verwendung der Zuschüsse bestätigt. Wesentliche Feststellungen haben sich hierbei nicht ergeben.

Darüber hinaus wurden quartalsweise die beim Kommunalverband für Jugend und Soziales zur Kostenerstattung angeforderten Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen auf Vollständigkeit sowie Übereinstimmung mit den Ein- und Auszahlungen der entsprechenden Finanzpositionen überprüft.

Neben den gesetzlichen Pflichtaufgaben und übertragenen Kann-Aufgaben wurde die Verwaltung in den verschiedensten Fragen individuell beraten. Es wurden mündliche Auskünfte erteilt bzw. schriftliche Stellungnahmen erstellt, die zur Optimierung der Arbeitsabläufe beitragen konnten.

Im November 2013 erfolgte die Umstellung vom Fachverfahren WAUS durch die Anbindung der Fachverfahren PROSOZ14plus und LÄMMkom auf das SAP-Modul SoJuHKR. Dazu wurde eine Projektgruppe aus allen Bereichen des Sozialdezernates (Fachbereich Soziales, Fachbereich Jugend & Familie, Stabsstelle Controlling & Koordination, Stabsstelle Zentrale Aufgaben), dem Fachbereich Finanzen und dem Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung gebildet. Von Seiten der örtlichen Prüfung

wurde die rechtzeitige Bereinigung der fehlenden Sollstellungen und der Ausgabereste überwacht. Falls notwendig und gewünscht wurde zu Einzelfragen Stellung genommen.

1.2.3 Stand der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Nach § 48 LKrO in Verbindung mit § 113 Abs. 1 und 114 GemO hat die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) im Auftrag der Rechtsaufsichtsbehörde die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung des Landkreises Lörrach und seiner Eigenbetriebe in regelmäßigen Abständen einer überörtlichen Prüfung zu unterziehen.

In der Zeit vom 02.07. bis 19.07.2012 erfolgte eine Prüfung der Bauausgaben des Landkreises Lörrach für die Haushaltsjahre 2008 bis 2011, des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft und des Eigenbetriebs Heime des Landkreises Lörrach für die Wirtschaftsjahre 2008 bis 2011. Der Prüfungsbericht ist vom 22.11.2012. Das Prüfungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Vom 26.09.2012 bis 13.12.2012 fand eine allgemeine Finanzprüfung statt. Gegenstand der Prüfung war die Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse des Landkreises und seiner Eigenbetriebe für die Jahre 2008 bis 2011. Der Prüfungsbericht ist vom 12.08.2013. Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

1.2.4 Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 des Landkreises und der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und „Heime“

Der Jahresabschluss 2012 des Landkreises sowie die Jahresabschlüsse 2012 der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und „Heime des Landkreises Lörrach“ wurden zusammen mit dem Schlussbericht des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung in der Sitzung des Kreistags am 24.07.2013 beraten und festgestellt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 03.08.2013.

Der Jahresabschluss des Landkreises und der Rechenschaftsbericht sowie die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und „Heime des Landkreises Lörrach“ wurden vom 06.08. bis 15.08.2013 öffentlich ausgelegt.

Die Beschlüsse über die Feststellung der Jahresabschlüsse wurden der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 07.08.2013 mitgeteilt.

2. Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss 2013

2.1 Haushaltssatzung und Wirtschaftspläne

Die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr (§ 79 Abs. 3 GemO). Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr (Abs. 4). Sie ist vom Kreistag in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen (§ 81 Abs. 1 GemO).

Die vom Kreistag beschlossene Haushaltssatzung ist der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen, sie soll ihr spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 2 GemO). Auf die Eigenbetriebe sind die Vorschriften nach § 12 EigBG entsprechend anzuwenden.

Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft“ und „Heime“ für das Wirtschaftsjahr 2013 wurden vom Regierungspräsidium Freiburg mit Erlass vom 10.01.2013 bestätigt.

2.1.1 Kreditermächtigung/ Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bedarf nach § 87 GemO im Rahmen der Haushaltssatzung bzw. in Verbindung mit § 12 EigBG im Rahmen des Wirtschaftsplans der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Die damit durch die Satzung bzw. Wirtschaftsplan begründeten Kreditermächtigungen binden den Landkreis bzw. die Eigenbetriebe. Eine auch nur geringfügige Erhöhung der Kreditaufnahmen bedarf daher stets einer formalen Änderung der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplanes.

Die für den Kreis vorgesehene Kreditaufnahme von 2.000.000 EUR wurde am 10.01.2013 vom Regierungspräsidium Freiburg genehmigt. Der Kredit dient zur Finanzierung der energetischen Sanierung der Kaufmännischen Schule Lörrach und Mathilde-Planck-Schule Lörrach.

Nach § 78 Abs. 3 GemO dürfen Kredite nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

In den Jahren 2013 bis 2020 hat der Landkreis erhebliche Investitionen von rund 57.000.000 EUR geplant. Auf die Ausführungen im Haushaltsplan für 2014 Seiten 34 und 35 wird verwiesen. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Investitionsbedarf beim Eigenbetrieb Heime sowie bei den Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH.

Da der Landkreis Lörrach diese Summe in den nächsten Jahren nicht aus eigenen Mitteln wird finanzieren können, war es wirtschaftlich zweckmäßig, für die energetischen Maßnahmen einen sehr zinsgünstigen Kredit bei der KfW-Bank in Anspruch zu nehmen (0,1% Zins jährlich bei zehnjähriger Zinsbindung, tilgungsfrei für drei Jahre. Zusätzlich kann bei erreichter Energieeinsparung noch mit einem Tilgungszuschuss von rd. 100.000 EUR gerechnet werden).

Auf die Ausführungen im Haushaltsplan für 2014, Seiten 37 ff. wird verwiesen.

Die Darlehensvaluta betrug zum Bilanzstichtag 1.000.000 EUR.

Bei den Eigenbetrieben waren keine Kreditaufnahmen vorgesehen.

2.1.2 Kassenkredite

Nach § 89 Abs. 2 GemO kann der Landkreis zur rechtzeitigen Leistung seiner Auszahlungen Kassenkredite aufnehmen. Voraussetzung ist, dass keine anderen Mittel, z. B. verfügbare Geldanlagen, zur Verfügung stehen.

In 2013 mussten keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

2.1.3 Verpflichtungsermächtigungen

Für Investitionen können nach § 86 GemO Verpflichtungen eingegangen werden, für die keine Auszahlungen veranschlagt sind, aber in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen. Nach § 12 EigBG gilt dies entsprechend auch für die Eigenbetriebe.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplanes bei den Eigenbetrieben insoweit der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, als in den Jahren in denen voraussichtlich Auszahlungen aus den Verpflichtungen zu leisten sind, Kreditaufnahmen vorgesehen sind.

In 2013 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.300.000 EUR für die energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach (Bau A) und für das Radverkehrskonzept veranschlagt. Der auf Kredite entfallende Teilbetrag von 2.100.000 EUR wurde vom Regierungspräsidium am 10.01.2013 genehmigt.

Die Bauarbeiten für die energetische Sanierung haben im Februar 2014 begonnen.

2.2 Beurteilung

2.2.1 Gesamtergebnisrechnung

Das Ergebnis des Rechnungsjahres 2013 ist positiv ausgefallen. Die Gesamtergebnisrechnung, in der die Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt werden, schließt mit einem gegenüber der Planung um 12.443.130,81 EUR verbesserten Gesamtergebnis ab. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses beträgt dabei 8.874.143,23 EUR, des Sonderergebnisses 20.987,58 EUR.

Die Verbesserung gegenüber der Planung ist bedingt durch Mehrerträge und Minderaufwendungen (z. B. höhere Transfererträge und Schlüsselzuweisungen, Mehrerträge bei den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Mehrertrag bei der Grunderwerbsteuer, Minderaufwendungen beim Personal und den Sach- und Dienstleistungen).

Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

Die zuständigen Ausschüsse wurden über das vorläufige Jahresergebnis im Mai 2014 unterrichtet.

Beim Überschuss des ordentlichen Ergebnisses von 8.874.143,23 EUR ist zu beachten, dass hieraus die ermittelten Ermächtigungsübertragungen von 1.802.280,98 EUR in 2014 benötigt werden. Dies hängt mit der anderen Verfahrensweise gegenüber dem bisherigen kameralen Haushaltsrecht bei den Mittelübertragungen zusammen. Während bisher durch die erfolgte Soll-Stellung bei der Bildung von Haushaltsausgaberesten das laufende Rechnungsergebnis unmittelbar verschlechtert dargestellt wurde, wird im NKHR erst das folgende Haushaltsjahr belastet.

Die Verwaltung ist befugt, die Ermächtigungen zu bilden (Haushaltsplan 2013, Seite 491).

Nach § 90 Abs. 1 GemO sind Überschüsse der Ergebnisrechnung zwingend den Rücklagen zuzuführen, um daraus insbesondere etwaige Fehlbeträge in späteren Haushaltsjahren ausgleichen zu können. Es wird bestätigt, dass dies von der Verwaltung entsprechend umgesetzt wurde.

2.2.1.1 Finanzausgleich

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzausgleich stellt sich wie folgt dar:

	2013 - in EUR -	2012 - in EUR -
Schlüsselzuweisungen (§ 8 FAG)	23.640.107,40	20.664.097,50
Sonderbeh.Eingliederung (§ 11 Abs. 4 FAG)	2.451.359,00	2.299.737,00
Verwaltungsreform (§ 11 Abs. 5 FAG)	6.636.736,00	6.512.005,00
Zuweisungen nach Einw.-Zahl (§ 11 Abs. 1 FAG)	2.462.192,90	2.452.508,80
Sachkostenbeiträge für Schulen (§ 17 FAG, § 2 Schullasten-VO)	5.618.168,00	5.512.799,00
Sportstättenbaupauschale (§ 16 FAG)	0,00	0,00
Schülerbeförderung (§ 18 FAG)	3.277.500,00	3.277.500,00
Verkehrslastenausgleich (§ 25 FAG)	2.161.080,00	2.191.200,00
Öffentl.Pers.Nahverkehr (§ 28 FAG)	329.168,00	329.233,00
Soziallastenausgleich (§ 21 FAG)	2.132.391,00	2.558.849,00
Soziallastenausgleich (§ 21 a FAG)	0,00	-156,00
Soziallastenausgleich (§ 22 FAG)	2.894.942,00	3.080.412,00
Erstattung Ausbildungskosten (§ 29 Abs. 1 FAG)	15.129,00	4.944,00
Förderung der Kleinkindbetreuung (§ 29c FAG)	1.235.822,00	1.086.662,00
Summe Einnahme aus FAG	52.854.595,30	49.969.791,30
Erstattung Pers.Aufw.Landesbeamte (§ 39 FAG)	198.510,00	196.160,00
Finanzausgleichsumlage (§ 1 a FAG)	7.312.417,70	6.821.106,40
KVJS-Umlage	837.704,88	777.439,83
Summe Ausgabe aus FAG	8.348.632,58	7.794.706,23
Summe Einnahme aus FAG	52.854.595,30	49.969.791,30
Netto-Ergebnis FAG	44.505.962,72	42.175.085,07

Die Zahlungen wurden im Jahr 2013 ergebniswirksam gebucht und in der Finanzrechnung des Jahres 2013 vereinnahmt bzw. verausgabt.

Bei der Prüfung des Soziallastenausgleichs nach § 21 FAG haben wir festgestellt, dass die Sozialhilfe-Netto-Ist-Ausgaben mit ca. 800.000 EUR zu hoch an das Statistische Landesamt gemeldet wurden. Die Berechnung wird von der Stabsstelle Controlling & Koordination beim Fachbereich Soziales überprüft.

2.2.1.2 Überlassene Grunderwerbsteuer

Die Erträge aus der Grunderwerbsteuer werden zwischen dem Land und dem Landkreis aufgeteilt, der Anteil des Kreises beträgt 38,85% (§ 11 Abs. 2 FAG).

Die überlassene Grunderwerbsteuer betrug im Jahr 2013

11.388.082,02 EUR (PG 6110, Sachkonto 31510000).

In der Finanzrechnung wurden 11.463.752,08 EUR vereinnahmt (Fipo 61510000).

Grund für die Differenz zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung ist die periodengerechte Zuordnung. Die Einzahlung für 12/2012 erfolgte 2013 (813.227,24 EUR), die Einzahlung für 12/ 2013 (737.557,18 EUR) erfolgte 2014.

2.2.1.3 Kreisumlage

Die Kreisumlage hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

HJ.	Steuerkraft-summe - EUR -	Hebesatz Landkreis	Reg.Bez.Frbg.	Landk. B.-W.	Gesamtbetrag - in EUR -
2009	230.334.338	33,40%	32,00%	32,15%	76.931.664,19
2010	240.926.768	32,40%	31,02%	31,43%	78.060.272,88
2011	203.922.852	37,90%	34,76%	34,27%	77.286.760,88
2012	221.351.381	33,80%	32,89%	33,68%	74.816.766,76
2013	235.246.718	34,08%	32,54%	33,12%	80.180.401,72

Im Gesamtbetrag für 2013 sind Nachforderungen für das Jahr 2012 gegenüber 2 Gemeinden in Höhe von 8.355,36 EUR abzüglich einer Rundungsdifferenz von 35,13 EUR enthalten. Die Zahlungen wurden 2013 ergebniswirksam gebucht und in der Finanzrechnung 2013 vereinnahmt.

2.2.2 Gesamtfinanzrechnung, Investitionstätigkeit

2.2.2.1 Allgemeine Bemerkungen zur Gesamtfinanzrechnung

In der Gesamtfinanzrechnung als zweitem Teil der 3-Komponenten-Rechnung nach dem NKHR spiegeln sich neben den Auszahlungen und Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit insbesondere die Auszahlungen und Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit (vergleichbar mit dem bisherigen Vermögenshaushalt) sowie die Kreditaufnahmen und Tilgungen (sog. Finanzierungstätigkeit) wider.

Unter Berücksichtigung von haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen wird als Ergebnis der Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres ausgewiesen.

2.2.2.2 Abrechnung mit anderen Kostenträgern

	Anteile		
	Bund	Land	Landkreis
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	**38,1% *** 7.297.718,10 EUR		**61,9%** 11.856.397,64 EUR
Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)		**66,67%** 695.372,50 EUR	**33,33%** 347.634,10 EUR
Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)	**22%** 12.137,21 EUR	**78%** 43.031,89 EUR	
Leistungen der Kriegsopferfürsorge (KOF)	**80%** 585.570,37 EUR		**20%** 146.392,60 EUR
Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) und SED-Unrechtsbereinigungsgesetz		**100%** 650,00 EUR 3.198,00 EUR	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	**75%** 7.966.602,14 EUR		**25%** 2.655.534,04 EUR

* Zum 1. Januar 2011 wurden Bildungs- und Teilhabeleistungen u.a. für SGB II-Leistungsberechtigte eingeführt. Der Landkreis erhält dafür einen Kostenausgleich des Bundes, der durch einen höheren Beteiligungssatz an den Kosten der Unterkunft abgegolten ist. Dieser Beteiligungssatz wurde im Jahr 2013 auf 3,7% gekürzt (2012: 5,4%).

Die Prüfung der Abrechnungen ergab folgende Feststellungen:

Die Abrechnung der **Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II** ist korrekt erfolgt. Jedoch ist aufgefallen, dass die Zahlen in der jährlichen Meldung an das Regierungspräsidium gegenüber der Abrechnung um einen Monat verschoben wurden. Dies wird im laufenden Jahr 2014 angepasst.

Bei der Prüfung der Leistungen nach dem **Unterhaltsvorschussgesetz** wurde festgestellt, dass für das Jahr 2013 beim Land 3.690,80 EUR zu viel angefordert wurden. Aus dem Jahr 2012 ist die Rückerstattung an das Land von 20.394,53 EUR bisher nicht erfolgt (s. Schlussbericht 2012 Seite 13), eine unverzügliche Erledigung wurde zugesichert. In den letzten beiden Jahren wurden lediglich 2 Abrechnungen pro Jahr vorgenommen. Um Zinsverluste für den Landkreis zu vermeiden, haben die Abrechnungen mindestens vierteljährlich zu erfolgen.

Bei den Leistungen nach dem **OEG** wurden insgesamt 380,00 EUR zu wenig mit Bund und Land abgerechnet. Der Betrag wird im Jahr 2014 nachgefordert.

Der Bundesanteil an der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII** war im Jahr 2012 von 16 auf 45 Prozent erhöht worden. Im Berichtsjahr 2013 erhöhte sich der Bundesanteil auf 75 Prozent. Vor dem Jahr 2013 waren Berechnungsgrundlage für die Erstattung die Nettoausgaben des Vorvorjahres. Seit 01.01.2013 werden die Nettoausgaben des jeweiligen Kalenderjahres zugrunde gelegt. Ab 2014 übernimmt der Bund 100 Prozent der Kosten. Im Dezember 2013 befanden sich in der Finanzrechnung sowohl Beträge für das Jahr 2013 als auch für 2014. Aufgrund der unterschiedlichen Erstattungsquoten in den Jahren 2013 und 2014 mussten diese Zahlungen den jeweiligen Jahren zugeordnet werden. Die Zuordnung erfolgte durch die Stabsstelle Controlling & Koordination mit Unterstützung der örtlichen Prüfung.

Im November 2013 wurde das bisherige Verfahren WAUS durch SoJuHKR abgelöst. Durch den Wegfall der WAUS-Schnittstelle sind die Fachverfahren LÄMMkom und PROSOZ14plus unmittelbar an SAP angebunden. Im Gegensatz zu WAUS erfolgen seit der Umstellung auf SOJuHKR die Auszahlungen in der Finanzrechnung für den Monat Januar grundsätzlich bereits im Dezember des Vorjahres.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die Leistungen aus dem Zahllauf vom 19.12.2013 (für die Auszahlungen) und 20.12.2013 (für die Einzahlungen) für Januar 2014 aus LÄMMkom und die Unterhaltsvorschussleistungen aus PROSOZ14plus nicht periodengerecht der Ergebnisrechnung 2014 zugeordnet wurden, sondern der Ergebnisrechnung 2013. Grund hierfür ist, dass aus den Fachverfahren nicht das Fälligkeitsdatum, sondern das Buchungsdatum gezogen wurde. Vom Fachbereich Finanzen wurden, intensiv begleitet von der örtlichen Prüfung, die Korrekturen für 2013 vorgenommen. Die zuständigen Fachbereiche haben sich mit den jeweiligen Programmbetreuern zur Lösung des Problems in Verbindung gesetzt.

2.2.2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (lfd. Nr. 17 der Gesamtfinanzrechnung) beträgt 7.044.500,63 EUR. Im Rechenschaftsbericht sind die Gründe anschaulich dargestellt. Die Feststellungen werden von uns bestätigt.

2.2.2.4 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit (lfd. Nr. 31 der Gesamtfinanzrechnung) beträgt - 6.711.591,15 EUR. Bei der Planung ging man noch von einem Saldo von -10.849.200,00 EUR aus. Die Abweichung hängt im Wesentlichen mit der Verminderung der Ausleihungen an die Kliniken GmbH um 3.200.000,00 EUR zusammen.

Die noch zu beschließenden Ermächtigungsübertragungen von 1.127.087,00 EUR werden in 2014 aber zu Auszahlungen führen. Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

2.2.2.5 Endbestand an Zahlungsmitteln

Der in der Gesamtfinanzrechnung ausgewiesene Endbestand an Zahlungsmitteln (lfd. Nr. 42) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 27.366.507,87 EUR auf 29.554.478,54 EUR erhöht. Er entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen Kassenbestand (liquide Mittel 29.566.498,54 EUR ./. Handvorschüsse von 12.020,00 EUR).

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte in 2013 eine Umschichtung vom Festgeldkonto auf ein Tagesgeldkonto. Dies führte zu einer erheblichen Verminderung bei der Bilanzposition „Wertpapiere“ und einer entsprechenden Erhöhung bei den liquiden Mitteln und damit des Zahlungsmittelbestandes.

2.3 Liquiditätslage der Kreiskasse

Die Liquidität der Kreiskasse zum Stichtag 31.12.2013 wird wie im Vorjahr als gut beurteilt. Den Verbindlichkeiten von 6,9 Mio. EUR und Rückstellungen von rund 5,8 Mio. EUR stehen Geldanlagen von 1 Mio. EUR und liquide Mittel von 29,5 Mio. EUR gegenüber.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite beträgt laut Haushaltssatzung 20 Mio. EUR. In 2013 mussten aber keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

2.4 Bildung von Teilhaushalten und Budgets nach dem NKHR

Gemäß § 4 Abs. 1 GemHVO ist der Gesamthaushalt beim Landkreis Lörrach in 7 Teilhaushalte gegliedert. Jeder Teilhaushalt bildet hierbei ein Budget mit Unterbudgets.

Die Budgetierung ist nach dem NKHR ein wesentlicher Bestandteil der dezentralen Ressourcenverantwortung. Unter einem Budget versteht man dabei die im Haushaltsplan für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Personal- und Sachmittel, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele zugewiesen sind.

Der Landkreis führt eine Ergebnisbudgetierung. Die Budgets umfassen die ordentlichen Erträge und Aufwendungen.

Die Regeln für die Bewirtschaftung innerhalb der Budgets können nach den örtlichen Gegebenheiten durch Zweckbindungs-, Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke (§§ 18 bis 21 GemHVO) weiter ausgestaltet werden. Hiervon wurde beim Landkreis umfassend Gebrauch gemacht (Haushaltsplan 2013 ab Seite 489 ff.). Insgesamt entsprechen die Regelungen zur Budgetierung den Vorgaben der GemHVO.

Eine starre Bindung an einzelne Planansätze ist damit im Interesse einer flexiblen Mittelbewirtschaftung aufgehoben. Innerhalb der Budgets THH 1 bis 7 werden Einsparungen oder Überschreitungen bei einzelnen abgegrenzten Aufgabenbereichen in der Regel ausgeglichen. Folgerichtig entstehen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen erst, wenn das jeweilige Budget im Ergebnis insgesamt überschritten ist.

Die Budgetabrechnungen wurden stichprobenweise geprüft. Die Budgetüberträge (Ermächtigungen) wurden sachgerecht ermittelt.

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

3.1 Ergebnis der Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2013 weist mit einer Bilanzsumme von 137.033.240,72 EUR gegenüber dem Vorjahr einen um 1.543.957,21 EUR erhöhten Betrag aus. Wegen der Gründe wird auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht verwiesen.

3.2 Immaterielles Vermögen, Sachvermögen und Vorräte

	- in EUR -
Anschaffungswert 01.01.	47.311.889,68
Zugang	4.574.864,47
Abgang	-11.704,38
Anschaffungswert 31.12.	51.875.049,77
abzgl. Abschreibungen	-2.389.284,48
Restbuchwert 31.12.	**49.485.765,29**

Die Bestandskonten stimmen mit den Werten der Bilanz überein. In dieser Übersicht wurden folgende Bilanzkonten nicht berücksichtigt (Summe 956,69 EUR):

- 09210000 (Wareneingang/Rechnungseingang-Verrechnungskonto)
- 09310000 (Skontoverrechnungskonto)

Auch im Anhang zur Vermögensrechnung („Vermögensübersicht") wurden diese beiden Konten außer Acht gelassen, da es sich lediglich um Verrechnungskonten handelt, die auf das Vermögen selbst keinen Einfluss haben.

Der Vermögenszugang von 4.574.864,47 EUR ergibt sich vor allem aus folgenden Posten:

- Anlagen im Bau 2.306.189,68 EUR

(Energetische Sanierungen der Kaufmännischen Schulen Lörrach und Mathilde-Planck Schule Lörrach, Photovoltaikanlage beim Berufsschulzentrum Lörrach und Kanderbrücke bei Marzell)

- Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge 491.023,56 EUR

(Die Anschaffung von verschiedenen Fahrzeugen und Maschinen für die Straßenmeistereien, für den allgemeinen Fuhrpark und die Schulen)

- Sachvermögen 1.443.997,41 EUR

(Die Korrektur und nachträgliche Aktivierung von Anschaffungskosten für das Telekom-Gebäude).

Den Vermögenszugängen stehen geringe Vermögensabgänge von 11.704,38 EUR und Abschreibungen in Höhe von 2.389.284,48 EUR gegenüber.

Insgesamt erhöht sich aber der Wert des Sachvermögens um 2.173.875,61 EUR auf 49.485.765,29 EUR.

Die Auszahlungen in der Finanzrechnung für den Vermögenserwerb entsprechen den Vermögenszugängen. Von einer vollständigen Erfassung der Vermögenszugänge kann ausgegangen werden.

Die Vermögenszugänge in der Anlagebuchhaltung wurden entsprechend den Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst. Die Stichproben ergaben außerdem, dass insbesondere auf die korrekte Unterscheidung von Herstellungs- oder Erhaltungsaufwand geachtet wurde, das heißt Aufwendungen für den Erhalt von Vermögensgegenständen nicht aktiviert wurden.

Ebenso wurde darauf geachtet, nur Gegenstände mit einem Anschaffungswert ab 1.000,00 EUR (ohne Umsatzsteuer) zu aktivieren.

Unsere weitere stichprobenweise Prüfung hat ergeben, dass die Abschreibungen korrekt ermittelt wurden und die Finanzrechnung, wie vorgeschrieben, nicht tangiert wurde.

Sachspenden (z.B. für Schulen) mit einem Wert ab 1.000,00 EUR wurden korrekt aktiviert und gleichzeitig auch Sonderposten für unentgeltlichen Erwerb gebildet. Die jährliche Abschreibung der Sachspenden erfolgt durch die gleichzeitige Auflösung des Sonderpostens ergebnisneutral.

Zugehörige Sonderposten (erhaltene Investitionszuschüsse) wurden ertragswirksam aufgelöst und bilanziert.

3.3 Anteile, Beteiligungen, Sondervermögen und Ausleihungen

Der Bestand zum 31.12.2013 setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013 - in EUR -	31.12.2012 - in EUR -	Veränderung - in EUR -
Anteile an verbundenen Unternehmen:			
Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH	**22.993.190,90**	**22.993.190,90**	**0,00**
Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen:			
Rheinhafengesellschaft mbH, Weil am Rhein	59.215,00	59.215,00	**0,00**
RRZ Südlicher Oberrhein GmbH, Freiburg	259.854,20	259.854,20	**0,00**
BGV, Karlsruhe, Körperschaft öff. Rechts	3.150,00	3.100,00	**50,00**
WSW GmbH, Lörrach	11.000,00	11.000,00	**0,00**
Bürgelnbund	0,01	0,01	**0,00**
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	6.850,00	6.850,00	**0,00**
ZV KIVBF, Freiburg	79.386,70	502.633,72	**-423.247,02**
ZV Protec, Orsingen	191.063,39	191.063,39	**0,00**
Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH	25.000,00	0,00	**25.000,00**
	635.519,30	**1.033.716,32**	**-398.197,02**
Sondervermögen:			**0,00**
EB Heime, Ambulanter Dienst	100.000,00	100.000,00	**0,00**
EB Heime, Pflegeheim Schloss Rheinweiler	1.848.000,00	1.848.000,00	**0,00**
EB Heime, Pflegeheim Markgräfler Land	3.900.000,00	3.900.000,00	**0,00**
EB Heime, Markus-Pflüger-Heim	3.300.000,00	3.300.000,00	**0,00**
EB Abfallwirtschaft	308.813,45	308.813,45	**0,00**
	9.456.813,45	**9.456.813,45**	**0,00**
Ausleihungen:			**0,00**
Ausleihungen an Zweckverbände	0,00	0,00	**0,00**
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.500.000,00	5.700.000,00	**-3.200.000,00**
Ausleihungen an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	95.676,09	109.288,18	**-13.612,09**
Ausleihungen an sonstigen inländ. Bereich	543.680,99	548.623,27	**-4.942,28**
	3.139.357,08	**6.357.911,45**	**-3.218.554,37**

Der Anteil am Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (ZV KIVBF) hat sich durch die richtigerweise bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) zu bilanzierenden anteiligen Betriebsüberschüsse des Zweckverbandes für das neue Finanzwesen und der unentgeltlichen Überleitung der Eigenkapitalanteile der Gemeinden des Landkreises Lörrach am Zweckverband um insgesamt 423.247,02 EUR auf 79.386,70 EUR verringert.

Die neu gegründete Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH wurde mit einem Stammkapital von 50.000,00 EUR ausgestattet. Der vom Landkreis zu tragende Anteil betrug 25.000,00 EUR.

Der Bestand der Ausleihungen zum 31.12.2013 an die Kliniken GmbH betrug 2,5 Mio. EUR.

3.4 Forderungen des Landkreises

Der Bestand an Forderungen zum 31.12.2013 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 836.708 EUR auf rd. 7,34 Mio. EUR erhöht. Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Forderungen des Landkreises	31.12.2013 - in EUR -	31.12.2012 - in EUR -	Veränderung - in EUR -
Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.548.785,75	2.517.435,43	31.350,32
Forderungen aus Transferleistungen	3.812.469,83	3.142.924,36	669.545,47
Privatrechtliche Forderungen	982.539,57	846.727,54	135.812,03
Gesamtsumme	7.343.795,15	6.507.087,33	836.707,82

Pauschalwertberichtigungen wurden bei den Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen, bei den übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen sowie bei den Forderungen aus Transferleistungen vorgenommen. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Forderungen liegt die Wertberichtigungsquote zwischen 7,5 % und 33 %. Bei den Forderungen aus Transferleistungen beträgt die Quote im Bereich Unterhaltsvorschusskasse 88,06 % im übrigen Bereich Jugend und Soziales 22,57 %.

Die Erhöhung bei den **Forderungen aus Transferleistungen** resultiert im Wesentlichen aus geringeren Wertberichtigungen. Die im Bereich Unterhaltsvorschuss und Jugend & Soziales der Wertberichtigung zu Grunde gelegten offenen Posten wurden zum 31.12.2013 erstmals um Forderungen gegen öffentliche Träger sowie um befristet niedergeschlagene Forderungen bereinigt. Die befristet niedergeschlagenen Forderungen betragen für das Jahr 2013 287.061,50 EUR. Der Betrag wurde bisher nicht entsprechend den Vorgaben der GPA-Mitteilung 2/2011 wertberichtigt, d.h. die Forderungen wurden in dieser Höhe zu hoch ausgewiesen. Die Korrektur erfolgt im laufenden Jahr.

Mit unserem Schlussbericht 2012 und gem. Bericht der GPA vom 12.08.2013 wurde die Verwaltung darauf hingewiesen, dass zur Vermeidung von Zahlungsausfällen die Zuständigkeit und das Verfahren zum Setzen von Mahnsperren sowie deren regelmäßige Überprüfung verbindlich zu regeln ist. Dies wurde mit der neuen „Dienstanweisung Kreiskasse vom 01.01.2014“ umgesetzt. Es obliegt nun der Kreiskasse bzw. dem SG Forderungsmanagement befristete Mahnsperren zu setzen. Dauermahnsperren dürfen nicht mehr gesetzt werden. Die Kreiskasse hat alle Fälle mit Mahnsperren durchgesehen und kontrolliert. In allen ausgeglichenen Fällen wurden diese gelöscht. Die übrigen Fälle wurden an die Fachämter bzw. an das SG Forderungsmanagement zur Klärung gegeben. Von ursprünglich rd. 2100 Fällen mit Dauermahnsperren bestehen derzeit noch 179 Fälle, die im Laufe des Jahres noch gesichtet werden müssen.

Bei den Vertragsgegenstandsarten mit (automatischer) Dauermahnsperre wurde der Vertragskontentyp „DM“ im Mai 2014 gelöscht, dies hat aber nur Auswirkungen auf „Neufälle“ ab diesem Zeitpunkt. Die bestehenden „Altfälle“ werden weiterhin nicht gemahnt, und werden von der Verwaltung im Laufe des Jahres überprüft.

Bei der stichprobenweisen Prüfung der Forderungen ist aufgefallen, dass entgegen der Logik Fälle mit Mahnstufe 3 teilweise nicht in Bearbeitung des SG Forderungsmanagement sind. Es wurde festgestellt, dass es sich um Fälle handelt, die den Eintrag „Altdatenübernahme“ bei den Mahndaten haben. Das Merkmal wurde gesetzt beim Übergang von der Kameralistik zur Doppik im Jahr 2011. Eine Auswertung ergab, dass es sich um 486 verschiedene Geschäftspartner und einen Forderungsbetrag von insgesamt rd. 151.000 EUR handelt. Das SG Forderungsmanagement wird alle Fälle im Laufe des Jahres überprüfen.

Im November 2013 wurde das bisherige Verfahren WAUS durch SoJuHKR abgelöst. Die Forderungen werden ab diesem Zeitpunkt bei den Sachkonten 15310000 und 15310010 „SoJuHKR Einnahmen LÄMMkom bzw. 14plus“ abgebildet. Beim Sachkonto 15310098 „Öffentlich-rechtliche Forderungen WAUS“ dürften daher keine Forderungen mehr bestehen, es sind aber 8.731,13 EUR bilanziert. Dies wird vom Sachgebiet Kasse geklärt und berichtigt.

In der Bilanz sind 3.541,03 EUR Forderungen für erwachsene Mündel enthalten (Sachkonto 16911550). Da es sich nicht um Forderungen des Landkreises handelt, dürfen diese nicht bilanziert werden. Im Rahmen des nächsten Jahresabschlusses wird dies bereinigt.

Im Bereich des Jobcenters des Landkreises Lörrach bestehen zum 31.12.2013 weitere Forderungen aus gewährten Leistungen von rund 3,45 Mio. EUR. Es handelt sich um Forderungen, die seit dem Jahr 2005 bis heute entstanden sind und zentral vom Forderungsmanagement der Bundesagentur überwacht und beigetrieben werden. Daher werden diese Forderungen im Haushalt des Landkreises nicht eingebucht. Rückzahlungen werden im Rahmen der Abrechnungen der Bundesagentur berücksichtigt. In Anbetracht des zeitlichen Rahmens und der Zahl der Leistungsberechtigten ist die Höhe der Forderungen plausibel.

3.5 Liquide Mittel

Wesentlicher Bestandteil der Bilanzposition „Liquide Mittel“ sind die Kontostände der drei Girokonten der Kreiskasse und das neu hinzugekommene Tagesgeldkonto „GiroPlus“. Die ausgewiesenen Kontostände stimmen mit den Salden auf den entsprechenden Kontoauszügen überein. Ebenso stimmt der Bestand der Barkasse vom 30.12.2013 mit dem Wert in der Bilanz überein.

Aufgetretene Differenzen zum Tagesabschluss vom 30.12.2013 hängen damit zusammen, dass dieser erst am 03.01.2014 erstellt, aber am 02.01.2014 bereits Zahlungen erfolgten. Entsprechende Nachweise wurden vorgelegt.

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte in 2013 eine Umschichtung vom Festgeldkonto auf ein Tagesgeldkonto. Dies führte zu einer erheblichen Verminderung bei der Bilanzposition 1.3.5 „Wertpapiere“ und einer entsprechende Erhöhung bei der Bilanzposition 1.3.9 „Liquide Mittel“.

In den liquiden Mitteln sind auch die Handvorschüsse an einzelne Einrichtungen des Landkreises und der Anteil der betreuten Mündel an der Gemeinschaftskasse enthalten.

Es kann bestätigt werden, dass der in der Bilanz ausgewiesene Endbestand der liquiden Mittel von 29.566.498,54 EUR mit dem Endbestand an Zahlungsmittel in der Finanzrechnung (aber ohne die Handvorschüsse von 12.020,00 EUR) übereinstimmt.

3.6 Aktive und passive Abgrenzungsposten

Unter den aktiven Abgrenzungsposten (ARAP) werden, um periodengerecht abzugrenzen, Auszahlungen des Rechnungsjahres 2013 abgebildet, die Aufwand des Rechnungsjahres 2014 darstellen.

Um den Verwaltungsaufwand angemessen zu halten, werden Einzelposten unter der Wertgrenze von 500,00 EUR nicht abgegrenzt.

In der Bilanz zum 31.12.2013 werden ARAP von 3.151.070,48 EUR (VJ 3.632.207,31 EUR) ausgewiesen. Darin enthalten sind die Beamtengehälter, Auszahlungen aus dem Sozialbereich und vom Jobcenter jeweils für den Monat Januar 2014. Die stichprobenweise Prüfung zeigte, dass die

Rechnungsabgrenzungen periodengerecht erfolgten und der Aufwand dem richtigen Rechnungsjahr zugeordnet wurde.

Außerdem werden Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse von 10.190.828,21 EUR bilanziert. Diese werden entsprechend der Nutzungsdauer des geförderten Anlageguts abgeschrieben. Der Bestand hat sich 2013 durch die Abschreibungen, kleinere Zugänge und eine Rückzahlung vom Zweckverband Regio-S-Bahn um insgesamt 726.358,94 EUR vermindert.

Zu den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) gehören Einzahlungen, die 2013 eingingen, deren Ertrag aber der Rechnungsperiode 2014 zuzurechnen ist.

Der Betrag von insgesamt 1.433.476,44 EUR betrifft vor allem erhaltene Einzahlungen für die Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

3.7 Rückstellungen

Rückstellungen sind für Aufwendungen zu bilden, die wirtschaftlich dem abzuschließenden Haushaltsjahr zuzuordnen sind, jedoch hinsichtlich ihrer Höhe und/oder ihrer Fälligkeit ungewiss sind. Rückstellungen dienen somit der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen.

Unter der Bilanzposition 3 „Rückstellungen“ weist die Vermögensrechnung verschiedene Rückstellungen von insgesamt rd. 5,8 Mio. EUR aus (Pflichtrückstellungen 1.957.825,47 EUR/Wahlrückstellungen 3.861.581,04 EUR). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die nach § 41 Abs. 1 GemHVO vorgeschriebenen Pflichtrückstellungen für die Entgeltzahlungen im Rahmen der Altersteilzeitarbeit (rd. 1,1 Mio. EUR), die Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen (rd. 402.000 EUR) und die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren (rd. 424.000 EUR).

Die nach § 41 Abs. 2 GemHVO gebildeten weiteren Rückstellungen (Wahlrückstellungen) enthalten überwiegend Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub (rd. 1,5 Mio. EUR), für geleistete Überstunden (rd. 743.000 EUR), für unterlassene Instandhaltungen (rd. 50.000 EUR), für 2013 bereits empfangene aber noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen (rd. 349.000 EUR) und sonstige Rückstellungen von rund 1, 2 Mio. EUR.

Der Bestand der Rückstellungen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2012 um 1.965.112,42 EUR verringert.

Die Bildung von Rückstellungen löst ergebniswirksamen Aufwand aus. Bei Inanspruchnahme einer Rückstellung wird die ungewisse Verbindlichkeit oder die Aufwendung konkretisiert und es werden Auszahlungen fällig. Sofern die Auszahlung dem Betrag der hierfür gebildeten Rückstellung entspricht, ist die Inanspruchnahme ergebnisneutral zu buchen. Sofern die Auszahlung die hierfür gebildete Rückstellung übersteigt bzw. unterschreitet, entsteht Aufwand bzw. Ertrag.

Die Zuführung und Inanspruchnahme der Rückstellungen im Personalbereich werden verrechnet und nur das Delta über die Aufwandskonten verbucht (keine Erträge im Sinne eines bewerteten Ressourcenzuwachses).

Pensionsrückstellungen werden zentral beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg gebildet. Daher ist eine zusätzliche Bildung in der Vermögensrechnung des Landkreises gem. § 41 Abs. 2 Satz 2 GemHVO nicht zulässig.

3.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betrugen zum Jahresanfang 12.994.436,57 EUR. Zum Jahresende sind es lediglich noch 6.953.782,98 EUR.

Der Rückgang von über 6 Mio. EUR hängt mit dem Kauf von Haus 2 (Telekomgebäude) zusammen. Durch den Erwerb ist die Verbindlichkeit aus dem Finanzierungsleasing von über 6 Mio. EUR entfallen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stimmen mit der Kreditorenbuchhaltung überein.

Die wesentlichen Posten bei den zum Bilanzstichtag bestehenden Verbindlichkeiten sind der Kredit bei der KFW Bankengruppe von 1.000.000,00 EUR, für bereits erbrachte Lieferungen und Leistungen mit 3.704.465,61 EUR und Verbindlichkeiten aus zugesagten aber noch nicht ausbezahlten Zuschüssen von 529.326,00 EUR.

Größter Posten bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist die am 15.02.2014 fällige Zahlung an die RVL GmbH von 1.193.134,69 EUR für das IV. Quartal 2013.

4. Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag

Der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013 unter Einbeziehung der Unterlagen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie der Vermögensverwaltung nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden neben den laufenden Prüfungsaufgaben auch Schwerpunktprüfungen vorgenommen. Die Prüfungsbemerkungen haben wir in Prüfungsberichten zusammengefasst und den betreffenden Fachbereichen zugeleitet.

Die Fachbereiche wurden gleichzeitig aufgefordert, die getroffenen Feststellungen auszuräumen bzw. Stellung zu nehmen. Soweit eine Erledigung noch nicht erfolgen konnte, wird diese von der örtlichen Prüfung überwacht.

Nach Abschluss der örtlichen Prüfung wird bestätigt, dass die Finanzwirtschaft des Landkreises Lörrach den in den gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen festgelegten Grundsätzen entspricht. Gesetze und Vorschriften wurden im Wesentlichen beachtet.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung für das Haushaltsjahr 2013 wird entsprechend § 110 GemO bestätigt, dass

1. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. der Haushaltsplan im Wesentlichen eingehalten worden ist und
4. das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.

Dem Kreistag kann die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 empfohlen werden.

Dies ist mein letzter Schlussbericht, den ich als Leiter des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung unterzeichne. Ich möchte mich an dieser Stelle für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landrätin, der Verwaltung und den politischen Gremien des Kreises bedanken.

Lörrach, 13.06.2014

Herpig
FB Kommunalaufsicht & Prüfung

Anlagen zum Schlussbericht 2013

Anlage 1

Teilprüfungsberichte 2013

- **Sachgebiet Straßen, Sachgebiet Personal, Straßenmeistereien**
  Prüfung Erschwerniszuschläge

- **Fachbereich Personal & Organisation**
  Prüfung der Vorlage der Personalakten bei Neueinstellungen 2011

- **Fachbereich Personal & Organisation**
  Prüfung der Stufenzuordnung in EG 9

- **Sachgebiete Finanzwesen und Kasse, Stabsstelle Bildung, Mathilde-Planck-Schule (Lörrach und Schopfheim)**
  Prüfung der Mathilde-Planck-Schule Lörrach mit Außenstelle Schopfheim

- **EAL, Sachgebiet Forderungsmanagement**
  Prüfung der Mahnsperren beim EAL

- **Gewerbeschule Lörrach, Stabsstelle Bildung, Sachgebiet Finanzwesen**
  Prüfung des Anlagevermögens der Gewerbeschule Lörrach

- **Eigenbetrieb Heime, Fachbereich Planung & Bau**
  Prüfung der Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung der Schließanlage des Markus-Pflüger-Heims

- **Sachgebiet Personal**
  Prüfung der vom Landkreis Lörrach bei den Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH für 2011 und 2012 geltend gemachten Personalaufwendungen

- **Stabsstelle Controlling & Koordination, Sachgebiete Finanzwesen und Kasse**
  Prüfung der Abrechnung I. und II. Quartal 2013 mit dem KVJS

- **Markus-Pflüger-Heim Wiechs**
  Prüfung der Stufenzuordnung in EG 7 a

- **Betreuungsverein**
  Prüfung der Einnahmen und Ausgaben des Betreuungsvereins für 2012

- **Sachgebiet Finanzen**
  Prüfung der Schulbudgets 2012 und 2013

- **Fachbereich Jugend & Familie und Fachbereich Soziales**
  Prüfung von abgeschlossenen Sozial- und Jugendhilfeakten

- **EAL**
  Prüfung der Ermittlung der Folgekosten für die Deponien Scheinberg, Wiechs, Herten und Butt

- **Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe**
  Prüfung der örtlichen Zuständigkeit aufgrund des Urteils des BVerwG vom 09.12.2010

Anlage 2

Besetzung des Fachbereichs Prüfung

Leiter des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung	0,30 Stelle
Prüfer gehobener Dienst	1,00 Stelle
Prüferinnen gehobener Dienst	1,40 Stelle

Teilhaushalte

Erläuterung zu den einzelnen Teilhaushalten

Gemäß § 51 GemHVO sind im Jahresabschluss die Erträge und Einzahlungen, die Aufwendungen und Auszahlungen nach Arten gegliedert für den Gesamthaushalt und die Teilhaushalte darzustellen.

Die Darstellung aller Produktgruppen im Jahresabschluss ist daher nicht zwingend. Da die Informationen im Vergleich zu den kameralen Abschlüssen sehr umfangreich sind, werden nicht alle Produktgruppen im Detail abgedruckt, sondern Schwerpunkte anhand folgender Kriterien getroffen:

- politische Relevanz
- strategische Relevanz
- Steuerungseinfluss
- Öffentlichkeitsinteresse
- Finanzvolumen

Welche Produktgruppen dies sind, entnehmen Sie bitte den einzelnen Teilhaushalten.

Die Schlüsselprodukte sind komplett dargestellt.

Dezernat I

Verantwortung:	Ausschuss:	**Verwaltungsausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Philipp von Ritter**

Produktbereich 11 Innere Verwaltung

11.10	Steuerung
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement
11.14	Zentrale Funktionen
11.20	Organisation und IuK
11.21	Personalmanagement*
11.22	Finanzmanagement
11.23	Justiziariat
11.24	Gebäudemanagement*
11.24.02	Facility Management*
11.25	Fuhrpark
11.26	Zentrale Dienstleistungen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
11.33	Grundstücksmanagement

Produktbereich 41 Gesundheit & Sport

41.10	Krankenhäuser

Produktbereich 53 Ver- & Entsorgung

53.70	Abfallwirtschaft

Produktbereich 61 Allgemeine Finanzwirtschaft

61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen*
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 1

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 1

Der Landkreis

- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 11.21**
  - Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.

Bei diesem Wirkungsziel gilt es zu unterscheiden einerseits in die Betrachtung der Prozesse, die hinter einer planbaren Nachfolgebesetzung stehen und andererseits in die Entwicklung der Demographie sowie der Wirtschaft und damit verbunden des Arbeitsmarktes. Letzterem kann unter anderem mit einer möglichst hohen Arbeitgeberattraktivität entgegengewirkt werden. Hierzu sind Wirkungsziele an anderer Stelle formuliert. Das oben genannte Ziel der personellen Ausstattung konzentriert sich auf den Prozess der Nachfolgeplanung sowie auf das Führungsnachwuchskräfteprogramm. Der erste Schritt für eine Nachfolgeplanung ist die rechtzeitige Information an die jeweiligen Bereiche über Stellen, die in absehbarer Zeit frei werden (Rente, auslaufende Arbeitsverträge, auslaufende Abordnungen u.v.m.). Anschließend folgt das Verfahren der Stellenbesetzung. Hierzu klärt das Sachgebiet Organisation alle Gegebenheiten und Randbedingungen und unterstützt das betreffende Sachgebiet in Abstimmung mit dem Sachgebiet Personal bei offenen Fragen. Nach erfolgter Zustimmung durch den Arbeitgeber und dem Personalrat kann in der Regel die Ausschreibung der Stelle erfolgen.

Nahezu alle Stellen, welche in 2013 planbar nach zu besetzen waren, sind in den Stellenbesetzungsprozess gelangt und hätten formell nachbesetzt besetzt werden können. Dennoch haben wir auch in 2013 ca. 1 Mio. Euro weniger Personalaufwendungen als geplant, da die Bewerbersituation eine Besetzung aller Stellen nicht zugelassen hat. Dies trifft jedoch nicht für alle Stellen zu. In 2013 konnten letztendlich 78 Stellen von 90 besetzt werden und davon bereits 39 Stellen innerhalb von einem Monat nach Vakanz. Einige ausgeschriebene Stellen konnten 100 und mehr Bewerbungen zählen, andere mussten trotz mehrfacher Ausschreibung mangels Bewerbung unbesetzt bleiben.

Ein weiterer Fokus wurde auf das Führungsnachwuchskräfteprogramm gelegt. Das Programm ist in Module gegliedert, die abwechselnd vor Ort im Landratsamt und extern durchgeführt werden. Es dauert ca. 1 Jahr (16,5 Tage + Projekt- /Hausarbeit) und konnte in 2013 mit der Zielgröße von 4 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern besetzt werden. Das Programm profitiert unter anderem von der Teilnahme anderer Landkreise. In 2013 nahmen Konstanz, Ortenau, Rhein-Neckar und Schwäbisch-Hall ebenfalls teil. Das Programm dient der Entwicklung der eigenen Kompetenzen für verbesserte Chancen in der beruflichen Weiterentwicklung und bereitet so auf potentielle zukünftige Führungsaufgaben vor.

Strategischer Schwerpunkt

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 11.20**
  - Die Geschäftsprozesse in den Verwaltungsbereichen sind optimiert.

Optimierte Geschäftsprozesse und die damit einhergehende Abstimmung an den Schnittstellen zu anderen Prozessen sowie die Definition des optimalen Ressourcenbedarfes sind Grundlagen einer dienstleistungsorientierten Verwaltung. Sie bilden die Basis für die Definition von Qualitätsstandards zur Aufgabenerfüllung. Ein Instrument hierzu sind die Organisationsuntersuchungen, welche im Landratsamt durchgeführt wurden und werden. In 2013 wurden diese Untersuchungen in den Sachgebieten Kfz-Zulassung, Verwaltungssekretariate, Information und Kommunikation sowie Führerscheine begonnen. In den Sachgebieten Kfz-Zulassung und Verwaltungssekretariate wurden in 2013 Ergebnisse erarbeitet, die sukzessive umgesetzt und vom Sachgebiet Organisation begleitet werden.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 11.21**
  - Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.

Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen zunehmenden Schwierigkeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, ist es heute und in der Zukunft von fundamentaler Bedeutung, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Um sich diesem Ziel zu nähern, hat sich das Landratsamt in der Vergangenheit Grundsätze definiert, die dem beruflichen Umgang miteinander einen Rahmen geben. Eine Erarbeitung und Beschreibung von Grundsätzen reicht aber oftmals nicht aus, um hier nachhaltige Veränderungen zu bewirken. Um eine entsprechende Nachhaltigkeit zu erreichen, ist es notwendig zu erfahren, wo jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter und natürlich auch unsere Führungskräfte im Hinblick auf den kulturellen Rahmen stehen. So gab es in 2013 in allen Dezernaten Workshops, in denen die Grundsätze auf den Prüfstand gestellt wurden. Im Ergebnis gab es viele Handlungsempfehlungen, die den Weg zu den Grundsätzen weiter ebnen. Diese Handlungsempfehlungen haben wir bestimmten Themen zugeordnet: Anforderungen an Führungskräfte, Führen mit Zielen, Teambesprechungen, Teambildende Maßnahmen, Information und Kommunikation, Projektarbeit, Kritik und Selbstkritik, Delegation und Feedback. Die daraus abgeleiteten konkreten Maßnahmen gilt es in 2014 und den Folgejahren umzusetzen (siehe Ausblick, Chancen und Risiken).

Natürlich haben sich auch die Verwaltungsspitze, Landrätin sowie Dezernentin und Dezernenten, auf den Prüfstand gestellt. Als Vorbild für die Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielen sie eine besondere, auch kulturell prägende Rolle. In einem Workshop wurde ein gemeinsames Führungsverständnis herausgearbeitet und konkretisiert. Darüber hinaus wurde der Teamgedanke intensiviert.

Ein weiterer Baustein zur Ermittlung, wie attraktiv wir als Arbeitgeber sind, ist die Durchführung einer Mitarbeiterbefragung. Diese war für 2013 vorgesehen, wurde zum einem Teil bereits konzeptioniert, wird jedoch erst 2014 durchgeführt werden. Damit einhergehend kann die geplante Ist-Analyse zur Arbeitszufriedenheit erst in 2014 erfolgen.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

- **Wirkungsziel 2013 - PG 11.24**
  - Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Mit dem Beschluss des Klimaschutzgesetzes 2013 ist in Baden-Württemberg der Klimaschutz auch gesetzlich verankert worden. Für Bauprojekte gibt es nun klare Vorgaben zum zulässigen Energieverbrauch. Damit soll - neben anderen Maßnahmen - das Ziel der Landesregierung einer CO2-Einsparung von 25 % bis zum Jahr 2020 vorangebracht werden. Der Landkreis Lörrach misst den Themen Energie und Klimaschutz einen hohen Stellenwert bei und engagiert sich unter anderem als Immobilienbesitzer (Landratsamt, Schulen, Heime, Kliniken) und damit verbunden bei energetischen Sanierungen der kreiseigenen Immobilien, bei der Umstellung der Versorgung auf erneuerbare Energien (Hackschnitzel- und Solaranlagen) sowie dem Ausbau der Gebäudeleittechnik zur damit möglichen stetigen Steigerung der Energieeffizienz.

Darüber hinaus wurde am 15.03.2013 die Energie-Agentur zusammen mit Partnern (LK Lörrach, Städte Lörrach, Rheinfelden, Weil am Rhein, der badenova und dem Energiedienst sowie Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und Kreishandwerkschaft) ins Leben gerufen.

Als Kommune hat sich der Landkreis für die Teilnahme am European Energy Award (eea) ausgesprochen sowie dem Landeswettbewerb RegioWIN gestellt. Hierbei wurde die erste Phase „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit" des "Regionen-Wettstreits" durchlaufen und positiv entschieden. Somit hat der Landkreis als Klimapartner den Zuschlag als eine von 11 Regionen erhalten.

Eine unabhängige Jury hatte Mitte Dezember aus den fünf Landkreisen/Kreisverbünden und neun Regionen elf für die zweite Wettbewerbsphase ausgewählt. In der zweiten Phase sind die teilnehmenden Regionen und Kreise aufgefordert, ein regionales Entwicklungskonzept einzureichen. Darin müssen die Maßnahmen konkretisiert, priorisiert und für Leuchtturmprojekte Detailplanungen vorgelegt werden.

Die Jury wird nach dem Abgabetermin Ende September 2014 die regionalen Entwicklungskonzepte und die darin vorgeschlagenen Leuchtturmprojekte nach einem transparenten Kriterienkatalog bewerten und auswählen. Die ausgewählten und prämierten Leuchtturmprojekte haben die Möglichkeit, einen Antrag auf Förderung aus diesem EFRE-Fördertopf (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) zu stellen.

Für die bei RegioWIN prämierten Leuchtturmprojekte stehen rund 65 Millionen Euro an EFRE-Mitteln zur Verfügung. Die Leuchtturmprojekte müssen die Innovationsfähigkeit der Regionen zeigen oder bei der Umsetzung der Energiewende helfen. Die Förderung aus EFRE-Mitteln beträgt mindestens 100.000 Euro und maximal fünf Millionen Euro pro Projekt.

Wenn somit die zweite Phase ebenfalls positiv entschieden wird, steht dem Landkreis als Projektpartner ein Betrag in Höhe von bis zu 8 Mio. Euro für das Projekt zu. Die Entscheidung, ob der Landkreis zum „Leuchtturmprojekt“ wird, ist im Herbst 2014 zu erwarten.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

In 2013 gab es zahlreiche Aufgabenschwerpunkte. Im Folgenden möchten wir einige wegweisende Themen herausgreifen und kurz erläutern.

Schaffung neuer Unterkünfte für Flüchtlinge

Eine große Herausforderung für die Verwaltung insgesamt und für den Fachbereich Planung & Bau insbesondere war der rasante und ungeplante Anstieg der Flüchtlingszuweisungen in 2013. Ursprünglich war in der Gemeinschaftsunterkunft in Rheinfelden der Abriss zweier baufälliger Gebäude geplant. Aufgrund der Entwicklung bestand jedoch die Notwendigkeit, die Gebäude zu sanieren und zusätzliche Wohncontainer mit annähernd 100 Belegungsplätzen aufzustellen und an die Infrastruktur anzubinden. Hinzu kommt die Anmietung diverser Unterkünfte. Aufgrund der prognostizierten Entwicklung und der Tatsache, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Rheinfelden nicht dauerhaft dem Landkreis zur Verfügung steht, musste zeitgleich nach neuen Möglichkeiten und Grundstücken Ausschau gehalten werden. All dies hat viel Zeit in Anspruch genommen und ist zu Lasten von anderen Projekten und Aufgaben gegangen.

Einführung eines Managementinformationssystems

In 2013 hat die Stabstelle Controlling und Beteiligungsmanagement das Managementinformationssystem (MIS) eingeführt. Zunächst unterstützte das System die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Jahresabschlussarbeiten und der Haushaltsplanung. So wurden alle Finanzdaten und Budgets der Produktgruppen sowie die Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen abgebildet und im System kommentiert. Schritt für Schritt wurde und wird das System zu einem Informationssystem für das Management weiterentwickelt. Grundaufgabe des MIS ist es, aus den vorhandenen Zahlen verdichtete Berichte zu generieren, Analysen durchzuführen und Kennzahlen zu bilden, mit denen eine effektive Steuerung möglich ist. Prozesse können einfach und benutzerfreundlich dargestellt werden.

Einführung des Ratsinformationssystems

Die Kreisgeschäftsstelle ist dem Auftrag nachgekommen, ein elektronisches Informations- und Dokumentenmanagementsystem einzuführen, das den Prozess der Vorlagenerstellung für die Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse automatisiert, die Vorlagen den Kreisrätinnen und Kreisräten elektronisch zur Verfügung stellt und darüber hinaus die Informationen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt. Nachdem die Verwaltung sich für die Einführung der Software „Session“ der Firma Somacos entschieden hat, wurde das Programm entsprechend der Bedürfnisse des Landratsamtes konfiguriert, getestet und für den Echtbetrieb fit gemacht. Hiermit wurde ein weiterer Schritt in Richtung einer modernen Verwaltung gegangen.

Vergabeverfahren mit e-Vergabe

Im Jahre 2013 hat die Stabsstelle Recht im Rahmen des Projektes e-Vergabe verschiedene Anbieter und Modelle geprüft und sich für das Angebot der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH entschieden. Die volldigitale Ausführung von Ausschreibungen wird die Vergabeverfahren in der Zukunft vereinfachen und rechtssicherer machen. Die Verfahren werden umfänglich dokumentiert und auch die Angebotsabgabe für die Bieter wird erleichtert. Nach vollständiger Einführung wird mit dem Projekt auch eine Kosten- und Zeitersparnis verbunden sein. Im Jahr 2014 wird das Projekt nun konkret in die Tat umgesetzt und in einem ersten Schritt die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend geschult. Ziel ist es, dass ab 2016 alle wesentlichen Vergabeverfahren über das Tool abgewickelt werden.

Einführung einer Mitarbeiterzeitschrift

Ein weiteres Pilotprojekt war die Einführung einer Mitarbeiterzeitung unter dem Gesichtspunkt der internen Kommunikation. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes sollten anhand einer hausinternen Zeitschrift über aktuelle Themen und interessante Neuigkeiten informiert werden. Anstehende Veränderungen, bevorstehende Projekte und Informationen aus den einzelnen Fachbereichen sollten ebenso ihren Platz in der Mitarbeiterzeitschrift finden, wie auch Erwähnenswertes von den Beteiligungen und Eigenbetrieben. Die zahlreichen und sehr positiven Rückmeldungen haben gezeigt, dass die 2 Pilotexemplare gelungen waren und die Themen ihre Leser gefunden haben. Die Mitarbeiterzeitschrift wurde als fester Bestandteil der internen Kommunikation etabliert und bei der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit verankert.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat auch im zweiten Jahr nach der Gründung der Stabsstelle Mitte 2011 intensiv an der Erreichung ihrer wesentlichen Ziele – Information der Bürger über Aufgaben und strategische Ziele des Landkreises sowie über eine konstante Präsenz in der Presse – gearbeitet. Mit 2013 im Schnitt erreichten 3,5 Pressemitteilungen wöchentlich, ist zunächst ein stetiger Informationsfluss gegeben, ebenso die regelmäßig stattfindenden Termine für oder unter Einbeziehung der Pressevertreter. Um die formulierten Ziele, das heißt den Landkreis in seiner Funktion als Untere staatliche Verwaltungsbehörde als die tragende politische Instanz der Region auch im Bewusstsein der Kreiseinwohnerinnen und -einwohner zu etablieren, gilt es allerdings noch etliches an Potential auszuschöpfen und an Maßnahmen zu generieren. Dies gilt insbesondere für den Aspekt der Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Landkreises Lörrach, der mit seiner Lage am Rand der Republik in bundes- und landespolitischer Hinsicht gerne mal aus dem Blick gerät.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 1	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
11.10	-635.964	-681.561	-45.596	Mehraufwendungen im Bereich Personal und für Aufwandsentschädigungen der Kreisräte
11.11	-117.514	-104.145	13.369	
11.12	-1.067.115	-834.758	232.357	Minderaufwendungen für Dienstleistungen ext. Dritter aufgrund nicht umgesetzter Projekte und Verschiebung des Architektenwettbewerbs (Masterplan-Umsetzung) nach 2014
11.14	-403.569	-397.644	5.925	
11.20	-1.784.682	-1.792.235	-7.553	
11.21	-2.457.516	-2.271.987	185.529	Minderaufwendungen durch in Eigenregie durchgeführte Organisationsuntersuchungen, Realisierung von Erstattungsansprüchen aus Vorjahren; Budgeteinsparungen
11.22	-1.631.270	-1.532.402	98.868	Mehrerträge aus Säumniszuschlägen und Mahngebühren, Minderaufwendungen aufgrund zielgerichteten Einsatzes bei Vollstreckungsmaßnahmen und Budgeteinsparungen; Software Avviso wird erst ab 2014 berechnet
11.23	-313.265	-270.888	42.376	Geringere Personalaufwendungen
11.24	-8.256.498	-7.481.002	775.496	Minderaufwendungen bei Gebäudeunterhaltung (329.900 EUR) und Gebäudebewirtschaftung (206.600 EUR), Personalaufwendungen (84.200 EUR) sowie Budgeteinsparungen. Mehrerträge aufgrund Auflösung von Rückstellungen (88.500 EUR)
11.25	-95.097	-65.187	29.911	Minderaufwendungen bei Leasing aufgrund Fuhrparkwechsel mit besseren Konditionen, bei Wartung & Service und Personalaufwendungen. Mehrerträge aufgrund höherer Ersatzleistungen des BGV
11.26	-2.095.495	-1.979.066	116.429	Minderaufwendung aufgrund Einsparung beim Bürobedarf und bei den Porto- und Transportkosten (dezentrale Verbuchung)
11.30	-177.515	-87.570	89.945	Minderaufwendungen aufgrund Verschiebung der Projekte Internetrelaunch und Sozial Network nach 2014
11.33	-3.942	-3.583	360	
41.10	15.001	20.089	5.089	
53.70	772.113	730.360	-41.753	Reduzierter Verwaltungskostenbeitrag aufgrund geringerer Inanspruchnahme der Kernverwaltung
61.10	120.510.200	121.503.698	993.498	Mehrerträge aus höheren Schlüsselzuweisungen (557.200 EUR), Grunderwerbsteuer (388.100 EUR) und sonstigen FAG-Zuweisungen
61.20	80.000	974.482	894.482	Mehrerträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen (792.900 EUR) und Zinsen (81.800 EUR) sowie eingesparte Kassenkreditzinsen (19.800 EUR)
gesamt	**102.337.871**	**105.726.603**	**3.388.732**	

Weiterführende Erläuterungen

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen: Mehrerträge von 993.498 EUR

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit höheren Einwohnerzahlen bei einem Kopfbetrag von 556 EUR (VJ: 517 EUR) und einer Ausschüttungsquote von 71,3 % für das Jahr 2013 eine Verbesserung von 521.800 EUR. Zudem gab es noch eine geringe Nachzahlung für 2012 in Höhe von 35.400 EUR.

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte bei einem Planansatz von 11 Mio. EUR zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 388.100 EUR, welche insbesondere aus den Monaten Januar bis März und Juni bis August 2013 resultierten.

- 61.20 sonstige Finanzwirtschaft: Mehrerträge von 894.482 EUR

Aufgrund der guten Liquidität konnten in 2012 Zinserträge in Höhe von rd. 182.000 EUR erwirtschaftet und Zinsaufwendungen für Kassenkredite in Höhe von 20.000 EUR eingespart werden, was die Kreisumlage strukturell entlastet.

Darüber hinaus werden in dieser Produktgruppe die Wertberichtigungen auf Forderungen abgebildet. Aus den im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 erfolgten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen ergibt sich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 793.000 EUR für das Rechnungsjahr 2013.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Erwerb Haus 2 (Grundstück und Telekom-Gebäude)	2013	-6.479.400	-320.148		-6.479.400	-6.407.818		
	Umsetzung Masterplan - Erweiterungsbau	2015-2018	-10.000.000						-5.000.000
	Saldo Umsetzung Masterplan		-16.479.400	-320.148		-6.479.400	-6.407.818		-5.000.000
11.24	Tilgung Mietkauf Telekom-Gebäude (GOLO GmbH)						-76.362		
11.24	Energ. Sanierung Kaufm. Schule Lörrach	2013-2014	-2.000.000	-21.811		-2.000.000	-1.881.373		
	Aktivierte Eigenleistung		-30.617						
11.24	Energ. Sanierung GWS Lörrach Bau A	2014	-1.800.000				-2.359		-1.800.000
	Aktivierte Eigenleistung		-7.818						
11.24	Photovoltaikanlage Kaufm. Schule Lörrach	2014	-125.000				-101.935		-125.000
	Aktivierte Eigenleistung		-1.247						
11.24	Energ. Sanierung BSZ Schopfheim	2015	-700.000						-700.000
11.24	Energ. Sanierung GWS Rheinfelden	2015-2016	-1.200.000						-1.200.000
11.24	Energ. Sanierung HKS-Kindergarten Weil am Rhein	2016	-200.000						-200.000
11.24	Einrichtungen; Einbau von Aufzügen	2015-2016	-650.000						-650.000
41.10	Rückfluss Ausleihungen der Kliniken GmbH						4.600.000		
	Gewährung von Ausleihungen an Kliniken GmbH						-1.400.000		
	Saldo Ausleihungen an verbundene Unternehmen						3.200.000		
XX.XX	Software, bew. Anlagevermögen u. Beteiligungen	fortlaufend				-50.100	-47.235	-22.536	
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-23.194.082**	**-341.959**	**0**	**-8.529.500**	**-5.317.082**	**-22.536**	**-9.675.000**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

- PG 11.24:

Umsetzung Masterplan:

Für den Kauf des ehemaligen Telekomgebäudes im Oktober 2013 wurden 6.402.965 EUR (Kaufpreis) und 4.854 EUR (Grundbuchgebühren) investiert. Die bis Oktober angefallenen Tilgungsraten wurden in Höhe von 76.362 EUR verbucht.

Energetische Sanierung Kauf. Schule Lörrach:

Da die Maßnahme nicht abgeschlossen wurde, konnten 2013 Restmittel in Höhe von 101.935 EUR für die Herstellung der Photovoltaikanlage verwendet worden.

Im Gegenzug werden aus den bereitgestellten Mitteln 2014 für die Photovoltaikanlage die notwendigen Restarbeiten der energetischen Sanierung finanziert.

- PG 41.10:

Die Ausleihungen an die Kliniken GmbH (Kassenkredite) sind brutto darzustellen und konnten in 2013, aufgrund der weiteren Verbesserung der Liquiditätslage der Kliniken GmbH um 3,2 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR (Stand zum 31.12.2013) reduziert werden.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	120.977.052,17	128.769.900	129.845.552,42	1.075.652,42	0	0	1.075.652,42-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	147.254,17	138.000	144.856,18	6.856,18	0	0	6.856,18-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	426.782,26	406.500	436.362,74	29.862,74	0	0	29.862,74-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.065.918,68	941.389	1.047.482,05	106.093,41	0	0	106.093,41-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	345.973,24	101.000	183.141,86	82.141,86	0	0	82.141,86-	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	8.103,49	0	32.594,00	32.594,00	0	0	32.594,00-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	993.377,54	50.100	1.003.121,26	953.021,26	0	0	953.021,26-	0
10	=	Ordentliche Erträge	123.964.461,55	130.406.889	132.693.110,51	2.286.221,87	0	0	2.286.221,87-	0
11	-	Personalaufwendungen	9.666.382,95-	9.924.970-	9.974.011,20-	49.040,90-	0	0	49.040,90	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.213.548,25-	6.963.310-	5.945.168,59-	1.018.140,93	7.265,41	256.600,00-	1.267.475,52-	210.400,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.507.394,55-	1.284.000-	1.405.591,62-	121.591,62-	0	0	121.591,62	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	313.247,68-	281.000-	267.089,92-	13.910,08	0	0	13.910,08-	0
16	-	Transferaufwendungen	7.720.212,08-	8.198.800-	8.199.438,20-	638,20-	0	0	638,20	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.393.673,55-	1.416.938-	1.175.208,42-	241.729,74	17.427,53	79.600,00-	303.902,21-	39.500,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	25.814.459,06-	28.069.018-	26.966.507,95-	1.102.510,03	24.692,94	336.200,00-	1.414.017,09-	249.900,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	98.150.002,49	102.337.871	105.726.602,56	3.388.731,90	24.692,94	336.200,00-	3.700.238,96-	249.900,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	19.099.416,60	21.114.293	19.450.860,45	1.663.432,46-	0	0	1.663.432,46	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	15.012,86-	16.265-	14.112,35-	2.152,63	0	0	2.152,63-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	386.548,42-	1.648.984-	1.004.234,37-	644.749,16	0	0	644.749,16-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	1.010.188,60-	844.042-	871.182,01-	27.139,74-	0	0	27.139,74	0
54	-	Aufwand für IuK	285.928,44-	266.286-	276.272,17-	9.986,60-	0	0	9.986,60	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	25.575,85-	24.375-	24.274,97-	100,41	0	0	100,41-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	522.382,01-	26.824-	352.276,74-	325.452,51-	0	0	325.452,51	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	16.853.780,42	18.287.517	16.908.507,84	1.379.009,11-	0	0	1.379.009,11	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	115.003.782,91	120.625.388	122.635.110,40	2.009.722,79	24.692,94	336.200,00-	2.321.229,85-	249.900,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	124.156.583,07	130.316.189	131.640.063,16	1.323.874,52	0	0	1.323.874,52-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	25.335.960,10-	27.114.230-	26.419.235,58-	694.994,36	24.692,94	336.200,00-	1.006.501,42-	249.900,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	98.820.622,97	103.201.959	105.220.827,58	2.018.868,88	24.692,94	336.200,00-	2.330.375,94-	249.900,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	64.402,62	0	0	0	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	400,00	0	0	0	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	3.848.805,60	0	4.600.000,00	4.600.000,00	1.400.000,00	0	3.200.000,00-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.913.608,22	0	4.600.000,00	4.600.000,00	1.400.000,00	0	3.200.000,00-	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	408.008,55-	6.479.400-	6.484.180,10-	4.780,10-	4.780,10-	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	110.107,15-	2.000.000-	1.985.667,06-	14.332,94	0	0	14.332,94-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.571,01-	50.100-	47.185,24-	2.914,76	19.912,84-	0	22.827,60-	22.536,00-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	2.500.000,00-	0	1.400.050,00-	1.400.050,00-	1.400.000,00-	0	50,00	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.043.686,71-	8.529.500-	9.917.082,40-	1.387.582,40-	1.424.692,94-	0	37.110,54-	22.536,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	869.921,51	8.529.500-	5.317.082,40-	3.212.417,60	24.692,94-	0	3.237.110,54-	22.536,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	99.690.544,48	94.672.459	99.903.745,18	5.231.286,48	0	336.200,00-	5.567.486,48-	272.436,00-
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	2.000.000	1.000.000,00	1.000.000,00-	0	0	1.000.000,00	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	2.000.000	1.000.000,00	1.000.000,00-	0	0	1.000.000,00	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	99.690.544,48	96.672.459	100.903.745,18	4.231.286,48	0	336.200,00-	4.567.486,48-	272.436,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Personalmanagement

Um dem strategischen Wirkungsziel, Mitarbeiter arbeiten gerne für das Landratsamt und sind zufrieden mit ihrer Arbeit, entgegenzutreten, wurde für das Jahr 2013 eine Mitarbeiterbefragung geplant. Diese wird nun im Frühjahr 2014 erfolgen. Neben der Erkenntnis darüber, wo das Landratsamt in Sachen attraktiver Arbeitgeber und Mitarbeiterzufriedenheit steht, wird die Befragung auch dem Arbeitsschutzgesetz genüge tun und Erkenntnisse über potentielle Gefährdungen an der Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bringen. Hierunter sind Gefährdungen zu verstehen, welche die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Erkrankungen oder Unfällen erhöht. Das liegt beispielsweise bei hoch ausgeprägten Belastungen durch Lärm, Zeitdruck etc. oder nur schwach ausgeprägten Unterstützungsfaktoren wie beispielsweise Weiterbildungsmöglichkeiten oder Teamzufriedenheit vor. Nach einer anonymen Befragung der Mitarbeiter mit einem breit erprobten und anerkannten Fragebogen, in dem die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erfasst wird, erfolgen Workshops zur Findung von Lösungsansätzen und Formulierung von Maßnahmen. Die Durchführung der Workshops wird 2015 erfolgen und wird von der Fachhochschule Nordwestschweiz extern begleitet werden.

Ebenfalls ein Baustein zur weiteren Entwicklung des Landratsamtes als attraktiver Arbeitgeber ist die Umsetzung von Schulungsprogrammen für Führungskräfte und Mitarbeiter. In 2014 wird der Fokus auf den Führungskräften liegen. Abgeleitet von unseren Grundsätzen der Führung und Zusammenarbeit und aus den Handlungsempfehlungen der Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird es ein breites Angebot an Weiterbildungen geben. Die Weiterbildungsmöglichkeiten werden modular aufeinander aufbauen und die unterschiedlichen Kompetenzen einer Führungskraft fördern. Mithilfe des entstehenden Führungskräfteprogramms können sich Führungskräfte gezielt weiterentwickeln und sich auf aktuelle und zukünftige Aufgaben vorbereiten. Eine weitere Maßnahme wird die Einführung von Führungskräftefeedbacks sein. Mitarbeiter geben ihren Vorgesetzten eine Rückmeldung zum Führungsverhalten mit dem Ziel, die Führungsbeziehungen bzw. die Kommunikation zwischen Führungskraft und Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter zu verbessern.

Planung und Bau

Vor Jahren hat der Landkreis die Zielsetzung getroffen, da wo in der eigenen Nutzung von Gebäuden möglich, das Eigentum einer Anmietung gegenüber zu bevorzugen. Dies hat dazu geführt, dass das sogenannte Telekomgebäude an der Palmstraße im Oktober 2013 vom Landkreis gekauft wurde. Damit verbunden war die Notwendigkeit der Erweiterung. Möglichst viele Bereiche des Landratsamtes sollten im Sinne der Kundenorientierung und der Prozessoptimierung mit möglichst kurzen Wegen zentral untergebracht werden. Dem Vorhaben gibt das Bestreben der Stadt und eines Investors, in Angrenzung an das erworbene Telekomgebäude ein Geschäftshaus zu errichten, einen Rahmen, verbunden mit diversen Aufgabenstellungen und zusätzlichen Kosten, welche vom Investor zu leisten sind. In 2013 wurden die Verhandlungen zwischen den Beteiligten forciert. Es wurde zwischen dem Investor und dem Landkreis ein Vorvertrag abgeschlossen, der die Rahmenbedingungen konkretisiert. Des Weiteren wurden unterschiedliche Arbeitsgruppen gegründet, die sich unter anderem mit den Themenfeldern Städtebaulicher Vertrag und Wettbewerb auseinander setzen. Die in 2014 anstehenden Aufgaben sind sehr umfangreich:

Die interne Raumplanung des Landratsamtes wird durchgeführt, abgeschlossen und einem Wettbewerb zugeführt. Der Bauablaufvertrag ist zwischen dem Landkreis und dem Investor zu vereinbaren. Der Städtebauliche Vertrag ist von der Stadt unter Mitwirkung von Investor und Landkreis vorzubereiten. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist für die Bauphase eine Unterkunft zu finden, die allen Arbeitsabläufen und Anforderungen genüge tut. Es ist geplant, in 2016 mit den Bauaktivitäten zu beginnen und in 2019 im neuen Gebäude in Betrieb zu gehen.

Attraktiver Arbeitgeber und moderne Verwaltung im D I

Im Dezernat I werden wir mit Bezug auf die Ziele, ein attraktiver Arbeitgeber und eine moderne Verwaltung zu sein, den Themenfeldern „Delegation von Entscheidungen“, „Betrachtung der Kernprozesse“ und der „Kundenorientierung“ einen Schwerpunkt geben.

Ziele der Delegation von Entscheidungen sind die Steigerung der Qualität, die Vereinfachung von Abläufen, die Verkürzung der Laufzeiten von Arbeitsvorgängen, und damit einhergehend die Delegation von Verantwortung.

Ein weiterer Baustein ist die Betrachtung von Arbeitsvorgängen aus Prozesssicht. Im Dezernat I gehen wir dazu über, Kernprozesse zu identifizieren, zu erfassen, zu beschreiben und unter Berücksichtigung der Schnittstellen und der Unterstützungsprozesse letztendlich zu optimieren.

Durch eine vorbildliche (interne und externe) Kundenorientierung leistet das Dezernat I als Querschnittsbereich einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung der strategischen Zielsetzungen. Hierzu gehört auch die Orientierung bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen und Prozessen an den Bedürfnissen und Wünschen der Kunden. Neben der Transparenz von Prozessen werden die Kunden in relevante Entscheidungsprozesse eingebunden.

11.21 Personalmanagement

Ziele & Kennzahlen

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.	alle Organisationseinheiten des Landratsamtes sowie EAL
B	S	Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.	alle Mitarbeiter/-innen

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Eine zwischen dem FB P&O und dem jeweiligen Fachbereich rechtzeitig abgestimmte Nachfolgeplanung ermöglicht grundsätzlich bis zum Ausscheiden der stelleninhabenden Person eine Wiederbesetzung der vakanten Stelle.	A 1k1, A 1k2
A 2	S	Pro Jahr werden 4 potentielle Führungsnachwuchskräfte in einem gemeinsam mit anderen Landkreisen durchgeführten Führungsnachwuchskräfteprogramm (FNK) gefördert und auf eine mögliche Führungsaufgabe vorbereitet.	A 2 k1
B 1	S	Den Mitarbeiter/-innen werden dauerhaft attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt.	B 1k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Die jährlich ausscheidenden Personen werden rechtzeitig im dvv.personal-System ermittelt (Sachbearbeitungen mind. 1/2 Jahr vorher; Führungskräfte mind. 1 Jahr vorher). Daran schließt sich in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachbereich die konkrete Nachfolgeplanung an.	100 %
A 2.1	S	Die Auswahl der Teilnehmer/-innen am Führungsnachwuchskräfteprogramm wird im 4. Q 2012 getroffen. Das Modular aufgebaute Programm wird zusammen mit 3 weiteren Landkreisen von Januar bis Dezember 2013 durchgeführt.	100 %
B 1.1	S	Um die Arbeitszufriedenheit feststellen zu können, ist eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Die Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erfolgt 2012, die Durchführung 2013.	20 %
B 1.2	S	Die Istanalyse zur Arbeitszufriedenheit und durchschnittlicher Beschäftigungsdauer ist bis zum 31.12.2013 abgeschlossen.	0%

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Anzahl Stellenbesetzungen		78	
A 1 k2	S	Anzahl rechtzeitiger Stellenbesetzungen/alle Wiederbesetzungen		39	rechtz. Stellenbesetzung = Besetz. Stelle innerh. 1 Mon. nach Vakanz
A 2 k1	S	Anzahl Teilnehmer/-innen FNK-Programm	4	4	
B 1 k1	S	Durchschnittliche Beschäftigungsdauer		11 Jahre	Datenbasis 2012

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis und die Erreichung der Ziele der Produktgruppe 11.21 Personalmanagement entspricht den Zielvorstellungen des Jahres 2013. Die Veranschlagung der Allgemeinen und Besonderen Umlage für die Beamten des Landratsamtes Lörrach unter Produkt 11.21 erfolgte bei der Haushaltsplanung mit rund 115.000 EUR zu gering. Einsparungen in der Produktgruppe 11.21 wurden erzielt durch die zeitliche Verschiebung von Projekten. Die Aufwendungen im Rahmen der Mitarbeiterbefragung, sowie die Gefährdungsbeurteilung fallen 2014 an. Die Nachfolgeplanung wurde im vergangenen Jahr frühzeitig durch den Fachbereich Personal und Organisation geplant und zu besetzende Stellen aufgrund von ausscheidenden Mitarbeiter/-innen frühzeitig evaluiert und der Stellenbesetzungsprozess gestartet. Am interkommunalen Führungsnachwuchskräfteprogramm nahmen im Jahr 2013 vier potentielle Führungsnachwuchskräfte teil. Das Aus- und Fortbildungsbudget wurde nicht komplett ausgeschöpft, da zentrale Fortbildungen unter geänderten Rahmenbedingungen durchgeführt wurden.

Die Anzahl an Ausbildungsplätzen konnte von 45 aus 51 gesteigert werden. Trotz sinkender Anzahl eingehender Bewerbungen konnten im Jahr 2013 alle Ausbildungsplätze mit qualitativ guten Bewerber/-innen besetzt werden.

Teilergebnisrechnung

Personalmanagement **11.21**

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	4.944,00	18.400	95.701,00	77.301,00	0	0	77.301,00-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	68.476,46	68.000	79.117,32	11.117,32	0	0	11.117,32-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	13.204,04	1.501	83.085,19	81.584,59	0	0	81.584,59-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	85,22	0	0	0	0	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	17.887,61	0	11.913,14	11.913,14	0	0	11.913,14-	0
10	=	Ordentliche Erträge	104.597,33	87.901	269.816,65	181.916,05	0	0	181.916,05-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.146.755,35-	1.961.110-	2.103.911,76-	142.802,21-	0	0	142.802,21	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	189.490,46-	428.407-	299.074,41-	129.332,67	0	35.500,00-	164.832,67-	20.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	2.906,98-	2.913-	5.485,06-	2.572,02-	0	0	2.572,02	0
16	-	Transferaufwendungen	5.007,04-	3.600-	3.720,00-	120,00-	0	0	120,00	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	187.482,53-	149.387-	129.612,34-	19.774,78	0	0	19.774,78-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.531.642,36-	2.545.417-	2.541.803,57-	3.613,22	0	35.500,00-	39.113,22-	20.000,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.427.045,03-	2.457.516-	2.271.986,92-	185.529,27	0	35.500,00-	221.029,27-	20.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	2.841.887,54	2.833.094	2.696.686,87	136.406,98-	0	0	136.406,98	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	334,74-	108-	107,87-	0,16	0	0	0,16-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	211.560,22-	196.566-	148.514,85-	48.051,00	0	0	48.051,00-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	148.568,78-	144.007-	134.339,03-	9.668,11	0	0	9.668,11-	0
54	-	Aufwand für IuK	33.931,19-	33.921-	31.982,05-	1.938,84	0	0	1.938,84-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	2.175,85-	975-	874,97-	100,41	0	0	100,41-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	432,85-	0	1.061,07-	1.060,70-	0	0	1.060,70	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.444.883,91	2.457.516	2.379.807,03	77.709,16-	0	0	77.709,16	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	17.838,88	0	107.820,11	107.820,11	0	35.500,00-	143.320,11-	20.000,00-

Teilfinanzrechnung

Personalmanagement **11.21**

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	86.448,60	87.901	205.272,02	117.371,42	0	0	117.371,42-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.566.627,15-	2.578.108-	2.618.224,67-	40.116,96-	0	35.500,00-	4.616,96	20.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.480.178,55-	2.490.207-	2.412.952,65-	77.254,46	0	35.500,00-	112.754,46-	20.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.480.178,55-	2.490.207-	2.412.952,65-	77.254,46	0	35.500,00-	112.754,46-	20.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	2.480.178,55-	2.490.207-	2.412.952,65-	77.254,46	0	35.500,00-	112.754,46-	20.000,00-

11.24 Gebäudemanagement

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
C	S	Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.	Landkreis
A		Das kreiseigene Vermögen (Bausubstanz der Gebäude) wird im Wert erhalten.	Landkreis
B		Ein modernes Immobilienmanagement bündelt die Aufgaben der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Immobilien „in einer Hand“ und sorgt für die Bereitstellung adäquater und wirtschaftlicher Raumressourcen für die Aufgabenbereiche.	Mitarbeiter/-innen, Lehrer/-innen, Heimbewohner/-innen

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
C 1	S	Der jährliche Energiebericht wird spätestens in der Juli Sitzung dem KT vorgelegt und liefert alle notwendigen Informationen für eine sinnvolle Maßnahmenplanung.	C 1k1, 0, 0, 0, 0
C 2	S	Um die notwendigen technischen Informationen zu erhalten werden alle kreiseigenen Gebäude bis spätestens 31.12.2016 komplett mit Gebäudeleittechnik ausgestattet.	C 2 k1, 0, 0, 0, 0
C 3	S	Bis spätestens 31.12.2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100 %und die Energieeffizienz wurde im Vergleich zur Basis 31.12.2010 um 10 %gesteigert.	C 3 k1, 0, 0, 0, 0
A 1		Fortlaufende systematische Erfassung des Gebäudezustandes und Werterhaltungsbedarfs aller kreiseigenen Gebäude auf Basis eines typenspezifischen Standards als Grundlage für die Prioritätensetzung bei Verwaltungsgebäuden, Schulen, Sporthallen, die Umsetzung der Maßnahmen sowie deren regelmäßige Fortschreibung.	A 1k1
A 2		Jährliches Abarbeiten der erforderlichen baulichen Veränderungen der Kreisimmobilien nach Festlegung einer Prioritätensetzung.	
B 1		Optimierte Nutzung und Bewirtschaftung von Flächen, Gebäuden und Räumen.	B 1k1, B 1k2

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
C 1.1	S	Fortschreibung des Energieberichtes.	100 %
C 2.1	S	Schrittweise Umsetzung der technischen Ausstattung mit Gebäudeleittechnik. Weiterführung der energetischen Maßnahmen.	60 %
C 3.1	S	Sanierung der Gebäudehülle an der Kfm. und Mathilde-Planck-Schule in Lörrach. Vorbereitung zur Sanierung der Gebäudehülle am Bau A und des Daches Bau C der Gewerbeschule Lörrach.	95 %
C 3.2	S	Kontinuierliche Fortbildung und Beratung der Mitarbeiter und Nutzer kreiseigener Liegenschaften im energetischen Bereich (aktueller Stand der Technik).	0%
A 1.1		Aktualisierung der Gebäudedatenbank.	100 %
A 2.1		Gebäudespezifische Priorisierung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.	100 %
B 1.1		Konsequente Umsetzung des KT Beschlusses zum Reinigungskonzept.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
C 1 k1	S	Pünktliche Vorlage des Energieberichts (Ja/Nein)	Ja	Ja	
C 2 k1	S	Anteil der Gebäude mit Gebäudeleittechnik (in %)	60	60	
C 3 k1	S	Energieverbrauch der kreiseigenen Gebäude (in MWh) (ohne Heime)	6.418	6.231	Prognose; Endergebnis liegt noch nicht vor .
A 1 k1		Wiederbeschaffungswert (WBW) aller kreiseigenen Gebäude	138.800.000	138.800.000	Die Gebäudedatenbank wird kontinuierlich fortgeführt.
B 1 k1		Auslastungsgrad aller kreiseigenen Gebäude (in %)	103	103	Personal Zuwachs
B 1 k2		Kosten (Wärme, Strom, Wasser) pro qm Nutzfläche/Jahr (in EUR) (ohne Heime)	8,51	9,50	Prognose; Endergebnis liegt noch nicht vor.

GESAMTBETRACHTUNG

Der Energiebericht 2012 wurde in den Juli-Sitzungen des VA und KT zum Beschluss vorgelegt. Der Energiebericht ist als Daueraufgabe jährlich vorzulegen.
Für die Schrittweise Umsetzung mit Gebäudeleittechnik konzentrierten sich die Umsetzungen zur technischen Ausstattung hauptsächlich auf die Gebäude in Zell i. W. und Rheinfelden.
Im Jahre 2013 wurde die große energetische Sanierung der Gebäudehülle an der kfm. Schule und der MPS durchgeführt. Hierfür standen 2. Mio EUR im Finanzhaushalt zur Verfügung. Diese Maßnahme wurde durch Kredite mit einem sehr günstigen Zinssatz finanziert.
Durch die Teilnahme als Klimpartner Oberrhein wurde beschlossen, dass der LK Lörrach an der EU-Ausschreibung EFRE/RegioWIN teilnimmt. Die hierfür benötigten personellen Ressourcen konnten im Jahr 2013 nicht zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Daher konnte das Ziel, kontinuierliche Weiterbildung der MA im energetischen Bereich nicht umgestzt werden.
Ebenso hat der KT 2013 beschlossen, dass der LK am EEA teilnehmen wird. Dies muss ebenfalls bei der Verfügungstellung der personellen Ressourcen berücksichtigt werden.
Die zur Beurteilung notwendigen Informationen über den Gebäudezustand werden über eine Gebäudedatenbank erhoben. Im Jahre 2013 wurde die Gebäudedatenbank durch priorisierte Listen ergänzt. Die in dieser Liste aufgeführten Maßnahmen bezgl. der kreiseigenen beruflichen Schulen, wurden den Mitgliedern des VA bei der Kreisbereisung im Juni 2013 vorgestellt.Durch den Aufgabenzuwachs besonders im sozialen Bereich, wurden zusätzliche personelle Ressourcen notwendig. Räumliche Entspannung wird durch den Auszug der Kfz-Zulassung im August 2014 erwartet.

Teilergebnisrechnung

Gebäudemanagement **11.24**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	87.810,07	87.800	87.810,09	10,09	0	0	10,09-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	147.159,67	138.000	144.622,08	6.622,08	0	0	6.622,08-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	346.522,48	337.800	342.595,72	4.795,72	0	0	4.795,72-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.011,75-	5.594	8.348,22	2.754,34	0	0	2.754,34-	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	8.103,49	0	32.594,00	32.594,00	0	0	32.594,00-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	9.081,34	0	88.529,76	88.529,76	0	0	88.529,76-	0
10	=	Ordentliche Erträge	595.665,30	569.194	704.499,87	135.305,99	0	0	135.305,99-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.287.142,15-	2.336.420-	2.252.216,36-	84.203,27	0	0	84.203,27-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.941.181,27-	4.998.586-	4.385.182,07-	613.404,13	5.436,71	153.000,00-	760.967,42-	86.300,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.242.890,44-	1.202.709-	1.277.376,39-	74.667,39-	0	0	74.667,39	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	291.241,89-	239.600-	239.556,45-	43,55	0	0	43,55-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.168,30-	48.377-	31.170,78-	17.206,66	0	0	17.206,66-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.784.624,05-	8.825.692-	8.185.502,05-	640.190,22	5.436,71	153.000,00-	787.753,51-	86.300,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	7.188.958,75-	8.256.498-	7.481.002,18-	775.496,21	5.436,71	153.000,00-	923.059,50-	86.300,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	8.744.472,00	9.136.747	8.727.281,75	409.465,68-	0	0	409.465,68	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	434.589,72-	740.006-	655.127,93-	84.878,20	0	0	84.878,20-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	124.689,38-	70.173-	69.605,99-	566,91	0	0	566,91-	0
54	-	Aufwand für IuK	25.621,07-	23.860-	24.006,24-	146,27-	0	0	146,27	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	486.953,38-	5.898-	341.422,23-	335.524,72-	0	0	335.524,72	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	7.672.618,45	8.296.811	7.637.119,36	659.691,56-	0	0	659.691,56	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	483.659,70	40.313	156.117,18	115.804,65	5.436,71	153.000,00-	263.367,94-	86.300,00-

Teilfinanzrechnung

Gebäudemanagement **11.24**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	494.132,87	481.394	491.295,35	9.901,47	0	0	9.901,47-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.282.097,75-	7.738.783-	7.379.431,28-	359.351,99	5.436,71	153.000,00-	506.915,28-	86.300,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.787.964,88-	7.257.389-	6.888.135,93-	369.253,46	5.436,71	153.000,00-	516.816,75-	86.300,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	60.500,00	0	0	0	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	60.500,00	0	0	0	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	408.008,55-	6.479.400-	6.484.180,10-	4.780,10-	4.780,10-	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	110.107,15-	2.000.000-	1.985.667,06-	14.332,94	0	0	14.332,94-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.472,28-	42.500-	20.620,61-	21.879,39	656,61-	0	22.536,00-	22.536,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	531.587,98-	8.521.900-	8.490.467,77-	31.432,23	5.436,71-	0	36.868,94-	22.536,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	471.087,98-	8.521.900-	8.490.467,77-	31.432,23	5.436,71-	0	36.868,94-	22.536,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	7.259.052,86-	15.779.289-	15.378.603,70-	400.685,69	0	153.000,00-	553.685,69-	108.836,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	7.259.052,86-	15.779.289-	15.378.603,70-	400.685,69	0	153.000,00-	553.685,69-	108.836,00-

11.24.02 Facility Management

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Reduzierung des kreiseigenen Energieverbrauchs in allen Nutzungsarten	
Erhöhung des Anteils regenerativer Energien am Gesamtverbrauch (Wärme) auf mindestens 55 %	
weitere Reduzierung der CO2 Emissionen	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Erweiterung des kreiseigenen Energie-Controlling-Systems (Gebäudeleittechnik, GLT)	%
Einrichtung einer Energiedatenbank (vFM = visual Facility Management) und regelmäßige Auswertung der Verbrauchsdaten	%
Erstellen von Prioritätenkatalogen und Berichten	%
Identifikation und Realisierung von Energiesparpotentialen, fachtechnische Konzeption, organisatorische Planung, Entwicklung von Finanzierungskonzepten, Energieeinspar- Contracting	%
Schulungs- und Motivationsprogramme zur Änderung des Nutzerverhaltens (u.a. Energiesparteams an Schulen und Hausmeisterschulungen), Verhandlung, Prüfung und Gestaltung von Energielieferverträgen	%
Energiekonzepte für kreiseigene Liegenschaften	%
Ausarbeiten von Projekten und Abwicklung von Contracting- Mitteln	%
Sanierung der Gebäudehülle an der Kaufmännischen und der mathilde Planck Schule in Lörrach.	%

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 11.24.02- 01	Durchschnittliche Energiekosten (gesamt) je m² Nutzfläche	9,0	9,5	
K 11.24.02- 02	Heizkosten je m² Nutzfläche	4,3	3,7	
K 11.24.02- 03	Stromkosten je m² (in EUR)	3,8	4,8	
K 11.24.02- 04	Wasserkosten je m² (in EUR)	0,9	1,0	
K 11.24.02- 05	Energieverbrauch je m² Nutzfläche	89,0	89,0	
K 11.24.02- 06	Wärmeverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	67,6	66,0	
K 11.24.02- 07	Stromverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	21,4	23,0	
K 11.24.02- 08	Wasserverbrauch (in Litern) je m² Nutzfläche	180,8	173,5	
K 11.24.02- 09	Anteil regenerative Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	56,8	67,4	
K 11.24.02- 10	Prozentuale Minderung der C02-Emission ggü. dem Vorjahr	1,6	2,0	
K 11.24.02- 11	Anteil der kreiseigenen Gebäude mit GLT (in %)	60,0	60,0	
K 11.24.02- 12	Anteil fossile Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	43,2	32,6	

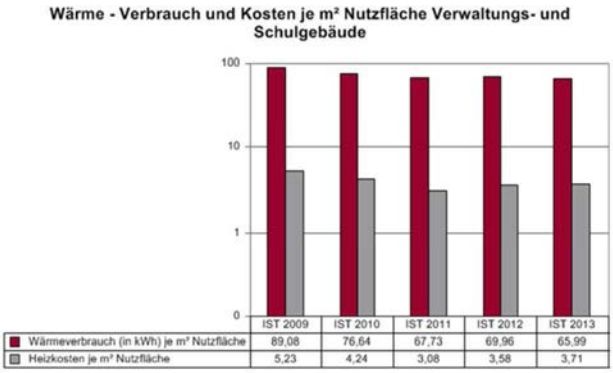
Gesamtbetrachtung

Bei den eigetragenen Werten von Wärme, Strom und Wasser handelt es sich um vorläufige Zahlen. Die Zahlen für den CO2 konnten noch nicht ausgewertet werden - prognostisch kann aber auch für 2013 von einer erneuten Reduktion ausgegangen werden. Die endgültigen Zahlen werden im Energiebericht 2013 dargestellt. Dieser wird im Juli 2014 fertiggestellt sein.

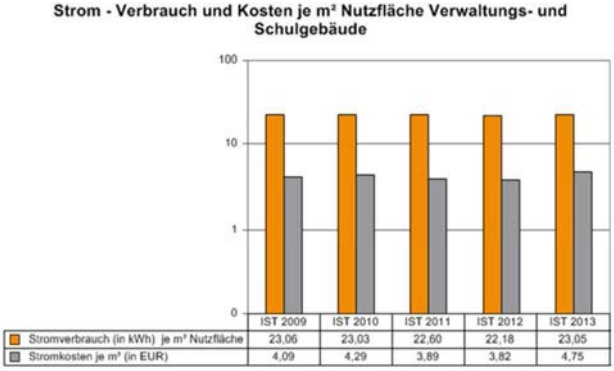
Schlüsselprodukt

Facility Management 11.24.02

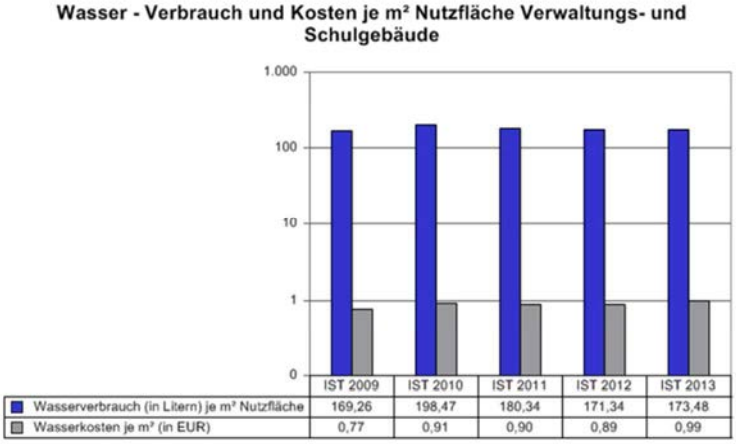
Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss



Weitere Senkung des Jahresverbrauchs (bereinigt) durch Optimierung der Steuerung/Regelung. Steigerung des Verbrauchs der regenerativen Energie vor allem am BSZ Lörrach durch Optimierung der Einstellungen an den Kesseln. Kostensteigerung um 2,4% ausschlaggebend vor allem ein höherer Preis für Pellets. Kosten BSZ Lörrach von 140.000 EUR in 2008 auf 71.019 EUR in 2013.



Anstieg um 4% auf Niveau von 2009; Ursachen u.a. Sanierungen im Elektrobereich, fehlende Optimierung der neuen Beleuchtungssteuerung. Kostensteigerung durch Mehrverbrauch und durch neue, höhere Steuern und Abgaben.

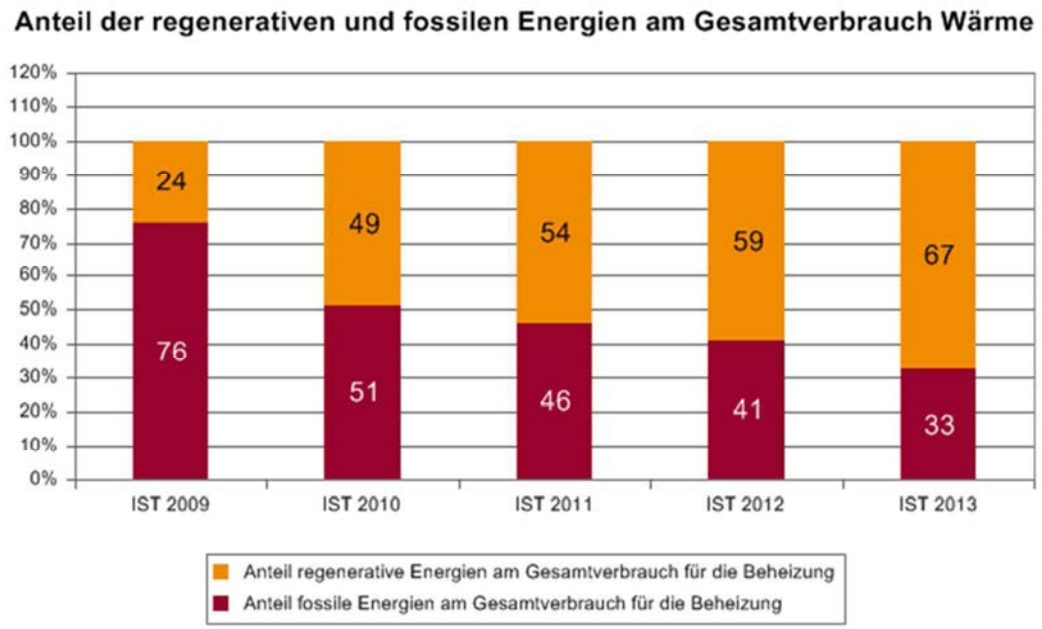


Insgesamt leichter Verbrauchsrückgang um 2%. Allerdings Steigerung in den Sonderschulen. Größte Einsparung GS Lörrach durch Auffinden einer Leckage im Heizsystem. Kostensteigerung vor allem durch versiegelte Flächen (Rheinfelden).

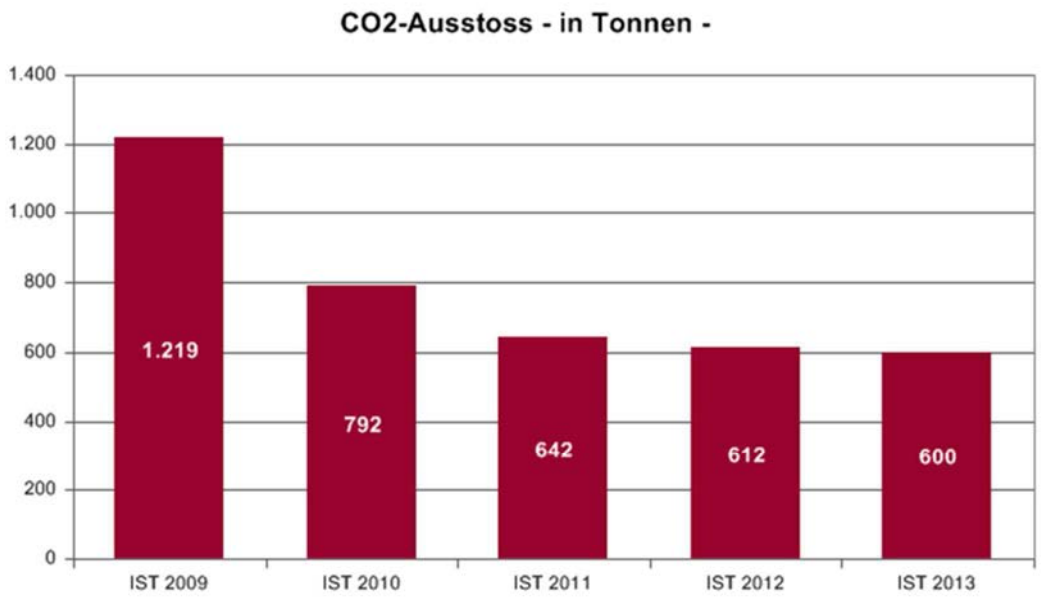
11.24.02 Facility Management

Schlüsselprodukt

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss



CO2 Ausstoß konnte weiter minimiert werden. Durch Optimierung der HHS-Kessel in Lörrach und Rheinfelden und Optimierung an der Gebäudeleittechnik.



Sanierung durch weitere Optimierung der bestehenden Anlagen. Endgültige Zahlen für 2013 werden mit dem Energiebericht vorgelegt.

Teilergebnisrechnung

Facility Management **11.24.02**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	87.810,07	87.800	87.810,09	10,09	0	0	10,09-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	147.159,67	138.000	144.622,08	6.622,08	0	0	6.622,08-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	346.437,38	337.800	342.598,72	4.798,72	0	0	4.798,72-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.786,81-	5.574	8.267,10	2.692,66	0	0	2.692,66-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	9.081,34	0	88.529,76	88.529,76	0	0	88.529,76-	0
10	=	Ordentliche Erträge	586.701,65	569.174	671.827,75	102.653,31	0	0	102.653,31-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.142.482,63-	2.268.704-	2.182.687,45-	86.016,47	0	0	86.016,47-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.927.554,29-	4.998.542-	4.385.163,06-	613.379,10	5.436,71	153.000,00-	760.942,39-	86.300,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.242.125,54-	1.202.705-	1.277.373,39-	74.667,99-	0	0	74.667,99	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	291.241,89-	239.600-	239.556,45-	43,55	0	0	43,55-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.186,08-	48.321-	30.312,35-	18.008,69	0	0	18.008,69-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.622.590,43-	8.757.873-	8.115.092,70-	642.779,82	5.436,71	153.000,00-	790.343,11-	86.300,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	7.035.888,78-	8.188.698-	7.443.264,95-	745.433,13	5.436,71	153.000,00-	892.996,42-	86.300,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	8.734.845,10	9.136.747	8.727.281,75	409.465,68-	0	0	409.465,68	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	424.375,64-	729.709-	648.249,54-	81.459,52	0	0	81.459,52-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	439.226,41-	68.929-	114.659,61-	45.730,89-	0	0	45.730,89	0
54	-	Aufwand für IuK	23.460,87-	23.437-	23.568,24-	131,27-	0	0	131,27	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	486.753,05-	5.725-	341.422,23-	335.697,28-	0	0	335.697,28	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	7.361.029,13	8.308.948	7.599.382,13	709.565,60-	0	0	709.565,60	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	325.140,35	120.250	156.117,18	35.867,53	5.436,71	153.000,00-	183.430,82-	86.300,00-

Teilfinanzrechnung

Facility Management **11.24.02**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	488.677,87	481.374	491.105,63	9.731,19	0	0	9.731,19-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	5.604.032,15-	7.670.967-	7.090.675,63-	580.291,49	5.436,71	153.000,00-	727.854,78-	86.300,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.115.354,28-	7.189.593-	6.599.570,00-	590.022,68	5.436,71	153.000,00-	737.585,97-	86.300,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.472,28-	0	20.619,61-	20.619,61-	656,61-	0	19.963,00	22.536,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	13.472,28-	0	20.619,61-	20.619,61-	656,61-	0	19.963,00	22.536,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	13.472,28-	0	20.619,61-	20.619,61-	656,61-	0	19.963,00	22.536,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	5.128.826,56-	7.189.593-	6.620.189,61-	569.403,07	4.780,10	153.000,00-	717.622,97-	108.836,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	5.128.826,56-	7.189.593-	6.620.189,61-	569.403,07	4.780,10	153.000,00-	717.622,97-	108.836,00-

61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Ziele & Kennzahlen

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Die finanzielle Handlungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung ist nachhaltig sichergestellt.	Einwohner/-innen

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Der Haushalt ist im ordentlichen Ergebnis, unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, ausgeglichen.	A 1k1
A 2	Das Basiskapital bleibt erhalten (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).	A 2 k1

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Aufstellung eines im ordentlichen Ergebnis ausgeglichenen Gesamthaushaltes unter Berücksichtigung einer bedarfsgerechten Finanzausstattung (Plan).	100 %
A 1.2	Vollständige Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs im Gesamtergebnishaushalt (IST).	100 %
A 2.1	Unterjährige Budgetüberwachung und erforderlichenfalls Einleiten von Gegensteuerungsmaßnahmen.	100 %

	KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Fehlbetrag/Überschuss (Ergebnis) (in EUR)	0	8.874.143	Erwirtschaftung eines positiven ordentlichen Ergebnisses
A 2 k1	Veränderung des Basiskapitals (in EUR)	0	1.037.027	Neubewertung Telekom-Gebäude und KIVBF-Anteile aufgrund GPA-Prüfung

GESAMTBETRACHTUNG

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte bei einem Planansatz von 11 Mio. EUR zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 388.100 EUR, welche insbesondere aus den Monaten Januar bis März und Juni bis August 2013 resultierten.
Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit höheren Einwohnerzahlen (Ist: 223.797 EW; geplant: 222.939 EW) bei einem planmässigen Kopfbetrag von 556 EUR (VJ: 517 EUR) und einer Ausschüttungsquote von 71,3 % für das Jahr 2013 eine Verbesserung von 521.800 EUR. Zudem gab es noch eine geringe Nachzahlung für 2012 in Höhe von 35.400 EUR.
Daneben ergab sich noch eine kleinere Verbesserung beim Soziallastenausgleich nach § 22 FAG in Höhe von 63.400 EUR.

Teilergebnisrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen **61.10**

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	120.877.850,17	128.660.800	129.659.140,04	998.340,04	0	0	998.340,04-	0
		31110000 Schlüsselzuweisungen Land § 8 FAG	20.664.097,50	23.088.200	23.645.426,40	557.226,40	0	0	557.226,40-	0
		31310010 Zuw.Land §11 (1) FAG (Einwohner)	2.452.508,80	2.452.200	2.462.192,90	9.992,90	0	0	9.992,90-	0
		31310040 Zuw.Land §11 (4) FAG (Sonderbehörden)	2.299.737,00	2.464.000	2.451.359,00	12.641,00-	0	0	12.641,00	0
		31310050 Zuw.Land §11 (5) FAG (VRG)	6.512.005,00	6.658.600	6.636.736,00	21.864,00-	0	0	21.864,00	0
		31510000 Grunderwerbsteuer	11.052.323,11	11.000.000	11.388.082,02	388.082,02	0	0	388.082,02-	0
		31820000 Kreisumlage	74.816.766,76	80.166.300	80.180.401,72	14.101,72	0	0	14.101,72-	0
		31829000 § 22 FAG Soziallastenausgleich	3.080.412,00	2.831.500	2.894.942,00	63.442,00	0	0	63.442,00-	0
10	=	Ordentliche Erträge	120.877.850,17	128.660.800	129.659.140,04	998.340,04	0	0	998.340,04-	0
16	-	Transferaufwendungen	7.598.546,23-	8.150.600-	8.155.441,58-	4.841,58-	0	0	4.841,58	0
		43510000 Allgemeine Zuweisungen an Land	0	0	5.319,00-	5.319,00-	0	0	5.319,00	0
		43710000 Finanzausgleichsumlage §1a FAG	6.821.106,40-	7.312.300-	7.312.417,70-	117,70-	0	0	117,70	0
		43720010 KVJS-Umlage	777.439,83-	838.300-	837.704,88-	595,12	0	0	595,12-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.598.546,23-	8.150.600-	8.155.441,58-	4.841,58-	0	0	4.841,58	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	113.279.303,94	120.510.200	121.503.698,46	993.498,46	0	0	993.498,46-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	113.279.303,94	120.510.200	121.503.698,46	993.498,46	0	0	993.498,46-	0

Teilfinanzrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen **61.10**

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	121.532.293,27	128.660.800	129.784.046,94	1.123.246,94	0	0	1.123.246,94-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.598.546,23-	8.150.600-	8.155.441,58-	4.841,58-	0	0	4.841,58	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	113.933.747,04	120.510.200	121.628.605,36	1.118.405,36	0	0	1.118.405,36-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	113.933.747,04	120.510.200	121.628.605,36	1.118.405,36	0	0	1.118.405,36-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	113.933.747,04	120.510.200	121.628.605,36	1.118.405,36	0	0	1.118.405,36-	0

Dezernat II

Verantwortung:	Ausschuss:	**Verwaltungsausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Thomas Mücke**

Produktbereich 11 Innere Verwaltung

11.13	Rechnungsprüfung
11.31	Kommunalaufsicht

Produktbereich 12 Sicherheit & Ordnung

12.10	Statistik und Wahlen
12.20	Ordnungswesen
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen
12.23	Personenstandswesen
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung*
12.60	Brandschutz
12.70	Rettungsdienst
12.80	Katastrophenschutz

Produktbereich 41 Gesundheit & Sport

41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege*

Produktbereich 42 Sport & Bäder

42.10	Förderung des Sports

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 2

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 2

Für den Teilhaushalt 2 „Ordnung & Gesundheit“
wurden vom Kreistag
für das Jahr 2013 keine Strategischen Schwerpunkte formuliert

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

Als strategisch relevante Bereiche waren im THH 2 die PG 12.26 (Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung) sowie 41.40 (Maßnahmen der Gesundheitspflege) eingestuft. Die mit dem Land abgeschlossenen Zielvereinbarungen zur Feineinstufung von Betrieben im Rahmen der Betriebsüberwachung und zur flächendeckenden Durchführung der Einschulungsuntersuchung wurden vereinbarungskonform umgesetzt.

Im Bereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung (PG 12.26) ist die Aufgabenbewältigung derjenigen gesetzlich vorgeschriebenen Bereiche, die nicht die Zielvereinbarung mit dem Land betreffen, aufgrund der anerkannt schlechten Personalsituation, die auch dem Land bekannt ist, nur unzureichend möglich. Die ursprünglich von den Parteien der Landesregierung gemachten Ankündigungen zu Personalaufstockungen wurden nur in deutlich geringerem Umfang umgesetzt.

Im Fachbereich Gesundheit (PG 41.40) wird angestrebt, u.a. mit der implementierten Gesundheitskonferenz die gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Einwohner des Landkreises zu verbessern. Insoweit konnten bei den behandelten Themen „Medizinische Versorgung“ und „Gesund durch Lebensstil – den Stoffwechsel im Blick“ deutliche Fortschritte erzielt werden. Bei der Sitzung der Gesundheitskonferenz im Juni 2013 wurde das neue Thema „Gesund älter werden“ beschlossen, das im Zusammenhang mit der Sozialstrategie des Landkreises Lörrach steht.

Ordnungswesen

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz konnten die Ziele (etwa Gesamtkonzept Katastrophenschutz) erneut aufgrund Personalmangels, Krankheit und Rückständen aus den Vorjahren nur unzureichend erreicht werden.

Im Waffenrecht nahm erst im August ein weiterer Kontrolleur die Tätigkeit der Aufbewahrungskontrollen auf. Dadurch ist die Zahl der Kontrollen niedriger als angestrebt. Die sonstigen Ziele wurden erreicht.

In der Heimaufsicht wurde den gestiegenen gesetzlichen Überwachungsvorgaben durch Aufstockung um insgesamt eine halbe Stelle gegen Jahresende Rechnung getragen. Das Ziel einer jährlichen Überprüfung jeder überwachungsbedürftigen Einrichtung konnte erreicht werden.

Im Ausländerbereich fand im November erneut eine Einbürgerungsfeier statt und erfuhr eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit.

Im Bereich Kommunalaufsicht/ Rechnungsprüfung und Wahlen wurden die definierten Ziele weitgehend erreicht.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 2	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
11.13	-241.822	-217.072	24.750	Geringere Personalaufwendungen
11.31	-289.336	-268.039	21.297	Geringere Personalaufwendungen
12.10	-34.848	18.128	52.977	Letzte Rate Landeszuschuss für ZENSUS (57.200 EUR), geringere Wahlkostenerstattung des Landes (3.800 EUR)
12.20	-377.178	-190.216	186.962	Mehrerträge Bußgelder (107.400 EUR) und Minderaufwendungen im Bereich Personal
12.22	-375.830	-342.953	32.877	Mehrerträge Verwaltungsgebühren (28.100 EUR)
12.23	-40.327	-37.451	2.876	
12.26	-1.243.044	-1.110.519	132.525	Geringere Personalaufwendungen
12.60	-195.361	-220.938	-25.577	Mehraufwendungen für Erstattungen für den Kreisbrandmeister aufgrund verspäteter Abrechnung aus 2012
12.70	-569.561	-524.048	45.514	Mehrerträge aus Kostenerstattung der Integrierten Leitstelle Lörrach
12.80	-380.223	-314.158	66.066	Minderaufwendungen aufgrund nicht durchgeführter Katastrophenschutzübungen (28.000 EUR) und für Abschreibungen (26.800 EUR) aufgrund Verschiebung von Investitionen nach 2014
41.40	-371.492	-411.039	-39.547	Erhöhte Personalaufwendungen insbesondere aufgrund Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Mehrarbeit
42.10	-2.500	-1.200	1.300	
gesamt	**-4.121.522**	**-3.619.504**	**502.018**	

Weiterführende Erläuterungen

Der Teilhaushalt 2, Ordnung und Gesundheit, schließt das Jahr 2013 mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von - 3.619.504 EUR und damit um 502.018 EUR besser ab als geplant (- 4.121.522 EUR).

Das finanziell erfreuliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus Minderaufwendungen im Bereich Personal und aus Mehrerträgen bei Bußgeldern.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.70	Sprechfunk, Integrierte Leitstelle	2013-2014	-180.000			-180.000			-180.000
	Zuschuss DRK	2013-2014	65.000			65.000			65.000
	Zuschuss Land	2013-2014	50.000			50.000			50.000
	Saldo Sprechfunk, Integrierte Leitstelle		-65.000			-65.000			-65.000
12.70	Digitale Alarmierung, Alarmumsetzer	2013-2014	-48.000			-48.000		-23.161	
	Anteil DRK		24.000			24.000			
	Saldo Digitale Alarmierung, Alarmumsetzer		-24.000			-24.000		-23.161	
12.80	Rüstwagen	2010-2011	-450.000	-449.908					
	Zuschuss Stadt Schopfheim	2010-2011	144.000	143.252					
	Zuschuss Land	2011-2015	163.500	83.500		40.000	40.000		40.000
	Saldo Rüstwagen		-142.500	-223.156		40.000	40.000		40.000
12.80	Gefahrguttransporter	2014	-360.000						-360.000
	Zuschuss Land		112.000						112.000
	Saldo Gefahrguttransporter		-248.000						-248.000
12.80	Mobile Ölsperre	2013-2014	-210.000			-210.000		-210.000	
41.40	Veräußerung von Finanzvermögen	2013					9.973		
XX.XX	Investitionszuschüsse		-10.000		-5.000	-10.000	-15.000		
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend			-7.700	-13.000	-11.602	-3.700	-15.500
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-699.500**	**-223.156**	**-12.700**	**-282.000**	**23.371**	**-236.861**	**-288.500**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

Die Anschaffung der mobilen Ölsperre (PG 12.80) ließ sich aufgrund der Komplexität der Angelegenheit und der mehr als angespannten Personalsituation nicht umsetzen und wird für das Jahr 2014 angestrebt.

Bei PG 12.70 wurde die Einführung des digitalen Sprechfunks (180.000 EUR) bei der Integrierten Leistelle auf 2014 verschoben, weil die landesweite Umsetzung nach wie vor aussteht. Die Kosten für die digitalen Alarmumsetzer wurden mit der Integrierten Leitstelle Anfang 2014 abgerechnet.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	759.099,96	576.465	666.667,66	90.202,74	13.200,00	0	77.002,74-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	161.672,47	131.400	136.520,36	5.120,36	0	0	5.120,36-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.419,39	100	3.025,23	2.925,23	0	0	2.925,23-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	74.998,42	74.500	99.023,24	24.523,24	0	0	24.523,24-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	439.520,52	319.397	468.982,60	149.585,56	0	0	149.585,56-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.446.710,76	1.101.862	1.374.219,09	272.357,13	13.200,00	0	259.157,13-	0
11	-	Personalaufwendungen	3.315.243,37-	3.606.056-	3.375.050,59-	231.005,61	0	0	231.005,61-	20.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	253.355,57-	393.471-	354.952,49-	38.518,51	13.200,00-	34.400,00-	86.118,51-	20.300,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	109.767,19-	149.787-	180.548,93-	30.761,53-	0	0	30.761,53	0
16	-	Transferaufwendungen	180.637,87-	396.763-	394.680,82-	2.081,98	0	0	2.081,98-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	617.242,34-	677.306-	688.489,76-	11.183,44-	0	300,00-	10.883,44	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	4.476.246,34-	5.223.384-	4.993.722,59-	229.661,13	13.200,00-	34.700,00-	277.561,13-	40.300,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	3.029.535,58-	4.121.522-	3.619.503,50-	502.018,26	0	34.700,00-	536.718,26-	40.300,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	589.549,79	696.003	568.574,39	127.428,92-	0	0	127.428,92	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	4.924,43-	27.707-	50.581,30-	22.874,73-	0	0	22.874,73	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	690.356,65-	775.516-	744.787,92-	30.728,11	0	0	30.728,11-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	549.222,08-	508.218-	536.892,00-	28.673,72-	0	0	28.673,72	0
54	-	Aufwand für IuK	171.577,14-	161.787-	163.219,75-	1.432,53-	0	0	1.432,53	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	293.544,49-	363.623-	332.931,13-	30.692,19	0	0	30.692,19-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.463.789,80-	1.679.131-	1.469.707,31-	209.423,86	0	0	209.423,86-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.583.864,80-	2.819.979-	2.729.545,02-	90.434,26	0	0	90.434,26-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	5.613.400,38-	6.941.501-	6.349.048,52-	592.452,52	0	34.700,00-	627.152,52-	40.300,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.313.306,13	1.050.862	1.367.174,32	316.311,88	13.200,00	0	303.111,88-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	4.475.509,10-	5.194.279-	4.745.185,20-	449.093,88	13.200,00-	34.700,00-	496.993,88-	40.300,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.162.202,97-	4.143.417-	3.378.010,88-	765.405,76	0	34.700,00-	800.105,76-	40.300,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	104.891,74	179.000	40.000,00	139.000,00-	0	0	139.000,00	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	104.891,74	179.000	49.973,34	129.026,66-	0	0	129.026,66	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.339,19-	451.000-	11.601,89-	439.398,11	0	7.700,00-	447.098,11-	236.861,00-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	10.000-	15.000,00-	5.000,00-	0	5.000,00-	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.339,19-	461.000-	26.601,89-	434.398,11	0	12.700,00-	447.098,11-	236.861,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	80.552,55	282.000-	23.371,45	305.371,45	0	12.700,00-	318.071,45-	236.861,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.081.650,42-	4.425.417-	3.354.639,43-	1.070.777,21	0	47.400,00-	1.118.177,21-	277.161,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	3.081.650,42-	4.425.417-	3.354.639,43-	1.070.777,21	0	47.400,00-	1.118.177,21-	277.161,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Ein grundsätzlicher Fortschreibungsbedarf im Hinblick auf die Gesamtstrategie wird nicht gesehen. Es sind auch keine grundlegenden gesetzlichen Änderungen bekannt.

Im Fachbereich Gesundheit konnten die vakanten Arztstellen bisher nicht, bzw. nicht gleichwertig besetzt werden (für eine 100 %-Arztstelle hat das Sozialministerium sich zu einer befristeten Finanzierung einer 100 %-Stelle im Bereich Gesundheitspädagogik/ Gesundheitsförderung bereit erklärt; die Besetzung dieser Stelle konnte zum 01.03.2014 erfolgen, befristet bis zum 28.02.2015). Daher mussten etwa bisher ärztlich wahrgenommene Aufgaben im Bereich Einschulungsuntersuchung auf die Sozialmedizinische Assistentinnen (SMA) übertragen werden, was dort zu zusätzlichen Belastungen führt. Weitere Ausfälle entstehen bei den Ärztinnen durch die Teilnahme am blockweise angebotenen Amtsarztkurs, was aber für die Qualifizierung für Leitungsaufgaben (Fachbereichsleitung, Stellvertretung) unumgänglich ist. Daher sind Defizite bei der Aufgabenerfüllung nicht zu vermeiden.

Im Bereich Veterinärwesen erschwert ebenfalls die Personalproblematik die Aufgabenerfüllung. So ist noch keine Ersatzmöglichkeit für die im Sommer 2013 abgeordnete Fachbereichsleitung in Sicht, zudem liegen bei zwei Veterinären länger andauernde Erkrankungen vor.

Im Bereich Lebensmittelüberwachung hat sich durch den Abschluss der Ausbildung eines Kontrolleurs und dessen Übernahme zum 01.01.2014 die Situation deutlich verbessert.

Fachbereich Ordnung: Eine grundlegende Verbesserung der Personalsituation im Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz dürfte erst im Jahr 2015 realisierbar sein, da sich die Ausbildung des zukünftigen Kreisbrandmeisters für die Übernahme der Funktion des Kreisbrandmeisters aufgrund von Personalengpässen verzögert hat.

12.26 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Ziele & Kennzahlen

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Durch eine risikoorientierte Überwachung von Lebensmittelbetrieben ist der Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und wirtschaftlicher Übervorteilung durch Irreführung und Täuschung sichergestellt.	Verbraucher

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Beibehaltung des aktuellen Probesolls von 100 %	A 1k1
A 2	Bis 2015 sollen entsprechend den gesetzlich geforderten Vorgaben 100 %der Lebensmittelbetriebe entsprechend ihrer Risikoeinstufung überwacht werden.	A 2 k1

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Optimierung des Personal- und Ressourceneinsatzes.	80 %
A 2.1	Erhöhung der Anzahl der Betriebskontrollen.	48 %
A 2.2	Adäquate Aufstockung der Ressourcen.	56 %

	KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Probennahme (in %)	100	98	Beanstandungen waren im LK nicht vorhanden.
A 2 k1	Betriebskontrollen (in %)	43	48	Effizienzsteigerung durch Umstrukturierung der Geschäftsbereiche.

GESAMTBETRACHTUNG

Eine geringfügige Steigerung bei den Betriebskontrollen konnte durch eine im letzten Quartal des Jahres 2013 stattgefundene Änderung bei der Einteilung der Kontrollbezirke und des Geschäftsverteilungsplan im Bereich des Sachgebietes Lebensmittelüberwachung erreicht werden. Weitere Effizienzsteigerungen sind zu erwarten, da Anfang des Jahres 2014 ein hier ausgebildeter Lebensmittelkontrolleur den Dienst aufgenommen hat. Um bis 2017 das Ziel 100 % der Regelkontrollen im Bereich der Lebensmittelbetriebskontrollen durchführen zu können (Ziel Haushalt 2014), wird seit Anfang 2014 eine neue Lebensmittelkontrolleurin ausgebildet. Mit dem derzeitigen Personalstand kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Größere Lebensmittelskandale mit dem dann nötigen Personaleinsatz, wie auch längere Ausfälle von Mitarbeitern, können das Ergebnis ggf. nach unten verändern.

Teilergebnisrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung 12.26

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	57.141,04	59.165	50.756,41	8.408,99-	0	0	8.408,99	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	161.672,47	131.400	136.520,36	5.120,36	0	0	5.120,36-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.786,61	0	2.983,23	2.983,23	0	0	2.983,23-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.330,44	2.000	3.084,12	1.084,12	0	0	1.084,12-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	10.952,68	4.317	8.528,85	4.211,61	0	0	4.211,61-	0
10	=	Ordentliche Erträge	245.883,24	196.883	201.872,97	4.990,33	0	0	4.990,33-	0
11	-	Personalaufwendungen	689.032,88-	895.356-	738.948,77-	156.407,30	0	0	156.407,30-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.979,51-	60.905-	55.170,20-	5.734,60	0	7.000,00-	12.734,60-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	966,63-	197-	34.444,09-	34.246,97-	0	0	34.246,97	0
16	-	Transferaufwendungen	152.634,00-	356.763-	358.199,63-	1.436,83-	0	0	1.436,83	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.729,13-	126.706-	125.629,52-	1.076,36	0	0	1.076,36-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	1.018.342,15-	1.439.927-	1.312.392,21-	127.534,46	0	7.000,00-	134.534,46-	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	772.458,91-	1.243.044-	1.110.519,24-	132.524,79	0	7.000,00-	139.524,79-	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	571,07	1.353	1.885,61	532,53	0	0	532,53-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	861,30-	959-	728,02-	230,88	0	0	230,88-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	151.935,56-	188.033-	175.645,15-	12.388,05	0	0	12.388,05-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	85.426,07-	70.193-	73.590,39-	3.397,03-	0	0	3.397,03	0
54	-	Aufwand für IuK	43.150,73-	41.703-	42.300,17-	596,68-	0	0	596,68	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	75.841,34-	90.542-	84.721,23-	5.820,54	0	0	5.820,54-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	541.190,02-	532.732-	524.804,18-	7.927,54	0	0	7.927,54-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	897.833,95-	922.809-	899.903,53-	22.905,83	0	0	22.905,83-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.670.292,86-	2.165.853-	2.010.422,77-	155.430,62	0	7.000,00-	162.430,62-	0

Teilfinanzrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung 12.26

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	203.481,66	196.883	219.502,87	22.620,23	0	0	22.620,23-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.054.714,38-	1.439.730-	1.254.957,68-	184.771,87	0	7.000,00-	191.771,87-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	851.232,72-	1.242.847-	1.035.454,81-	207.392,10	0	7.000,00-	214.392,10-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	851.232,72-	1.242.847-	1.035.454,81-	207.392,10	0	7.000,00-	214.392,10-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	851.232,72-	1.242.847-	1.035.454,81-	207.392,10	0	7.000,00-	214.392,10-	0

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ziele & Kennzahlen

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Erarbeitung von Themenfeldern mit gesundheitlichem Handlungsbedarf im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
B	Verringerung der Anzahl impfpräventabler Infektionserkrankungen im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
C	Transparenz im Verwaltungshandeln beim Fachbereich Gesundheit.	politische Entscheidungsträger, Bevölkerung

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Kontaktaufnahme/Vernetzung mit auf dem Gebiet der Gesundheit tätigen Gruppierungen im Landkreis, Sammlung von verfügbaren lokalen Gesundheitsdaten.	A 1k1
B 1	Hinwirken (durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und weitere geeignete Maßnahmen zum Erreichen eines Durchimpfungsgrades im Landkreis Lörrach für die 2. Masernimpfung > 95 % bis 2014.	B 1k1
C 1	Jährlicher Rechenschaftsbericht des Fachbereichs Gesundheit im Sinne einer lokalen Gesundheitsberichterstattung bis 01.03 des Folgejahres.	C 1k1

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Etablierung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheit/Etablierung lokaler Gesundheitskonferenzen.	100 %
B 1.1	Nachverfolgung der Kinder ohne dokumentierte Masernimpfung in der Vorschuluntersuchung in den Jahren 2011/12/13.	100 %
C 1.1	Etablierung eines standardisierten Berichtsformates mit noch festzulegenden „Gesundheitsdaten“ aus dem Bereich der öffentlichen Gesundheit.	0 %

	KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Gesundheitskonferenz/ Projektgruppen	1	1	
B 1 k1	Durchimpfungsgrad (in %)	-	93,1	Sehr gutes Ergebnis im Vergleich zu anderen Landkreisen.
C 1 k1	Fristgerechte Erstellung (Ja/Nein)	Ja	nein	Wegen Personalmangel nicht möglich.

GESAMTBETRACHTUNG

Übergeordnetes Ziel des Fachbereiches Gesundheit ist die Förderung und der Schutz der Gesundheit der Kreisbewohner.
Die regionale Gesundheitskonferenz wird weitergeführt mit dem Schwerpunkt "Gesund älter werden". Die 4.Gesundheitskonferenz ist im Juni 2014 geplant. Dort soll eine Geschäftsordnung verabschiedet werden.
Im Rahmen der Vorschuluntersuchung werden die Eltern auf fehlende Impfungen z.B.Masern hingewiesen und zur Förderung schulrelevanter Fähigkeiten ihrer Kinder beraten.
Der Fachbereich beteiligte sich an der Regiomesse mit einem Stand zur Präsentation der Selbsthilfegruppen und der Mitwirkung des Schulzahnarztes bei den Aktionen der AG Zahngesundheit.
Der durch die neue Trinkwasserverordnung, die neue Krankenhaushygieneverordnung und neue Meldepflichten nach Infektionsschutzgesetz für Röteln, Windpocken und Keuchhusten erweiterte Aufgabenbereich ist mit dem vorhandenen Personal kaum zu bewältigen.
Die angespannte Personalsituation mit der Vakanz zweier Arztstellen und der Stelle einer Hygienefachkraft macht auch die Erledigung gesetzlich verpflichtender Aufgaben schwierig. Vor diesem Hintergrund ist die Weiterführung freiwilliger Aufgaben in Frage gestellt. Die im Budget ausgewiesenen Überschreitungen der Personalkosten erklären sich zum großen Teil aus der auf Grund der Personalknappheit zahlreichen nicht genommenen Urlaubstage, für die Rückstellungen zu bilden sind.

Teilergebnisrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	162.386,15	166.000	166.414,78	414,78	0	0	414,78-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	141,00	100	42,00	58,00-	0	0	58,00	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.122,82	17.500	22.472,96	4.972,96	0	0	4.972,96-	0
10	=	Ordentliche Erträge	169.649,97	183.600	188.929,74	5.329,74	0	0	5.329,74-	0
11	-	Personalaufwendungen	402.518,83-	387.952-	452.676,24-	64.723,95-	0	0	64.723,95	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.599,06-	53.460-	38.754,52-	14.705,44	0	0	14.705,44-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.663,38-	2.100-	2.248,84-	148,84-	0	0	148,84	0
16	-	Transferaufwendungen	25.553,87-	35.500-	35.281,19-	218,81	0	0	218,81-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	69.922,65-	76.080-	71.008,04-	5.071,92	0	0	5.071,92-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	536.257,79-	555.092-	599.968,83-	44.876,62-	0	0	44.876,62	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	366.607,82-	371.492-	411.039,09-	39.546,88-	0	0	39.546,88	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	74.859,12	99.740	38.380,93	61.358,57-	0	0	61.358,57	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	157.130,30-	172.202-	145.875,76-	26.326,07	0	0	26.326,07-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	192.118,29-	159.436-	168.311,84-	8.876,06-	0	0	8.876,06	0
54	-	Aufwand für IuK	49.102,32-	48.046-	48.337,08-	290,79-	0	0	290,79	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	55.348,39-	69.847-	60.190,45-	9.656,83	0	0	9.656,83-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	837.084,66-	1.032.474-	856.431,03-	176.042,69	0	0	176.042,69-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.215.924,84-	1.382.265-	1.240.765,23-	141.500,17	0	0	141.500,17-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.582.532,66-	1.753.758-	1.651.804,32-	101.953,29	0	0	101.953,29-	0

Teilfinanzrechnung

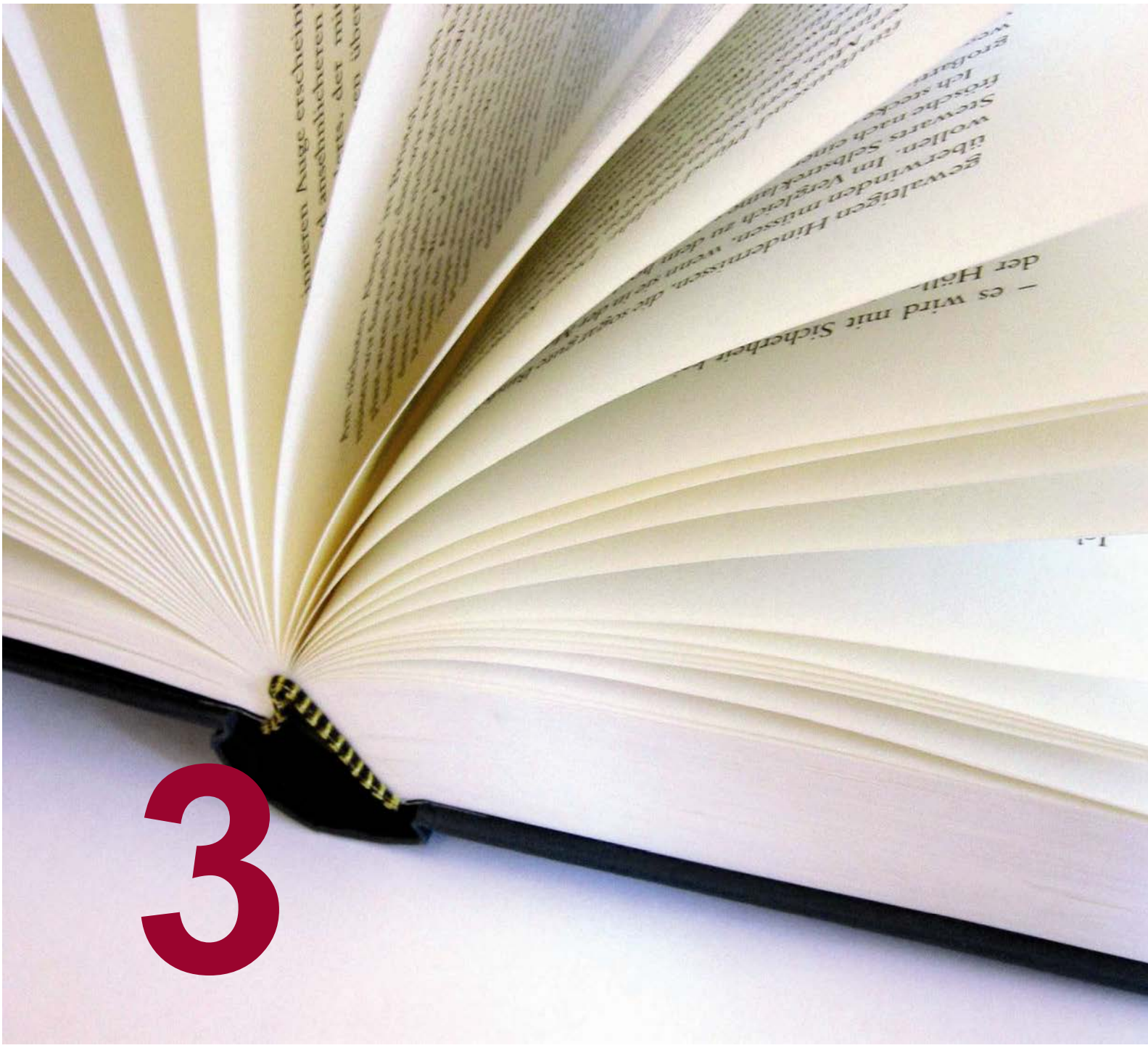
Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	171.782,94	183.600	183.847,65	247,65	0	0	247,65-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	551.000,41-	593.892-	589.414,75-	4.477,46	0	0	4.477,46-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	379.217,47-	410.292-	405.567,10-	4.725,11	0	0	4.725,11-	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.123,34-	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.123,34-	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	7.123,34-	0	9.973,34	9.973,34	0	0	9.973,34-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	386.340,81-	410.292-	395.593,76-	14.698,45	0	0	14.698,45-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	386.340,81-	410.292-	395.593,76-	14.698,45	0	0	14.698,45-	0

Dezernat II

Verantwortung:	Ausschuss:	**Verwaltungsausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Thomas Mücke**



Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben

21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen*
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen*
21.30.10	Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen*
21.50	Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen

Produktbereich 25 Archiv

25.21	Archiv

Produktbereich 26 Musikschulen

26.20	Musikpflege

Produktbereich 28 Sonstige Kulturpflege

28.10	Kulturpflege

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 3

Der Landkreis
- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach
- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 3

- Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.

- Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 21.30**
  - Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u.a. durch Kompetenzzentren).

Um dem o.g. strategischen Ziel der bedarfsgerechten Ausrichtung unserer Beruflichen Schulen näher zu kommen, wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

Zum Schuljahr 2013/ 2014 wurde an der Gewerbeschule Schopfheim der Ausbildungsgang „Zerspanungsmechaniker“ wieder eingeführt.

Aufgrund des noch andauernden Schulentwicklungsverfahrens wurden weitere Änderungen zurückgestellt, um in einer Gesamtschau entscheiden zu können. Dies wird in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und Kreistags im Juli 2014 angestrebt.

Die Schülerzahlen sind im Schuljahr 2013/ 2014 aufgrund der höheren Anmeldezahlen an die Beruflichen Gymnasien erneut leicht gestiegen. Dies liegt u.a. in der Tendenz, einen möglichst hohen Bildungsabschluss zu erreichen, begründet.

Strategischer Schwerpunkt

Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 21.50**
  - Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote (Bildungsregion).

Durch die Bildung einer Fachkräfteallianz im Landkreis Lörrach haben sich maßgebliche Veränderungen für die Aufgabenschwerpunkte der Bildungsregion ergeben. Die Berufsorientierung soll künftig unter dem Dach der Fachkräfteallianz in beiden Landkreisen Lörrach und Waldshut federführend durch die Agentur für Arbeit in direkter Zusammenarbeit mit den Schulen/ Schulamt umgesetzt werden. In enger Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und dem Staatlichen Schulamt wurden die inhaltlichen Schwerpunkte und Abläufe neu erarbeitet.

Das Projekt AdP (Ausbildung durch Praktikum/ Kümmerer) soll nach wie vor weitergeführt werden. Der Landkreis wird künftig an diesem Geschehen als ein Partner der Fachkräfteallianz teilnehmen. Ebenso wird das Thema Ausbildungsbörsen im Rahmen der Berufsorientierung der Fachkräfteallianz abgedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde durch die Steuerungsgruppe sowie die zuständigen Gremien die künftige Ausrichtung der Aktivitäten auf den frühkindlichen Bildungsbereich beschlossen. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe messen den Präventiv- und Unterstützungsangeboten im Vorschulbereich künftig eine stärkere Bedeutung bei und sehen hier eine künftige Aufgabenstellung für das Bildungsbüro und damit die Ausrichtung der Bildungsregion. Die Bildungsregion wird ab Mai 2014 zum Dezernat V (Fachbereich Jugend & Familie) verlagert und personell neu besetzt.

Elternberatung und Bildungsbegleitung für bildungsferne Familien mit Unterstützungsbedarf erscheint besonders dort erfolgsversprechend, wo in den vergangenen Jahren systematisch Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Familien aufgebaut wurden. Dies war im Fachbereich Jugend & Familie der Fall. Mit den Frühen Hilfen und den Maßnahmen aus der Sozialstrategie wurde ein breites System der Unterstützung und Begleitung, sowie Förderung und Entwicklung aufgebaut. Mit dem Erarbeiten von Präventions- und Betreuungsketten sollen die Angebote, vor allem im präventiven Bereich, noch weiter vernetzt werden. Im Fachbereich Jugend & Familie werden diese Fäden zusammengeführt und können sich so gegenseitig ergänzen und befruchten. Auch die engen Bezüge zur Jugendhilfeplanung, zu den Sozialen Diensten und zu den Frühen Hilfen sind dadurch gegeben.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

Die Integration von Schüler/-innen mit Behinderungen bzw. Benachteiligungen konnte ressourcenneutral ausgebaut und auch zum Schuljahr 2013/ 2014 eine weitere Inklusionsklasse eingerichtet werden; die Beschulung an den allgemeinbildenden Schulen wurde dabei so gesteuert, das kein zusätzliches Betreuungspersonal eingesetzt wird, sondern eine bestehende Betreuende Kraft ein „inklusives Setting“ von mehreren Schülern begleitet.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 3	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
21.20	-304.902	-186.265	118.637	Geringere Personalaufwendungen aufgrund Änderungen hin zum Bundesfreiwilligendienst (anstatt Zivildienst), weitere Minderaufwendungen bei den Schulbudgets. Diese münden zu 100 % in die Schulbudgetüberträge nach 2104.
21.30	1.984.744	2.088.914	104.170	Minderaufwendungen bei den Schulbudgets. Diese münden zu 100 % in die Schulbudgetüberträge nach 2014.
21.50	-187.636	-162.026	25.611	Geringere Personalaufwendungen
22.20	0	0	0	
25.21	-49.714	-51.125	-1.411	
26.20	-107.649	-107.656	-7	
28.10	-47.920	-30.632	17.288	Minderaufwendungen entstanden aufgrund Kündigung eines Bürgerarbeiters
gesamt	**1.286.922**	**1.551.211**	**264.288**	

Weiterführende Erläuterungen

Der Teilhaushalt 3 schließt das Jahr 2013 mit einem ordentlichen Ergebnis von 1.551.211 EUR und damit 264.288 EUR besser ab als geplant.

Sowohl bei PG 21.20 (Sonderschulen) als auch bei PG 21.30 liegen die Aufwendungen der Schulbudgets unter den eingeplanten Ansätzen. Es ist zudem festzustellen, dass die Summe der Restmittel der beruflichen Schulen im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich angestiegen ist.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
21.20.	Bewegliches Anlagevermögen, Sonderschulen	fortlaufend			-14.496	-40.900	-27.069	-29.696	-60.300
21.30	Bewegliches Anlagevermögen, Berufsbildende Schulen	fortlaufend			-103.250	-379.500	-298.812	-49.150	-1.341.300
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend				-7.800	-2.498	-4.800	-24.000
Saldo aus Investitionstätigkeit					**-117.746**	**-428.200**	**-328.379**	**-83.646**	**-1.425.600**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

Die Minderauszahlungen im investiven Bereich der PG 21.30 resultieren daraus, dass etliche ursprünglich geplante Investitionsgüter von den Schulen im Hinblick auf den noch andauernden Schulentwicklungsprozess und nicht abgeschlossene Baumaßnahmen zurückgestellt wurden.

Im Bereich der PG 21.20 hat sich die Ausstattung des Sekretariats der Helen-Keller-Schule bei der Beschaffung als nicht investiv herausgestellt, so dass die Aufwendungen im Ergebnishaushalt verbucht wurden.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	5.668.850,46	5.758.400	5.793.605,49	35.205,49	0	0	35.205,49-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	5.000,00	5.000,00	0	0	5.000,00-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	99.155,31	107.300	107.580,22	280,22	0	0	280,22-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	159.852,64	177.900	148.509,60	29.390,40-	0	0	29.390,40	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	34.599,84	35.100	49.092,97	13.992,97	0	0	13.992,97-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	39.600,00	39.600,00	0	0	39.600,00-	0
10	=	Ordentliche Erträge	5.962.458,25	6.078.700	6.143.388,28	64.688,28	0	0	64.688,28-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.005.702,77-	2.189.957-	2.080.435,68-	109.521,61	0	0	109.521,61-	4.200,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.152.472,91-	1.332.080-	1.233.505,73-	98.574,39	0	822.531,61-	921.106,00-	971.680,98-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	315.019,76-	326.100-	301.137,66-	24.962,34	0	0	24.962,34-	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	74,00-	0	61,00-	61,00-	0	0	61,00	0
16	-	Transferaufwendungen	230.706,89-	202.500-	182.300,00-	20.200,00	0	0	20.200,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	823.417,10-	741.140-	794.737,70-	53.597,58-	0	0	53.597,58	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	4.527.393,43-	4.791.778-	4.592.177,77-	199.599,76	0	822.531,61-	1.022.131,37-	975.880,98-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.435.064,82	1.286.922	1.551.210,51	264.288,04	0	822.531,61-	1.086.819,65-	975.880,98-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	542.939,25-	411.964-	388.471,96-	23.492,49	0	0	23.492,49-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	5.008.750,11-	5.837.073-	5.350.399,81-	486.673,28	0	0	486.673,28-	0
54	-	Aufwand für IuK	13.881,57-	15.524-	15.661,99-	137,50-	0	0	137,50	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	284.862,52-	327.164-	299.650,21-	27.513,31	0	0	27.513,31-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	603.549,79-	640.033-	639.178,84-	854,56	0	0	854,56-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	6.453.983,24-	7.231.759-	6.693.362,81-	538.396,14	0	0	538.396,14-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	5.018.918,42-	5.944.836-	5.142.152,30-	802.684,18	0	822.531,61-	1.625.215,79-	975.880,98-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	5.956.083,66	6.069.900	6.079.467,90	9.567,90	0	0	9.567,90-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	4.099.767,08-	4.618.278-	4.481.557,42-	136.720,11	0	822.531,61-	959.251,72-	975.880,98-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.856.316,58	1.451.622	1.597.910,48	146.288,01	0	822.531,61-	968.819,62-	975.880,98-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.669,00	0	0	0	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.669,00	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	200.230,40-	428.200-	328.378,85-	99.821,15	0	117.746,00-	217.567,15-	83.646,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	200.230,40-	428.200-	328.378,85-	99.821,15	0	117.746,00-	217.567,15-	83.646,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	198.561,40-	428.200-	328.378,85-	99.821,15	0	117.746,00-	217.567,15-	83.646,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.657.755,18	1.023.422	1.269.531,63	246.109,16	0	940.277,61-	1.186.386,77-	1.059.526,98-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	1.657.755,18	1.023.422	1.269.531,63	246.109,16	0	940.277,61-	1.186.386,77-	1.059.526,98-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Hinblick auf den strategischen Schwerpunkt der bedarfsgerechten Ausrichtung der kreiseigenen Bildungseinrichtungen sollten die laufenden Projekte mit der bisherigen Zielrichtung weitergeführt werden.

Im Rahmen des Projekts Schulentwicklung wird aktuell ein Gesamtkonzept zu allen Standorten und die Festlegung bzw. Schaffung von Kompetenzzentren im Rahmen der AG Schulen vorbereitet. Es wird angestrebt, im Juli 2014 eine Entscheidung des Kreistags herbeizuführen. Berücksichtigt werden müssen u.a. eine sinkende Schülerzahl von ca. 20 % bis zum Jahr 2025 sowie auch geänderte Anforderungen an ein produktives Lernklima, was sich zum Beispiel in einer Neugestaltung von Aufenthaltsräumen niederschlagen kann. Auf der Basis der im Schulentwicklungsplan gewonnenen Erkenntnisse und Entscheidungen soll sodann für die Haushaltsplanung 2015 eine Neubemessung der Schulbudgets erfolgen.

Schritt für Schritt können dann in den kommenden Jahren die Neustrukturierungen umgesetzt werden.

Nach wie vor unklar ist, wie sich die Ausbreitung der Gemeinschaftsschule, die ja den Gedanken der inklusiven Beschulung von Gesetzes wegen umsetzen soll, auf den laufenden Inklusionsprozess im Landkreis auswirken wird. Mittlerweile wurden im Landkreis Lörrach sechs Gemeinschaftsschulen errichtet; diese Dichte wird nach Auskunft des Staatlichen Schulamtes in keinem anderen Landkreis in Baden-Württemberg erreicht. Zum Schuljahr 2013/ 2014 konnte durch die Helen-Keller-Schule in Kooperation mit der Hellbergschule in Lörrach-Brombach eine weitere Inklusionsklasse gebildet werden. Die erforderliche Änderung des Schulgesetzes zu dieser Thematik wurde jedoch erneut verschoben.

21.20 Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Die von Deutschland ratifizierte UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist an Kreisschulen umgesetzt.	Schüler/-innen mit Behinderungen
B	Reibungsloser Unterrichtsverlauf ist durch die Bereitstellung des erforderlichen Betreuungspersonals und der sachlichen Ressourcen sichergestellt.	Schüler/-innen mit Behinderungen

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Die Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe und inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind geschaffen.	A 1k1
B 1	Die erforderlichen personellen Ressourcen für den Schulbetrieb stehen bereit und der hohe Deckungsgrad an Betreuungspersonal sowie an unterstützenden Kräften (Bufdis, Praktikant/-innen) wird gehalten.	B 1k1, B 1k2

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	In Zusammenarbeit mit Kindergarten- und Schulträgern der Regelschulen sowie des Staatlichen Schulamtes ressourcengünstige und weitgehende Lösungsmöglichkeiten sowie Umsetzungsplanungen zur Inklusion erarbeiten und fünf Inklusionsklassen bis 2014 einrichten.	100 %
A 1.2	Die Kooperationsvereinbarung für die Berufsvorbereitende Einrichtung in gemeinsamer Trägerschaft nach Ablauf der Erprobungs-Phase überprüfen und Entscheidung über künftigen Erhalt im Gremium einholen.	100 %
B 1.1	Frühzeitige und regelmäßige Überprüfung der erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen unter Berücksichtigung der Änderungen der Bundeswehrrechtsreform.	100 %
B 1.2	Erhebungen zum Deckungsgrad des erforderlichen Betreuungsbedarfs erstellen.	100 %

	KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Inklusiv beschulte Schüler/-innen	38	38	Die Zahl der Inklusionsklassen konnte erneut gesteigert werden
B 1 k1	Anzahl der Zivildienstleistenden/ Praktikanten	12	13	11 BUFDIS, 1 AEP, 1 PIA
B 1 k2	Stellenanteile für Betreuende Kräfte	19,9	19,94	BK Helen-Keller-Schule

GESAMTBETRACHTUNG

Obwohl die schulgesetzliche Änderung hinsichtlich der Inklusion noch immer nicht umgesetzt ist, konnte die Anzahl inklusiv beschulter Kinder erneut gesteigert werden. Mit dem Sankt Josefshaus Herten konnte eine unbefristete Vereinbarung bezüglich der Kooperation im Bereich der Berufsvorbereitenden Einrichtung erzielt werden. Damit wird der Zielerreichung entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention weiter Rechnung getragen. Im Bereich der Personalaufwendungen sind 80.000 EUR Minderaufwendungen zu verzeichnen. Ein Großteil hiervon (rund 75.000 EUR) wurden in der Personalkostenhochrechnung für 2013 für Zivildienstleistende veranschlagt; aufgrund der damals entschiedenen Änderungen hin zum Bundesfreiwilligendienst waren die tatsächlichen Aufwendungen geringer.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen **21.20**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.356.372,40	1.425.100	1.428.751,27	3.651,27	0	0	3.651,27-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.150,00	2.800	1.370,00	1.430,00-	0	0	1.430,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	55.856,26	50.000	55.270,53	5.270,53	0	0	5.270,53-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	23.541,46	33.300	36.445,08	3.145,08	0	0	3.145,08-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.437.920,12	1.511.200	1.521.836,88	10.636,88	0	0	10.636,88-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.116.590,61-	1.240.450-	1.160.511,76-	79.937,87	0	0	79.937,87-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	198.827,11-	223.760-	211.908,45-	11.851,63	0	141.412,02-	153.263,65-	171.628,51-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	17.034,30-	19.900-	20.426,53-	526,53-	0	0	526,53	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	333.577,22-	331.992-	315.254,83-	16.737,45	0	0	16.737,45-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	1.666.029,24-	1.816.102-	1.708.101,57-	108.000,42	0	141.412,02-	249.412,44-	171.628,51-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	228.109,12-	304.902-	186.264,69-	118.637,30	0	141.412,02-	260.049,32-	171.628,51-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	178.501,44-	186.869-	170.291,57-	16.577,07	0	0	16.577,07-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	887.800,19-	1.097.267-	951.482,96-	145.783,85	0	0	145.783,85-	0
54	-	Aufwand für IuK	841,77-	535-	543,17-	7,88-	0	0	7,88	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	71.180,43-	214.131-	159.606,07-	54.524,96	0	0	54.524,96-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	95.883,25-	111.952-	101.990,55-	9.961,43	0	0	9.961,43-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.234.207,08-	1.610.754-	1.383.914,32-	226.839,43	0	0	226.839,43-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.462.316,20-	1.915.656-	1.570.179,01-	345.476,73	0	141.412,02-	486.888,75-	171.628,51-

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen **21.20**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.430.606,05	1.504.600	1.515.573,69	10.973,69	0	0	10.973,69-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.566.542,36-	1.821.402-	1.717.230,12-	104.171,87	0	141.412,02-	245.583,89-	171.628,51-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	135.936,31-	316.802-	201.656,43-	115.145,56	0	141.412,02-	256.557,58-	171.628,51-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	14.173,29-	40.900-	27.069,36-	13.830,64	0	14.496,00-	28.326,64-	29.696,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	14.173,29-	40.900-	27.069,36-	13.830,64	0	14.496,00-	28.326,64-	29.696,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	14.173,29-	40.900-	27.069,36-	13.830,64	0	14.496,00-	28.326,64-	29.696,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	150.109,60-	357.702-	228.725,79-	128.976,20	0	155.908,02-	284.884,22-	201.324,51-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	150.109,60-	357.702-	228.725,79-	128.976,20	0	155.908,02-	284.884,22-	201.324,51-

21.30 Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u. a. durch Kompetenzzentren).	Auszubildende, regionale Unternehmen, Berufliche Schulen

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Definition künftiger Projektausrichtung und Zielsetzung.	
A 2	S	Stärkung und Weiterentwicklung aller Standorte der beruflichen Schulen.	A 2 k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Gemeinsame Abstimmung der Ziele und Maßnahmen mit Politik, RP Freiburg und Verwaltung.	90 %
A 2.1	S	Erstellen einer Gesamtkonzeption u. A. „Metall“ im LK Lörrach mit RP, Politik und Kammern.	90 %
A 2.2	S	Bestehende Bildungsangebote an den Beruflichen Schulen überprüfen und am Bedarf ausrichten.	90 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 2 k1	S	Anzahl der berufl. Gymnasialklassen (jeweils mehrzügig)	14	14	Zusätzliche Züge wurden am TG Rheinf. und an der MPS LÖ eingerichtet

GESAMTBETRACHTUNG

Die Schülerzahlen in Voll- und Teilzeit an den Beruflichen Schulen blieben nahezu unverändert.
Die Schulbudgets wurden bis auf eine Ausnahme eingehalten; die Schulbudgetreste der beruflichen Schulen haben sich nun insgesamt auf 798.352 EUR erhöht.
Aufgrund von nicht durchgeführten Maßnahmen im Bereich der Bauunterhaltung sind Minderaufwendungen im kalkulatorischen Ergebnis zu verzeichnen.
Die Umsetzung der Ziele wurde teilweise im Hinblick auf den geplanten Abschluss des Schulentwicklungsprozesses zurückgestellt;
hierzu wird eine Entscheidung durch VA und Kreistag im Juli 2014 angestrebt.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	4.239.824,09	4.236.500	4.269.418,02	32.918,02	0	0	32.918,02-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	96.917,31	103.700	106.185,22	2.485,22	0	0	2.485,22-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	103.117,63	126.800	92.355,82	34.444,18-	0	0	34.444,18	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	11.058,15	1.200	10.659,36	9.459,36	0	0	9.459,36-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	39.600,00	39.600,00	0	0	39.600,00-	0
10	=	Ordentliche Erträge	4.450.917,18	4.468.200	4.518.218,42	50.018,42	0	0	50.018,42-	0
11	-	Personalaufwendungen	612.446,17-	664.714-	674.659,35-	9.945,64-	0	0	9.945,64	4.200,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	907.312,87-	1.062.948-	972.285,94-	90.662,14	0	681.119,59-	771.781,73-	800.052,47-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	293.349,88-	302.800-	276.810,01-	25.989,99	0	0	25.989,99-	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	74,00-	0	61,00-	61,00-	0	0	61,00	0
16	-	Transferaufwendungen	94.432,39-	73.400-	54.700,00-	18.700,00	0	0	18.700,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	457.580,57-	379.594-	450.788,22-	71.193,86-	0	0	71.193,86	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.365.195,88-	2.483.456-	2.429.304,52-	54.151,63	0	681.119,59-	735.271,22-	804.252,47-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.085.721,30	1.984.744	2.088.913,90	104.170,05	0	681.119,59-	785.289,64-	804.252,47-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	311.812,19-	149.486-	150.833,71-	1.347,76-	0	0	1.347,76	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	4.088.731,63-	4.708.367-	4.366.977,90-	341.388,67	0	0	341.388,67-	0
54	-	Aufwand für IuK	2.356,76-	3.296-	5.348,01-	2.051,59-	0	0	2.051,59	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	199.305,75-	75.588-	108.426,76-	32.838,68-	0	0	32.838,68	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	495.635,93-	515.083-	526.058,13-	10.975,18-	0	0	10.975,18	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	5.097.842,26-	5.451.820-	5.157.644,51-	294.175,46	0	0	294.175,46-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	3.012.120,96-	3.467.076-	3.068.730,61-	398.345,51	0	681.119,59-	1.079.465,10-	804.252,47-

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	4.449.181,66	4.466.000	4.454.001,90	11.998,10-	0	0	11.998,10	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.061.140,05-	2.308.056-	2.325.666,23-	17.610,08-	0	681.119,59-	663.509,51-	804.252,47-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.388.041,61	2.157.944	2.128.335,67	29.608,18-	0	681.119,59-	651.511,41-	804.252,47-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.669,00	0	0	0	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.669,00	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	186.057,11-	379.500-	298.811,49-	80.688,51	0	103.250,00-	183.938,51-	49.150,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	186.057,11-	379.500-	298.811,49-	80.688,51	0	103.250,00-	183.938,51-	49.150,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	184.388,11-	379.500-	298.811,49-	80.688,51	0	103.250,00-	183.938,51-	49.150,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.203.653,50	1.778.444	1.829.524,18	51.080,33	0	784.369,59-	835.449,92-	853.402,47-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	2.203.653,50	1.778.444	1.829.524,18	51.080,33	0	784.369,59-	835.449,92-	853.402,47-

21.30.10 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

Ziele & Kennzahlen

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Festlegung der künftigen Ausrichtung und Zielsetzung in der Schulentwicklungsplanung in Abstimmung zwischen Regierungspräsidium Freiburg, Politik und Verwaltung.	
Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Bildungsangeboten.	
Stärkung und Weiterentwicklung aller Schulstandorte, insbesondere Schopfheim.	
Effizienter Ressourceneinsatz durch schulübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Stärkung des Bereichs Nahrung a.d. Gewerbeschule Lö durch die Weiterentwicklung im Bereich Hotel-Gastro (HoGa).	80 %
Stärkung des Berufsschulstandortes Schopfheim durch Weiterentwicklung von Bildungsangeboten, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen sowie im Bereich	80 %
Erstellen einer Konzeption für den Bereich Metall im LK Lörrach.	80 %
Erhalt der landwirtschaftlichen Ausbildung im Landkreis Lörrach.	100 %
Konzentration der Mathilde-Planck-Schule an einem Standort.	80 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 21.30.10- 01	Nettoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	2.856.495,0	2.433.244,0	Die Abweichung i.H.v. 423.000 EUR ergibt sich überwiegend aus nicht vorgenommenen Unterhaltungsarbeiten (FB Planung & Bau)
K 21.30.10- 02	Nettoaufwand GWS Lörrach	1.417.938,0	1.473.117,0	-
K 21.30.10- 03	Nettoaufwand GWS Schopfheim	740.854,0	333.428,0	Die bisherigen Planwerte für die Gebäude des BSZ Schopfheim wurden nicht korrekt auf die einzelnen Schulen aufgeteilt. Tatsächlich wurden in 2013 110.000 EUR Gebäudekosten eingespart.
K 21.30.10- 04	Nettoaufwand GWS Rheinfelden	676.046,0	396.278,0	Einsparungen bestehen v.a. aufgrund nicht vorgenommener UH-Maßnahmen 221.000 EUR und geringerer Sachkosten 30.000 EUR
K 21.30.10- 05	Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ	169.285,0	165.740,0	-
K 21.30.10- 06	Nettoaufwand Kfm. Schule SH	-302.575,0	-154.774,0	Die bisherigen Planwerte für die Gebäude des BSZ Schopfheim wurden nicht korrekt auf die einzelnen Schulen aufgeteilt. Tatsächlich wurden in 2013 110.000 EUR Gebäudekosten eingespart.
K 21.30.10- 07	Nettoaufwand MPS (LÖ + AS SH)	154.948,0	219.456,0	Differenz ergibt sich u.a. aufgrund falscher Planwerte beim BSZ Schopfheim (Außenstelle MPS)
K 21.30.10- 08	Nettoaufwand GWS LÖ/Schüler	958,7	996,0	-
K 21.30.10- 09	Nettoaufwand GWS SH/Schüler	821,3	369,7	s.o./Schüler
K 21.30.10- 10	Nettoaufwand GWS RHF/Schüler	692,0	405,6	s.o./Schüler
K 21.30.10- 11	Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ/Schüler	98,1	96,0	-
K 21.30.10- 12	Nettoaufwand Kfm. Schule SH/Schüler	-224,1	-190,8	s.o./Schüler
K 21.30.10- 13	Nettoaufwand MPS/Schüler	185,8	263,1	s.o./Schüler
K 21.30.10- 14	Sachkostenbeiträge berufl. Schulen (in EUR)	4.226.400,0	4.219.678,0	
K 21.30.10- 15	Bruttoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	7.082.895,0	6.652.922,0	
K 21.30.10- 16	Schülerzahlen berufliche Schulen	6.729,0	6.729,0	

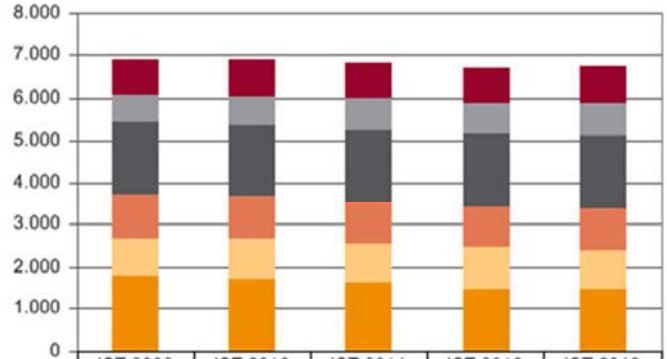
Gesamtbetrachtung

Aufgrund des noch andauernden Schulentwicklungsverfahrens wurden weitreichende Änderungen zurückgestellt, um in einer Gesamtschau entscheiden zu können.
Dies wird in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und Kreistags im Juli 2014 angestrebt.

Schlüsselprodukt Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 21.30.10

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

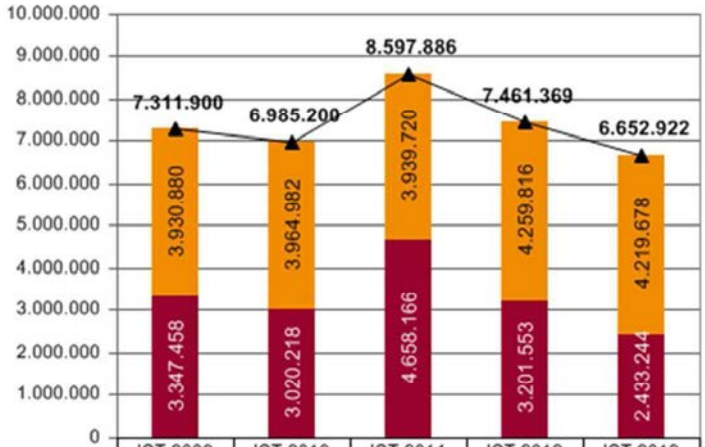
Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen in LK Lörrach



	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Schülerzahl GWS Lörrach	1.789	1.722	1.641	1.509	1.479
Schülerzahl GWS Schopfheim	876	942	921	974	902
Schülerzahl GWS Rheinfelden	1.053	1.026	961	942	977
Schülerzahl Kfm. Schule Lörrach	1.682	1.647	1.702	1.694	1.726
Schülerzahl Kfm. Schule Schopfheim	688	717	775	770	811
Schülerzahl MPS (Lörrach + AS Schopfheim)	831	829	808	812	834

Entgegen dem Landestrend war bei den Beruflichen Schulen in der Gesamtheit noch eine leichte Steigerung der Schülerzahlen zu verzeichnen. In der Sitzung der AG Schulen vom 08.04.2014 wurde eine Einigung dahingehend erzielt, dass voraussichtlich in den nächsten beiden Jahren das Niveau gehalten werden kann, im Anschluss jedoch aufgrund des demografischen Wandels mit einem Rückgang der Schülerzahlen in einer Größenordnung von ca. 20 % bis 2025 zu rechnen sein wird.

Brutto-/ Nettoaufwand des LK Lörrach für die beruflichen Schulen



	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Nettoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	3.347.458	3.020.218	4.658.166	3.201.553	2.433.244
Sachkostenbeiträge berufl. Schulen (in EUR)	3.930.880	3.964.982	3.939.720	4.259.816	4.219.678
Bruttoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	7.311.900	6.985.200	8.597.886	7.461.369	6.652.922

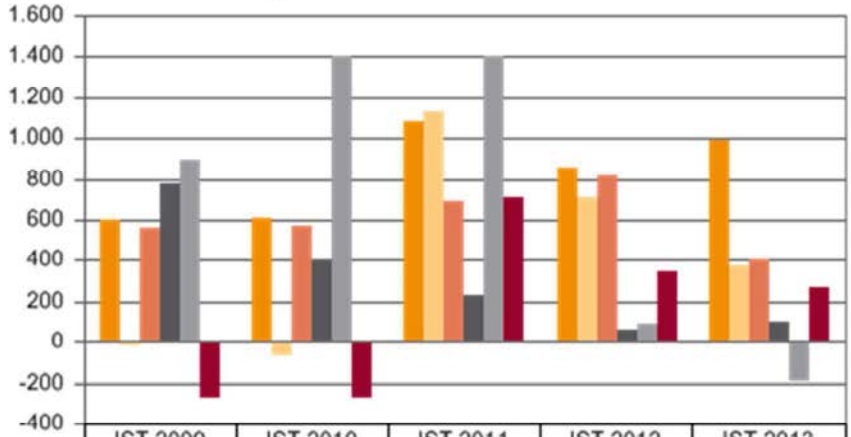
Da die Schulentwicklungsplanung erst im Sommer 2014 abgeschlossen werden kann, wurden insbesondere bauliche Projekte im Hinblick auf die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zurückgestellt. Hierdurch liegt der Nettoaufwand der Beruflichen Schulen unter dem Vorjahresniveau.

21.30.10 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

Schlüsselprodukt

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

Nettoaufwand des LK Lörrach pro Schüler/-in und Schule - in EUR -



	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Nettoaufwand GWS LÖ/Schüler	601	614	1.081	860	996
Nettoaufwand GWS SH/Schüler	-14	-63	1.126	708	370
Nettoaufwand GWS RHF/Schüler	557	574	689	813	406
Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ/Schüler	779	393	230	57	96
Nettoaufwand Kfm. Schule SH/Schüler	896	1.408	1.408	91	-191
Nettoaufwand MPS/Schüler	-273	-270	709	349	263

Der Nettoaufwand je Schüler errechnet sich aus dem Bruttoaufwand abzüglich der vom Land erstatteten Sachkostenbeiträge und dividiert durch die Schüleranzahl der betreffenden Schule. Im Bruttoaufwand sind auch die Aufwendungen aus der Internen Leistungsverrechnung enthalten. Die baulichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen („Aufwand für Miete“) führen, da der Landkreis sie aus personellen sowie finanziellen Gründen nacheinander durchführt, zu Schwankungen im zeitlichen Verlauf und im Vergleich zu den anderen Schulen.

Teilergebnisrechnung

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 21.30.10

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	0	1.712,03	1.712,03	0	0	1.712,03-	0
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	1.712,03	1.712,03	0	0	1.712,03-	0
11	-	Personalaufwendungen	0	20.328-	54.941,86-	34.613,49-	0	0	34.613,49	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	17.620-	552,08-	17.068,04	0	0	17.068,04-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	18,92-	18,92-	0	0	18,92	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	1.035-	1.091,54-	56,54-	0	0	56,54	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	0	38.983-	56.604,40-	17.620,91-	0	0	17.620,91	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	38.983-	54.892,37-	15.908,88-	0	0	15.908,88	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	0	47.176-	44.116,37-	3.059,56	0	0	3.059,56-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	0	4.491-	4.501,03-	9,65-	0	0	9,65	0
54	-	Aufwand für IuK	0	1.797-	3.826,75-	2.030,02-	0	0	2.030,02	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	0	3.051-	2.091,72-	958,91	0	0	958,91-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0	2.437-	4.602,81-	2.165,89-	0	0	2.165,89	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	58.952-	59.138,68-	187,09-	0	0	187,09	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	0	97.935-	114.031,05-	16.095,97-	0	0	16.095,97	0

Teilfinanzrechnung

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 21.30.10

Thomas Mücke, Dezernent II - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	0	0	1.712,03	1.712,03	0	0	1.712,03-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	0	38.983-	58.722,75-	19.739,26-	0	0	19.739,26	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	38.983-	57.010,72-	18.027,23-	0	0	18.027,23	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	0	38.983-	57.010,72-	18.027,23-	0	0	18.027,23	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	0	38.983-	57.010,72-	18.027,23-	0	0	18.027,23	0

Dezernat III

Verantwortung:	Ausschuss:	**Umweltausschuss**
	Dezernatsleitung:	**ELB Walter Holderried**

Produktbereich 12 Sicherheit & Ordnung

12.21	Verkehrswesen

Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben

21.40	Schülerbeförderung

Produktbereich 51 Räumliche Planung & Entwicklung

51.10	Räumliche Planung*
51.10.15	Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung*
51.11	Vermessung und Geoinformation
51.12	Flurneuordnung

Produktbereich 54 Verkehrsflächen & Anlagen, ÖPNV

54.20	Kreisstraßen*
54.20.01	Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen*
54.30	Landesstraßen
54.40	Bundesstraßen
54.70	ÖPNV

Produktbereich 57 Wirtschaft & Tourismus

57.10	Wirtschaftsförderung*
57.50	Tourismus

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 4

Der Landkreis
- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach
- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 4

Der Landkreis
- übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.
- fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.
- fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Im Landkreis
- besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot
- besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 51.10**
  - Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.

Nahverkehrsplan

Die aktive Steuerungsfunktion nimmt der Landkreis Lörrach unter anderem durch die Neufassung des Nahverkehrsplanes wahr. Hierfür wurde in 2013 der Grundstein gelegt. Dies erfolgte einerseits durch die Beauftragung einer umfassenden Verkehrsdatenerhebung und andererseits durch die Auswahl eines Büros, das den Landkreis fachlich bei den Planungsaufgaben begleiten und unterstützen wird. Inhaltlich wurden in 2013 die Grundlagen für den Beschluss der Linienbündelung im Kreistag Anfang 2014 gelegt.

Quelle: SMA und Partner AG, Zürich

Der weitere Zeitplan gestaltet sich wie in der Übersicht dargestellt.

2014
- Abschluss der Verkehrsdatenerhebung
- Evalutaion des bisherigen NVP
- Festlegung des Anforderungsprofils
- Gemeinde- und Bürgerbeteiligung

2015
- Verfassen des Berichts

2016
- Abschluss NVP

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.

Wirkungsziel 2013 – PG 57.10

- Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Das Ziel, „den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in allen Bereichen im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken und weiter zu entwickeln“, verlangt vom Landkreis aber auch von den Städten und Gemeinden eine aktive Rolle. Diese manifestiert sich in einer zielorientierten Strukturpolitik sowie einem entsprechenden Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels.

Der Landkreis hat mit seinen großen Städten im Umfeld von Basel nicht nur urbane Strukturen, sondern auch einen großen Anteil am klassischen ländlichen Raum sowie den ländlich strukturierten Gebieten.

Hier gilt es, sich mit den vielfältigen Herausforderungen und Entwicklungen vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Struktur auseinanderzusetzen. Die Tendenzen in diesen Bereichen werden in besonderem Maße durch den demografischen Wandel beeinflusst, verstärkt und / oder gar verursacht. Der Landkreis kann sich diesen Entwicklungen nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden stellen.

Bereits im Jahr 2012 wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst und erste Grundlagen erarbeitet, um die Fülle an Daten, die für verschiedene Bereiche vorliegen, im Rahmen einer strukturpolitischen Analyse zusammenzuführen.

Im Jahr 2013 wurde ein erster Entwurf einer Ist-Zustandsanalyse gemeinsam mit einem Planungsbüro erarbeitet und vorgestellt. Die ersten Schritte für ein sog. Mitwirkungsverfahren sind vorstrukturiert, das mit dem Beginn in 2014 begonnen werden kann. Der Kreistag, vor allem aber die Städte und Gemeinden sind aufgefordert, an der Erarbeitung mitzuwirken.

Ein weiterer Schwerpunkt in 2013 waren die Vorbereitungen für die Ausschreibung der Breitband-Backbone-Planung. Pflichtenheft und Förderantrag konnten noch in 2013 erfolgen. Zuschlag für die Planungsfirma konnte in 2013 mangels Bescheid des Ministeriums nicht mehr erfolgen, wurde aber Anfang 2014 erteilt. Die weiteren Schritte des Verfahrens in 2014 konnten noch in 2013 konkretisiert werden.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Wirkungsziele 2013 – PG 57.10

- Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend und im TEB für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion ein.

Die Zusammenarbeit im TEB zeichnete sich im Jahr 2013 durch den Abschluss der großen INTERREG-Projekte „Mobilität im Trinationalen Eurodistrict Basel“, „Tarifkooperation“, „IBA Basel 2020“ und der aktiven Arbeit im Thema Microprojektefonds aus. Das INTERREG-Projekt „3Land“ trägt zur gemeinsamen Entwicklung eines grenzüberschreitenden Quartiers bei und wird auch in 2014 noch hineinwirken. Im „Scharnierjahr“ zwischen INTERREG IV und V, also der Übergangszeit zwischen zwei INETERREG-Förderperioden, wurde aktiv an der Ausgestaltung des neuen INTERREG V Programms mitgearbeitet, um in den kommenden Jahren zielgerichtet grenzüberschreitend weiter arbeiten zu können.

Entsprechend dem Strategieprogramm des TEB wurden Vorbereitungen für neue Projekte im Bereich „Sprachbildung“, „Energie“ und „Verbesserung der Tarifsituation“ getroffen, welche im Folgejahr konkretisiert werden und wo möglich in ein INTERREG-Projekt mit entsprechender Förderung überführt werden sollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Agglomerationsprogramm Basel wurde im Jahr 2013 intensiviert und in eine strukturell verbindlichere Form der Kooperation übergeleitet. Dabei ist vorgesehen, die Zusammenarbeit in 2014 auf eine rechtlich verbindliche Basis in Form einer aktiven Mitgliedschaft zu stellen. Ebenfalls konnten die Rahmenbedingungen für die Berücksichtigung im Rahmen des sog Basler „Pendlerfonds“ ausgehandelt und die erste Phase der Projektaufrufe durchgeführt werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Verhandlungen zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn, einer Schienenverbindung, die zwar schwerpunktmäßig auf deutschem Boden verläuft, die aber viermal die Nationalgrenze zur Schweiz passiert. Die Elektrifizierung dieser Strecke stellt sich als besondere Herausforderung dar, sind doch die schweizerischen und deutschen technischen Systeme unterschiedlich. Um dieses außergewöhnliche Projekt zu bewältigen, ist die Kooperation von verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen erforderlich. Dabei konnte in zahlreichen Gesprächen auf unterschiedlichen Ebenen, das Projekt in seiner Umsetzung bzw. der Konkretisierung der weiteren Schritte deutlich weiter voran gebracht werden.

In der Dreilandregion konnten inzwischen zwei grenzüberschreitende Tram-Bauprojekte lanciert werden: Tram 8 (Weil am Rhein), Tram 3 (Saint-Louis), beide erhalten eine finanzielle Unterstützung und Förderung über das Agglomerationsprogramm Basel.

- Der Landkreis fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D – CH – F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.

Das Thema grenzüberschreitende Gesundheitskooperation wurde im Laufe des Jahres zuständigkeitshalber in den Bereich der Kliniken übergeben und wird künftig dort abgebildet werden.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot.

Wirkungsziel 2013 – PG 51.10

- Ein zukunftsorientiertes, bedarfsgerechtes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot ist im Landkreis unter besonderer Berücksichtigung der Grenzlage und des ländlichen Raums sichergestellt.

Um dem Ziel näher zu kommen, hat sich der Landkreis auch im Jahr 2013 weiter für eine Optimierung im Rahmen der Planung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn (u. a. Eisenbahnbetriebswissenschaftliche Untersuchung), sowie für eine Fortführung der Verhandlungen zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke eingesetzt. Beide Maßnahmen stellen langfristige Investitionen dar, die die verkehrliche Anbindung der Bevölkerung erheblich verbessern werden und gleichzeitig aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind.

Auch die Nahverkehrsplanung dient der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Die hierzu in 2013 vorgenommenen Maßnahmen wurden bereits oben dargestellt.

Wirkungsziel 2013 – PG 54.20

- Eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung, Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach ist sichergestellt.

Zwar werden jährlich die im Kreisstraßenerhaltungs- und –bauprogramm vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt, die zum Substanzerhalt notwendigen Mittel der Kreisstraßen werden nur zum Teil bzw. nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt. Die Folgen daraus wurden bereits bei der Zustandserfassung in 2009/ 2010 deutlich: Über 50% der Kreisstraßen befanden sich bereits damals in „schlechtem“ oder „sehr schlechtem“ Zustand. Eine Verbesserung ist nicht absehbar.

Nähere Ausführungen hierzu folgen im Rahmen der Darstellung des Schlüsselproduktes 54.20.01.

Wirkungsziel 2013 – PG 57.10

- Das grenzüberschreitende ÖPNV Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und benutzerorientiert weiterentwickelt.

Als Beitrag zur Erreichung des Wirkungsziels wurde im TEB die Auswertung des Projektes „Stärkung des ÖPNV und der kombinierten Mobilität“ vorgenommen. Dazu wurden die Stellungnahmen der Gemeinden zu den Ergebnissen eingeholt und an den TEB übermittelt. Für den TEB wurden als nutzbringende Maßnahmen, Maßnahmen zur multimodalen Mobilität und z.B. der Ausbau der Tram 3 und die Intensivierung der grenzüberschreitenden Buslinien ermittelt.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 51.10 und PG 54.20**
  - Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

Ziel des Landkreises ist die nachhaltige Förderung des Radverkehrs. Dies umfasst neben einem qualitativen Ausbau für höhere Attraktivität und mehr Sicherheit auch eine Ausweitung des Netzes durch den Bau neuer und den Ausbau der bestehenden Strecken. So kann erreicht werden, dass der Verkehrszuwachs durch die immer mobilere Bevölkerung zum Teil durch das Verkehrsmittel Fahrrad aufgefangen wird und der Kfz-Verkehr auf den Straßen möglicherweise sogar verringert wird.

Die Bedeutung des Fahrrads als Bestandteil des Modal-Split ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Der Radverkehr beschränkt sich schon lange nicht mehr auf den reinen Freizeitverkehr, es werden vermehrt alltägliche Wege mit dem Rad oder Pedellec zurückgelegt.

Um diese Entwicklung im Landkreis Lörrach zu unterstützen wurde ein Radverkehrskonzept entwickelt, dessen Umsetzung zur Erhöhung der Sicherheit, Verbesserung der Qualität und in erster Linie zur Herstellung durchgehender und alltagstauglicher Radverkehrsverbindungen beitragen soll.

Das Radverkehrskonzept wurde unter Beteiligung der Städte und Gemeinden, vor allem aber unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt, die ihre Anregungen bei Regionalkonferenzen einbringen konnten.

Da die Stelle des Radverkehrsbeauftragten sechs Monate unbesetzt war, konnte die Vorstellung der ersten Ergebnisse erst im September 2013 erfolgten. Das Gesamtkonzept wurde in der Novembersitzung des Kreistages beschlossen.

Kern der Konzeption sind die knapp 1.000 vorgeschlagenen Maßnahmen. Diese wurden mit Hilfe eines Priorisierungsverfahrens bewertet und in eine Rangfolge gebracht. So können die Bestrebungen zur Radverkehrsförderung auf allen Ebenen aufgegriffen und weiterentwickelt sowie mit Inhalten in Form von priorisierten Planungsentwürfen gefüllt werden.

Für jede der Maßnahmen wurde ein Datenblatt erstellt, das dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast (Bund, Land, Landkreis, Städte und Gemeinden) die Maßnahmen erläutert und Hinweise zur Umsetzung bietet. Der Versand dieser Maßnahmendatenblätter in Form von „Gemeindesteckbriefen“ konnte in 2013 nicht mehr erfolgten, ist jedoch im ersten Drittel 2014 geschehen.

Maßnahmen/Gemeinde	
Bad Bellingen	32
Binzen	31
Efringen-Kirchen	67
Eimeldingen	31
Fischingen	5
Grenzach-Wyhlen	36
GVV Schönau	32
Kleines Wiesental	8
Häg-Ehrsberg	0
Hasel	12
Hausen i.W.	13
Inzlingen	5
Kandern	54
Lörrach	129
Malsburg-Marzell	4
Maulburg	31
Rheinfelden	127
Rümmingen	11
Schallbach	6
Schliengen	40
Schopfheim	80
Schwörstadt	31
Steinen	57
Todtnau	19
Weil am Rhein	94
Wittlingen	8
Zell i.W.	30
Gesamt	**993**

Darüber hinaus ist der Landkreis Lörrach im Juli 2013 der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) beigetreten. Aufgrund der bestehenden Organisationsstrukturen ergeben sich daraus zahlreiche Handlungsmöglichkeiten und Synergien.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

Vermessung & Geoinformation

Die Arbeiten im Bereich Vermessung & Geoinformation sind in 2013 noch deutlich von der landesweiten Umstellung im Bereich ALKIS gekennzeichnet. ALKIS ist das neue Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem. Bisher wurden die Nachweise des Liegenschaftskatasters noch überwiegend mit den Verfahren Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte verarbeitet und bereitgestellt. Nun werden alle Daten des Liegenschaftskatasters zusammengeführt und auf ALKIS umgestellt. Dies ist in der Übergangsphase mit einem vergleichsweise hohen Personalaufwand verbunden, konnte aber in 2013 weitestgehend abgeschlossen werden.

Weitere prägende Bestandteile im Fachbereich Vermessung sind die mittlerweile umfangreichen Unterstützungsleistungen im Bereich InVeKos für den Fachbereich Landwirtschaft sowie die vermessungstechnische Unterstützung der Flurneuordnung vor allem im Bereich der Umfangsgrenzen etc.. Durch diese Tätigkeiten der Vermessung konnten auch in 2013 die fristgerechten Auszahlungen der Ausgleichsleistungen an die Landwirte im Landkreis sowie der weitere Fortgang im vorabgestimmten Umfang der Flurneuordnungsverfahren (v. a. im Bereich Schopfheim-Gersbach) gewährleistet werden.

Flurneuordnung

Das Jahresprogramm wurde weitestgehend umgesetzt (97 % Zielerreichungsgrad). Lediglich bei der Vorbereitung und Anordnung neuer Flurneuordnungsverfahren sind uns derzeit Grenzen gesetzt. Die Ökologisierung der Flurneuordnung sowie das Ausloten der neuen politischen Vorgaben erfordern eine intensivere Vorbereitung für die Anordnung von zwei neuen Verfahren. Dennoch ließ sich im Jahr 2013 der Personaleinsatz in der Gemeinsamen Dienststelle gut steuern und auch die Finanzmittel reichten hierfür aus. Die Planung 2014 wurde auf 420 AW (Arbeitswerte) herabgesetzt. Für 2014 sind personaltechnische Probleme zu erwarten, da fünf Altersabgänge voraussichtlich nicht wieder alle besetzt werden können bzw. Personalwechsel anstehen.

Schülerbeförderung

Die Schülerbeförderung ist das wichtigste Standbein des ÖPNV im ländlichen Raum. Da die Schülerinnen und Schüler in der Fläche bis zu 80 % aller Fahrkunden stellen, ist die Schülerbeförderung dort die wirtschaftliche Grundlage für die Aufrechterhaltung eines ÖPNV-Angebots. Jede Veränderung bezüglich der Schülerstruktur hat deshalb gravierende Auswirkungen auf den Stadt- und Regionalbusverkehr. Kernaufgabe des Landkreises ist die mittel- bis längerfristige Vergabe dieser Leistungen vor allem vor dem Hintergrund sich verändernder Schul- und Schülerlandschaften (Schulentwicklungsplanung, Inklusion, Demographie etc.).

Die Schülerbeförderung konnte auch in 2013 bedarfsgerecht umgesetzt werden. Im Vorgriff auf notwendige Veränderungen in der Ausgestaltung der Verträge zwischen den Schulträgern und den Verkehrsunternehmen wurden zusammen mit den bzw. für die Gemeinden die entsprechenden Grundlagen erarbeitet. Ebenso ist eine Anpassung der Satzung für die Schülerbeförderung erfolgt.

Tourismus

Die in der Tourismuskonzeption für 2013 vorgesehenen Maßnahmen im Bereich des Innenmarketing konnten allesamt erfolgreich umgesetzt werden. Dabei wurden in regelmäßigen Sitzungen des Landkreis-Arbeitskreises Tourismus konkrete Projekte wie z.B. die Ausgestaltung und konkrete Erarbeitung buchbarer Angebote etc. weiter vorangebracht. Dies gilt auch für eine angedachte Weiterentwicklung des „Wiiwegli“ im Markgräflerland. Für die Projektarbeit konnten weitere Unterarbeitsgruppen eingerichtet werden, welche die Projekte umsetzungsorientiert voranbringen.

Daneben erfolgten diverse Abstimmungsgespräche mit der Schwarzwald Tourismus Gesellschaft (STG). Hierbei ist auch eine Optimierung der Strukturen in der STG auf der Arbeitsgruppen- bzw. Ausschussebene angedacht. Die koordinierte Zusammenarbeit mit dem Tourismus am Hochrhein auch auf Schweizer Seite sowie mit dem Naturpark Südschwarzwald wurde in diversen Sitzungen gefestigt und weiter entwickelt. Daneben haben in 2013 wieder eine Reihe von Schulungsmaßnahmen für die Leitungsträger und Tourist-Informationen stattgefunden. In drei Schulungen bzw. Seminaren konnte der Informationsstand für eine Vielzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern u. a. zu den Themen „Mitarbeiterschulung“, „Servicequalität“ und „Beschwerdemanagement“ verbessert werden.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 4	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
12.21	1.066.357	1.242.379	176.022	Mehrerträge (113.000 EUR) stammen in erster Linie aus den Bereichen Kfz-Zulassung und Führerscheine. Minderaufwendungen (40.000 EUR) ergeben sich aus dem Personalbereich und anderweitig verbuchten Kosten der Organisationsuntersuchungen (50.000 EUR).
21.40	-2.054.376	-1.521.286	533.090	Minderaufwendungen i.H.v. knapp 420.000 EUR resultieren u.a. aus wirtschaftlichem Fahrzeugeinsatz, sowie der neuen Eigenanteilsregelung. Minderaufwendungen sind sowohl bei der Beförderung zu kreiseigenen Schulen als auch zu Schulen anderer Träger entstanden.
51.10	-698.325	-663.187	35.138	Die verfügbaren Mittel wurden im Wesentlichen ausgeschöpft.
51.11	-932.993	-729.397	203.596	Die Minderaufwendungen ergeben sich aufgrund nicht angefallener Personalkosten (200.000 EUR).
51.12	-791.522	-770.763	20.759	Die Mittel waren auskömmlich.
54.20	-495.689	-237.667	258.023	Die Abweichungen ergeben sich insb. aus überplanmäßigen Zuweisungen vom Land und Kostenerstattungen von Gemeinden.
54.30	-337.943	-137.827	200.117	Insbes. aufgrund überplanmäßiger Erstattungen vom Land (ca. 180.000 EUR) schließt die PG im ord. Ergebnis um rd. 200.000 EUR besser ab als geplant.
54.40	-188.224	-74.749	113.475	Die Produktguppe schließt im Ergebnis 113.000 EUR besser ab als geplant, dies resultiert insb. aus überplanmäßigen Erstattungen vom Bund.
54.70	-2.362.358	-2.346.044	16.314	Die Mittel waren auskömmlich.
57.10	-699.584	-508.970	190.615	Die Minderaufwendungen ergeben in erster Linie aus dem Bereich Strukturförderung, so fallen z.B. die Kosten für das Projekt Breitbandförderung erst ab 2014 an.
57.50	-218.890	-204.492	14.399	Die Mittel wurden im Wesentlichen ausgeschöpft.
gesamt	**-7.713.550**	**-5.952.004**	**1.761.546**	

Weiterführende Erläuterungen

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
51.11	Fahrzeug Vermessung	2015 + 2016	-100.000						-100.000
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien	2013			-11.367	-482.100	-401.987	-105.578	-1.414.800
	jährl. Investitionskosten-zuschuss Bund					116.200	47.299		341.100
	Saldo Investitionstätigkeit Fuhrpark SM				-11.367	-365.900	-354.688	-105.578	-1.073.700
54.20	Teilumgehung Rümmingen	2007 - 2016	-4.401.100	-107.283	-215.959	-100.000	-2.225	-313.734	-3.980.000
	Grunderwerb K6327		-120.000			-60.000		-60.000	-120.000
	Zuschuss Land		2.000.000						1.600.000
	Saldo Teilumgehung Rümmingen (K6327)		-2.521.100	-107.283	-215.959	-160.000	-2.225	-373.734	-2.500.000
54.20	Radwegebrücke Märkt	2010 - 2015	-494.800	-17.147	-21.645	-76.000	-12.913	-84.732	-380.000
	Grunderwerb K6326		-70.000		-60.000	-10.000		-70.000	
	Zuschuss Land		147.000						147.000
	Zuschuss Stadt Weil am Rhein		100.000			30.000			70.000
	Saldo Radwegebrücke Märkt		-317.800	-17.147	-81.645	-56.000	-12.913	-154.732	-163.000
54.20	Straßen- Bauwerke	2012 - 2015	-1.060.000	-3.249	-46.751	-130.000	-239.884		-880.000
54.20	Radwegebau	2014 - 2015	-700.000						-700.000
	Zuschuss Land		350.000						350.000
	Saldo Radwegekonzept		-350.000						-350.000
54.20	Straßen - Veräußerung von Sachvermögen						4.593		
54.70	Elektrifizierung Hochrheinstrecke	2015 - 2019	-10.000.000						-4.000.000
54.70	Förderung ÖPNV - Tram 8 Basel-Weil am Rhein	2011 - 2014	-1.000.000	-550.000	-100.000	-350.000	-300.000	-150.000	
54.70	Rückzahlung Investitions-zuschuss Regio-S-Bahn	2013					386.267		
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	2013				-25.800	-30.402		-80.000
XX.XX	Investitionszuschüsse	2013	0				-20.000		
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-14.188.900**	**-677.679**	**-455.722**	**-1.087.700**	**-569.252**	**-784.044**	**-8.266.700**

Die für 2013 vorgesehenen Investitionen konnten nicht wie geplant erfolgen. Gründe hierfür waren unter anderem der Investitionsstau der vergangenen Jahre sowie umfangreiche Abstimmungsprozesse. Auch in 2013 waren Auswirkungen des aktuellen Personalmangels sowie der in den vergangenen Jahren deutlich zu spüren, weshalb viele Projekte nicht den erwünschten Fortgang erfahren konnten.

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

Ortsumgehung Rümmingen

Bereits im Jahr 2012 hat sich der Kreistag für die Weiterverfolgung der Variante 3 B mit Anschluss der Lörracher Straße entschieden. Ende des Jahres 2013 konnte mit der europaweiten Ausschreibung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung begonnen werden. Die Vergabeentscheidung ist für Mai 2014 vorgesehen. Mit dem Baubeginn wird in 2016 gerechnet.

54.20 Radweg Brücke Märkt

Im Jahr 2013 wurde die Entwurfs- und Genehmigungsplanung der Kreisstraße und des Radwegs fast vollständig abgeschlossen. Offen ist lediglich noch die Anhörung der Träger öffentlicher Belange Anfang 2014. Gleichzeitig kann mit der Ausführungsplanung begonnen werden. Auch die Planungen des Brückenbauwerks durch das Regierungspräsidium Freiburg werden in 2014 fertiggestellt werden.

54.20 Straßenbauwerke

Im Rahmen des Kreisstraßenerhaltungs- und –bauprogramms wurde für 2013 die Sanierung der Kanderbrücke bei Malsburg-Marzell im Zuge der K 6350 vorgesehen. Hierfür waren ursprünglich Baukosten in Höhe von 130.000 EUR veranschlagt. Im Rahmen der Ausschreibung stellte sich heraus, dass diese Einschätzung aus dem Jahr 2010 angepasst werden musste. Der Umweltausschuss stimmte der Vergabe der Sanierungsarbeiten zu knapp 240.000 EUR zu.

Die Bauarbeiten konnten 2013 nicht vollständig abgeschlossen werden, zu Beginn des Jahres 2014 wird die fertig sanierte Brücke wieder uneingeschränkt für den Verkehr freigegeben werden.

54.70 Tram 8

Zur Steigerung der grenzüberschreitenden Mobilität soll die neue Tramlinie die Städte Basel und Weil am Rhein näher zusammen bringen. Gleichzeitig wird durch die Realisierung des Projektes der ÖPNV eine Steigerung der Attraktivität erfahren. Der Landkreis beteiligt sich mit insgesamt 1 Mio. EUR an den Baumaßnahmen. Da die Mittel in den vergangenen Jahren nicht plangemäß abgerufen wurden, erfolgte regelmäßig ein zweckgebundener Übertrag ins Folgejahr. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2013 fort.

Die Inbetriebnahme der Tram 8 ist für 2014 vorgesehen.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	10.312.716,02	10.065.000	10.304.801,38	239.801,38	0	0	239.801,38-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	8.920,00	17.500	9.372,00	8.128,00-	0	0	8.128,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	55.950,81	24.400	169.175,17	144.775,17	0	0	144.775,17-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.413.941,98	3.074.670	3.726.591,60	651.921,63	0	0	651.921,63-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	827.964,17	957.743	902.735,65	55.007,23-	0	0	55.007,23	0
10	=	Ordentliche Erträge	14.619.492,98	14.139.313	15.112.675,80	973.362,95	0	0	973.362,95-	0
11	-	Personalaufwendungen	6.587.140,88-	7.076.794-	6.840.949,07-	235.845,36	0	42.000,00-	277.845,36-	68.800,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.682.630,62-	2.733.612-	2.946.700,72-	213.088,52-	77.230,98	147.100,00-	143.219,50	53.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	796.861,83-	786.135-	823.054,78-	36.920,22-	0	0	36.920,22	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	106,60-	0	113,30-	113,30-	0	0	113,30	0
16	-	Transferaufwendungen	5.658.259,45-	5.942.600-	5.720.957,06-	221.642,94	20.000,00	46.600,00-	248.242,94-	22.900,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.719.886,89-	5.313.721-	4.732.904,39-	580.817,01	19.602,11	293.300,00-	854.514,90-	217.600,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	20.444.886,27-	21.852.863-	21.064.679,32-	788.183,27	116.833,09	529.000,00-	1.200.350,18-	362.300,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	5.825.393,29-	7.713.550-	5.952.003,52-	1.761.546,22	116.833,09	529.000,00-	2.173.713,13-	362.300,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	133.949,41-	164.151-	178.877,42-	14.726,68-	0	0	14.726,68	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.439.073,35-	1.450.543-	1.278.831,90-	171.711,18	0	0	171.711,18-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	580.923,62-	574.716-	522.076,74-	52.639,75	0	0	52.639,75-	0
54	-	Aufwand für IuK	208.518,24-	196.155-	197.719,31-	1.564,60-	0	0	1.564,60	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	597.513,27-	689.650-	631.036,97-	58.613,21	0	0	58.613,21-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	843.590,02-	916.130-	811.304,03-	104.826,41	0	0	104.826,41-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	3.803.567,91-	3.991.346-	3.619.846,37-	371.499,27	0	0	371.499,27-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	9.628.961,20-	11.704.895-	9.571.849,89-	2.133.045,49	116.833,09	529.000,00-	2.545.212,40-	362.300,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	14.242.110,30	13.854.213	14.360.899,99	506.687,14	0	0	506.687,14-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	19.920.907,41-	21.355.128-	20.784.097,84-	571.030,19	116.833,09	529.000,00-	983.197,10-	362.300,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.678.797,11-	7.500.915-	6.423.197,85-	1.077.717,33	116.833,09	529.000,00-	1.489.884,24-	362.300,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	57.491,08	146.200	433.565,89	287.365,89	0	0	287.365,89-	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	30,50	0	4.593,45	4.593,45	0	0	4.593,45-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	57.521,58	146.200	438.159,34	291.959,34	0	0	291.959,34-	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	70.000-	0	70.000,00	0	60.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.248,70-	306.000-	255.021,44-	50.978,56	63.132,44-	284.355,00-	398.466,00-	398.466,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	276.277,63-	492.900-	432.389,46-	60.510,54	33.700,65-	11.366,81-	105.578,00-	105.578,00-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	267.382,00-	365.000-	320.000,00-	45.000,00	20.000,00-	100.000,00-	165.000,00-	150.000,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	554.908,33-	1.233.900-	1.007.410,90-	226.489,10	116.833,09-	455.721,81-	799.044,00-	784.044,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	497.386,75-	1.087.700-	569.251,56-	518.448,44	116.833,09-	455.721,81-	1.091.003,34-	784.044,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	6.176.183,86-	8.588.615-	6.992.449,41-	1.596.165,77	0	984.721,81-	2.580.887,58-	1.146.344,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	6.176.183,86-	8.588.615-	6.992.449,41-	1.596.165,77	0	984.721,81-	2.580.887,58-	1.146.344,00-

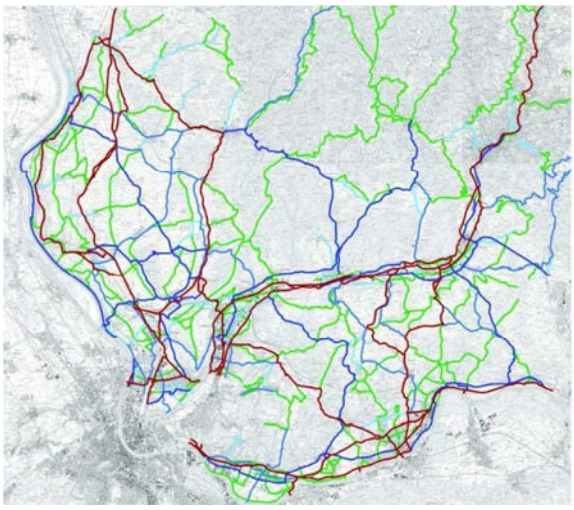
Ausblick, Chancen und Risiken

Im Rahmen der Klausurtagung des Kreistags im Jahr 2012 zur Strategiefortschreibung wurde erstmals eine Priorisierung der für den Landkreis Lörrach strategisch relevanten Themenkomplexe vorgenommen. Dabei wurde der Bereich „Verkehr und Mobilität“ als Priorität 1 festgelegt, um den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig zu stärken. Die in diesem Zusammenhang gefassten Wirkungsziele wurden in 2013 im Wesentlichen auch für das Folgejahr vom Kreistag bestätigt.

Um dieser Ausrichtung zukünftig gerecht werden zu können, sind im THH 4 ab dem Jahr 2014 folgende Projekte ins Auge gefasst:

Umsetzung des Radwegekonzeptes

Da der Versand der Maßnahmendatenblätter an die Gemeinden nicht mehr wie vorgesehen in 2013 erfolgt ist, kann mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen des Radwegekonzeptes erst ab dem 2. Quartal 2014 begonnen werden. Wesentlicher Bestandteil der vorgesehenen Maßnahmen wird die Planung und Umsetzung der kreisweiten Radwegeweisung (Beschilderung) auf Grundlage des im Radverkehrskonzeptes festgelegten Radroutennetzes sein. Die Beschilderung soll in erster Linie den Pendler- und Basisrouten folgen. Die gesamte betroffene Netzlänge beträgt 592 km.



Außerdem sollen einzelne weitere Pilotprojekte zur Verbesserung der Situation der Radfahrer im Landkreis umgesetzt werden.

Nahverkehrsplanung

Im Jahr 2014 werden für die weitere Entwicklung der Nahverkehrsplanung entscheidende Weichenstellungen erfolgen. Nach einer Evaluation des bisherigen Nahverkehrsplans wird die Festlegung des Anforderungsprofils für den neu zu erstellenden Nahverkehrsplan folgen. Hierzu werden sowohl die Gemeinden als auch die Bürger direkt einbezogen. Außerdem werden die Zahlen der Verkehrsdatenerhebung im Sommer 2014 ausgewertet sein, so dass diese für den weiteren Planungsprozess zur Verfügung stehen und zugrunde gelegt werden können.

Straßenbau

Für Deckenerneuerungen und die Sanierung von Ingenieurbauwerken stehen 2014 mehr als 1 Mio. EUR zur Verfügung. Davon werden neben den im Kreisstraßenerhaltungs- und –bauprogramm vorgesehenen Maßnahmen auch dringend notwendige Arbeiten zur Beseitigung von Hangrutschungen vorgenommen.

Zur Fortschreibung des Programmes ist in naher Zukunft die Durchführung einer aktuellen Zustandserfassung notwendig. Für 2014 ist die im fünfjährigen Turnus stattfindende Bauwerkshauptprüfung vorgesehen, die Zustandserfassung der Kreisstraßen kann möglicherweise ebenfalls in 2014 begonnen werden. Dies hängt jedoch von den vorhandenen personellen Ressourcen ab.

Breitbandausbau

Das Auffüllen der bestehenden Lücken im Breitbandnetz ist dringend notwendig, um insbesondere den Ländlichen Raum in seiner Attraktivität sowohl als Wohnort als auch bei der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben zu steigern. Daher werden im Jahr 2014 die Planungen zur Errichtung eines Backbone-Netzes zur Verbesserung der Breitbandversorgung erfolgen. Ziel ist es, mindestens zwei Übergabepunkte je Gemeinde zu definieren, von denen aus die Gemeinde die weitere Verteilung vornehmen kann.

Strukturpolitik

Bereits die Lage des Landkreises Lörrach mit einem fast fünfzigprozentigen Flächenanteil im ländlichen Raum und der unmittelbaren Grenzlage zu der Schweiz und Frankreich legt nahe, dass eine aktive Strukturpolitik ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises ist. Um die Herausforderungen meistern zu können, sollen die Eckpunkte der Kreispolitik an die Beantwortung grundlegender Fragen und die Erwartungen der Kreiskommunen geknüpft werden. Daher wird ein breit angelegter Beteiligungsprozess die Grundlage sein, um zusammen mit den Städten und Gemeinden den Weg zur Erarbeitung einer übergeordneten Zukunftsstrategie einzuschlagen. Basis hierfür wird die Darstellung der Ist-Situation in den folgenden Bereichen:

- Bevölkerung und Bevölkerungsveränderung
- Wirtschaft und Beschäftigte
- Grenzgänger
- Mobilität
- Bildung und Soziales
- Medizinische Versorgung
- Freizeit und Kultur
- Tourismus

Umzug Kfz-Zulassung

Im August 2014 wird die Kfz-Zulassung aus dem Landratsamt in der Palmstraße umziehen in neue Räumlichkeiten. Sie wird künftig in der Brombacher Straße gemeinsam mit dem TÜV untergebracht sein. Dieser Umzug erfolgt bei laufendem Geschäft.

Organisationsuntersuchungen

Im Fachbereich Verkehr und Straßen konnte im Jahr 2013 die Organisationsuntersuchung für das Sachgebiet Kfz-Zulassung bereits abgeschlossen und für das Sachgebiet Führerscheine begonnen werden. Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung werden sowohl im zuständigen Ausschuss als auch im Kreistag vorgestellt.

Mit den Organisationsuntersuchungen für das Sachgebiet Verkehr & ÖPNV und das Sachgebiet Straßen wird in der ersten Jahreshälfte begonnen. Diese werden von externen Beratern betreut und intern begleitet.

51.10 Räumliche Planung

Ziele & Kennzahlen

Walter Holderried, Erster Landesbeamter - Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.	Bevölkerung im Landkreis
B	S	Ein zukunftsorientiertes, bedarfsgerechtes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot ist im Landkreis unter besonderer Berücksichtigung der Grenzlage und des ländlichen Raums	Bevölkerung im Landkreis und im TEB
C	S	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Die Organisationsstrukturen im Fachbereich Verkehr und Straßen sind effizient und leistungsfähig neu ausgerichtet.	A 1k1
A 2	S	Vertretung der Interessen der Kommunen, des Landkreises und der Region in der weiteren Planung von Großprojekten.	
B 1	S	Der Nahverkehrsplan ist auf Grundlage einer aktuellen Verkehrserhebung und der Nahverkehrsentwicklungsplanung neu gefasst.	B 1k1
C 1	S	Das Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach ist fertig gestellt.	C 1k1
C 2	S	Die Umsetzungsplanung für das Radwegekonzept ist abgeschlossen.	

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Durchführung einer umfassenden Organisationsuntersuchung für den Fachbereich Verkehr & Straßen.	25 %
A 2.1	S	Aktive Begleitung von Großprojekten wie der Mitarbeit im Agglo-Programm Basel, der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke und dem Viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn durch Teilnahme an den entsprechenden Arbeitsgruppen etc.	100 %
B 1.1	S	Durchführung einer umfassenden Verkehrserhebung in 2013/2014.	50 %
B 1.2	S	Erstellung einer Nahverkehrsentwicklungsplanung in 2013/2014.	
B 1.3	S	Neufassung des Nahverkehrsplans bis 2016.	ja
C 1.1	S	Fertigstellung des Radwegekonzept Frühjahr 2013.	80 %
C 1.2	S	Priorisierung und Vorplanung der Umsetzung der Maßnahmen des Radwegekonzepts.	0 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Fertigstellung Organisationsuntersuchung	-	-	Eins von vier SG wurde abschließend untersucht.
B 1 k1	S	Nahverkehrsplan neuerstellt/fortgeschrieben	2016		voraussichtlich plangemäß
C 1 k1	S	Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach	2013	2014	unzureichende Zuarbeit des beauftragten Büros

GESAMTBETRACHTUNG

Produkt 51.10.15 Verkehrsplanung; Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung
Das Ziel der Fertigstellung eines neuen NVP für den Landkreis Lörrach in 2015/2016 wird voraussichtlich erreicht. In 2013 wurde die Verkehrsdatenerhebung vergeben und begonnen. Außerdem wurde ein Büro zur Begleitung der Nahverkehrsplanung beauftragt. Das erste Zwischenziel im Rahmen des Prozesses wurde mit dem Beschluss zur Linienbündelung Anfang 2014 erreicht.
Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke steht die Beauftragung der Phasen 3 und 4 noch aus.
Das Radwegekonzept konnte in 2013 zwar fertiggestellt und beschlossen werden. Die Übersendung der Gemeindesteckbriefe erfolgt aufgrund unzureichender Zuarbeit des beauftragten Büros jedoch erst in 2014.
Beim viergleisigen Ausbau der Oberrheinstrecke wurde die beauftragte Eisenbahnbetriebswirtschaftliche Untersuchung abgeschlossen. Die Ergebnispräsentation fand im ersten Quartal 2014 statt.

Teilergebnisrechnung

Räumliche Planung **51.10**

Walter Holderried, Erster Landesbeamter - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
11	-	Personalaufwendungen	8.899,99-	30.568-	25.663,54-	4.904,01	0	30.000,00-	34.904,01-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18,17-	70-	124,91-	55,31-	0	0	55,31	0
16	-	Transferaufwendungen	276.905,00-	290.000-	276.839,00-	13.161,00	0	0	13.161,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	140.035,64-	377.687-	383.059,36-	5.371,88-	0	152.000,00-	146.628,12-	102.500,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	425.858,80-	698.325-	685.686,81-	12.637,82	0	182.000,00-	194.637,82-	102.500,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	425.858,80-	698.325-	663.186,81-	35.137,82	0	182.000,00-	217.137,82-	102.500,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	943,84-	8.554-	7.964,93-	588,82	0	0	588,82-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	219,77-	2.002-	1.578,05-	424,10	0	0	424,10-	0
54	-	Aufwand für IuK	127,29-	990-	697,19-	292,79	0	0	292,79-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	450,90-	2.676-	1.273,41-	1.403,06	0	0	1.403,06-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	75,83-	13.507-	11.389,65-	2.117,67	0	0	2.117,67-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.817,63-	27.730-	22.903,23-	4.826,44	0	0	4.826,44-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	427.676,43-	726.054-	686.090,04-	39.964,26	0	182.000,00-	221.964,26-	102.500,00-

Teilfinanzrechnung

Räumliche Planung **51.10**

Walter Holderried, Erster Landesbeamter - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	388.754,57-	698.325-	737.191,59-	38.866,96-	0	182.000,00-	143.133,04-	102.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	388.754,57-	698.325-	714.691,59-	16.366,96-	0	182.000,00-	165.633,04-	102.500,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	388.754,57-	698.325-	714.691,59-	16.366,96-	0	182.000,00-	165.633,04-	102.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	388.754,57-	698.325-	714.691,59-	16.366,96-	0	182.000,00-	165.633,04-	102.500,00-

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

SCHLÜSSELPRODUKTZIELE	Messgröße
Im Jahr 2016 liegt die Neufassung des Nahverkehrsplans vor. Hierzu finden in den Jahren 2013/2014 eine umfassende Verkehrserhebung sowie die Entwicklung eines Nahverkehrsplanes statt.	
Bis Frühjahr 2013 liegt ein Radwegekonzept für den Landkreis lörrach, als Grundlage für weitere Verbesserungen und Entwicklungen unter besonderer Berücksichtigung grenzüberschreitender Wege vor.	
In 2013 wird eine Priorisierung und Vorplanung der Maßnahmen aus dem Radwegekonzept erstellt.	

MAßNAHMEN	Umsetzungsgrad
Ausschreibung und Vergabe eines Auftrags für die Verkehrserhebung an ein externes Beratungsunternehmen	100 %
Koordination und fachliche Begleitung des Beratungsunternehmens bei der Erstellung des Nahverkehrsentwicklungsplans durch Sitzungen	100 %
Fertigstellung des Radwegekonzepts.	80 %
Festlegung des weiteren Vorgehens bzw. Planung der umsetzung des Radwegekonzepts.	10 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 51.10.15- 01	Motorisierungsgrad Landkreis Lörrach	770,0	684,2	
K 51.10.15- 02	Motorisierungsgrad Land Baden-Württemberg	673,0	675,9	
K 51.10.15- 03	Benutzerfrequenz ÖPNV Landkreis Lörrach (ÖPNV-Fahrten/EW)	108,2	112,5	
K 51.10.15- 05	Zuwachsrate Motorisierungsdrad (in %)	25,9	11,8	
K 51.10.15- 06	Zuwachsrate ÖPNV-Benutzerfrequenz (in %)	60,9	67,4	

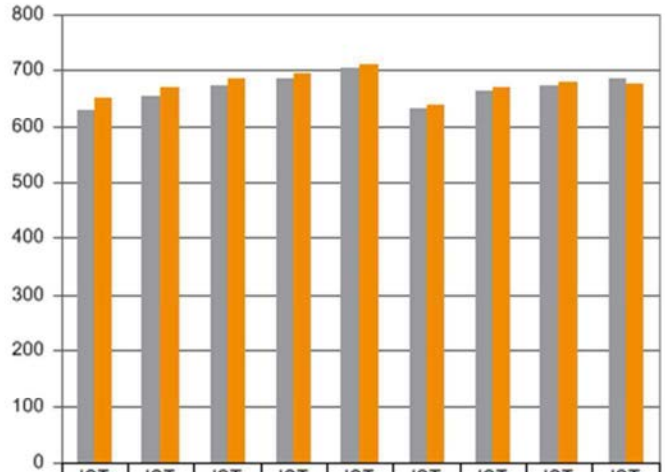
Gesamtbetrachtung

In 2013 konnte planmäßig mit der umfassenden Verkehrsdatenerhebung begonnen werden. Darin wird das tatsächliche Nutzerverhalten dargestellt. Außerdem wurden die wesentlichen Vorarbeiten für den im März 2014 gefassten Linienbündelungsbeschluss geleistet. Die Beschlussfassung zum neuen Nahverkehrsplan ist für 2015/2016 vorgesehen. Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke steht die Beauftragung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung weiterhin aus.
Die Fertigstellung des Radwegekonzeptes verzögerte sich auch in 2013 aufgrund eines personellen Wechsels bei der zuständigen Sachbearbeitung und dadurch bedingter zeitweiser Vakanz. Ein weiterer Grund für die zeitliche Verzögerung ist unzureichende Zuarbeit des Planungsbüros, was einen erheblichen internen Nachbearbeitungsaufwand verursacht hat. Das Konzept bildet einen wichtigen Baustein im Rahmen der Erreichung des Wirkungsziels der Schaffung eines verbesserten Radwegenetzes im Landkreis Lörrach. Darin wird einerseits der aktuelle Zustand der Radwege beschrieben, Lücken werden aufgedeckt und Handlungsbedarf zu deren Schließung wird aufgezeigt. Zudem werden alle vorgeschlagenen Maßnahmen priorisiert. Im Anschluss findet die Umsetzung des Konzepts statt (PG 54.20).Die Versendung der Gemeindesteckbriefe, die eine Auflistung der empfohlenen Maßnahmen enthalten werden, erfolgt noch im ersten Drittel 2014.
Aufgrund der nur teilweise erfolgten Umsetzung der Projekte, wurden nicht alle Ziele des Schlüsselprodukts in 2013 erreicht. Daher wurden auch nicht alle geplanten Mittel abgerufen.

Schlüsselprodukt Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung **51.10.15**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

Motorisierungsgrad Land und LK Lörrach im Vergleich (KFZ je 1.000 EW)



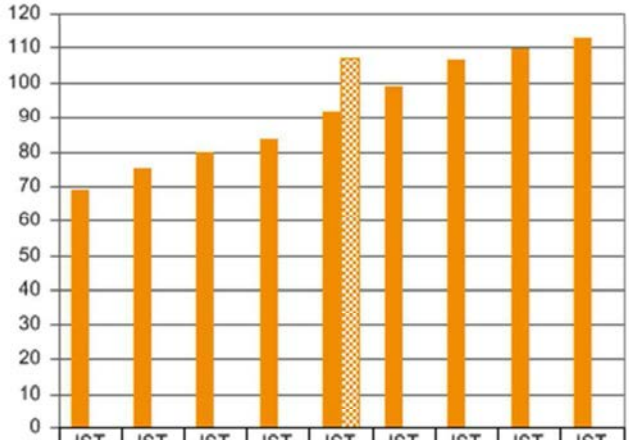
	IST 1999	IST 2001	IST 2003	IST 2005	IST 2007	IST 2009	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Motorisierungsgrad Landkreis Lörrach	630	654	673	686	705	632	663	674	684
Motorisierungsgrad Land Baden-Württemberg	653	672	685	695	710	639	670	679	676

Das Diagramm zeigt, dass der Motorisierungsgrad im Landkreis Lörrach weiterhin steigt, wenn auch weniger stark als in den vergangenen Jahren. Dieser Trend zeigt sich auch im Landesdurchschnitt. Im Jahr 2013 liegt der Motorisierungsgrad im Landkreis Lörrach erstmals über dem Landesdurchschnitt. Dies lässt auch Rückschlüsse auf eine gute ÖPNV-Anbindung eines großen Teils der Bevölkerung zu und bestärkt den Landkreis, den ÖPNV auch weiterhin zu fördern und zu stärken.

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung Schlüsselprodukt

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

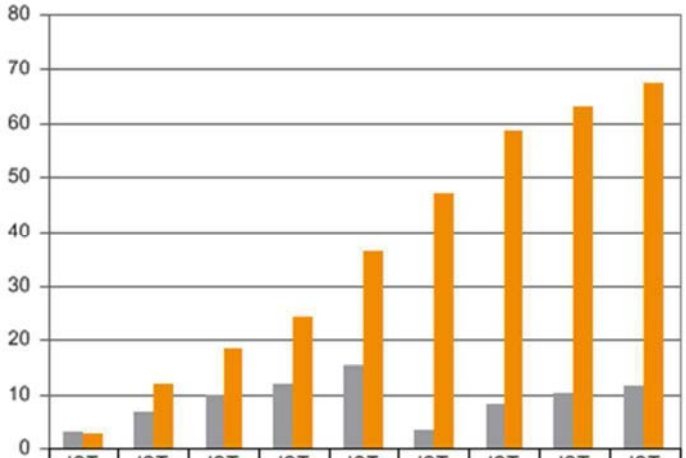
ÖPNV-Benutzerfrequenz beim Land und Landkreis im Vergleich



	IST 1999	IST 2001	IST 2003	IST 2005	IST 2007	IST 2009	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Benutzerfrequenz ÖPNV Landkreis Lörrach (ÖPNV-Fahrten/EW)	69	75	80	84	92	99	107	110	113
Benutzerfrequenz ÖPNV Land Baden-Württemberg (ÖPNV-Fahrten/EW)	0	0	0	0	107	0	0	0	0

Bei der Entwicklung der ÖPNV-Benutzerfrequenz zeigt sich erfreulicherweise eine kontinuierliche Zunahme der ÖPNV-Fahrten je Einwohner im Landkreis Lörrach.

Zuwachsrate von Motorisierungsgrad und ÖPNV im LK Lörrach (Basis 1997)
- in % -



	IST 1999	IST 2001	IST 2003	IST 2005	IST 2007	IST 2009	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Zuwachsrate Motorisierungsdrad (in %)	3	7	10	12	15	3	8	10	12
Zuwachsrate ÖPNV-Benutzerfrequenz (in %)	3	12	18	24	36	47	59	63	67

Aus den aktuellen Zahlen geht hervor, dass die Zuwachsrate im ÖPNV stetig und deutlich über der des Motorisierungsgrades liegt. Dies ist unter anderem auf die Planungen des Landkreises Lörrach in Zusammenarbeit mit dem RVL zurückzuführen.

Teilergebnisrechnung Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung **51.10.15**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.576,53-	23.723-	18.772,43-	4.950,74	0	30.000,00-	34.950,74-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18,17-	70-	124,91-	55,31-	0	0	55,31	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	140.035,64-	377.687-	383.059,36-	5.371,88-	0	152.000,00-	146.628,12-	102.500,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	142.630,34-	401.480-	401.956,70-	476,45-	0	182.000,00-	181.523,55-	102.500,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	142.630,34-	401.480-	379.456,70-	22.023,55	0	182.000,00-	204.023,55-	102.500,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	943,84-	7.965-	7.363,75-	601,33	0	0	601,33-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	219,77-	2.002-	1.578,05-	424,10	0	0	424,10-	0
54	-	Aufwand für IuK	127,29-	990-	697,19-	292,79	0	0	292,79-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	450,90-	2.676-	1.273,41-	1.403,06	0	0	1.403,06-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	75,83-	13.503-	11.388,82-	2.114,06	0	0	2.114,06-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.817,63-	27.137-	22.301,22-	4.835,34	0	0	4.835,34-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	144.447,97-	428.617-	401.757,92-	26.858,89	0	182.000,00-	208.858,89-	102.500,00-

Teilfinanzrechnung Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung **51.10.15**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	0	0	22.500,00	22.500,00	0	0	22.500,00-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	105.526,11-	401.480-	453.461,48-	51.981,23-	0	182.000,00-	130.018,77-	102.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	105.526,11-	401.480-	430.961,48-	29.481,23-	0	182.000,00-	152.518,77-	102.500,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	105.526,11-	401.480-	430.961,48-	29.481,23-	0	182.000,00-	152.518,77-	102.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	105.526,11-	401.480-	430.961,48-	29.481,23-	0	182.000,00-	152.518,77-	102.500,00-

54.20 Kreisstraßen

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung, Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach ist sichergestellt.	Verkehrsteilnehmer und Einwohner/-innen im Landkreis Lörrach
C	S	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB
B		Die Infrastrukturanlagen im Landkreis Lörrach sind in ihrer Substanz erhalten.	Landkreis Lörrach, Verkehrsteilnehmer und Einwohner/-innen im

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Zeitnahe, anforderungsgerechte Umsetzung aller Leistungen der betriebl. Unterhaltung (UI) nach „Leistungsheft für den Straßenbetriebsdienst.	A 1k1
A 2	S	Umsetzung des in 2012 fortgeschriebenen Kreisstraßenbauprogramms: zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 oder schlechter weniger als 25 % betragen. zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 oder schlechter weniger als 50 %betragen. Zum 31.12.2014 soll die durchschnittliche	A 2 k1, A 2 k2, A 2 k3
A 3	S	Detailplanung und schrittweise Umsetzung der Teilumgehung Rümmingen in den Jahren	
C 1	S	Das Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach wird schrittweise umgesetzt.	C 1k1
B 1		Erfassung aktueller Zustand Kreisstraßen (alle fünf Jahre) u. Bauwerke (alle sechs Jahre) im regelmäßigen Turnus. Fortschreibung Kreisstraßenbauprogramm zur	B 1k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Vollständige Durchführung von zwei Pflegegängen in der Grasmahd bis zum 30.11.2013 (Erster Pflegegang: Intensivbereich, zweiter Pflegegang: Intensiv- und Extensivbereich).	90 %
A 1.2	S	Überarbeitung der Routenplanung für die Grünpflege und Neukozeption des Ressourceneinsatzes in den Meistereibezirken.	0 %
A 2.1	S	Abschluss der geplanten Deckenerneuerungen bis zum 30.10.2012 unter Einhaltung des	100 %
A 2.2	S	Bereitstellung ausweichender finanzieller Ressourcen für lfd. Deckenerneuerungen/-	80 %
C 1.1	S	Die Maßnahmen aus dem Radwegekonzept werden ab 2014 umgesetzt.	ja %
B 1.1		Bauwerkshauptprüfungen nach DIN 1076 im Jahr 2014 (ca. 42.000 EUR).	0 %
B 1.2		Regelmäßig wiederkehrende (alle fünf Jahre) Zustandserfassung (und -bewertung) der Kreisstraßen im Jahr 2015 (ca. 55.000 EUR).	- %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Gesamtstrecke mit vollst. durchgeführter Grasmahd (in %)	90	90	
A 2 k1	S	Anteil Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 (in %)	-	-	
A 2 k2	S	Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 (in %)	-	-	
A 2 k3	S	Durchschnittliche Bauwerksnote	-	-	
C 1 k1	S	Radwegekonzept liegt vor (Ja/Nein)	ja	nein	2013 konnte noch keine Priorisierung erfolgen.
B 1 k1		Bauwerkshauptprüfung ist erfolgt (Ja/Nein)	0	nein	BW-Hauptprüfung 2014, Zustandserfassung K-Straßen

GESAMTBETRACHTUNG

Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern.
Neben den Kreisstraßen stellen die Radwege des Landkreises eine wichtige Verkehrsinfrastruktur dar.

Im Anbetracht des derzeitigen Ausbauzustandes der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung sowie der Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur. Für die Erhaltung hat das SG Straßen im Jahr 2013 vier Deckensanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen des Landkreises Lörrach nach dem Kreisstraßenbau- und –erhaltungsprogram 2011-2015 durchgeführt.
Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden darüber hinaus die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt.

Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur wurde in 2013 mit der Ausschreibung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Teilortsumgehung Rümmingen begonnen.
Zur Verbesserung der Situation für Radfahrer wurde die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Märkt weiter vorangetrieben. Baubeginn ist voraussichtlich Herbst 2014.
Durch die beiden o.g. Maßnahmen kommen in den nächsten Jahren größere Investitionen auf den Landkreis zu.

Teilergebnisrechnung

Kreisstraßen **54.20**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	2.430.563,33	2.404.191	2.518.458,25	114.267,21	0	0	114.267,21-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	75,14	8.452	2.932,04	5.520,44-	0	0	5.520,44	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.778,40	1.119	40.936,47	39.817,47	0	0	39.817,47-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	62.906,38	5.000	78.381,74	73.381,74	0	0	73.381,74-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	14,99	0	3.860,96	3.860,96	0	0	3.860,96-	0
10	=	Ordentliche Erträge	2.501.338,24	2.418.763	2.644.569,46	225.806,94	0	0	225.806,94-	0
11	-	Personalaufwendungen	910.252,14-	1.054.867-	1.042.083,99-	12.782,88	0	0	12.782,88-	12.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.226.042,46-	1.437.719-	1.422.585,81-	15.133,19	77.230,98	147.100,00-	85.002,21-	50.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	361.817,58-	377.360-	370.014,97-	7.345,23	0	0	7.345,23-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.771,71-	44.506-	47.551,47-	3.045,67-	0	0	3.045,67	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.541.883,89-	2.914.452-	2.882.236,24-	32.215,63	77.230,98	147.100,00-	102.084,65-	62.000,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	40.545,65-	495.689-	237.666,78-	258.022,57	77.230,98	147.100,00-	327.891,59-	62.000,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	74,92-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	101.891,22-	126.658-	121.808,73-	4.849,08	0	0	4.849,08-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	14.203,15-	51.309-	25.774,76-	25.533,92	0	0	25.533,92-	0
54	-	Aufwand für IuK	7.662,01-	12.405-	14.573,26-	2.168,38-	0	0	2.168,38	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	27.139,42-	54.288-	57.551,36-	3.263,44-	0	0	3.263,44	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	83.192,72-	94.874-	93.257,41-	1.616,67	0	0	1.616,67-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	234.163,44-	339.533-	312.965,52-	26.567,85	0	0	26.567,85-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	274.709,09-	835.223-	550.632,30-	284.590,42	77.230,98	147.100,00-	354.459,44-	62.000,00-

Teilfinanzrechnung

Kreisstraßen **54.20**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.281.706,93	2.175.671	2.433.025,66	257.354,18	0	0	257.354,18-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.193.971,64-	2.572.045-	2.566.973,97-	5.071,26	77.230,98	147.100,00-	74.940,28-	62.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	87.735,29	396.374-	133.948,31-	262.425,44	77.230,98	147.100,00-	332.294,46-	62.000,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	57.491,08	146.200	47.299,00	98.901,00-	0	0	98.901,00	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	30,50	0	4.593,45	4.593,45	0	0	4.593,45-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	57.521,58	146.200	51.892,45	94.307,55-	0	0	94.307,55	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	70.000-	0	70.000,00	0	60.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.248,70-	306.000-	255.021,44-	50.978,56	63.132,44-	284.355,00-	398.466,00-	398.466,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	263.959,32-	482.100-	401.987,35-	80.112,65	14.098,54-	11.366,81-	105.578,00-	105.578,00-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	15.000-	0	15.000,00	0	0	15.000,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	275.208,02-	873.100-	657.008,79-	216.091,21	77.230,98-	355.721,81-	649.044,00-	634.044,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	217.686,44-	726.900-	605.116,34-	121.783,66	77.230,98-	355.721,81-	554.736,45-	634.044,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	129.951,15-	1.123.274-	739.064,65-	384.209,10	0	502.821,81-	887.030,91-	696.044,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	129.951,15-	1.123.274-	739.064,65-	384.209,10	0	502.821,81-	887.030,91-	696.044,00-

54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

SCHLÜSSELPRODUKTZIELE	Messgröße
Umsetzung von Erhaltungsmaßnahmen im Umfang von insgesamt 3,32 Mio. EUR bis Ende 2015, davon: Deckenerneuerungen auf ca. 20 km Kreisstraßen-Teilstrecken in den Zustandsklassen „sehr schlechter Zu- stand“ und „schlechter Zustand“ (2,5 Mio. EUR); Sanierung von 9 Brücken (0,3 Mio. EUR); Überbauerneuerung an 4 Brücken (0,52 Mio. EUR)	
Planung der Teilumgehung Rümmingen und der Radwegebrücke Märkt	
Optimierung des ca. 845 km umfassende Radverkehrsnetz im LK Lörrach, auf Basis eines Radverkehrskonzeptes, durch die fortlaufende Umsetzung punktueller Maßnahmen an den kreiseigenen Radwegen (aktuell 21km) sowie unter besonderer Berücksichtigung grenzüberschreitender Pläne und	

MAßNAHMEN	Umsetzungsgrad
Beschluss des Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramms 2011-2015 und Berücksichtigung in der mittelfristigen Finanzplanung	100 %
Jährliche Mittelbereitstellung und Umsetzung der Maßnahmen entsprechend der im Kreisstraßenerhaltungs- und bauprogramm	100 %
Erstellung eines Maßnahmeplans bis 31.12.2013 auf Basis der Empfehlungen und Prioritäten aus dem Radverkehrswegekonzept und der dafür bewilligten finanziellen Mittel	1 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 54.20.01- 01	Unterhaltung&Instandsetzung Gemeinschaftsaufwand (UI-GA) Anteil Kreis je Betriebs–km	0,0	5.932,7	
K 54.20.01- 02	Unterhaltung&Instandsetzung Direktaufwand (UI-DA) Anteil Kreis je Betriebs–km	0,0	712,2	
K 54.20.01- 03	Straßenunterhaltung Gesamtaufwand (GA+DA) Anteil Kreis je Betriebs–km	0,0	6.644,8	

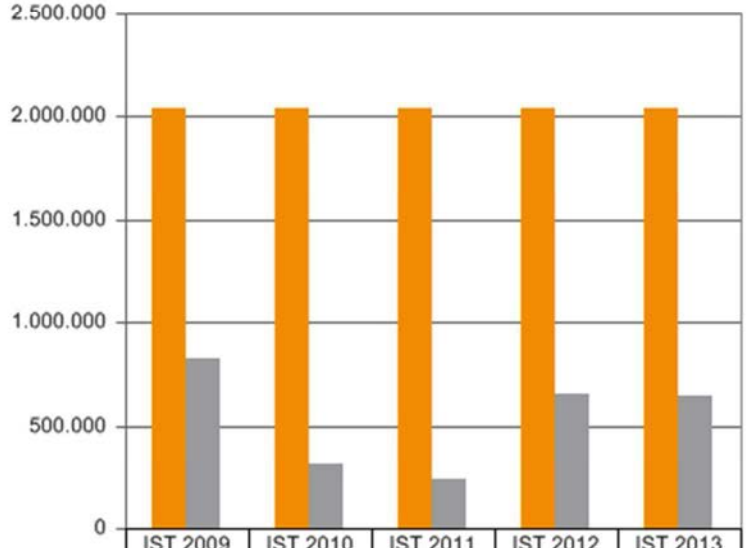
Gesamtbetrachtung

Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern.
Neben den Kreisstraßen stellen die Radwege des Landkreises eine wichtige Verkehrsinfrastruktur dar.
In Anbetracht des derzeitigen Ausbauzustandes der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung sowie der Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur. Für die Erhaltung hat das SG Straßen im Jahr 2013 Deckensanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen des Landkreises Lörrach nach dem Kreisstraßenbau- und –erhaltungsprogram 2011-2015 durchgeführt.
Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden u.a. die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt.
Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur wurde mit der Ausschreibung der Planung der Teilortsumgehung Rümmingen begonnen.
Für die Verbesserung der Situation für Radfahrer wurde die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Märkt weiter vorangetrieben. Der Baubeginn soll voraussichtlich in 2014 erfolgen.
Durch die beiden o.g. Maßnahmen kommen in den nächsten Jahren größere Investitionen auf den Landkreis zu.
Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen langfristig nicht aus, um eine Verschlechterung des Straßenzustandes zu verhindern.
Um die Kreisstraßen im Landkreis in dem Zustand zu erhalten, den sie zurzeit haben, müssten ca. 2 Mio. €pro Jahr für die Erhaltung der Straßen zur Verfügung gestellt werden.

Schlüsselprodukt Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen **54.20.01**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

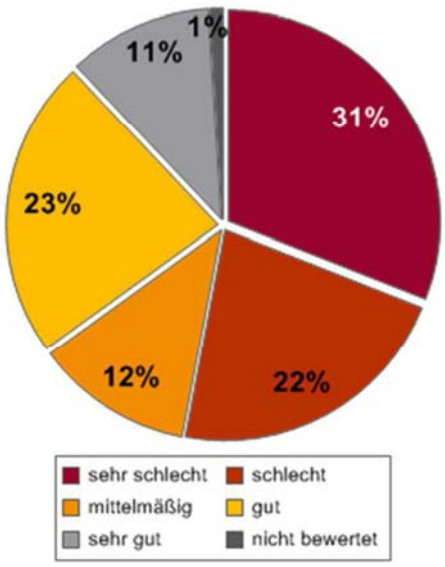
Soll-Ist-Vergleich Erhaltungsmittel Kreisstraßen (in EUR)



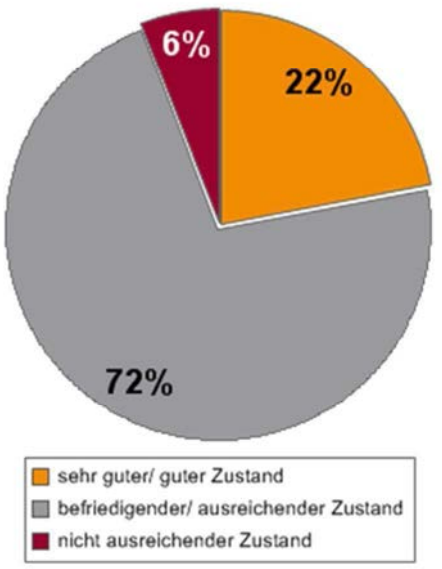
	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Erhaltungsbedarf LK LÖ	2.036.000	2.036.000	2.036.000	2.036.000	2.036.000
Erhaltungsaufwand (bauliche Unterhaltung) LK LÖ	827.418	313.222	242.836	649.844	646.057

Das Diagramm zeigt die zum Substanzerhalt benötigten Mittel für das Kreisstraßennetz im Vergleich zu den tatsächlich bereitgestellten Erhaltungsmitteln für die letzten fünf Jahre auf. Es zeigt sich deutlich, dass die zum Substanzerhalt notwendigen Mittel nicht annähernd zur Verfügung gestellt wurden. Die Folgen daraus wurden bereits bei der Zustandserfassung in 2009/ 2010 deutlich: Über 50% der Kreisstraßen befanden sich bereits damals in „schlechtem“ oder „sehr schlechtem“ Zustand. In den Jahren 2014/2015 soll wieder eine Zustandserfassung durchgeführt werden, bei der sich die Entwicklung zeigen wird.

Zustand Kreisstraßen (2009/ 2010)



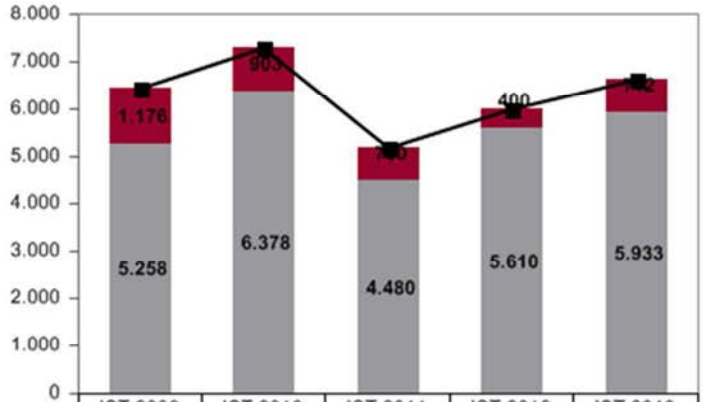
Zustand der Ingenieurbauwerke (2008)



54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen Schlüsselprodukt

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

Straßenunterhaltung gesamt (in EUR je Betriebs-km)



	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Unterhaltung&Instandsetzung Gemeinschaftsaufwand (UI-GA) Anteil Kreis je Betriebs–km	5.258	6.378	4.480	5.610	5.933
Unterhaltung&Instandsetzung Direktaufwand (UI-DA) Anteil Kreis je Betriebs–km	1.176	903	700	400	712
Straßenunterhaltung Gesamtaufwand (GA+DA) Anteil Kreis je Betriebs–km	6.434	7.281	5.180	6.010	6.645

Die Zahlen verdeutlichen, dass der Gesamtunterhaltungsaufwand je Betriebs-km Kreisstraße seit dem Tiefstand von 5.180 EUR/B-km (2011) kontinuierlich steigt. Grundsätzlich gilt, je weniger Maßnahmen regelmäßig in der Straßenerhaltung durchgeführt werden, umso höher ist der Unterhaltungsaufwand (z.B. provisorische Schlaglochbeseitigung, Beseitigung von Rissen etc.). Der Unterhaltungsaufwand setzt sich zusammen aus einem kleineren Teil Direktaufwendungen (also Aufwendungen, die direkt einem der drei Baulastträger (Bund, Land, Kreis) zugerechnet werden können) und den sog. Gemeinschaftsaufwendungen, die den überwiegenden Teil ausmachen und alle drei Baulastträger gemeinschaftlich betreffen.

Teilergebnisrechnung Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen **54.20.01**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	2.430.563,33	2.404.191	2.518.458,25	114.267,21	0	0	114.267,21-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	75,14	8.452	2.932,04	5.520,44-	0	0	5.520,44	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.778,40	1.119	40.936,47	39.817,47	0	0	39.817,47-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	62.906,38	5.000	78.381,74	73.381,74	0	0	73.381,74-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	14,99	0	3.860,96	3.860,96	0	0	3.860,96-	0
10	=	Ordentliche Erträge	2.501.338,24	2.418.763	2.644.569,46	225.806,94	0	0	225.806,94-	0
11	-	Personalaufwendungen	910.252,14-	1.054.867-	1.042.083,99-	12.782,88	0	0	12.782,88-	12.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.226.042,46-	1.437.719-	1.422.585,81-	15.133,19	77.230,98	147.100,00-	85.002,21-	50.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	361.817,58-	377.360-	370.014,97-	7.345,23	0	0	7.345,23-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.771,71-	44.506-	47.551,47-	3.045,67-	0	0	3.045,67	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.541.883,89-	2.914.452-	2.882.236,24-	32.215,63	77.230,98	147.100,00-	102.084,65-	62.000,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	40.545,65-	495.689-	237.666,78-	258.022,57	77.230,98	147.100,00-	327.891,59-	62.000,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	74,92-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	101.891,22-	126.658-	121.808,73-	4.849,08	0	0	4.849,08-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	14.203,15-	51.309-	25.774,76-	25.533,92	0	0	25.533,92-	0
54	-	Aufwand für IuK	7.662,01-	12.405-	14.573,26-	2.168,38-	0	0	2.168,38	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	27.139,42-	54.288-	57.551,36-	3.263,44-	0	0	3.263,44	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	83.192,72-	94.874-	93.257,41-	1.616,67	0	0	1.616,67-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	234.163,44-	339.533-	312.965,52-	26.567,85	0	0	26.567,85-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	274.709,09-	835.223-	550.632,30-	284.590,42	77.230,98	147.100,00-	354.459,44-	62.000,00-

Teilfinanzrechnung Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen **54.20.01**

Anne Wurmitzer, FBL Verkehr & Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.281.297,53	2.175.671	2.433.025,66	257.354,18	0	0	257.354,18-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.193.971,64-	2.572.045-	2.566.973,97-	5.071,26	77.230,98	147.100,00-	74.940,28-	62.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	87.325,89	396.374-	133.948,31-	262.425,44	77.230,98	147.100,00-	332.294,46-	62.000,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	57.491,08	146.200	47.299,00	98.901,00-	0	0	98.901,00	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	30,50	0	4.593,45	4.593,45	0	0	4.593,45-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	57.521,58	146.200	51.892,45	94.307,55-	0	0	94.307,55	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	70.000-	0	70.000,00	0	60.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.248,70-	306.000-	255.021,44-	50.978,56	63.132,44-	284.355,00-	398.466,00-	398.466,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	263.959,32-	482.100-	401.987,35-	80.112,65	14.098,54-	11.366,81-	105.578,00-	105.578,00-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	15.000-	0	15.000,00	0	0	15.000,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	275.208,02-	873.100-	657.008,79-	216.091,21	77.230,98-	355.721,81-	649.044,00-	634.044,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	217.686,44-	726.900-	605.116,34-	121.783,66	77.230,98-	355.721,81-	554.736,45-	634.044,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	130.360,55-	1.123.274-	739.064,65-	384.209,10	0	502.821,81-	887.030,91-	696.044,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	130.360,55-	1.123.274-	739.064,65-	384.209,10	0	502.821,81-	887.030,91-	696.044,00-

57.10 Wirtschaftsförderung

Ziele & Kennzahlen

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik – Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Das grenzüberschreitende ÖPNV Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und benutzerorientiert weiterentwickelt.	Gemeinden, Landkreis, jurist. Personen d. priv. u. öffentl. Rechts (Bürger/-innen, Unternehmen, Vereine; auch im grenznahen Ausland)
B	S	Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend und im TEB für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion	
C	S	Der Landkreis fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D-CH-F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.	
D	S	Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum.	

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Der TEB-Gesamtverkehrsplan wird unter Mitwirkung des Landkreises fortgeschrieben u. ist Grundlage für die Weiterentwicklung/ Fortschreibung der nationalen	
A 2	S	Bedarfsgerechter Ausbau und Abstimmung des grenzüberschreitenden ÖPNV-Angebots unter besonderer Berücksichtigung des Themas Park %26 Ride (Bike %26 Ride) -	
B 1	S	Die regionale Identität ist über die nationalen Grenzen hinweg gestärkt. Das Zusammenwachsen der Region ist u. a. baulich sichtbar	
B 2	S	Die Regional- und Raumplanung im Bereich des TEB ist enger aufeinander abgestimmt.	
C 1	S	Aufdeckung von Problempunkten des aktuellen Leistungsangebots (Gesundheitsversorgung) zwischen D-F.	
C 2	S	Aushandlung administrativen u. juristischen Voraussetzungen für eine Nutzung der Gesundheitsleistungen der drei Länder im TEB.	
D 1	S	Nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum.	D 1k1, D 1k2

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Auswertung TEB-Projekt „Stärkung des ÖPNV u. der kombinierten Mobilität“, Einbringung kreiseigener Belange.	100 %
A 2.1	S	Grenzüberschreitende Ticket- und Tarifkooperationen.	5 %
B 2.1	S	Teilnahme am INTEREG-Projekt IBA Basel 2020 und Initiierung/ Teilnahme kreiseigener und grenzüberschreitender Projekte.	33 %
B 2.2	S	Bereitstellung kreiseigener Mittel für Projekte.	100 %
C 1.1	S	Analyse und Darstellung der IST Situation und Benennung der Problempunkte.	%
C 2.1	S	Verhandlungen mit Kostenträgern u. Leistungserbringern über die Ausgestaltung, Anerkennung und die Finanzierbarkeit grenzüberschreitend erbrachter medizinischer	%
D 1.1	S	Finanzielle Förderung zukunftsorientier und nachhaltiger Projekte und Maßnahmen (Breitbandversorgung, Tourismus, ÖPNV, Landschaftsoffenhaltung u. Landbewirtschaftung, regenerative Energien, ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.	100 %
D 1.2	S	Effiziente Bearbeitung und Koordination von Förderprogrammenm, Beratung zu Fördermöglichkeiten und Einbringung landkreiseigener Anträge (INTERREG,	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
D 1 k1	S	Strukturförderung Anzahl Projekte/Fördersumme	0	4 Projekte / 27.120 EUR	Zwei gemeindliche Entwicklungskonzeptionen finanziert
D 1 k2	S	Sonstige Förderungen Anzahl Projekte/Fördersumme	0	22 Projekte / 1.292.000	

GESAMTBETRACHTUNG

Die Projekte kommen mit gewünschter Geschwindigkeit voran und auch die entsprechenden Zielerreichungsgrade halten sich im Rahmen des vorgesehenen. Zum Thema grenzüberschreitende Gesundheitskooperation wurde keine Bewertung abgegeben, da das Projekt neu in Verantwortlichkeit und Haushalt der Kliniken verortet wird.

Teilergebnisrechnung

Wirtschaftsförderung **57.10**

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.531,83	0	2.845,93	2.845,93	0	0	2.845,93-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.574,65	0	3.209,20	3.209,20	0	0	3.209,20-	0
10	=	Ordentliche Erträge	12.106,48	0	6.055,13	6.055,13	0	0	6.055,13-	0
11	-	Personalaufwendungen	238.337,21-	226.234-	285.302,00-	59.067,67-	0	0	59.067,67	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.024,59-	1.600-	1.149,40-	450,68	0	0	450,68-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	6.005,17-	5.600-	7.352,95-	1.752,95-	0	0	1.752,95	0
16	-	Transferaufwendungen	175.413,58-	363.000-	168.705,47-	194.294,53	20.000,00	46.600,00-	220.894,53-	22.900,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.117,43-	103.150-	52.514,95-	50.635,13	0	0	50.635,13-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	474.897,98-	699.584-	515.024,77-	184.559,72	20.000,00	46.600,00-	211.159,72-	22.900,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	462.791,50-	699.584-	508.969,64-	190.614,85	20.000,00	46.600,00-	217.214,85-	22.900,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	18.432,41-	14.737-	35.506,06-	20.769,27-	0	0	20.769,27	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	17.338,86-	15.896-	16.532,26-	636,63-	0	0	636,63	0
54	-	Aufwand für IuK	8.973,36-	8.026-	7.332,52-	693,04	0	0	693,04-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	31.856,32-	33.233-	28.077,74-	5.155,50	0	0	5.155,50-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	76.600,95-	71.891-	87.448,58-	15.557,36-	0	0	15.557,36	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	539.392,45-	771.476-	596.418,22-	175.057,49	20.000,00	46.600,00-	201.657,49-	22.900,00-

Teilfinanzrechnung

Wirtschaftsförderung **57.10**

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	7.531,83	0	2.832,81	2.832,81	0	0	2.832,81-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	458.119,15-	693.984-	477.442,16-	216.542,33	20.000,00	46.600,00-	243.142,33-	22.900,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	450.587,32-	693.984-	474.609,35-	219.375,14	20.000,00	46.600,00-	245.975,14-	22.900,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	17.382,00-	0	20.000,00-	20.000,00-	20.000,00-	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.382,00-	0	20.000,00-	20.000,00-	20.000,00-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	17.382,00-	0	20.000,00-	20.000,00-	20.000,00-	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	467.969,32-	693.984-	494.609,35-	199.375,14	0	46.600,00-	245.975,14-	22.900,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	467.969,32-	693.984-	494.609,35-	199.375,14	0	46.600,00-	245.975,14-	22.900,00-

Dezernat IV

Verantwortung:	Ausschuss:	**Umweltausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Ulrich Hoehler**

Produktbereich 52 Bauen & Wohnen

52.10	Baurecht*
52.20	Wohnraumförderung
52.30	Denkmalschutzrecht

Produktbereich 55 Natur & Landschaftspflege

55.20	Gewässerschutz
55.40	Naturschutz*
55.50	Waldwirtschaft
55.51	Landwirtschaft

Produktbereich 56 Umweltschutz

56.10	Umweltschutz*
56.20	Arbeitsschutz

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 5

Der Landkreis
- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach
- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 5

Der Landkreis
- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

- sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 52.10**
  - Der Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf wird erhöht.
- **Wirkungsziele 2013 – PG 56.10**
  - Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser, Wind-, Erdwärme, Solar-, Biomasseanlagen) wird erhöht.
  - Förderung des Klima- und Umweltschutzes

Das Strategiethema „Umwelt, Energie und Klimaschutz“ stellt in dieser Form nach wie vor einen neuen Schwerpunkt des Landkreises dar. Im Rahmen des Teilhaushalts 5 sind die Produktgruppen Baurecht und Umweltschutz betroffen. Bei den Maßnahmen im Jahr 2013 handelte es sich um eine Kombination von Normumsetzung, Aktivierung, Beratung und institutionellen Vorhaben.

Die in 2012 geschaffene (Projekt-)Stelle (50 %) zur Umsetzung der Wärmegesetze und der Energie-Einsparverordnung hat sich bewährt. Die im Kreistag vorgestellte Evaluation zeigte, dass über den neu aufgestellten Normvollzug wesentliche Beiträge zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf erneuerbare Energien geleistet werden. Vor diesem Hintergrund hat der Kreistag beschlossen, die Stelle dauerhaft einzurichten, sodass die Beratungs- und Kontrollmaßnahmen fortgeführt werden können.

Die angestrebte verstärkte Unterstützung/Beratung von potenziellen Anlagenbetreibern im Bereich der erneuerbaren Energien konnte zielgemäß erfüllt werden (Datensammlung, Auswertung und Beratungstätigkeiten mit Blick auf Standortsuche und Eignungsprüfung). Ein besonderes Gewicht lag und liegt weiterhin auf der Windkraft, da hier seit 01.01.2013 die neuen kommunalen Planungskompetenzen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung gelten.

Im Frühjahr 2013 hat der Landkreis gemeinsam mit den weiteren Partnern Stadt Lörrach, Stadt Rheinfelden (Baden), Stadt Weil am Rhein, badenova und Energiedienst die Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH gegründet. Nach Auswahl und Bestellung der Geschäftsführung erfolgte Aufbauarbeit sowie der Einstieg in die Informations- und Beratungsaufgabe, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können. Adressaten der Energieagentur sind insbesondere der private Bereich (kostenfreie Erstberatung), aber auch Gewerbe, Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen.

Mit der Energieagentur als Berater ist der Landkreis in das Management- und Zertifizierungsverfahren des European Energy Awards eingestiegen. Die Ist-Analyse, an die sich die energiepolitische Programmerarbeitung anschließen wird, soll bis zum Sommer 2014 abgeschlossen und dann dem Kreistag vorgestellt werden.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

Wirkungsziel 2013 – PG 55.40

- Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.

Über die Maßnahmen in diesem strategischen Schwerpunkt konnten seltene Tier- und Pflanzenarten auf einem größeren Raum erhalten werden, womit der Landkreis einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt leistet. Darüber hinaus sichern Naturschutz und Landschaftsoffenhaltung die Grundlage jedweder Naturnutzung wie auch des für den Landkreis wichtigen Tourismus. Insbesondere gilt dies für Offenhaltungsmaßnahmen, durch die die Kultur- und Erholungslandschaft bewahrt wird. So konnten im Jahr 2013 die Flächen im Landkreis, die von Fördermitteln nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) profitieren, zielgemäß in einem Umfang von 1.100 ha gesichert werden. Insgesamt werden für den Landkreis auf diese Weise Landes- und EU-Mittel in Höhe von jährlich 200.000 EUR bis 300.000 EUR generiert.

Zur konzeptionellen Unterstützung der Artenschutzmaßnahmen wurde im Rahmen der Landkreisstrategie beschlossen, Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten in Auftrag zu geben. Der erste Schritt, das Gutachten zur Erfassung landkreisspezifischer Arten, wurde in 2012 abgeschlossen. Im zweiten Schritt sind in 2013 die Gefährdungsursachen für die landkreisspezifischen Arten und mögliche Abhilfemaßnahmen untersucht worden. Die Ergebnisse wurden in der Sitzung des Umweltausschusses am 19.02.2014 vorgestellt und diskutiert.

Zum 02.01.2013 hat die Geschäftsstelle des neu gegründeten Landschaftserhaltungsverband Landkreis Lörrach (LEV), ihre Arbeit aufgenommen. Beim LEV handelt es sich um eine Einrichtung des Landkreises, der Städte und Gemeinden, der Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz und engagierter Einzelpersonen. Kurz gefasst koordiniert der LEV – mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes Baden-Württemberg – die Landschaftspflegemaßnahmen im Kreisgebiet, berät die Landnutzer bei der Umsetzung der NATURA 2000-Managementpläne und bringt sich bei der Antragstellung für Fortsetzungs- und Neumaßnahmen ein.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

Die im Teilhaushalt 5 im Übrigen zusammengefassten Bereiche bestehen fast ausschließlich aus staatlichen Aufgaben. In erster Linie handelt es sich dabei um dauerhafte Aufgabenerfüllungen. Dementsprechend stellten knapp 90 % der ordentlichen Aufwendungen in den Fachbereichen Umwelt, Baurecht, Waldwirtschaft und Landwirtschaft bzw. in den umfassten neun Produktgruppen Personalkosten dar. Die Gegenfinanzierung erfolgte überwiegend aus Landesmitteln im Zusammenhang mit dem Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz (SoBEG) und dem Finanzausgleichsgesetz (FAG).

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 5	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
52.10	36.792	380.201	343.409	Mehrerträge im Bereich Baugebühren; 240.000 EUR entfallen allein auf die 15 größten Vorhaben.
52.20	-14.683	-16.181	-1.499	
52.30	-37.809	-34.318	3.491	
55.20	-762.775	-693.463	69.313	Minderaufwendungen beim Personal wegen verspäteter Stellenwiederbesetzungen.
55.40	-356.671	-376.628	-19.957	Im gesamten Fachbereich Umwelt weniger gebührenpflichtige Verfahren und damit Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren.
55.50	-1.928.935	-1.734.840	194.095	Die Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus einer Umsatzsteuer-Korrektur und aus der Umsatzsteigerung bei den forstlichen Dienstleistungen.
55.51	-1.337.010	-1.296.628	40.382	Minderaufwendungen im Rahmen der üblichen Budgetschwankungen des Produktgruppenhaushalts.
56.10	-643.841	-642.626	1.215	
56.20	-128.837	-108.135	20.701	Minderaufwendungen beim Personal wegen verspäteter Stellenwiederbesetzungen.
gesamt	**-5.173.769**	**-4.522.619**	**651.150**	

Weiterführende Erläuterungen

Mit rd. 651.000 EUR trägt der Teilhaushalt 5 zum positiven ordentlichen Jahresergebnis 2013 bei. Die größte Position stellen dabei die Mehrerträge bei den Baugenehmigungsgebühren dar, die sich bereits im Jahresverlauf abzeichneten und über die entsprechend in den unterjährigen Zwischenberichten informiert worden ist. Vor diesem Hintergrund wurden die erwarteten Gebühreneinnahmen im Baubereich für den Haushaltsplan 2014 nochmals angepasst. Ein ebenfalls wesentlicher Einmaleffekt ergab sich durch eine Umsatzsteuer-Korrektur bei den forstlichen Dienstleistungen. Minderaufwendungen im Teilhaushalt 5 sind im Wesentlichen auf geringere Personalausgaben zurückzuführen. Diese gingen einerseits mit der Durchführung zahlenmäßig weniger gebührenpflichtiger Verfahren als geplant einher und andererseits mit Mehrarbeit und Überstunden in den jeweiligen Arbeitsbereichen.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
52.20	Rückflüsse aus Ausleihungen	fortlaufend	109.288			13.600	13.612		35.900
XX.XX	Software, bew. Anlagevermögen u. Beteiligungen	fortlaufend				-31.500	-35.705		
Saldo aus Investitionstätigkeit			**109.288**	**0**	**0**	**-17.900**	**-22.093**	**0**	**35.900**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

Bei den Rückflüssen aus Ausleihungen (Produktgruppe Wohnraumförderung) handelt es sich um Darlehen an Wohnungsbaugesellschaften, deren Rückzahlung fortlaufend erfolgt.

Die Auszahlungen in Höhe von 35.705 EUR (Software, bewegliches Anlagevermögen und Beteiligungen) betreffen die Produktgruppe Umweltschutz für folgende Investitionen:

Ersatzbeschaffung „Norsonic“-Lärmmessgerät	10.705 EUR	(Plan: 11.500 EUR)
Beteiligung Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH	25.000 EUR	(Plan: 20.000 EUR)*

*vgl. Beschluss des Kreistags vom 13.03.2013

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.055.831,19	847.335	1.132.691,42	285.356,82	11.300,00	0	274.056,82-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	951.827,04	932.600	1.150.650,57	218.050,57	27.600,00	0	190.450,57-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.850,12	15.000	7.981,79	7.018,21-	0	0	7.018,21	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.231.589,51	1.341.542	1.092.825,60	248.716,04-	0	0	248.716,04	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	617,99	500	507,24	7,24	0	0	7,24-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	97.890,54	66.060	45.683,99	20.376,09-	0	0	20.376,09	0
10	=	Ordentliche Erträge	3.348.606,39	3.203.036	3.430.340,61	227.304,29	38.900,00	0	188.404,29-	0
11	-	Personalaufwendungen	6.668.836,19-	7.344.778-	6.979.904,21-	364.873,59	0	36.000,00-	400.873,59-	29.800,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	208.934,56-	320.485-	329.390,02-	8.904,62-	26.694,76-	13.300,00-	31.090,14-	33.900,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	11.503,69-	8.868-	16.511,72-	7.643,40-	0	0	7.643,40	0
16	-	Transferaufwendungen	41.646,26-	102.637-	108.023,37-	5.386,17-	0	0	5.386,17	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	536.712,17-	600.037-	519.130,09-	80.906,43	8.000,00-	37.900,00-	126.806,43-	25.500,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.467.632,87-	8.376.805-	7.952.959,41-	423.845,83	34.694,76-	87.200,00-	545.740,59-	89.200,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	4.119.026,48-	5.173.769-	4.522.618,80-	651.150,12	4.205,24	87.200,00-	734.144,88-	89.200,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	43.963,49	53.197	85.828,23	32.630,86	0	0	32.630,86-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	146.988,46-	135.943-	103.486,97-	32.456,07	0	0	32.456,07-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.156.160,36-	1.188.993-	1.081.795,00-	107.198,11	0	0	107.198,11-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	649.550,29-	584.630-	611.049,48-	26.419,24-	0	0	26.419,24	0
54	-	Aufwand für IuK	282.294,29-	265.670-	272.816,81-	7.147,00-	0	0	7.147,00	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	542.669,97-	616.414-	556.787,78-	59.626,45	0	0	59.626,45-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.297.441,37-	1.372.675-	1.248.089,59-	124.585,87	0	0	124.585,87-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	4.031.141,25-	4.111.129-	3.788.197,40-	322.931,12	0	0	322.931,12-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	8.150.167,73-	9.284.897-	8.310.816,20-	974.081,24	4.205,24	87.200,00-	1.057.076,00-	89.200,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	3.489.234,34	3.203.036	3.458.559,54	255.523,22	38.900,00	0	216.623,22-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.745.901,93-	8.561.925-	8.158.684,69-	403.240,27	34.694,76-	87.200,00-	525.135,03-	89.200,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.256.667,59-	5.358.889-	4.700.125,15-	658.763,49	4.205,24	87.200,00-	741.758,25-	89.200,00-
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	23.116,08	13.600	13.612,09	12,09	0	0	12,09-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	23.116,08	13.600	13.612,09	12,09	0	0	12,09-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.468,62-	11.500-	10.705,24-	794,76	0	0	794,76-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	20.000-	25.000,00-	5.000,00-	4.205,24-	0	794,76	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.468,62-	31.500-	35.705,24-	4.205,24-	4.205,24-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	17.647,46	17.900-	22.093,15-	4.193,15-	4.205,24-	0	12,09-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	4.239.020,13-	5.376.789-	4.722.218,30-	654.570,34	0	87.200,00-	741.770,34-	89.200,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	4.239.020,13-	5.376.789-	4.722.218,30-	654.570,34	0	87.200,00-	741.770,34-	89.200,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Die strategische Ausrichtung unter dem Thema „Umwelt, Energie und Klimaschutz“ ist, soweit der Teilhaushalt 5 betroffen ist, auch für die Folgejahre stimmig. Nach wie vor sind besondere Schwerpunkte auf die Themen regenerative Energien, Energieeffizienz und Ressourcenschutz einerseits und landkreisspezifischer Artenschutz andererseits zu legen.

Über die Teilnahme des Landkreises am RegioWIN-Wettbewerb des Landes („**Regio**nale **W**ettbewerbsfähigkeit durch **I**nnovation und **N**achhaltigkeit“) besteht die Chance, die energie- und klimapolitischen Ziele auch im Verbund mit der gesamten Region Südlicher Oberrhein zu verfolgen. Nach der Prämierung des Strategiekonzepts unter der Überschrift „Sustainable Energy Valley“ geht es aktuell um die Erarbeitung und Verabschiedung eines endgültigen Entwicklungskonzepts. Teil hiervor sind auch zwei Leuchtturmprojekte mit direktem Landkreisbezug, das CO_2-neutrale Modellquartier in Lörrach und die Energiewende-Akademie Oberrhein. Darüber hinaus hat der Naturpark Südschwarzwald im Rahmen von RegioWIN die Schaffung eines Schwarzwald-Instituts vorgeschlagen. Über die Einordnung dieser regionalen Aktivitäten in die Landkreisstrategie muss im Rahmen des Zukunftsstrategie-Beratungsturnus‘ entschieden werden.

Mit dem Kick-off zum European Energy Award ist der Landkreis bereits so genannte „eea-Kommune“, die sich zum Ziel setzt, ihre Energieaktivitäten systematisch zu erfassen, zu bewerten, kontinuierlich zu überprüfen, aufeinander abzustimmen und zielgerichtet umzusetzen. Nach Abschluss der Ist-Analyse sieht das Zertifizierungsverfahren die Erarbeitung eines energiepolitischen Programms für den Landkreis vor, das ebenfalls mit der Zukunftsstrategie verknüpft werden sollte.

Die Energieagentur Landkreis Lörrach mit ihren Aufgaben Bewusstseinsbildung, Unterstützung und Beratung in den Bereichen Energienutzung und -effizienz sowie Energieproduktion ergänzt das Tätigkeitsfeld der Fachbereiche des Landratsamts. Gemeinsame Ansprechpartner sind hier die Hauseigentümer, das produzierende Gewerbe, Energieerzeuger, Investoren, Städte und Gemeinden etc. Bemerkbar in der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen ist derzeit allerdings die Verunsicherung von Investoren hinsichtlich künftiger Erlöse aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz des Bundes (insbesondere bei der Windkraft).

Im Naturschutzbereich werden auf der Grundlage der beiden Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten aktuell spezifische Maßnahmen in den Arten-Hotspots Streuobstwiesen und Gewässerrandstreifen/Feuchtgebiete aufgenommen.

Unsicher ist, wann die projektierte Umstellung der landwirtschaftlichen Förderverfahren in ganz Baden-Württemberg auf ein neues EDV-System („Projekt Infrastruktur und Architektur der Förder- und Ausgleichsmaßnahmen“) greift. Auch die die Neuerungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU im Zeitraum 2014 – 2020 sind aktuell noch nicht konkret absehbar, da die Umsetzung im Land auf das kommende Jahr verschoben wurde. Die Landwirtschaftsverwaltung könnte damit insgesamt erheblichen Änderungen ausgesetzt werden.

Eine ähnliche Ungewissheit ergibt sich für die Forstverwaltung aus dem laufenden Verfahren des Bundeskartellamts gegen die gemeinsame Holzvermarktung in Baden-Württemberg.

52.10 Baurecht

Ziele & Kennzahlen

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
C	S	Der Anteil an erneuerbaren Ernergien beim Wärme- und Strombedarf wird erhöht.	Hauseigentümer
A		Baugenehmigungen möglichst zeitnah erteilen.	Einwohner/-innen Kommunen,
B		Freihalten der Landschaft von illegalen Kleinbauten.	Bauherren, Kommunen

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
C 1	S	Verstärkte Beratung und Kontrolle von Hauseigentümern hinsichtlich ihrer Verpflichtungen nach den Wärmegesetzen und der Energieeinsparverordnung.	C 1 k1
A 1		Genehmigungsverfahren innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen abwickeln und darüber hinaus eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 25 Arbeitstagen anstreben.	A 1 k1
B 1		Regelmäßige Information der Öffentlichkeit.	B 1 k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
C 1.1	S	Beratung der Heizungsbauunternehmen, Anschreiben der betroffenen Hauseigentümern, Überwachung und Durchsetzen der gesetzlichen Verpflichtungen (Wärmegesetze, EnEV).	98 %
A 1.1		Überwachung der Fristen.	100 %
B 1.1		Faltblatt „Gerätehütten im Außenbereich“ an Bauinteressenten herausgeben.	100 %
B 1.2		Prüfung von Anfragen.	100 %
B 1.3		Einschreiten gegen illegale Bauten.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
C 1 k1	S	Anzahl der Objekte		1180	
A 1 k1		Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	22	Alle Stellen sind besetzt, Nachfolge durch Vorgänger gut eingearbeitet
B 1 k1		Anzahl der geprüften Objekte			

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis übersteigt bei den Erträgen den Ansatz um ca. 340.000 EUR. Dies ist auf Mehreinnahmen bei den Baugenehmigungsgebühren zurückzuführen. Gebühren i.H.v. 242.000 EUR ergaben sich allein durch 15 größere Vorhaben. Für den Haushaltsplan 2014 wurden die erwarteten Gebühreneinnahmen nochmals angepasst.

Das strategische Ziel, den Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf zu erhöhen, kann dank der Entfristung der Klimaschutzstelle fortgeführt werden.

Bauordnungsrechtliche Maßnahmen konnten und können aufgrund der Stellensituation nicht immer zeitnah durchgeführt werden. Die Bearbeitung muss daher nach Prioritäten erfolgen und weist erhebliche Rückstände auf. Folgen sind ggf. eine Beeinträchtigung von Verkehrssicherheit und Landschaftsbild, Ungleichbehandlung, negative Vorbildwirkung, mangelnde Aktualität des Baulastenverzeichnisses etc.

Zusätzlicher Aufwand, der mit den bestehenden Ressourcen nicht abgedeckt werden kann, wird durch die Liberalisierung des Schornsteinfegerwesens ausgelöst. Es geht dabei um den vorbeugenden Brandschutz und damit eine unerlässliche und sicherheitsrelevante Aufgabe.

Teilergebnisrechnung

Baurecht **52.10**

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	908.624,43	698.500	1.036.763,08	338.263,08	11.300,00	0	326.963,08-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	17.629,05	9.000	9.068,66	68,66	0	0	68,66-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.747,75	10.500	1.408,17	9.091,83-	0	0	9.091,83	0
10	=	Ordentliche Erträge	931.001,23	718.000	1.047.239,91	329.239,91	11.300,00	0	317.939,91-	0
11	-	Personalaufwendungen	592.393,99-	616.661-	606.420,20-	10.240,55	0	0	10.240,55-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.726,53-	17.774-	15.609,80-	2.164,32	3.300,00-	0	5.464,32-	3.300,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.704,69-	0	5.206,94-	5.206,94-	0	0	5.206,94	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.957,74-	46.774-	39.802,06-	6.971,46	8.000,00-	2.900,00-	17.871,46-	11.700,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	644.782,95-	681.208-	667.039,00-	14.169,39	11.300,00-	2.900,00-	28.369,39-	15.000,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	286.218,28	36.792	380.200,91	343.409,30	0	2.900,00-	346.309,30-	15.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	22.158,80	2.432	5.257,98	2.825,65	0	0	2.825,65-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	32.531,22-	36.252-	44.787,73-	8.536,02-	0	0	8.536,02	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	78.637,09-	94.821-	87.796,83-	7.024,27	0	0	7.024,27-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	72.642,73-	58.645-	65.983,48-	7.338,46-	0	0	7.338,46	0
54	-	Aufwand für IuK	22.572,05-	20.635-	22.866,21-	2.231,57-	0	0	2.231,57	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	36.147,23-	43.063-	38.630,85-	4.432,42	0	0	4.432,42-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	27.205,58-	35.144-	26.196,11-	8.947,61	0	0	8.947,61-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	247.577,10-	286.127-	281.003,23-	5.123,90	0	0	5.123,90-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	38.641,18	249.336-	99.197,68	348.533,20	0	2.900,00-	351.433,20-	15.000,00-

Teilfinanzrechnung

Baurecht **52.10**

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.059.843,36	718.000	1.046.015,96	328.015,96	11.300,00	0	316.715,96-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	645.858,05-	683.504-	663.913,20-	19.591,03	11.300,00-	2.900,00-	33.791,03-	15.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	413.985,31	34.496	382.102,76	347.606,99	0	2.900,00-	350.506,99-	15.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.380,00-	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.380,00-	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	2.380,00-	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	411.605,31	34.496	382.102,76	347.606,99	0	2.900,00-	350.506,99-	15.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	411.605,31	34.496	382.102,76	347.606,99	0	2.900,00-	350.506,99-	15.000,00-

55.40 Naturschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.	Bevölkerung LK Lörrach
B		Nautur und Landschaft werden in ihrer standorttypischen Ausprägung erhalten.	Bevölkerung LK Lörrach

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1		Ausweisung von Schutzgebieten sowie Einbringen und Umsetzung der Naturschutz- und Artenschutzbelange in sonstigen Verfahren.	
A 2		LPR-Pflegeflächen erweitern und wertvolle Flächen (z.B. Streuobstbestände, FFH-Wiesen) durch den Abschluss von Verträgen sichern.	A 2 k1
A 3	S	Bis Ende 2013 sind die Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen zum Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten dargestellt.	A 3 k1
B 1		Offenhaltung, Pflege von Natura 2000- Flächen und Biotoppflege (Artenschutz). Umsetzung der Management- und Entwicklspläne der Natura 2000-Gebiete.	B 1k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1		Daten zu potentiell schutzwürdigen Gebieten erfassen, bewerten; Gebiete ausweisen, Stellungnahmen in Verfahren abgeben, Umsetzung kontrollieren.	100 %
A 2.1		LPR-Verträge: Maßnahmenbezogene Verträge abschließen, Gelder zur Duchführung von Pflegemaßnahmen beschaffen. Kontaktaufnahme und -pflege mit Landwirten und Institutionen, die Maßnahmen durchführen können.	100 %
A 3.1	S	Gutachten über alle Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen in Auftrag geben und dessen Erstellung koordinieren und überwachen.	100 %
B 1.1		Nach Gründung des LEV Landschaftspflegekonzept modifizieren und konkretisieren, Maßnahmen und Konzepte abstimmen, koordinieren und priorisieren.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 2 k1		LPR-Pflegeflächen (in ha)	1100	1100	
A 3 k1	S	Gutachten über Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten Abhilfemaßnahmen liegt vor (Ja/Nein)	Ja	Ja	
B 1 k1		Aktualisiertes Landschaftspflegekonzept liegt vor	Ja 2013/2014	Nein	Nunmehr in 2014 geplant

GESAMTBETRACHTUNG

Die Leistungsziele konnten in 2013 im Wesentlichen erreicht werden. Diese tragen zum langfristigen und nachhaltigen Erreichen der Wirkungsziele bei. Die Ziele der PG 55.40 - Artenschutz (Tiere und Pflanzen), Natur- und Landschaftsschutz - sind insgesamt langfristig und nachhaltig zu verfolgen. Sie dienen mit den zugehörigen Maßnahmen den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises. In 2013 waren über 1100 Verträge mit Landnutzern (vor allem mit Landwirten und Umweltverbänden) abgeschlossen, um damit Landschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung zu entwickeln oder zu erhalten. Falls in den Folgejahren entsprechende Finanzmittel über die Landschaftspflegerichtlinie zur Verfügung stehen und sich weiterhin kompetente Bewirtschafter finden, wird erwartet, die Landschaftspflege in dieser Dimension weiterführen bzw. sogar erweitern zu können, zumal da der in 2012 gegründete Landschaftserhaltungsverband mit gleicher Zielrichtung arbeitet.
Über das in 2012 beauftragte Artenschutzgutachten konnten in weniger bekannten und untersuchten Naturräumen im Landkreis 59 gefährdete Tier- und Pflanzenarten ermittelt werden, für die der Landkreis eine besondere Verantwortung trägt. In 2013 wurden zusätzlich die Gefährdungsursachen ermittelt bzw. Vorschläge erarbeitet, um die Bedingungen für diese Spezies zu verbessern.
Das Landschaftsschutzgebiet "Südwestlicher Dinkelberg" wurde am 06.05.2013 rechtskräftig ausgeweisen, nachdem in schwierigen Verhandlungen über die Gebietskulisse mit den Grundstücksbesitzern bzw. Landnutzern ein Kompromiss gefunden werden konnte.
In 2013 wurde erneut deutlich - was sich auch die Jahre zuvor bereits abzeichnete -, dass die vorhandenen Personalkapazitäten zur Bewätigung der Aufgaben sehr knapp bemessen sind.

Teilergebnisrechnung

Naturschutz **55.40**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	10.168,92	26.639	1.090,01	25.548,91-	0	0	25.548,91	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	54,39	0	12,00	12,00	0	0	12,00-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2,37	45.700	38.185,04	7.514,96-	0	0	7.514,96	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	7.757,29	7.757,29	0	0	7.757,29-	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.225,68	72.339	47.044,34	25.294,58-	0	0	25.294,58	0
11	-	Personalaufwendungen	274.261,29-	341.234-	311.518,99-	29.714,67	0	0	29.714,67-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.138,42-	7.492-	20.199,21-	12.707,69-	0	0	12.707,69	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	105,11-	0	95,26-	95,26-	0	0	95,26	0
16	-	Transferaufwendungen	39.745,33-	53.789-	59.732,00-	5.943,12-	0	0	5.943,12	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.503,95-	26.496-	32.126,55-	5.630,99-	0	0	5.630,99	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	347.754,10-	429.010-	423.672,01-	5.337,61	0	0	5.337,61-	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	337.528,42-	356.671-	376.627,67-	19.956,97-	0	0	19.956,97	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	8.048,96	9.592	10.429,51	837,74	0	0	837,74-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	5.465,90-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	74.390,23-	58.398-	68.587,52-	10.189,03-	0	0	10.189,03	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	49.831,58-	38.560-	53.228,21-	14.668,68-	0	0	14.668,68	0
54	-	Aufwand für IuK	16.444,09-	14.287-	21.102,25-	6.815,41-	0	0	6.815,41	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	26.387,27-	28.804-	36.503,21-	7.699,11-	0	0	7.699,11	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	84.477,05-	97.635-	97.975,81-	340,93-	0	0	340,93	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	248.947,16-	228.092-	266.967,49-	38.875,42-	0	0	38.875,42	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	586.475,58-	584.763-	643.595,16-	58.832,39-	0	0	58.832,39	0

Teilfinanzrechnung

Naturschutz **55.40**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	11.078,68	72.339	39.641,35	32.697,57-	0	0	32.697,57	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	348.180,41-	429.602-	433.256,32-	3.654,02-	0	0	3.654,02	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	337.101,73-	357.263-	393.614,97-	36.351,59-	0	0	36.351,59	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	337.101,73-	357.263-	393.614,97-	36.351,59-	0	0	36.351,59	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	337.101,73-	357.263-	393.614,97-	36.351,59-	0	0	36.351,59	0

56.10 Umweltschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
B	S	Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser-, Wind-, Erdwärme-, Solar-, Biomasseanlagen) wird erhöht.	
C	S	Förderung des Klima- und Umweltschutzes.	
A		Es ist sichergestellt, dass im Kreisgebiet keine Gefährdungen oder maßgebliche Beeinträchtigungen durch Altlasten bestehen. Die Qualität der Böden im Kreis wird erhalten und verbessert. Eine geordnete und umweltgerechte Abfallentsorgung in den Betrieben, maximale Sicherheit der Anlagen, Minimierung der Schadstoff- und Lärmemissionen und eine Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen ist	Bürger, Industrie- und Gewerbebetriebe Städte, Gemeinden

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
B 1	S	Verstärkte Unterstützung/ Beratung von potenziellen Betreibern von Anlagen im Bereich erneuerbarer Energien bei der Standortsuche und Eignungsprüfung.	B 1 k1
C 1	S	Fachkundige Beratung und Information des privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereichs zu Möglichkeiten, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können (Energie-Agentur).	C 1 k1
C 2	S	Teilnahme des Landkreises am European Energy Award.	C 2 k1
A 1		Altlasten: Untersuchung, Gefährdungsabschätzung, ggf. Sanierung von Altlasten zeitnah und im Rahmen finanzieller Möglichkeiten, Organisieren und Bereitstellen von Fördermitteln. Bodenschutz: Böden vor Schadstoffeinträgen schützen, Erkundungen u. Untersuchungen durchführen u. Ergebnisse bewerten.	A 1 k1
A 2		Abfall, Immissionsschutz: Stand der Technik bei Anlagen sicherstellen und regelmäßig anpassen, regelmäßiges Überwachen der Anlagen.	A 2 k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
B 1.1	S	Daten und Informationen sammeln, auswerten, Kontaktaufnahme und Beratung	100 %
C 1.1	S	Trägerschaft und Unterstützung der E-Agentur.	100 %
C 2.1	S	Koordinierung des EEA-Prozesses mit Beiträgen aller betroffener Einheiten des LRA.	100 %
A 1.1		Altlasten: Untersuchungen veranlassen, Bewerten der Ergebnisse, Fördergelder organisieren, ggf. Anordungen zur Sicherung/ Sanierung treffen.	100 %
A 1.2		Bodenschutz:Untersuchungen veranlassen, Bewerten der Ergebnisse, Fördergelder organisieren, ggf. Anordungen zur Sicherung/ Sanierung treffen.	100 %
A 2.1		Abfall, Immissionsschutz: Betriebsrevisionen, Messungen vornehmen, Belastungssituationen beurteilen, ggf. Anordnungen, Beseitigungsverfügungen erlassen.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
B 1 k1	S	Anzahl durchgeführter Beratungen	10	15	
C 1 k1	S	Energie-Agentur ist gegründet (Ja/Nein)	Ja	Ja	
C 2 k1	S	Landkreis nimmt am EEA teil (JA/Nein)	Ja	Ja	
A 1 k1		Anzahl Altlastenuntersuchungen/-sanierung	1	1	
A 2 k1		Anzahl Betriebsrevisionen (vgl. PG 56.20 Arbeitsschutz)	100	100	

GESAMTBETRACHTUNG

Alle Ziele im Bereich Altlasten, Bodenschutz, abfallrechtliche und immissionsschutzrechliche Maßnahmen und im Bereich Energie/Klimaschutz konnten erreicht werden. Bis auf Letzteres handelt es sich um staatlich vorgegebene Daueraufgaben, die jährlich aktualisiert und fortgeschreiben werden. Die Ziele bzw. die damit verbundenen Maßnahmen dienen den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und auch den Kommunen im Landkreis. Die Gründung der Energieagentur fand am 15.03.2013 statt.
Im Bereich Energie und Klimaschutz haben wir eine Vielzahl von Beratungen durchgeführt, insbesondere zu den Bereichen Erdwärme- und Wasserkraftanlagen. In 2013 konten wir vier Anlagen mit 22 Erdwärmesonden und drei Kleinwasserkraftanlagen genehmigen. Im Bereich der Windkraft gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen/Abstimmungsgespräche/Scoping-Termine mit Kommunen, Planern und potenziellen Investoren im Zusammenhang mit den angelaufenen Flächennutzungsplanungen der Kommunen/Gemeindeverwaltungsverbänden bzw. in Bezug auf die erforderlichen Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.
Die finanziellen Ressourcen waren ausreichend bemessen - ohne Auffälligkeiten im Jahresverlauf -, die personelle Situation war und ist angespannt, vor allem im Bereich der Gewerbeaufsicht (zunehmende Zahl an Beschwerden in den Bereichen Lärm, Gerüche, Staub).
Eine deutliche Mehrbelastung des gesamten Fachbereichs Umwelt ergibt sich durch die zunehmende Bedeutung des Themas Energie und Klimaschutz. Dies betrifft z.B. die Windkraft und den Bereich Kleine Wasserkraft (Anlagen < 1000 kW). Sinnvoll eingesetzt sollte die neue Energieagentur künftig eine Reihe von Aufgaben im Bereich Energie und Klimaschutz selbstständig übernehmen.

Teilergebnisrechnung

Umweltschutz **56.10**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	27.655,79	45.288	24.151,55	21.135,97-	0	0	21.135,97	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	56.802,03	56.802,03	0	0	56.802,03-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	1.187,68	1.187,68	0	0	1.187,68-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	33.241,68	49.500	23.482,83	26.017,17-	0	0	26.017,17	0
10	=	Ordentliche Erträge	60.897,47	94.788	105.624,09	10.836,57	0	0	10.836,57-	0
11	-	Personalaufwendungen	503.277,80-	507.941-	541.137,80-	33.196,69-	0	20.000,00-	13.196,69	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	49.363,28-	138.003-	116.395,68-	21.607,28	4.205,24	8.000,00-	25.402,04-	3.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.632,43-	843-	2.483,88-	1.640,52-	0	0	1.640,52	0
16	-	Transferaufwendungen	0	48.000-	48.000,00-	0	0	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.312,47-	43.841-	40.232,74-	3.608,10	0	35.000,00-	38.608,10-	1.500,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	560.585,98-	738.628-	748.250,10-	9.621,83-	4.205,24	63.000,00-	49.172,93-	4.500,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	499.688,51-	643.841-	642.626,01-	1.214,74	4.205,24	63.000,00-	60.009,50-	4.500,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	10.731,94	10.587	13.906,01	3.319,06	0	0	3.319,06-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	7.290,07-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	89.969,93-	87.562-	89.603,93-	2.041,71-	0	0	2.041,71	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	79.072,80-	64.981-	61.444,69-	3.536,68	0	0	3.536,68-	0
54	-	Aufwand für IuK	26.093,41-	24.076-	22.642,48-	1.433,64	0	0	1.433,64-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	41.871,23-	48.541-	37.823,79-	10.717,39	0	0	10.717,39-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	182.687,22-	181.286-	167.173,83-	14.112,13	0	0	14.112,13-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	416.252,72-	395.860-	364.782,71-	31.077,19	0	0	31.077,19-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	915.941,23-	1.039.701-	1.007.408,72-	32.291,93	4.205,24	63.000,00-	91.086,69-	4.500,00-

Teilfinanzrechnung

Umweltschutz **56.10**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	54.709,90	94.788	63.460,54	31.326,98-	0	0	31.326,98	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	615.421,26-	816.581-	762.871,65-	53.709,58	4.205,24	63.000,00-	112.504,34-	4.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	560.711,36-	721.794-	699.411,11-	22.382,60	4.205,24	63.000,00-	81.177,36-	4.500,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.989,68-	11.500-	10.705,24-	794,76	0	0	794,76-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	20.000-	25.000,00-	5.000,00-	4.205,24-	0	794,76	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.989,68-	31.500-	35.705,24-	4.205,24-	4.205,24-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.989,68-	31.500-	35.705,24-	4.205,24-	4.205,24-	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	562.701,04-	753.294-	735.116,35-	18.177,36	0	63.000,00-	81.177,36-	4.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	562.701,04-	753.294-	735.116,35-	18.177,36	0	63.000,00-	81.177,36-	4.500,00-

Dezernat V

Verantwortung:	Ausschuss:	**Sozialausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Elke Zimmermann-Fiscella**

Produktbereich 31 Soziale Hilfen

31.10	Grundversorgungung Hilfen nach SGB XII*
31.10.01	Hilfe zur Pflege*
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II*
31.20.01	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II*
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler
31.40	Soziale Einrichtungen
31.50	Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
31.70	Betreuungsleistungen
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen
31.90	Bildung & Teilhabe

Produktbereich 37 Schwerbehinderten- & Soziales Entschädigungsrecht

37.10	Schwerbehindertenrecht
37.20	Soziales Entschädigungsrecht

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 6

Der Landkreis
- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach
- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 6

- Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 31.10**
  - Menschen mit Behinderungen leben im Landkreis so normal wie möglich.
- **Wirkungsziel 2013 – PG 31.20**
  - Erwerbsfähige Personen sind in den Arbeitsmarkt integriert und können ihren Lebensunterhalt selbständig sichern.

Seit die UN Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 ratifiziert wurde, gab es einen Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Waren bis dahin Sondereinrichtungen zur Förderung und Betreuung der Menschen mit Behinderungen die maßgebliche Leistungsform, so rücken heute inklusive Konzepte, welche den Menschen mit Behinderungen eine möglichst umfassende und ihren Möglichkeiten entsprechende Teilhabe sichern, immer mehr in den Mittelpunkt. Dies auch im Landkreis Lörrach. Viele Konzepte und Projekte, wie zum Beispiel die Einrichtung von Wohnschulen, die integrativen Kindergartengruppen oder die inklusive Beschulung von Kindern mit Behinderungen in Regelschulen sprechen davon eine deutliche Sprache. 2013 wurde im Bereich der Eingliederungshilfe an den geplanten Zielen kontinuierlich weiter gearbeitet. Durch die Anstrengungen in diesem Bereich ist es gelungen, den Anteil am stationären Wohnen gegenüber dem ambulant betreuten Wohnen von 65% (2012) auf 63,7% (2013) zu senken. Die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe haben sich insgesamt nur in engen Grenzen erhöht. Allerdings mussten bei den Vergütungsverhandlungen mit den Leistungserbringern in Teilbereichen höhere Vergütungen als erwartet vereinbart werden. Dies hat gerade in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zu deutlichen Kostensteigerungen geführt.

Im Bereich der Werkstätten war die Zielsetzung für 2013, Konzepte in Richtung ambulante Werkstatt zu entwickeln. Aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation lag jedoch 2013 der Schwerpunkt darauf, Klienten mit einem dauerhaften Lohnkostenzuschuss auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Im Hinblick auf die gewünschte Inklusion ist dies begrüßenswert. Um dies weiter ausbauen zu können wird es jedoch erforderlich sein, dass die Betriebe den Menschen mit Behinderungen feste Ansprechpartner zur Verfügung stellen, welche eine kollegiale Unterstützung leisten.

Die Schaffung von Angeboten in Regelschulen für Kinder mit Behinderungen ist noch immer geprägt von einer großen Unsicherheit bei den betroffenen Eltern. Die Gemeinschaftsschule, die insgesamt inklusiv ausgerichtet ist, wird noch nicht in ausreichendem Maße als Alternative wahrgenommen. Die Schülerbeförderung ist ebenfalls noch ein Thema, ebenso die Fragen der Assistenz. Der Landkreis Lörrach befürwortet nach wie vor die Einstellung von Assistenzkräften direkt bei der Schule, was auch dem inklusiven Gedanken entgegenkommen würde. Allerdings war dies 2013 nur in einem beschränkten Umfang möglich.

Insgesamt lag der Nettoressourcenbedarf 2013 bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung 900.000 € unterhalb der geplanten Summe.

Strategischer Schwerpunkt

Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen.

Wirkungsziele 2013 – PG 31.20

- Kaum jugendliche Arbeitslose ohne Abschluss - kein unter 25 jähriger geht verloren.
- Es gibt keine Harz IV Karrieren.

Weiterhin erfreulich war 2013 der Verlauf in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Die in der Sozialstrategie genannten Zielsetzungen wie eine Senkung des Betreuungsschlüssels bei U25 auf 1 zu 75, die Einführung eines Qualitätsmanagement in der KDU sowie die Senkung der SGB II Quote auf den Landesschnitt und eine jahresdurchschnittliche Zahl von 4.700 Bedarfsgemeinschaften konnten alle vollumfänglich erreicht werden. Ebenso wurden Integrationsmaßnahmen mit einem systemischen Ansatz für zur Vermeidung von Hartz IV Karrieren implementiert. Die SGB II Quote konnte zum Ende des Jahres 2013 hin sogar leicht unter den Landesschnitt gesenkt werden. Dabei hat der Landkreis Lörrach auch Vergleichslandkreise wie z.B. Konstanz hinter sich gelassen. Diese Entwicklung, die so nicht voraussehbar war, ist erfreulich und zeugt von einer sehr guten Arbeit im Jobcenter. Der Landkreis hat im Rahmen seiner Möglichkeiten über die Trägerversammlung den Lenkungsausschuss und über regelmäßige Jour fixe und Gespräche mit dem Jobcenter seine Einflussmöglichkeiten auf die Strategie des Jobcenters wahrgenommen. Sehr erfreulich entwickelt hat sich auch die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Jugend & Familie und dem Jobcenter. Auch hier finden regelmäßige Jours fixes statt, es wurde eine Konzeption zum ambulant betreuten Einzelwohnen entwickelt, die nun in die Umsetzungsphase geht. Dabei werden sicherlich noch einige Herausforderungen entstehen, die jedoch im gegenseitigen Dialog mit Sicherheit bewältigt werden können. Die Stelle des Qualitätsmanagements Kosten- der-Unterkunft (KdU) wurde eingerichtet und die Rückmeldungen der Kooperationspartner, wie z.B. dem Erich-Reisch-Haus, über die Einrichtung dieser Stelle sind sehr positiv. Das U25 Team wurde aufgestockt und die zusätzlichen Personalressourcen auch mit einer inhaltlichen Umgestaltung der Arbeitsweise verknüpft.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sind die Fallzahlen wie erwartet um 31 Fälle leicht angestiegen. Ab 2014 werden diese Kosten zu 100% vom Bund erstattet.

Im Jahr 2013 wurde aufgrund der Beschlüsse aus der Sozialstrategie eine Steuerungsfachkraft in der Pflege eingestellt und an das Sachgebiet Grundsicherung und Pflege angedockt. Es wurde ebenfalls 2013 ein Strategiebüro Pflege eingerichtet, bei dem sich in regelmäßigen Abständen die Leistungsseite und die Planungsseite, sowie der Pflegestützpunkt gemeinsam mit der Steuerungsfachkraft und den Leitungskräften (Fachbereichsleitung und Sozialdezernentin) treffen und gemeinsam an der weiteren strategischen Ausrichtung der Angebote im Bereich Pflege arbeiten.

2013 hat das Sozialdezernat sich in dem grenzüberscheidenden Modellprojekt „Wo tickt die Uhr? - Studien zur Pflege und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ des Landkreises Lörrach und der Kantone Basel Stadt und Basel Land engagiert. Die Co-Finanzierung erfolgt über die Pflegekassen und das Sozialministerium. Federführend wird das Projekt durch die Universität Tübingen durchgeführt. Durch das Projekt sollen wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zur Bedarfslage und zu zukunftsfähigen Versorgungsstrukturen und ihrer Wirkung in der Region erarbeitet werden. Im Jahr 2013 fanden zwei Expertenworkshops in Lörrach und Basel statt, in denen das Sozialdezernat beteiligt war. Im Jahr 2014 werden die für die wissenschaftliche Analyse erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

Die Falldichte der stationären Hilfe zur Pflege konnte 2013 gegenüber 2012 mit 35% gehalten werden. Ebenfalls 2013 wurde der aktivierende Hausbesuch in Zusammenarbeit mit dem ipunkt durchgeführt. Hier ist es gelungen, rd. 20 ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen, welche Menschen im gesamten Landkreis mit einem entsprechenden Bedarf zu Hause besuchen. In Kombination mit den Hausbesuchen, welche durch die Steuerungsfachkraft Pflege durchgeführt werden, sind hier mittelfristig positive Wirkungen zu erwarten. Die Steuerungsfachkraft hat den Auftrag, Menschen im Grundsicherungsbezug frühzeitig ambulante Hilfen zuzuführen, um eine spätere stationäre Aufnahme heraus zu zögern bzw. zu vermeiden. Dies kann in Zukunft zu einem Anstieg der ambulanten Leistungen führen.

Vor großen Herausforderungen standen 2013 die Bereiche Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler sowie die Unterbringung von Flüchtlingen.

Ab August 2013 haben sich die Flüchtlingszahlen von monatlich 20 auf monatlich 40 verdoppelt. Deshalb musste auch das zur Verfügung stehende Personal in diesem Bereich aufgestockt werden. Bei den sozialen Einrichtungen, unter die die Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlingen fallen, war der Nettoressourcenbedarf um 420.000 € höher als geplant. Dies lag daran, dass die maroden Gebäude in der Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden nicht wie geplant abgerissen werden konnten, sondern aufgrund der hohen Zugangszahlen wieder notdürftig hergerichtet werden mussten. Die neue Containeranlage und die im Sommer 2013 erforderlichen Notcontainer zur Überbrückung der Unterbringungssituation fielen ebenfalls kostenmäßig ins Gewicht. Ab Oktober 2013 wurden die 96 neu geschaffenen Unterbringungsplätze in dem Containerbau auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden belegt. Aufgrund der prekären Zugangssituation wurden im Herbst 2013 auch 24 Unterbringungsplätze in der ehemaligen kommunalen Asylbewerberunterkunft in Todtnau geschaffen, welche dringend erforderlich waren. Erfreulich war 2013 die Entwicklung der Rückkehrberatungsstelle. Der Landkreis Lörrach setzt hierfür eine 60%-Stelle ein. 2013 wurden 2.009 Gespräche geführt, und 84 Menschen haben nach der Beratung eine freiwillige Rückreise in ihr Herkunftsland gewählt. Gegenüber den geplanten 18 Rückreisen ist dies eine sehr erfreuliche Steigerung.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

In der Suchthilfe wurde im Jahr 2013 der Teilhabeplan 3, zur Suchtprävention und Suchthilfe, verabschiedet. Ebenfalls wurde die Finanzierung der Träger auf eine neue Grundlage gestellt und entsprechende Leistungsvereinbarungen entwickelt, verhandelt und verabschiedet. Zielsetzung des Teilhabeplanes ist, dass die Suchthilfe gemeinsam mit den Schnittstellen der kommunalen Daseinsvorsorge gemeinsam darauf hinarbeitet, suchterkrankten Menschen eine möglichst umfassende Teilhabe zu ermöglichen. 2014 geht es nun darum, die Umsetzung der konkreten Maßnahmen und Zielsetzungen zu beginnen, zu begleiten und zu evaluieren. Begleitet wird dieser Prozess vom Lenkungsausschuss des kommunalen Netzwerks Sucht in dem neben Trägern auch Vertreter der Kreistagsfraktionen vertreten sind. Die Evaluation der Umsetzung wird wissenschaftlich begleitet.

Im Bereich Schwerbehinderung wurden im Jahr 2013 neue Ausweise im Scheckkartenformat eingeführt. Leider konnte die in der Zielsetzung genannte Bearbeitungszeit für die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen von 120 Tagen nicht eingehalten werden. Die tatsächliche Bearbeitungszeit lag bei 150 Tagen. Dies lag daran, dass entsprechende Gutachter im Schwerbehindertenrecht fehlen und sich deshalb längere Wartezeiten ergeben.

Derzeit arbeitet die Stabsstelle Planung & Steuerung an dem Teilhabeplan für Senioren. Hier sollen erstmalig – im Gegensatz zur früheren Altenhilfeplanung – in einem komplexen Planungsprozess auch die Faktoren mit in den Blick genommen werden, welche dazu führen, dass eine ggfs. zu frühe Inanspruchnahme von stationären Heimplätzen erforderlich ist. Eine Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagsfraktionen, von verschiedenen Institutionen und dem Sozialdezernat wurde 2013 gebildet und hat im Jahr 2014 ihre Arbeit aufgenommen.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 6	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
31.10	-44.691.793	-44.131.581	560.212	Erhöhte Erträge (Erstattungen, BaföG in EGH), Aufwand im Plan
31.20	-13.408.192	-12.228.978	1.179.214	Erhöhte Erträge Weitergabe Wohngeldentlastung, Erhöhte Aufwendungen KdU und Darlehen
31.30	-1.204.300	-515.512	688.788	geringere Transferaufwendungen als geplant
31.40	-645.349	-1.031.917	-386.568	Höhere Kosten der Instandhaltung GU und Schaffung von neuem GU Wohnraum
31.50	-159.801	-143.129	16.672	
31.60	-236.100	-285.235	-49.135	Änderung Buchungslogik. Zuschuss in 31.60 anstatt in 31.10 gebucht.
31.70	-206.021	-216.918	-10.897	
31.80	-1.668.812	-1.630.281	38.531	
31.90	-201.938	-195.076	6.862	
37.10	-509.388	-481.699	27.688	
37.20	-145.783	-144.451	1.333	
gesamt	**-63.077.477**	**-61.004.776**	**2.072.701**	

Weiterführende Erläuterungen

Die ambulanten Fallzahlen in der Hilfe zur Pflege sind 2013 nicht so angestiegen wie erwartet. Dennoch stiegen die Aufwendungen durch die intensiveren Hilfen. Die stationären Zahlen konnten im Jahr 2013 auf ein Niveau von unter 800 gehalten werden. Bemerkenswert ist insgesamt die hohe Fluktuation. Die Ausgaben im Bereich Hilfe zur Pflege werden überwiegend von fremden Faktoren definiert, dabei spielen auch die pflegerische Infrastruktur und das Versorgungsangebot eine wesentliche Rolle. Hier soll das Strategiebüro neue kreative Ideen für Angebote entwickeln.

Der Zuschussbedarf bei den Transferleistungen im Bereich der Eingliederungshilfe konnte durch höhere Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern und anderen Ersatzleistungen wie aus Bafög-Erstattungen gegenüber der Planung um rund 647.000 EUR verbessert werden.

Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt ist ein langsamer, aber stetiger Anstieg der Leistungsberechtigten zu verzeichnen, der damit zusammenhängt, das Personen beim Jobcenter intensiver auf ihre Arbeitsfähigkeit hin untersucht werden (der Mittelwert stieg 2013 auf 78 an (2012 = 63), der IST Wert beträgt zum Jahresbeginn 2014 = 85).

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Fallzahlen wie erwartet im Jahresverlauf von 1.477 im Januar auf 1.508 im Dezember 2013 angestiegen. Die vorausschauende Planung hat dieses aber größtenteils berücksichtigt. Im Jahr 2013 lag die Erstattung durch den Bund bei 75%, ab 2014 werden 100% erstattet.

Der Nettoressourcenbedarf bei der Leistung und dem SGB II lag mit 1,2 Millionen unter dem Plan 2013. Was in diesem Bereich Sorge bereitet sind die stetig steigenden Kosten pro Fall bei den Kosten zur Unterkunft. Die angespannte Wohnraumsituation führt dazu, dass das Konzept zur Feststellung der angemessenen Mietkosten bereits nach zwei Jahren an seine Grenzen stößt. Wir werden 2014 dieses Konzept evaluieren und ggfs. anpassen. Auch dann muss mit steigenden Mietkosten gerechnet werden. Auch wenn 2013 die Kosten der Unterkunft nur geringfügig unter den Kosten von 2012 liegen, ist bemerkenswert, dass landes- und bundesweit die Kosten in der Regel deutlich angestiegen sind. Das trotz der steigenden Wohnkosten pro Fall. Dass die Gesamtkosten sogar leicht zurückgegangen sind, liegt daran, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften deutlicher reduziert werden konnte, als in anderen Jobcentern.

Bei den Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler hat sich der hohe Anstieg der Flüchtlingszahlen erst ab August bemerkbar gemacht. Die Transferaufwendungen liegen daher unter Plan, so dass sich per Saldo eine Reduzierung des Zuschussbedarfes um rund 684.100 EUR ergeben hat.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
31.40	Rückflüsse aus Ausleihungen	fortlaufend	245.123			5.400	5.424		16.500
31.40	Förderung - Seniorenzentrum Steinen	2009-2013	-791.700	-689.400		-102.300	-102.254		0
31.40	Förderung - Bürgerheim Rheinfelden	2010-20114	-768.300	-484.200		-125.000	-125.000		-159.200
31.40	Förderung - Seniorenzentrum Efringen-Kirchen	2010-2014	-508.800	-295.587		-122.700	-122.700		-80.300
31.40	Förderung - Tagespflege-einrichtung Rheinfelden	2012-2013	-200.600	-50.600		-150.000	-149.940		0
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen						-3.687		-12.500
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-2.024.277**	**-1.519.787**	**0**	**-494.600**	**-498.157**	**0**	**-235.500**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

An investiven Maßnahmen werden im THH 6 neben einem Darlehensrückfluss die Förderungen von Pflegeheimen abgewickelt.

Diese Förderung (vollstationäre Dauerpflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege und Nachtpflege) ist nach § 5 Landespflegegesetz Aufgabe von Land, Städten und Gemeinden. Das Land gibt für die Kreise Bedarfskorridore vor, innerhalb derer diese den örtlichen Bedarf festlegen. Nach Feststellung des Landkreises erhalten bedarfsgerechte Einrichtungen bis zum Jahr 2010 in das Förderprogramm des Landes aufgenommene Neubauten und Sanierungen eine Investitionsförderung (Objektförderung), die zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel vom Standortkreis erbracht wird. Die Maßnahmen sind zwischenzeitlich alle abgeschlossen. Aufgrund der Deckelung der hierfür bereitgestellten Mittel werden die Investitionskostenzuschüsse des Landkreises über mehrere Jahre verteilt gewährt. Für einen Teil der geförderten Maßnahmen sind daher Restzahlungen des Landkreises noch bis zum Jahr 2014 vorgesehen.

Die Auszahlungen in Höhe von 3.687 € resultiert aus dem Kauf eines Spezialdruckers für die Schwerbehindertenausweise. Diese Ausgabe wurde nicht als Investition, sondern als Aufwand in der Ergebnisrechnung geplant. Daher ist bei den Investitionen kein Planansatz hinterlegt.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	891.136,78	800.000	1.869.030,14	1.069.030,14	0	0	1.069.030,14-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	14.362.879,88	17.289.400	17.175.725,39	113.675,09-	0	0	113.675,09	0
3	+	Sonstige Transfererträge	7.509.233,29	6.873.000	7.294.783,91	421.783,91	0	0	421.783,91-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	64.980,91	50.500	45.221,57	5.278,43-	0	0	5.278,43	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.354,50	1.500	23.283,58	21.783,58	0	0	21.783,58-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.679.819,56	5.172.900	5.703.087,74	530.187,74	0	0	530.187,74-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	1.133,50	1.200	889,34	310,66-	0	0	310,66	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	50.572,14	0	72.092,55	72.092,55	0	0	72.092,55-	0
10	=	Ordentliche Erträge	27.561.110,56	30.188.500	32.184.114,22	1.995.613,74	0	0	1.995.613,74-	0
11	-	Personalaufwendungen	5.266.890,40-	5.636.356-	5.546.262,64-	90.093,22	0	0	90.093,22-	16.200,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	602.731,51-	905.010-	1.201.820,96-	296.811,20-	0	0	296.811,20	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	203.088,74-	203.310-	203.766,08-	456,36-	0	0	456,36	0
16	-	Transferaufwendungen	61.430.558,48-	65.490.200-	64.386.726,92-	1.103.473,08	0	5.100,00-	1.108.573,08-	2.300,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.572.377,20-	21.031.102-	21.850.313,95-	819.211,75-	3.580,41	0	822.792,16	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	90.075.646,33-	93.265.978-	93.188.890,55-	77.086,99	3.580,41	5.100,00-	78.606,58-	18.500,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	62.514.535,77-	63.077.477-	61.004.776,33-	2.072.700,73	3.580,41	5.100,00-	2.074.220,32-	18.500,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	71.296,57-	99.050-	35.814,27-	63.235,55	0	0	63.235,55-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.243.484,08-	1.159.069-	1.181.626,51-	22.557,92-	0	0	22.557,92	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	336.158,04-	275.464-	310.651,62-	35.188,04-	0	0	35.188,04	0
54	-	Aufwand für IuK	416.037,70-	408.007-	417.219,88-	9.213,04-	0	0	9.213,04	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	424.287,96-	500.786-	458.897,77-	41.888,15	0	0	41.888,15-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	352.110,49-	373.209-	316.202,25-	57.006,82	0	0	57.006,82-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.843.374,84-	2.815.584-	2.720.412,30-	95.171,52	0	0	95.171,52-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	65.357.910,61-	65.893.061-	63.725.188,63-	2.167.872,25	3.580,41	5.100,00-	2.169.391,84-	18.500,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	28.198.839,90	30.188.500	33.168.388,13	2.979.888,13	0	0	2.979.888,13-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	88.569.838,63-	93.074.285-	95.036.219,13-	1.961.934,07-	3.580,41	5.100,00-	1.960.414,48	18.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	60.370.998,73-	62.885.785-	61.867.831,00-	1.017.954,06	3.580,41	5.100,00-	1.019.473,65-	18.500,00-
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	6.748,18	5.400	5.423,77	23,77	0	0	23,77-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.748,18	5.400	5.423,77	23,77	0	0	23,77-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	9.500,00-	0	3.686,91-	3.686,91-	3.580,41-	0	106,50	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	1.000.000,00-	0	0	0	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	384.364,00-	500.000-	499.893,50-	106,50	0	0	106,50-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.393.864,00-	500.000-	503.580,41-	3.580,41-	3.580,41-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.387.115,82-	494.600-	498.156,64-	3.556,64-	3.580,41-	0	23,77-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	61.758.114,55-	63.380.385-	62.365.987,64-	1.014.397,42	0	5.100,00-	1.019.497,42-	18.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	61.758.114,55-	63.380.385-	62.365.987,64-	1.014.397,42	0	5.100,00-	1.019.497,42-	18.500,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Ein großes Risiko in vielen Bereichen des Teilhaushaltes 6 sind die fehlenden bzw. nicht mehr bezahlbaren Wohnungen. Dies wird längerfristig zu erheblichen Ausgabensteigerungen in fast allen Bereichen des Teilhaushalts führen. Dadurch ist z. B. die weitere Entwicklung des Ausbaus des ambulant betreuten Wohnens für behinderte Menschen gefährdet. Die bestehenden Konzepte würden grundsätzlich auch für schwerer eingeschränkte Menschen die Möglichkeit eröffnen, in einem Hilfe-Mix mit der Pflegekasse eine adäquate Versorgung zu gewährleisten. Allerdings ist dies nur möglich, wenn ausreichend bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht. 2014 hat das Sozialdezernat das Thema Wohnraumversorgung deshalb zu einem Schwerpunktthema gemacht.

Ein großes Risiko im Bereich des Jobcenters sind die seit Jahren zurückgehenden Mittel für die Eingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen. Innerhalb von wenigen Jahren wurden die Eingliederungsleistungen halbiert, was deutliche Einschnitte bei der Möglichkeit von Durchführung von Maßnahmen zur Folge hat. Leider ist die Zuweisung der Eingliederungsmittel an einen sogenannten Problemdruckindikator gebunden, der im Landkreis Lörrach aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation und der stark gesunkenen Zahl der Bedarfsgemeinschaften dazu führt, dass wir deutlich weniger Eingliederungsmittel bekommen als zuvor. Hier muss politisch gegengesteuert werden, um diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren.

Ab 2015 wird sich der Anteil an kommunal untergebrachten Asylbewerbern deutlich erhöhen. Dies bringt erhebliche finanzielle Herausforderungen für den Landkreis mit sich, da nach 18 Monaten die Kostenerstattung des Landes endet und die Menschen – falls sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können – auf Transferleistungen angewiesen sind, die zu 100 % vom Landkreis getragen werden müssen. 2014 wird deshalb die Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Asylbewerber im Fokus stehen, damit soweit irgend möglich die Menschen befähigt werden, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Eine große Chance liegt in der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen der Sozialstrategie. Die präventive Ausrichtung wird mit Sicherheit dazu führen, dass zukünftig und mittelfristig die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen sich positiv verändern.

Die Inklusion im Bereich der Eingliederungshilfe wird nach derzeitiger Einschätzung auch dazu führen, dass sich die Kosten dort sehr wahrscheinlich erhöhen werden.

Die Neuregelungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und die Steigerung der zur Verfügung stehenden Wohnfläche von 4,5 auf 7 qm werden mittelfristig ebenfalls dazu führen, dass die Kosten für die Unterbringung steigen werden.

Bei der Hilfe zur Pflege werden die Auswirkungen des Landesheimrechtes (Einzelzimmer vorgeschrieben) dazu führen, dass sich ebenfalls die Kosten erhöhen werden. Ebenso werden sich durch den Ausfall der Landesförderung und die damit in Kraft gesetzte Subjektförderung die Pflegesatzkosten deutlich erhöhen. Dies zeigt sich zum Beispiel im Georg-Reinhard-Haus, wo sich durch die wegfallende Landesförderung die Unterbringungskosten um 500 € pro Monat und Person erhöhen.

31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
B	S	Menschen mit Behinderungen leben im LK Lörrach so normal wie möglich.	Menschen mit Behinderung
A		Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII erhalten nur die Personen, die sich nicht selbst helfen können oder die Hilfe von Anderen, insbesondere Sozialleistungsträgern	Gesetzlich konkretisierte leistungsberechtigte Personen

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
B 1	S	Anteil am stationären Wohnen senken.	B 1k1
B 2		Regelmäßige Erarbeitung konkreter Vorschläge zur Umsetzung neuer/weiterer konkreter Maßnahmen für den AK Menschen mit Behinderung und zur Beschlussvorlage im KT.	B 2 k1, B 2 k2
B 3	S	Schaffung von mehr Angeboten für behinderte Kinder an Regelschulen.	B 3 k1
B 4	S	Mehr Menschen sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden.	B 4 k1
A 1		Bedarfsorientierte Gewährleistung der gesetzlichen Ansprüche leistungsberechtigter	A 1k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
B 1.1	S	Ausbau des ambulant betreuten Wohnens/Angebote.	50 %
B 2.1		Die 5 Fachgruppen (Offene Hilfen, Frühförderung, Wohnen, Arbeit und Tagesstrukturierung, Technische Hilfen und Verkehr) befassen sich kontinuierlich mit der Thematik: „Normalisierung der Lebenswelt von Menschen mit Behinderung“ und erarbeiten regelmäßig Vorschläge und konkrete Umsetzungsmaßnahmen.	100 %
B 4.1	S	Verlängerung und Verbesserung des Projektes "Inklusionsgruppen".	100 %
B 4.2	S	Einführen der "ambulanten Werkstatt" (d. h. Arbeitsplatz im Betrieb).	10 %
A 1.1		Beraten der Leistungsberechtigten und umfassendes Prüfen der Anspruchsgrundlage durch Sonderprüfungen.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
B 1 k1	S	Anteil stationäres Wohnen	0	63,7	Vorjahr 65,5%
B 2 k1		Anzahl Sitzungen Fachgruppen/Fachkreis	10/2	10 / 2	
B 2 k2		Zahl der vom KT beschlossenen neuen Maßnahmen	4	0	es waren aus den Fachgruppen heraus keine neuen Maßnahmen erforderlich, die in den KT mussten
B 3 k1		Geschaffene Plätze an Regelschulen	50	25	25 mit EGH. Ob weitere gesch. wurden, ist für LRA nicht überprüfbar
B 4 k1	S	Vorhandene Plätze „ambulante Werkstatt“	10	1	Verhandlungen dauern noch an
A 1 k1		Durchführen mind. 1 themenbez. Sonderprüfung (Ja/Nein)	Ja	Ja	Überprüfung NK und energetischer Standart; Überprüfung einer Personengruppe

GESAMTBETRACHTUNG

Im Bereich der Eingliederungshilfe konnten an den geplanten Zielen kontinuierlich gearbeitet werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen sich nur in engen Grenzen erhöht haben. Allerdings sind in Teilbereichen der Leistungen höhere als erwartete Vergütungen mit den Leistungserbringern vereinbart worden. Insbesondere im Gesamtbereich Teilhabe am Arbeitsleben, zu dem auch der Bereich Werkstatt zählt, sind die Mehrkosten nicht unerheblich. Die Steuerungsmöglichkeiten sind jedoch an die Fallzahlen gebunden, die in diesem Bereich nicht über das erwartete Maß gestiegen sind.
Im Bereich des ambulant betreuten Wohnens wird die weitere Versorgung im ambulanten Bereich durch die bestehende Wohnraumnot blockiert, dies lässt sich aus der Eingliederungshilfe alleine nicht beeinflussen. Die bestehenden Konzepte in diesem Bereich sind bereits soweit ausgeweitet, dass auch für schwerer eingeschränkte Menschen ambulante Versorgungsmöglichkeiten im Hilfemix mit der Pflegekasse möglich sind. Die stationären Kosten werden sich noch deutlich erhöhen aufgrund der Veränderung die die Heimbauverordnung sowie das neue Wohn- und Teilhabe-Pflege – Gesetz (WTPG) . Aus diesem Grund sind dringend Konzepte erforderlich um der Wohnraumnot zu begegnen.
Bei der Arbeitsmarktintegration liegt der Schwerpunkt derzeit darauf, dass Klienten eher dauerhaft mit Lohnkostenzuschuss aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden und eher nicht im Zuschnitt ambulanter Werkstatt. Dies ist unter Inklusionsgesichtspunkten zu begrüßen, möglicherweise ist dieses Modell weiter ausbaubar, dazu bedarf es aber u.U. einer besser gesicherten Zuordnung der vermittelten Menschen mit Behinderung zu einem Kollegen im Betrieb.
Hinsichtlich der Schaffung von Angeboten in Regelschulen besteht nach wie vor Unsicherheit bei Schulen und Eltern, weil insbesondere das Angebot der Gemeinschaftsschulen noch nicht als hinreichend beschrieben wahrgenommen wird und Fragen der Schülerbeförderung noch nicht befriedigend gelöst sind. Die Fragen der Assistenz werden derzeit als hinreichend gesichert angesehen, wünschenswert ist allerdings noch die Schulung der Assistenten und nach wie vor die Anstellung der Assistenten vom Schulträger, was nur in Einzelfällen funktioniert.
In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sind die Fallzahlen wir erwartet im Jahresverlauf von 1.477 im Januar auf 1.508 im Dezember 2013 angestiegen. Die vorausschauende Planung hat dieses aber berücksichtigt. Im Jahr 2013 lag die Erstattung durch den Bund bei 75%, ab 2014 werden 100%erstattet. END

Im Bereich der Grundsicherung im Alter stiegen die Fallzahlen erwartungsgemäß aufgrund der demografischen Entwicklung und der nicht mehr so üppigen Rentenbeträge an (Mittelwert 2012 = 1262, Mittelwert 2013 = 1295, der IST Wert beträgt zum Jahresbeginn 2014 = 1311). Eine Veränderung wird sich vermutlich 2014 wieder nach unten durch die neue Mütterrente ergeben.
Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt ist ein langsamer, aber stetiger Anstieg der Leistungsberechtigten zu verzeichnen, der damit zusammenhängt, das Personen beim Jobcenter intensiver auf ihre Arbeitsfähigkeit hin untersucht werden (der Mittelwert stieg 2013 auf 78 an [2012 = 63], der IST Wert beträgt zum Jahresbeginn 2014 = 85).
Im Bereich der Krankenhilfe ist ein langsamer, aber stetiger Abbau der Leistungsfälle zu verzeichnen [Mittelwert 2012 = 122, MW 2013 = 117, der IST Wert beträgt zum Jahresbeginn 2014 = 112).
Bei der Überwindung besond. Sozialer Schwierigkeiten waren 2013 weniger Übernachtungen zu finanzieren, als ursprünglich angenommen. Dieser Bereich ist schwer vorherseh- und prognostizierbar.

Teilergebnisrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII **31.10**

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	6.741.665,60	10.344.100	9.876.533,38	467.566,62-	0	0	467.566,62	0
3	+	Sonstige Transfererträge	7.152.511,94	6.495.000	6.958.221,39	463.221,39	0	0	463.221,39-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	267	0	266,76-	0	0	266,76	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	476,20	0	21.264,66	21.264,66	0	0	21.264,66-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	269.513,60	66.800	597.575,66	530.775,38	0	0	530.775,38-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.802,92	0	47.769,44	47.769,44	0	0	47.769,44-	0
10	=	Ordentliche Erträge	14.167.970,26	16.906.167	17.501.364,53	595.197,49	0	0	595.197,49-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.418.535,41-	1.701.608-	1.587.740,03-	113.868,02	0	0	113.868,02-	12.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.191,68-	87.987-	91.431,49-	3.444,17-	0	0	3.444,17	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	40,16-	107-	0	106,60	0	0	106,60-	0
16	-	Transferaufwendungen	57.827.161,93-	59.703.400-	59.878.512,76-	175.112,76-	0	0	175.112,76	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	77.012,52-	104.858-	75.260,91-	29.596,77	0	0	29.596,77-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	59.376.941,70-	61.597.960-	61.632.945,19-	34.985,54-	0	0	34.985,54	12.000,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	45.208.971,44-	44.691.793-	44.131.580,66-	560.211,95	0	0	560.211,95-	12.000,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	9.891,91-	7.650-	22.868,13-	15.218,01-	0	0	15.218,01	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	242.362,51-	364.906-	351.266,04-	13.639,58	0	0	13.639,58-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	70.133,76-	115.564-	118.291,35-	2.726,88-	0	0	2.726,88	0
54	-	Aufwand für IuK	37.247,11-	68.497-	66.154,94-	2.341,91	0	0	2.341,91-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	106.573,40-	148.072-	114.665,81-	33.406,10	0	0	33.406,10-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	11.152,03-	31.125-	9.570,92-	21.554,10	0	0	21.554,10-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	477.360,72-	735.814-	682.817,19-	52.996,80	0	0	52.996,80-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	45.686.332,16-	45.427.607-	44.814.397,85-	613.208,75	0	0	613.208,75-	12.000,00-

Teilfinanzrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII **31.10**

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	14.598.440,29	16.906.167	17.929.996,76	1.023.829,72	0	0	1.023.829,72-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	58.900.561,61-	61.597.853-	62.228.796,47-	630.943,42-	0	0	630.943,42	12.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.302.121,32-	44.691.686-	44.298.799,71-	392.886,30	0	0	392.886,30-	12.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	44.302.121,32-	44.691.686-	44.298.799,71-	392.886,30	0	0	392.886,30-	12.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	44.302.121,32-	44.691.686-	44.298.799,71-	392.886,30	0	0	392.886,30-	12.000,00-

31.10.01 Hilfe zur Pflege

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Die aktive Steuerung von Leistungen in der HzP durch den Landkreis soll verbessert	
Untersuchung von Wohnverhältnissen bei Landkreisbewohnern ab 75 Jahren.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Implementierung einer Steuerungsfachkraft Pflege (Resultat aus Sozialstrategie).	100 %
Einführung und reelmäßige Durchführung eines Strategiebüros Pflege.	100 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 31.10.01- 01	Kosten der Hilfe zur Pflege je Einwohner	54,8	56,1	weiterhin angestiegene Kosten
K 31.10.01- 02	Kosten der Hilfe zur Pflege je Heimfall	14.586,4	14.997,3	Pflegesätze stärker gestiegen als
K 31.10.01- 03	Falldichte stationärer HzP	0,3	0,4	
K 31.10.01- 04	Anteil stationäre Fälle an Gesamtfälle HzP	87,7	88,2	leichte Verbesserung gegenüber 2012, Zielwert noch nicht ganz erreicht
K 31.10.01- 05	Anteil ambulante Fälle an Gesamtfälle HzP	12,3	11,8	leichte Verbesserung gegenüber 2012, Zielwert noch nicht ganz erreicht

Gesamtbetrachtung

Die ressourcenschonende Versorgung pflegebedürftiger Personen stand auch 2013 im Mittelpunkt der Entwicklungen. Alle Hilfeleistungen erfolgten präventiv, individuell und nachhaltig und berücksichtigten die wirtschaftlichen Aspekte im Einzelfall.

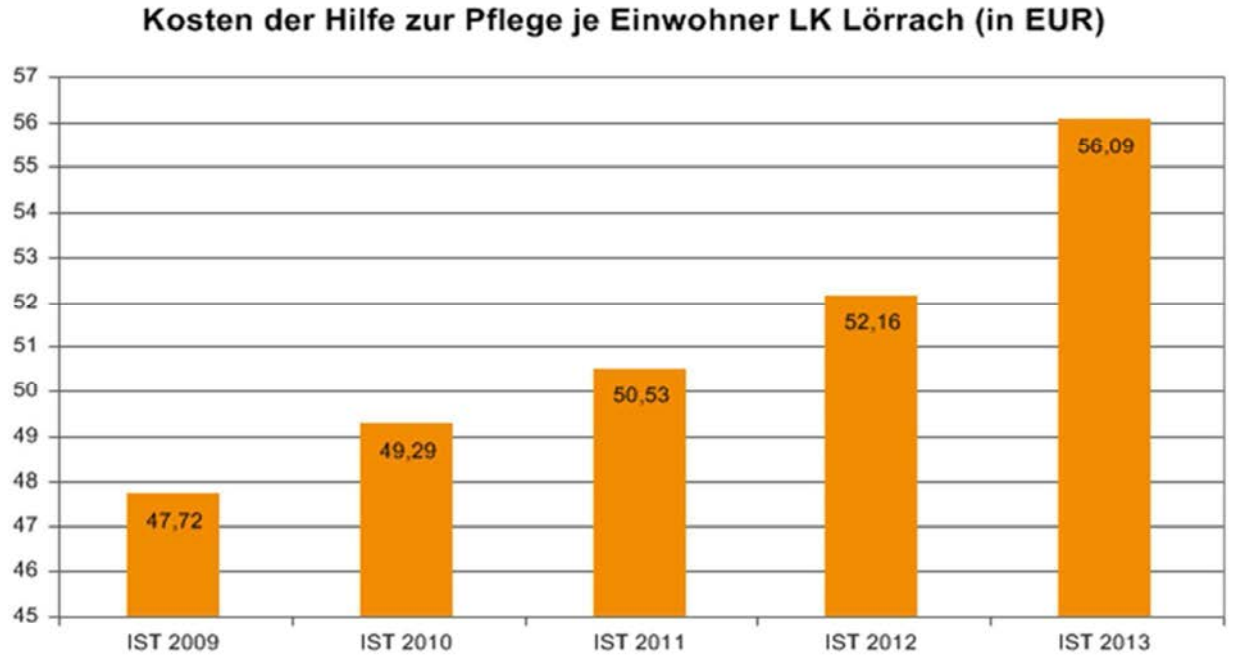
Als wesentlich neues Steuerungsmoment wurde auf den Grundlagen der Prognos-Studie im Sommer 2013 mit einer konkreten Pflegefallsteuerung begonnen. Ziel ist es, die Ambulantisierung bei der Hilfe zur Pflege zu steigern und hierzu bei Anträgen auf stationäre Versorgung alternative Versorgungsmöglichkeiten ausloten und ermöglichen zu können. Die Pflegesteuerungskraft, Frau Christine Back hat mit diesem konkreten Schnittstellenmanagement an der Schwelle zur Heimunterbringung begonnen. Darüber werden von ihr ältere Mitbürger, die im Bezug der Grundsicherung im Alter stehen, präventiv zuhause aufgesucht, um ein häusliches Wohnen weiter zu unterstützen, Hilfen im Haushalt auszubauen und so möglichst lange Selbständigkeit in den eigene Wänden zu erhalten.

Effekte lassen sich in so kurzer Zeit nur partikulär ausmachen. Ein Großteil der neu zu berücksichtigenden Heimfälle verweilte auch 2013 schon zuvor längere Zeit als Selbstzahler in den Pflegeheimen (191 von 323 stationären Anträgen), weshalb bei diesen eine Steuerungsmöglichkeit ausschied.
Hinzu kommt, dass mehr und mehr schwer und schwerstpflegebedürftige in die Heime drängen und die Pflegeeinrichtungen aufgrund der hohen Nachfrage oftmals diese Fälle den leichteren Fällen vorziehen.
Die Fallzahlen im stationären Bereich sind daher auch im Jahr 2013 auf recht hohem Niveau verblieben, haben aber die Zahl 800 nie überschritten und lagen am Jahresende bei 790 Fällen. Bedingt wird dies auch durch die hohe Zahl an Sterbefällen in diesem Jahr (187), so dass stets eine hohe Fluktuation vorhanden ist.
Erkennbar ist nach wie vor, dass eine Zunahme weniger bei hochbetagten Personen festgestellt werden kann als vielmehr bei jüngeren Bewohnern mit vorwiegend psychischen Grunderkrankungen (Pflegestufe Null).
Die ambulanten Fallzahlen in der Pflege sind nicht so angestiegen, wie angenommen (Dezember IST 105, Jahresmittel 105, Jahresmittel geplant 110), dennoch steigen die Aufwendungen durch den intensivierten ambulanten Ausbau kontinuierlich weiter an.
Noch immer gilt, dass im Bereich der Pflege die Ausgaben überwiegend von fremden Faktoren definiert werden und dabei auch die pflegerische Infrastruktur und das Versorgungsangebot eine wesentliche Rolle spielen.

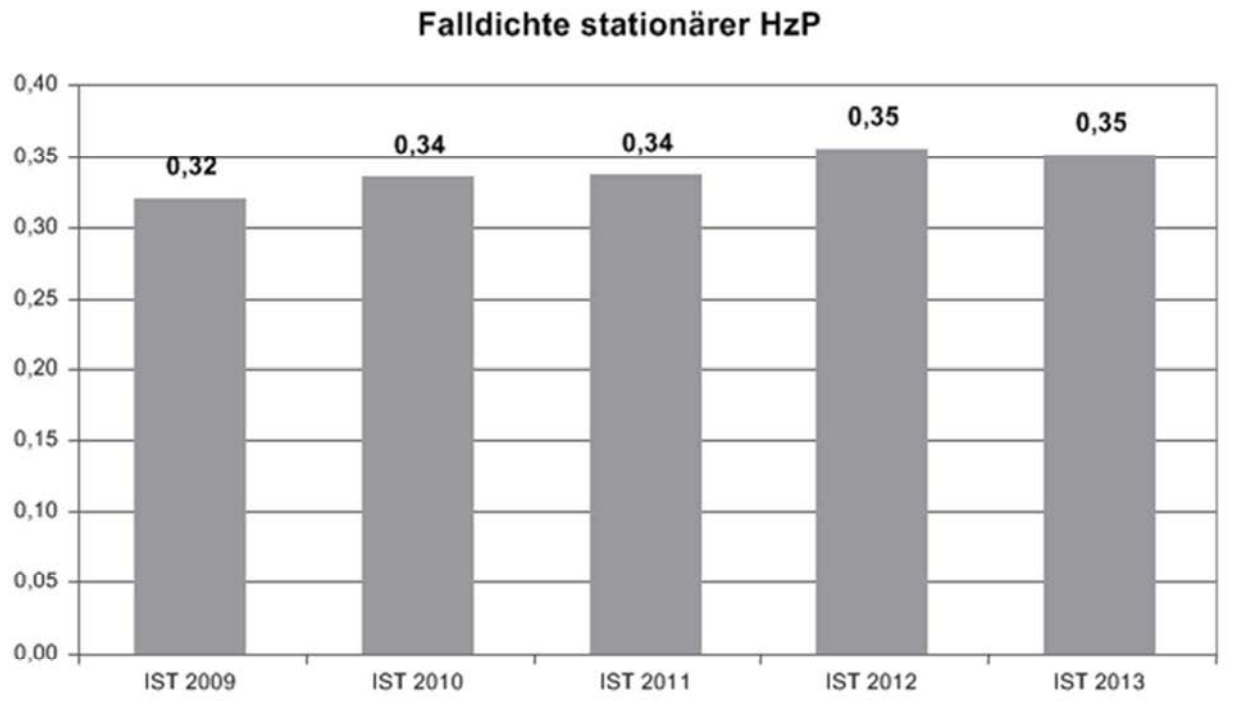
Schlüsselprodukt

Hilfe zur Pflege **31.10.01**

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss



Durch die steigenden Gesamtaufwendungen im Bereich der Hilfe zur Pflege sind auch die Kosten der Hilfe zur Pflege je Einwohner von 52,16 € in 2012 auf 56,09 € in 2013 gestiegen.



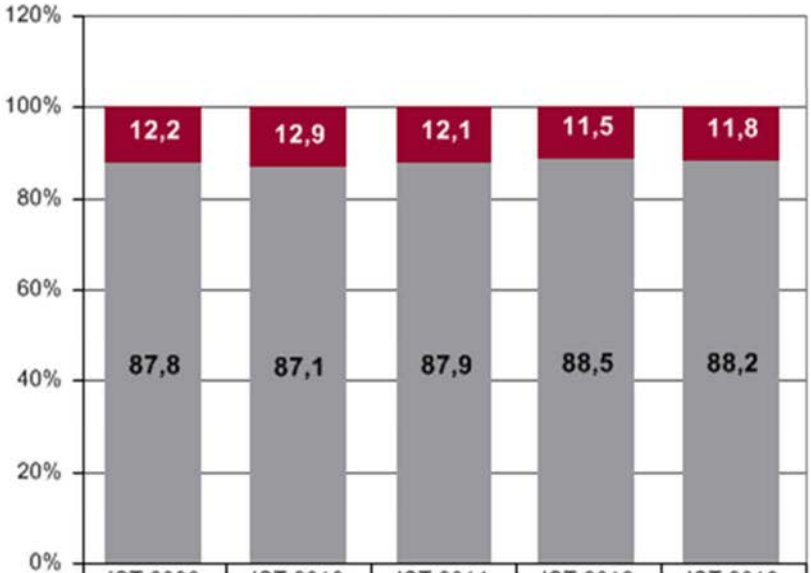
Die stationäre Falldichte, also der Prozentuale Anteil von stationären Fällen an der Gesamtbevölkerung im Landkreis konnte erstmals seit 2009 im Jahr stabil gehalten werden.

31.10.01 Hilfe zur Pflege

Schlüsselprodukt

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Verhältnis amb. Fälle zu stat. Fällen im LK Lörrach (in %)



	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
Anteil stationäre Fälle an Gesamtfälle HzP	87,8	87,1	87,9	88,5	88,2
Anteil ambulante Fälle an Gesamtfälle HzP	12,2	12,9	12,1	11,5	11,8

Das Verhältnis ambulanter zu stationären Fällen konnte im Jahr 2013 ein wenig zu Gunsten der ambulanten Fälle verbessert werden. Waren im Jahr 2012 noch 11,5% aller Fälle ambulant eingestuft, so waren es 2013 bereits 11,8%. Diese Entwicklung gilt es weiterzuführen

Teilergebnisrechnung

Hilfe zur Pflege **31.10.01**

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
3	+	Sonstige Transfererträge	1.645.284,82	1.760.000	1.848.278,79	88.278,79	0	0	88.278,79-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	61	0	60,60-	0	0	60,60	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	522,40	182	6.140,43	5.958,51	0	0	5.958,51-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.150,28	0	1.188,26	1.188,26	0	0	1.188,26-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.646.957,50	1.760.243	1.855.607,48	95.364,96	0	0	95.364,96-	0
11	-	Personalaufwendungen	331.768,82-	433.637-	349.921,32-	83.715,38	0	0	83.715,38-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.926,87-	18.366-	17.015,41-	1.350,55	0	0	1.350,55-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	9,26-	24-	0	24,24	0	0	24,24-	0
16	-	Transferaufwendungen	11.648.657,13-	12.262.000-	12.524.513,33-	262.513,33-	0	0	262.513,33	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.193,90-	35.690-	13.568,89-	22.121,39	0	0	22.121,39-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	11.992.555,98-	12.749.717-	12.905.018,95-	155.301,77-	0	0	155.301,77	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	10.345.598,48-	10.989.475-	11.049.411,47-	59.936,81-	0	0	59.936,81	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	643,55-	128-	327,53-	199,49-	0	0	199,49	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	43.254,04-	83.743-	82.758,41-	984,41	0	0	984,41-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	16.044,03-	26.275-	26.188,11-	86,68	0	0	86,68-	0
54	-	Aufwand für IuK	8.553,66-	15.574-	14.645,09-	928,42	0	0	928,42-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	24.653,64-	33.666-	25.384,91-	8.280,74	0	0	8.280,74-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.151,14-	5.660-	718,13-	4.942,26	0	0	4.942,26-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	94.300,06-	165.045-	150.022,18-	15.023,02	0	0	15.023,02-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	10.439.898,54-	11.154.520-	11.199.433,65-	44.913,79-	0	0	44.913,79	0

Teilfinanzrechnung

Hilfe zur Pflege **31.10.01**

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.588.193,53	1.760.243	1.832.394,86	72.152,34	0	0	72.152,34-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	11.989.391,34-	12.749.693-	12.848.884,16-	99.191,22-	0	0	99.191,22	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.401.197,81-	10.989.450-	11.016.489,30-	27.038,88-	0	0	27.038,88	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	10.401.197,81-	10.989.450-	11.016.489,30-	27.038,88-	0	0	27.038,88	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	10.401.197,81-	10.989.450-	11.016.489,30-	27.038,88-	0	0	27.038,88	0

31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SBG II

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Kaum jugendliche Arbeitslose oder Jugendliche ohne Abschluss – kein unter 25 jähriger geht verloren.	arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 25 Jahren
B	S	Es gibt keine Hartz 4 Karrieren.	Personen zwischen 0 und 64 Jahren
C	S	Erwerbsfähige Personen sind in den Arbeitsmarkt integriert und können ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern.	arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Senkung des Betreuungsschlüssels U25 auf die gesetzliche Vorgabe (momentan 1:75).	A 1k1, A 1k2
B 1	S	Die Zusammenarbeit zwischen dem Sozialen Dienst (FB Jugend und Familie) und dem Jobcenter wird verbessert. Beratende Unterstützung des Jobcenters bei der Auswahl und Gestaltung von Integrationsmaßnahmen (z. b. Familiencoaching)	
C 1	S	Die SGB II Quote im Landkreis Lörrach wird bis zum Jahr 2014 auf den Landesschnitt	C 1k1, C 1k2

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Herbeiführung eines Beschlusses der Trägerversmmlung auf einen 1:75 Betreuungsschsschlüßel im U25 Bereich.	100 %
B 1.1	S	Erarbeitung und Umsetzung eines Schnittstellenkonzeptes mit Benennung fester	50 %
B 1.2	S	Herbeiführung positiver Beschlüße der Trägerversammlung zur Durchführung entsprechender Integrationsmaßnahmen.	100 %
C 1.1	S	Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Jobcenter bzgl. Der Senkung der SGB II Quote und gemeinsame Erarbeitung/ Ausweisung einer speziellen Stelle für Qualitätsmanagement im Jobcenter (aus Bestand, gehobener Dienst).	100 %
C 1.2	S	Abstimmung konkreter Maßnahmen in der AG SGB II.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Betreuungsschlüßel U25	1:75	1:97	zusätzliche Stelle erst zum 01.01.2014 anrechenbar
A 1 k2	S	Konzept umgesetzt (Ja/Nein)	Ja	Ja	
C 1 k1	S	SGB II Quote LK Lörrach	4,9	4,9	im Vergleich BW bei 5,0
C 1 k2	S	QM eingerichtet (Ja/Nein)	Ja	JA	

GESAMTBETRACHTUNG

Im Jahr 2013 stand im Bereich SGB 2 die Konsolidierung des Erreichten im Fokus. So konnte in den letzten 3 Jahren die SGB 2 Quote von einem Wert weit über dem Landesdurchschnitt (5,2%) auf einen Wert darunter (4,9% Landesschnitt 5,0%) gebracht werden.
Ebenfalls wurde die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften weiter von 4.796 im Dezember 2013 auf 4.548 im Dezember 2013 gesenkt. Diese Tendenzen sollten in 2013 so gehalten und die Weichen dafür gestellt werden, das auch zukünftig ein Wert der SGB 2-Quote im Bereich des Landesschnittes oder darunter möglich ist und die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften stabil auf diesem niedrigen Niveau bleibt oder noch weiter zurückgeht. Daher wurden die Themen 50 Plus, Alleinerziehende und U25 ebenfalls intensiv weiter vertieft.

Ein Problem, das im Laufe des Jahres 2013 immer stärker in den Fokus gerückt ist, ist der Bereich des Wohnens. insbesondere die immensen Mietpreissteigerungen in den Ballungsräumen rund um Basel geben Grund zu größter Sorge. Dieses hat auch schon 2013 zu überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich der KdU geführt, da ein solch starker Anstieg der Kosten der Unterkunft nicht erwartet wurde.

Teilergebnisrechnung

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SBG II **31.20**

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	891.136,78	800.000	1.869.030,14	1.069.030,14	0	0	1.069.030,14-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	7.618.900,98	6.945.300	7.299.192,01	353.892,01	0	0	353.892,01-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	157.564,02	140.000	177.768,99	37.768,99	0	0	37.768,99-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	120,82	120,82	0	0	120,82-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.958.640,68	1.809.000	1.981.457,58	172.457,58	0	0	172.457,58-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.066,81	0	123,39	123,39	0	0	123,39-	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.628.309,27	9.694.300	11.327.692,93	1.633.392,93	0	0	1.633.392,93-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.119.845,49-	2.067.653-	1.988.750,71-	78.901,82	0	0	78.901,82-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.894,81-	15.655-	13.896,95-	1.758,05	0	0	1.758,05-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	68,39-	0	0	0	0	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	1.766,66-	390.000-	98.899,99-	291.100,01	0	0	291.100,01-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.798.516,19-	20.629.184-	21.455.122,84-	825.938,36-	0	0	825.938,36	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	23.957.091,54-	23.102.492-	23.556.670,49-	454.178,48-	0	0	454.178,48	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	13.328.782,27-	13.408.192-	12.228.977,56-	1.179.214,45	0	0	1.179.214,45-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	2.326,50-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	329.113,95-	68.155-	80.837,26-	12.682,38-	0	0	12.682,38	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	130.235,86-	11.881-	22.179,09-	10.297,96-	0	0	10.297,96	0
54	-	Aufwand für IuK	64.371,35-	1.093-	6.783,91-	5.691,26-	0	0	5.691,26	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	181.445,50-	197.447-	173.936,06-	23.511,03	0	0	23.511,03-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	8.537,91-	12.742-	130,16-	12.611,70	0	0	12.611,70-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	716.031,07-	291.318-	283.866,48-	7.451,13	0	0	7.451,13-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	14.044.813,34-	13.699.510-	12.512.844,04-	1.186.665,58	0	0	1.186.665,58-	0

Teilfinanzrechnung

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SBG II **31.20**

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	10.511.501,01	9.694.300	11.586.405,16	1.892.105,16	0	0	1.892.105,16-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	23.545.574,97-	23.102.492-	24.944.177,31-	1.841.685,30-	0	0	1.841.685,30	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.034.073,96-	13.408.192-	13.357.772,15-	50.419,86	0	0	50.419,86-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	13.034.073,96-	13.408.192-	13.357.772,15-	50.419,86	0	0	50.419,86-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	13.034.073,96-	13.408.192-	13.357.772,15-	50.419,86	0	0	50.419,86-	0

31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Mittelfristige (bis 2015) Senkung der SGB II Quote im Landkreis Lörrach in Richtung derzeitiger Landesdurchschnitt (aktuell: SGB II Quote = 5,4 %)	
Jede Bedarfsgemeinschaft lebt in einer Wohnung mit angemessener Wohnungsgröße, Mietezins und Mietnebenkosten	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Abschluss einer mittelfristigen Zielvereinbarung (2012-2015) mit dem Jobcenter zur Erreichung der Ziel-Quote	100 %
Beratende Unterstützung/Abstimmung geeigneter Maßnahmen mit dem Jobcenter zur Zielerreichung	100 %
Regelmäßige Überprüfung der vereinbarten Ziele, Ergreifen ggf. erforderlicher Maßnahmen zur Gegensteuerung sowie gemeinsame Umsetzung der vereinbarten und erarbeiteten Aktionspunkte zur SGB II-Quote	100 %
Schaffung einer Stelle "Qualitätsmanagement KdU" im Jahr 2013.	100 %
Sicherstellung eines Betreuungsschlüssels bei U 25 von 1 zu 75.	100 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 31.20.01- 01	Kosten KdU je EW	84,5	85,6	
K 31.20.01- 02	Kosten KdU je BG	4.019,8	4.073,0	durchschnittliche Kosten je Monat ca. 4,40 € höher als angenommen. Mietpreissteigerung übertrifft
K 31.20.01- 03	SGB II Quote LK Lö	4,9	4,9	
K 31.20.01- 04	Integrationsquote	0,0	27,3	
K 31.20.01- 05	SGB II Quote BW	4,8	5,0	

Gesamtbetrachtung

2013 waren die ersten 5 Monate im SGB II von leicht zunehmenden BG-(Bedarfsgemeinschaften) -Zahlen geprägt, in den darauffolgenden Monaten sank die Zahl kontinuierlich bis auf 4.511 im November 2013. Das ist der niedrigste Stand im Landkreis Lörrach seit Einführung des SGB II. Im Dezember stieg die Anzahl dann wieder leicht auf 4.548, im Jahresmittel wurde das für 2013 zwischen Jobcenter und Landkreis Ziel von 4.700 BG's mit 4.693 sogar leicht (-7 BG's) unterschritten.

Durch die gute Entwicklung bei den Bedarfsgemeinschaften wurde auch die SGB II Quote als weiterer Erfolgsindikator positiv beeinflusst. Die SGB II Quote lag seit Januar 2013 auf dem Landesdurchschnitt BW nachdem sie in den Jahren davor immer weit darüber gelegen hat. Im Verlauf des Jahres 2013 konnte der Landesschnitt sogar stabil und dauerhaft unterschritten werden. So lag zum ende des Jahres 2013 der Wert der SGB II Quote im Landkreis bei 4,9% der Landesschnitt bei 5,0%

Trotzdem waren die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft im Jahr 2013 um ca. 355.000 höher als geplant. Das liegt jedoch einzig und alleine daran, dass die durchschnittlichen Kosten je BG und Monat stärker gestiegen sind als geplant. War in der Planung 2013 eine Steigerung gegenüber 2012 von 328 € auf 335 € (+2,1%) geplant, gab es tatsächlich eine erhöhten Aufwand je Monat von 340 € Das entspricht einer Steigerung von über 3,6% innerhalb eines Jahres bei den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft. Gegenüber dem Vorjahr (2012) lagen die Kosten der Unterkunft im Jahr 2013 leicht unter dem Vorjahreswert.

Finanziell wirken sich diese Komponenten für Produkt 31.20.01 so aus, dass die Aufwandsseite um 355.000 € höher liegt als geplant. Zu den Aufwendungen gehören die Aufwendungen der Unterkunft (19.114.654 €), aber auch Aufwendungen für Wohnraumbeschaffung(139.600 €), Leistungen bei Mietschulden (22.400 €) und Darlehen für Unterkunft, Mietkautionen und Mietschulden (155.800 €)

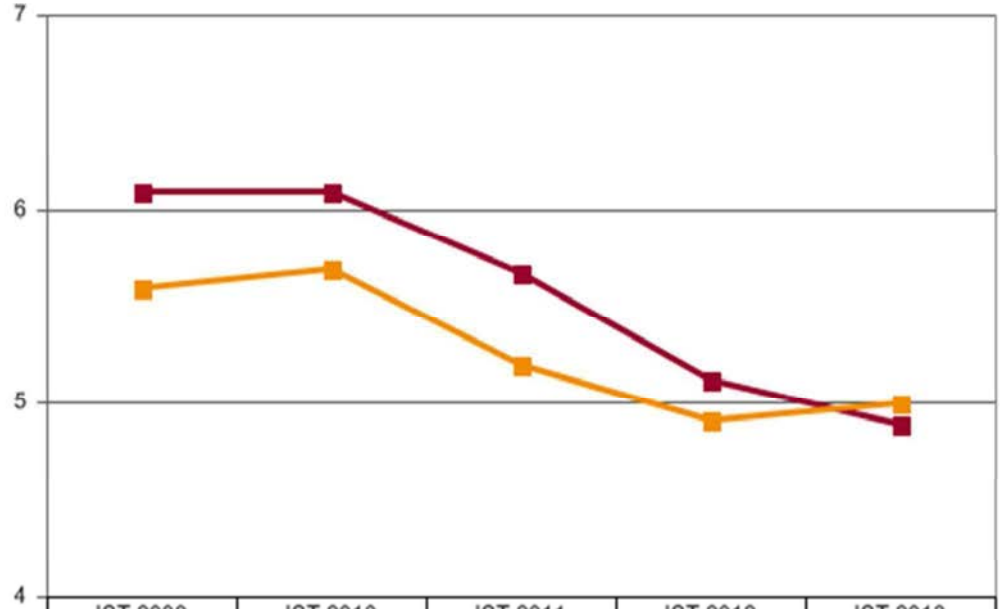
Diese Mehraufwendungen werden durch die Ertragsseite aufgefangen auf der höhere Bundeserstattungen für die Aufwendungen sowie eine nicht zu erwartend hohe Wohngeldentlastung vom Bund (+1.000.000 €) stehen. Hier sind insgesamt ca. 1.500.000 EUR mehr eingegangen als geplant.
Die für 2013 geplante Stelle für KdU-Qualitätsmanagement wurde zum Sommer 2013 eingerichtet und hat sich etabliert. Ebenfalls wurde der Mitarbeiterschlüssel im Vermittlungsbereich U25 auf 1 zu 75 angepasst. Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Jugend % 26 Familie des Landkreises und dem Jobcenter wurde kontinuierlich weiterentwickelt. Dieses waren Forderungen des Landkreises resultierend aus der Sozialstrategie.

Insgesamt kann man sagen, dass auch 2013 das Jobcenter hervorragende Arbeit geleistet hat. Die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen sowie der regelmäßige gemeinsame Austausch auf verschiedenen Ebenen funktioniert weiterhin sehr gut. Hier kann der Landkreis seine strategische Vorstellungen , auch aus der Sozialstrategie, und Wünsche einbringen und diese finden sich in der Operationalisierung durch das Jobcenter in der Jahresplanung wieder.
Für 2014 ist eine Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses vorgesehen, ein Schwerpunkt muss jedoch darin liegen, die auslaufende Förderung der Bürgerarbeit zu kompensieren bzw. sich der Zielgruppen anzunehmen, die es auf dem ersten Arbeitsmarkt auch unter den vorherrschend guten Bedingungen unglaublich schwer haben.

Schlüsselprodukt Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SBG II **31.20.01**

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

SGB II Quote LK Lörrach und Land Baden Würrtemberg (in %)



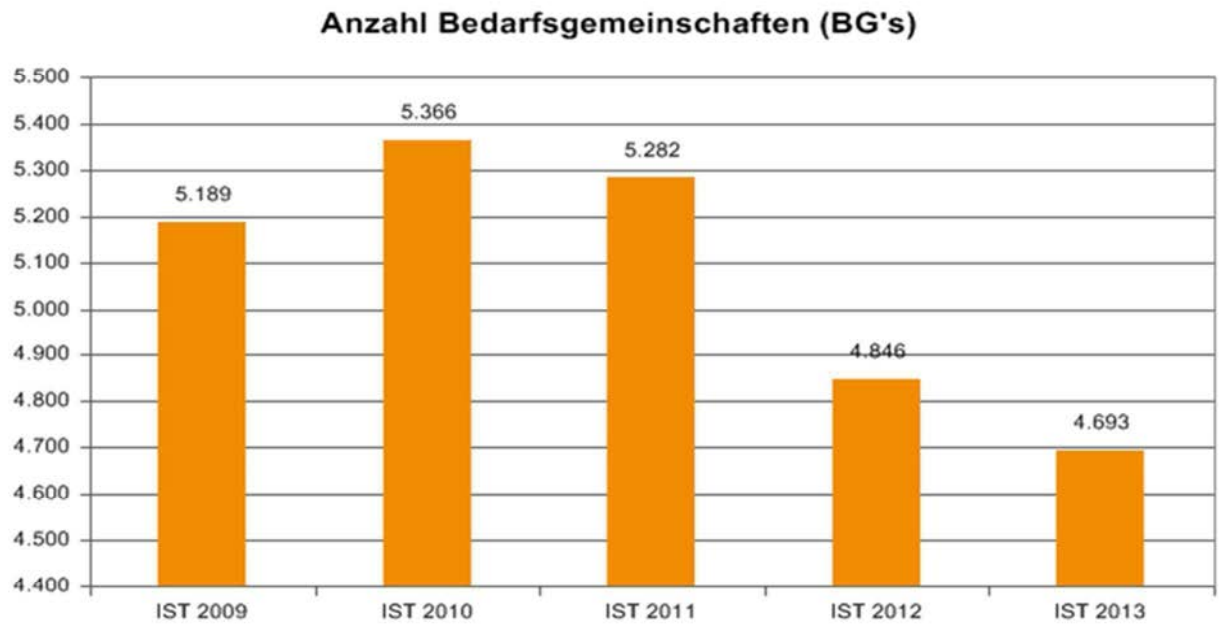
	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013
SGB II Quote LK Lö	6,10	6,10	5,68	5,12	4,90
SGB II Quote BW	5,60	5,70	5,20	4,91	5,00

Die SGB II Quote ist für den Landkreis der Hauptindikator für das Geschehen im Bereich SGB II. Die Quote konnte aufgrund der erfolgreichen Arbeit des Jobcenters und gesamten Bemühungen im Zusammenhang mit dem SGB II im Jahr 2013 erstmals unter den Landesdurchschnitt von Baden Württemberg gesenkt werden. Ziel wird es nun sein, dieses Ergebnis zu halten und zu bestätigen.

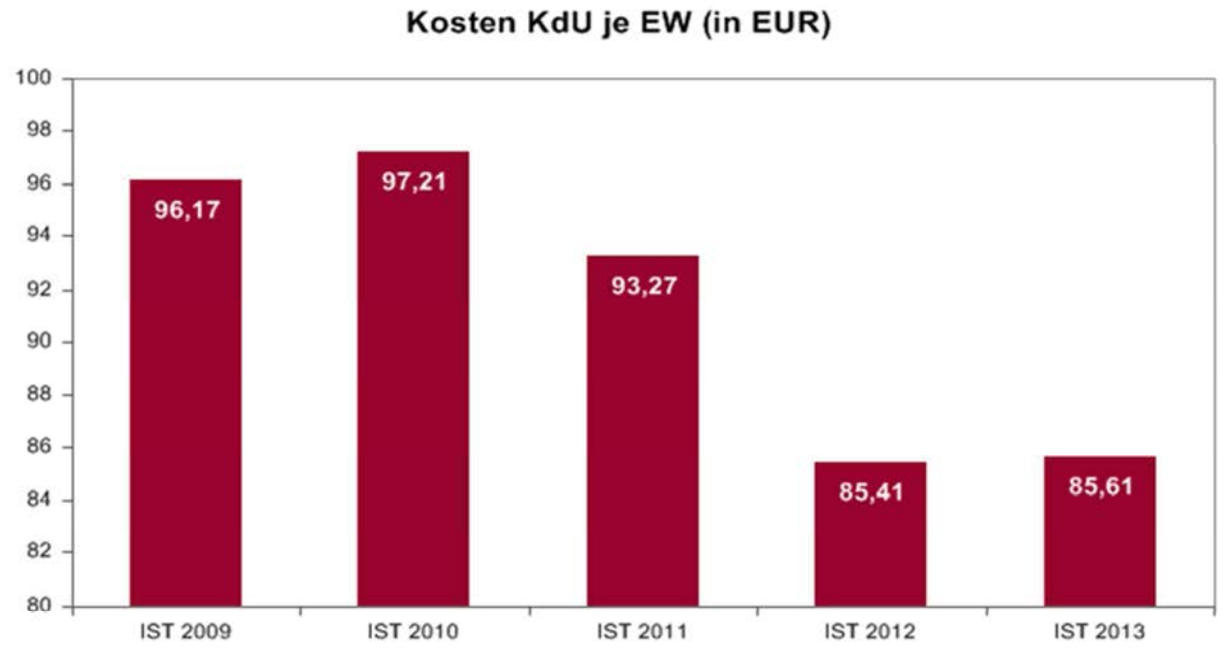
31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

Schlüsselprodukt

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss



Eine niedrige Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist Voraussetzung für eine gute SGB II Quote. Die Zahl ist auch im Jahr 2013 weiter kontinuierlich gesunken. Zum Jahresende war jedoch ein Verharren auf niedrigem Niveau festzustellen, was auch darauf zurückzuführen ist, dass es einen bestimmten Personenkreis gibt, der fast nicht in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln ist.



Die Kosten der Unterkunft (KdU) je Einwohner sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus der Tatsache, dass zwar die Anzahl an Leistungsbeziehern gesunken ist, die Aufwendungen je BG und Monat jedoch, hauptsächlich durch enorm steigende Mieten, weiter angestiegen sind.

Teilergebnisrechnung

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II **31.20.01**

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	891.136,78	800.000	1.869.030,14	1.069.030,14	0	0	1.069.030,14-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	7.617.587,65	6.945.300	7.220.402,01	275.102,01	0	0	275.102,01-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	153.322,35	135.000	176.033,42	41.033,42	0	0	41.033,42-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	102,70	102,70	0	0	102,70-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.752.709,77	1.530.850	1.673.777,04	142.927,04	0	0	142.927,04-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.755,31	0	104,88	104,88	0	0	104,88-	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.416.511,86	9.411.150	10.939.450,19	1.528.300,19	0	0	1.528.300,19-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.804.066,07-	1.656.554-	1.579.766,72-	76.787,08	0	0	76.787,08-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.481,65-	10.842-	4.819,92-	6.021,80	0	0	6.021,80-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	58,49-	0	0	0	0	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	140,00-	0	0	0	0	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.504.536,80-	20.056.622-	20.494.472,04-	437.850,28-	0	0	437.850,28	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	22.338.283,01-	21.724.017-	22.079.058,68-	355.041,40-	0	0	355.041,40	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	11.921.771,15-	12.312.867-	11.139.608,49-	1.173.258,79	0	0	1.173.258,79-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	1.997,47-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	281.548,15-	53.898-	58.445,46-	4.547,82-	0	0	4.547,82	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	104.048,78-	2.109-	2.114,66-	5,69-	0	0	5,69	0
54	-	Aufwand für IuK	55.103,87-	929-	815,82-	112,93	0	0	112,93-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	155.508,50-	167.830-	147.558,88-	20.271,15	0	0	20.271,15-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	7.267,16-	9.220-	57,21-	9.162,41	0	0	9.162,41-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	605.473,93-	233.985-	208.992,03-	24.992,98	0	0	24.992,98-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	12.527.245,08-	12.546.852-	11.348.600,52-	1.198.251,77	0	0	1.198.251,77-	0

Teilfinanzrechnung

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II **31.20.01**

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	10.317.005,97	9.411.150	11.189.170,48	1.778.020,48	0	0	1.778.020,48-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	22.149.787,10-	21.724.017-	23.451.163,66-	1.727.146,38-	0	0	1.727.146,38	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.832.781,13-	12.312.867-	12.261.993,18-	50.874,10	0	0	50.874,10-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	11.832.781,13-	12.312.867-	12.261.993,18-	50.874,10	0	0	50.874,10-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	11.832.781,13-	12.312.867-	12.261.993,18-	50.874,10	0	0	50.874,10-	0

Dezernat V

Verantwortung:	Ausschuss:	**Jugendhilfeausschuss**
	Dezernatsleitung:	**Elke Zimmermann-Fiscella**

Produktbereich 36 Kinder-Jugend- & Familienhilfe

36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen
36.30	Hilfe für jungen Menschen und ihre Familien*
36.30.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention*
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege*
36.80	Kooperation und Vernetzung
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Übergreifende Strategische Schwerpunkte THH 7

Der Landkreis
- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach
- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte THH 7

Der Landkreis
- stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.
- Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen.
- Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.

Zielbeiträge 2013

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.

Wirkungsziel 2013 – PG 36.30

- Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet („Familie gelingt“).

Die Stärkung der Erziehung in der Herkunftsfamilie stand 2013 weiterhin im Fokus des Fachbereichs Jugend & Familie. Erfreulicherweise war festzustellen, dass die im Rahmen der INSO Organisationsuntersuchung erfolgte Aufstockung des Personals in den Sozialen Diensten Wirkung zeigt und die Anzahl der Fälle, in denen die Menschen um Beratung nachgesucht haben, deutlich angestiegen ist. Dies zeigt, dass die Menschen frühzeitig auf die Sozialen Dienste zugehen und ihren Unterstützungsbedarf anzeigen, so dass mit niederschwelligen Angeboten zur Stärkung der Erziehungskompetenz spätere höherschwellige Hilfen verhindert werden können. Dieser Paradigmenwechsel zeigt sich auch deutlich in der Ausgabenstruktur. Die Strategie, durch frühe ambulante Hilfen spätere stationäre Hilfen zu vermeiden oder durch den intensiven Ansatz von ambulanten Hilfen stationäre Hilfen frühzeitig zu beenden, hat sich als erfolgreich erwiesen.

Im Jahr 2013 wurde im Bereich Frühe Hilfen intensiv am Auf- und Ausbau des regionalen Netzwerks gearbeitet. Ein wichtiger Meilenstein war die konstituierende Sitzung der regionalen Steuerungsgruppe im Februar 2013, der Beschluss eines Projektstrukturplans und eines Organigramms für Entscheidungsstrukturen und Kooperationswege im Frühjahr 2013 sowie der Workshop am 08. Juni 2013. Weiterhin wurde die Fachstelle Frühe Hilfen eingerichtet, welche sich am Frühe-Hilfen-Konzept des Ortenaukreises orientiert. Ebenfalls 2013 nahm der Landkreis an dem Qualifizierungsprogramm des Landesnetzwerks Frühe Hilfen und Kinderschutz teil, wofür ihm im Oktober 2013 von der Sozialministerin ein entsprechendes Qualitätszertifikat ausgehändigt wurde. Besonders erfreulich an dem Prozess war, dass sich der Dialog zwischen Medizin und Jugendhilfe im Landkreis Lörrach weiter verbessert hat. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um Familien mit Unterstützungsbedarf in dieser besonders wichtigen Zeit der frühen Kindheit wirkungsvoll zu unterstützen. Entsprechend der Vorgaben aus der Sozialstrategie wurde auch das Projekt Familienpaten mit dem Kinderschutzbund Schopfheim ausgebaut, ein sehr wichtiger Baustein im Netzwerk Frühe Hilfen.

Das Projekt „Familienbesucher“ konnte 2013 am ersten Standort mit der Gemeindeverwaltung abgestimmt und im Gemeinderat vorgestellt werden. Durch das Projekt werden die Familien mit Neugeborenen von der zuständigen SD-Fachkraft besucht. Bei dem Besuch wird neben Informationsmaterial auch ein kleines Willkommensgeschenk des Landkreises übergeben. Mit dem Projekt kommt der Landkreis seiner Informationsverpflichtung aus dem Bundeskinderschutzgesetz nach.

Das Projekt Elterntreffs wurde 2013 konzeptionell vorbereitet und 8 Standorte ausgesucht. Ab 2014 werden die ersten Elterntreffs mit der Arbeit beginnen.

Strategischer Schwerpunkt

Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen.

- **Wirkungsziel 2013 – PG 36.30**
  - Junge Menschen erhalten unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation die Chance, ihr Leben selbständig ohne Inanspruchnahme von Transferleistungen zu gestalten (keine Harz 4 Karrieren).
- **Wirkungsziele 2013 – PG 36.50**
  - Die Städte und Gemeinden des LK stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen
  - Bis 2013 wird durch den Ausbau von Betreuungsangeboten für 34 % der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Davon sollen mind. 20 % durch den Landkreis Lörrach als Kindertagespflegeplätze gewährleistet werden.

Das Projekt Kita Plus war im Rahmen der Sozialstrategie zu konzipieren und an 5 Standorten umzusetzen. Leider konnten die ambitionierten Zielsetzungen, die vorsahen, dass zum 01. September 2013 die erste Kindertageseinrichtung als Kita Plus läuft, nicht eingehalten werden. Grund dafür waren die umfangreichen Vorarbeiten zum Projekt, wie die Analyse und Auswahl der geeigneten Kita Plus Standorte, sowie die Erarbeitung einer ausführlichen Konzeption und Richtlinien sowie einer Kooperationsvereinbarung. Im April 2014 wird mit dem Kindergarten in Zell i. W. die erste Kita Plus Einrichtung starten können. Weitere Standorte für Kita Plus befinden sich in Lörrach, Weil am Rhein, Rheinfelden und Grenzach-Wyhlen.

Eine weitere Ursache dafür, dass der Zeitplan des Kita Plus Projektes nicht wie geplant eingehalten werden konnte, war die zeitintensive Vorbereitung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Betreuung von U3 –Kindern ab 01.08.2013. Der Rechtsanspruch auf U3 Betreuung ab 01.08.2013 stellte den Fachbereich Jugend & Familie vor große Herausforderungen. Im Frühjahr 2013 wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund der TU Dortmund und des Deutschen Jugendinstitutes München eine wissenschaftlich begleitete Elternumfrage durchgeführt, welche aufzeigte, dass der Betreuungsbedarf im Landkreis Lörrach im Durchschnitt bei 34,4% der U3 Kinder beträgt. Allerdings gibt es regional große Unterschiede. Zur Vorbereitung auf die Umsetzung des U3-Rechtsanspruchs wurde neben der genannten Untersuchung auch eine Umfrage durchgeführt, in der die Städte und Gemeinden angeben sollten, ob sie den kommenden U3 Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung erfüllen können oder nicht. Mit allen Städten und Gemeinden, welche Probleme sahen, den Rechtsanspruch zu erfüllen, wurden vor Ort Gespräche geführt, in denen Lösungsmöglichkeiten erörtert wurden, um den bestehenden Betreuungsbedarf zu decken. Die Gespräche und die Ergebnisse wurden anhand eines standardisierten Vordrucks festgehalten.

In der AG Kleinkindbetreuung wurde 2013 ein gemeinsames Prozedere zwischen Städten, Gemeinden und Landkreis vereinbart, wie bei ungedeckten Bedarfslagen im U3 Bereich vorgegangen wird. Bislang kann dieses Verfahren als erfolgreich gewertet werden, da in allen Fällen, in denen die Städte und Gemeinden ungedeckte U3 Betreuungsansprüche gemeldet hatten vom Landkreis durch übergeordnete Suche und unter Einbeziehung der Kindertagespflege eine Lösung erreicht werden konnte. Die einzige Klage im Landkreis wurde abgewiesen, da der Betreuungsbedarf durch Kindertagespflege gedeckt war.

Der Nettoressourcenbedarf bei der Produktgruppe 36.50 lag 2013 um 330.000 EUR höher als geplant. Dieser Mitteleinsatz schlägt sich jedoch auch ganz deutlich in den Fallzahlen wieder. Wurden 2011 in der Kindertagespflege 108 Kinder unter 3 Jahren betreut, waren dies 2013 bereits 375 Fälle. Insgesamt konnte im Landkreis die U3 Betreuungsquote von 2010 bis 2014 von 11 auf 22 Prozent gesteigert werden. Von den betreuten Kindern werden insgesamt 24,9 % in der Kindertagespflege betreut. Die Zielsetzung, dass 20 % der betreuten U 3 Kinder in der Kindertagespflege betreut werden, hat der Landkreis somit bislang mehr als erfüllt.

Das ambulant betreute Wohnen in der Zweier-Gruppe wurde im Jahr 2013 um das doppelte von 8 auf 16 Plätze aufgestockt. Das ambulant betreute Einzelwohnen wird zum Jahr 2014 umgesetzt werden. Im Laufe des Jahres 2013 wurde mit dem Caritasverband ein passender Träger gefunden, weiterhin wurde eine Konzeption mit dem Jobcenter erarbeitet.

Insgesamt hat sich die Zusammenarbeit zwischen Fachbereich Jugend & Familie und dem Jobcenter 2013 deutlich verbessert. Es finden regelmäßig Jour fixe statt und mit der oben genannten Konzeption wurde erstmals eine gemeinsame Vereinbarung über eine gemeinsame Hilfeform abgeschlossen.

Ein weiteres Thema entsprechend der Umsetzung der Sozialstrategie war der Ausbau des Wirkungscontrollings im Fachbereich Jugend & Familie. Mit einem sachkundigen Experten im Bereich Wirkungscontrolling, der auch für den Deutschen Verein Fortbildungen zu diesem Thema durchführt, wurde herausgearbeitet, dass die Prozessqualität im Bereich Hilfeplanung optimiert werden soll. Es fand als Einstieg eine Analyse der Prozesse statt. Dabei waren die Kernprozessbeschreibungen des SD aus dem INSO-Prozess eine wertvolle Grundlage.

Im Rahmen der Sozialstrategie wurde festgestellt, dass der Landkreis Lörrach im Bezug auf Bildungserfolge im landesweiten Vergleich Defizite aufweist. Dies gilt sowohl für den schulischen Bereich, als auch für den Bereich der Berufsausbildung. So hat der Landkreis Lörrach einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen U25, die im Transferleistungsbezug stehen und über keine Berufsausbildung verfügen.

Im Jahr 2013 wurde durch den Lenkungsausschuss der Bildungsregion Landkreis Lörrach entschieden, den Fokus der Bildungsregion zukünftig auf den frühkindlichen Bildungsbereich zu legen. Dies vor dem Hintergrund, dass die im Frühjahr 2013 gegründete Fachkräfteallianz den Bereich Übergang Schule & Beruf, der bisher im Fokus der Bildungsregion stand, übernehmen wird. Ausgehend von der Einschätzung, dass gerade frühkindliche Bildungsverläufe prägend sind für den zukünftigen Bildungserfolg wurde diese strategische Neuausrichtung beschlossen. Im Jahr 2014 wird durch die organisatorische Zuordnung der Bildungsregion zum Dezernat V auch der inhaltliche Wandel vollzogen. Die Abbildung im Haushalt erfolgt weiterhin bei PG 21.50.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2013

Ein wichtiger Meilenstein im Jahr 2013 war der Abschluss der Kooperationsvereinbarung Schule, Fachbereich Jugend & Familie.

Ende 2013 gab es insgesamt 24,65 Vollzeitäquivalente Schulsozialarbeit entsprechend der Richtlinien des Landkreises Lörrach, die an 31 Schulen im Landkreis eingesetzt waren. Zwischenzeitlich hat sich Schulsozialarbeit an den Schulen sehr gut etabliert und wird von diesen auch als wertvolle Unterstützung in der gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsarbeit wahrgenommen. 2013 wurden mit der neuen Richtlinie zur Schulsozialarbeit erste Erfahrungen gesammelt. Ende 2013 hat der Landkreis damit begonnen, durch entsprechende Leistungs- und Zielvereinbarungen mit den Schulträgern und den Schulen entsprechend der Richtlinien eine Qualitätssicherung in der Schulsozialarbeit umzusetzen.

Eine sehr große Herausforderung stellte die Betreuung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF.) dar. Die Zugänge dieses Personenkreises sind im Jahr 2013 stark angestiegen, insgesamt mussten über 40 junge Menschen im Landkreis aufgenommen werden. Durch die großen Zugänge kam die zuständige Inobhutnahmeeinrichtung Michaels Gemeinschaft in der Schweigmatt an ihre Kapazitätsgrenzen. Im Herbst 2013 wurde gemeinsam mit der Michaels Gemeinschaft und den Sozialen Diensten eine Konzeption erarbeitet, welche nach einer Phase der Konsolidierung in der Jugendhilfeeinrichtung die Möglichkeit des Wohnens in Außenwohngruppen oder im ambulant betreuten Wohnen vorsieht. Nach unserer Kenntnis sind in Baden-Württemberg hauptsächlich die Landkreise Ortenaukreis und Lörrach von dieser Problematik betroffen. Hier wird auf Dauer nur eine landesweite gleichmäßige Verteilung entsprechend der Quote der Erwachsenenflüchtlinge zu einer Verbesserung führen.

Die Integration der Psychologischen Beratungsstelle in den Fachbereich Jugend & Familie hat sich sehr gut bewährt. Der Zusammenschluss wurde durch ein Projekt des KVJS begleitet, innerhalb dessen neue Strukturen der Zusammenarbeit geschaffen wurden. Zwei Jahre nach Umsetzung kann die Zusammenlegung als sehr gelungen bezeichnet werden. Auch 2013 wurden die sachgebietsübergreifenden Fallwerkstätten weiter geführt, durch die beide Bereiche an den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren konnten.

Erfreulich ist, dass die vollstationäre Heimunterbringung, die in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden konnte, weiter stabil geblieben ist. Auch konnte zum Ende 2013 eine weitere strategische Zielsetzung, nämlich den Anteil der Pflegefamilien im Vergleich zur stationären Unterbringung zu erhöhen, umgesetzt werden. Gleichzeitig gab es Kostensteigerungen durch Steigerungen der Pflegesätze.

Große Sorgen bereitet die Personalfluktuation in den Sozialen Diensten. Insbesondere durch Schwangerschaften und berufliche Neuorientierungen kam es auch hier wieder zu mehreren Personalwechseln, welche insgesamt die Teams stark schwächen. 2013 wurde auch die von Polizei und Medizin seit langem geforderte 24-Stunden-Rufbereitschaft bei den Sozialen Diensten eingeführt.

Ein wichtiges Thema im Rahmen der Inklusion sind Schulbegleitungen für Kinder und junge Menschen mit seelischen Behinderungen. 2013 wurde eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Schulbegleitungen zwischen dem Schulamt, dem Fachbereich Jugend & Familie sowie dem Jugendamt Waldshut abgeschlossen. Mit der Lebenshilfe Lörrach e.V. konnten Kooperationsvereinbarungen und eine Leistungsvereinbarung verhandelt werden, nach der die Lebenshilfe die erforderlichen Kräfte für die Schulbegleitungen zur Verfügung stellt

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2013

PG THH 7	PLAN 2013	IST 2013	Abweichung 2013	Erläuterung
36.20	-1.261.390	-1.053.783	207.607	Schulsozialarbeitsbudget nicht ausgeschöpft
36.30	-19.389.947	-19.754.048	-364.101	Mehrerträge durch höhere Erstattungen und aufgelöste Rückstellungen sowie höherer Aufwand für Transfers
36.50	-1.498.939	-1.775.008	-276.070	Mehrerträge bei Kostenbeiträgen und aus FAG, höherer Aufwand bei Förderung in Tageseinrichtungen
36.80	-184.955	-250.628	-65.673	Mehraufwand durch geänderte Personalkostenverrechnung
36.90	-1.203.245	-471.302	731.944	Mehrerträge aus Rückgriffen, Minderaufwand durch weniger nachgefragte UVG-Leistungen
gesamt	**-23.538.476**	**-23.304.768**	**233.708**	

Weiterführende Erläuterungen

Die Finanzplanung im THH 7 konnte im Jahr 2013 beim Nettoressourcenbedarf leicht um 233.708 EUR (Abweichung unter 1%) unterschritten werden. Die Gründe hierfür finden sich in den einzelnen Produktgruppen und sind sehr unterschiedlich.

In Produktgruppe 36.20 wird die Schulsozialarbeit verbucht. Hier konnten nicht alle bereitgestellten Mittel verausgabt werden. Somit ergibt sich eine Verbesserung um ca. 207.000 EUR.

In PG 36.30 wurde der Planansatz um ca. 364.000 EUR überschritten. Die Ausgaben für die stationären Hilfen lagen 2013 nahezu im Plan. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Senkung der stationären Hilfefälle konnte 2013 konsolidiert werden. Allerdings haben dementsprechend die ambulanten Hilfen zugenommen, was dazu geführt hat, dass auch der Ansatz für Aufwendungen überschritten wurde. Allerdings ist dies vor dem Hintergrund ambulant vor stationär auch gewünscht.

Zur Ergebnisverbesserung haben Mehrerträge bei den Erstattungen sowie aufgelöste Rückstellungen bei unklaren Rechtsverhältnissen (Prozesse die noch geführt werden mussten etc.) geführt.

Die Produktgruppe 36.50 war durch sehr stark angestiegene Fallzahlen im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen geprägt. Hier kam es zu Mehraufwendungen in Höhe von ca. 526.000 EUR. Ein so starker Anstieg war bei der Planung nicht vorhersehbar gewesen. Ein Teil der Mehraufwendungen konnten durch einen höheren FAG Zuschuss und vor allem durch Mehrerträge bei Kostenbeiträgen aufgefangen werden. So stehen zum Jahresende 2013 hier ca. 276.000 EUR erhöhter Zuschussbedarf zu Buche.

Eine geänderte Personalkostenverrechnung hat in PG 36.80 zu einem leicht erhöhten Ergebnis geführt. Hier werden anteilige SD-Kosten verrechnet.

Im Bereich des Unterhaltsvorschusses (UVG) kam es zu größeren Verwerfungen, die zum Großteil auf Änderungen in der Buchungslogik zurückzuführen sind. So wurden für 2013 Abschreibungen in Höhe von 300.000 EUR für befristete Niederschlagungen geplant. Diese wurden buchungstechnisch nicht realisiert, da weiterführende Erkenntnisse gezeigt haben, dass diese Annahme nicht korrekt war. Auch bei den unbefristeten Niederschlagungen hat eine Prozessänderung zu einer Ergebnisverbesserung auf der Ertragsseite geführt. Aber auch Mehrerträge aus Rückgriffen und ein leichter Rückgang bei der Nachfrage nach UVG-Leistungen haben zu einer Verbesserung des Ergebnisses von insgesamt fast 732.000 EUR in Produktgruppe 36.90 geführt.

Investitionen 2013

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2012 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2013 PLAN	2013 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2014-2016
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen					-9.300	0		-3.000
Saldo aus Investitionstätigkeit			**0**	**0**	**0**	**-9.300**	**0**	**0**	**-3.000**

Erläuterungen zu den Investitionen 2013

Der geplante und durchgeführte Kauf einer neuen Software für das Sachgebiet Psychologische Beratungsstelle wurde im Ergebnishaushalt verbucht.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.088.754,18	1.087.000	1.242.634,78	155.634,78	0	0	155.634,78-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	1.684.900,80	1.689.000	2.103.322,55	414.322,55	0	0	414.322,55-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	21.194,50	1.000	5.848,97	4.848,97	0	0	4.848,97-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	16.246,87	6.000	8.245,61	2.245,61	0	0	2.245,61-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.657.471,33	1.498.900	1.928.606,92	429.706,92	0	0	429.706,92-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	43.870,00	0	66.359,09	66.359,09	0	0	66.359,09-	0
10	=	Ordentliche Erträge	4.512.437,68	4.281.900	5.355.017,92	1.073.117,92	0	0	1.073.117,92-	0
11	-	Personalaufwendungen	5.955.648,56-	6.603.988-	6.510.858,18-	93.129,83	0	0	93.129,83-	28.500,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	166.327,45-	262.232-	261.210,81-	1.021,19	0	0	1.021,19-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	20,53-	300.700-	0	300.700,00	0	0	300.700,00-	0
16	-	Transferaufwendungen	18.645.391,01-	19.923.800-	21.164.883,87-	1.241.083,87-	0	0	1.241.083,87	37.700,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	932.370,38-	729.656-	722.832,75-	6.822,89	0	0	6.822,89-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	25.699.757,93-	27.820.376-	28.659.785,61-	839.409,96-	0	0	839.409,96	66.200,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	21.187.320,25-	23.538.476-	23.304.767,69-	233.707,96	0	0	233.707,96-	66.200,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	789,75-	0	506,18-	506,18-	0	0	506,18	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.011.878,32-	1.077.252-	1.026.966,20-	50.285,37	0	0	50.285,37-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	505.919,51-	468.914-	485.894,82-	16.981,01-	0	0	16.981,01	0
54	-	Aufwand für IuK	247.635,02-	229.548-	235.949,86-	6.401,62-	0	0	6.401,62	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	454.489,29-	550.010-	509.671,77-	40.337,87	0	0	40.337,87-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	21.270,64-	76.813-	11.118,63-	65.694,06	0	0	65.694,06-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.241.982,53-	2.402.536-	2.270.107,46-	132.428,49	0	0	132.428,49-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	23.429.302,78-	25.941.012-	25.574.875,15-	366.136,45	0	0	366.136,45-	66.200,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	4.484.635,75	4.281.900	5.237.007,42	955.107,42	0	0	955.107,42-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	25.551.889,52-	27.802.176-	28.642.079,97-	839.904,32-	0	0	839.904,32	66.200,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.067.253,77-	23.520.276-	23.405.072,55-	115.203,10	0	0	115.203,10-	66.200,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	21.067.253,77-	23.529.576-	23.405.072,55-	124.503,10	0	0	124.503,10-	66.200,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	21.067.253,77-	23.529.576-	23.405.072,55-	124.503,10	0	0	124.503,10-	66.200,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Jahr 2014 müssen die zahlreichen Projekte und Maßnahmen im Fachbereich Jugend & Familie konsequent umgesetzt werden. 2013 stand – gerade bei einigen Maßnahmen aus der Sozialstrategie - die Ausarbeitung von Konzeptionen im Vordergrund. Bei der Umsetzung kommt es darauf an, dass die Wirkungen und Ergebnisse in den Blick genommen werden. Basis dafür ist eine sorgfältige Evaluation.

Die Tarifabschlüsse werden zwangsläufig zu einer Erhöhung der Pflegesätze in der Jugendhilfe führen, da die Anbieter zu Pflegesatzverhandlungen aufrufen werden, um die bei ihnen steigenden Personalkosten zu refinanzieren.

Der für 2014 geplante Umbau der Tagesgruppenplätze wird zu einer Veränderung der Angebotslandkarte im Landkreis führen. Dabei ist Zielsetzung, mit den gleichen Ressourcen mehr junge Menschen fördern und unterstützen zu können.

Insgesamt wird sich in der Jugendhilfe entsprechend der Sozialstrategie der Bedarf an ambulanten Unterstützungsangeboten ggfs. in den nächsten Jahren noch weiter erhöhen, dafür werden sich jedoch in den nachgelagerten Transferleistungen, wie z. B. SGB II, in den nächsten Jahren Auswirkungen dieser Anstrengungen zeigen.

Ein sehr großes Risiko sind die weiterhin sehr hohen Zugänge an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Auch wenn es für diese Fälle eine Kostenerstattung des Landes gibt, so wird es zunehmend unmöglich, Unterbringungsplätze in Jugendhilfeeinrichtungen für diese Jugendlichen zu finden. Bis Mitte April 2014 mussten bereits über 30 junge Menschen aufgenommen werden, mit rasch steigender Tendenz. Die Unterbringung der Flüchtlinge bindet im Fachbereich extrem viele Personalressourcen, die von keiner Kostenerstattung erfasst werden. Ziel ist deshalb eine landesweite Verteilung. Diesbezügliche politische Aktionen hatten insoweit Erfolg, dass es Gespräche auf Landesebene gab, die eine zeitnahe Lösung herbeiführen sollen.

Die Übernahme der Bildungsregion mit dem neuen Schwerpunkt frühkindliche Bildung in das Dezernat V bietet die Chance eine bessere Vernetzung und Abstimmung zu andern Handlungsfeldern im Fachbereich Jugend & Familie, wie z. B. SD, Jugendhilfeplanung, Kindergartenfachberatung, Kreisjugendreferat. Zuerst werden hier eine Bestandsaufnahme und eine Analyse der Bildungslandschaft im Vordergrund stehen, die in ein Gesamtkonzept einmünden werden. Dabei soll der Fokus auf die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und Angebote gerichtet sein, mit dem Ziel einer Konzentration und Bündelung der Aktivitäten. Mit der Entwicklung des Projektes „Kümmerer“ haben wir in der Bildungsregion ein sehr gutes Beispiel, wie erfolgreich und wirkungsvoll auf dieser Basis entwickelte Maßnahmen sein können.

36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
B	S	Junge Menschen erhalten unabhängig von Ihrer persönlichen Lebenssituation die Chance, ihr Leben selbstständig ohne Inanspruchnahme von Transferleistungen zu gestalten (keine	
A	S	Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet.(„Familie gelingt“):	Familien mit Kindern

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
B 1	S	Jugendliche in besonderen sozialen Schwierigkeiten werden intensiv ambulant begleitet.	B 1k1
A 1	S	Familien mit Hilfebedarf innerhalb des Netzwerks „Frühe Hilfen“ frühzeitig erkennen und bedarfsorientiert an die im Netzwerk bestehenden Angebote weitervermitteln.	
A 2	S	Eltern die Möglichkeit geben, sich auszutauschen und ihre Erziehungskompetenzen in einem geselligen, niedrigschwelligen Rahmen zu verbessern.	A 2 k1
A 3	S	Familien mit Hilfebedarf innerhalb des Netzwerks „Frühe Hilfen“ frühzeitig erkennen und bedarfsorientiert an die im Netzwerk bestehenden Angebote weitervermitteln.	A 3 k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
B 1.1	S	Einführung und bedarfsgerechtes Angebot von AIB (ambulante intensive Begleitung).	100 %
A 1.1	S	Weiterer Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen mit Begleitung der Universitätsklinik Ulm und des KVJS.	100 %
A 1.2	S	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit beteiligten Institutionen und	100 %
A 2.1	S	Einrichtung von 12 Elterntreffs im Landkreis.	66 %
A 3.1	S	Einrichtung der Maßnahme Familienbesucher inkl. Schulung der Mitarbeiter sowie bereitstellung eines Willkommenspräsentes.	50 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
B 1 k1	S	Fälle AIB	30	5	Projekt Ende 2013 angelaufen
A 2 k1	S	Teilnehmer Elterntreffs (Durschnitt je Treffen)	8	5	
A 3 k1	S	Erreichte Familien von allen mit Neugeborenen (in %)	90	90	im ersten Standort

GESAMTBETRACHTUNG

Insgesamt konnte die Produktgruppe mit einem Nettoressourcenbedarf von -187.946,00 €bewirtschaftet werden. Dies kann angesichts des Ausgabenvolumens von ca. 22.000.000,00 €als erfolgreiches Ergebnis gewertet werden.
Lediglich in der Produktgruppe 36.30.03.02 gab es wesentliche Verschiebungen, auf die an der entsprechenden Stelle (siehe SP 36.30.03) gesondert eingegangen wird.
Erfreulich ist auch, dass in der Produktgruppe 36.30.01 bei einem Ausgabenvolumen von ca. 10.000.000,00 € die Aufwendungen für die stationären Hilfen bei einer Abweichung von 73.000 €nahezu präzise eingehalten werden.
Allerdings sind die Aufwendungen der ambulanten Hilfen um 270.000 €über dem Ansatz gelegen, was im Wesentlichen an der Steigerung der sonstigen Hilfen zur Erziehung nach § 27 um 220.000 €liegt.

Teilergebnisrechnung

Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	2.086,96	0	6.812,78	6.812,78	0	0	6.812,78-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	936.565,38	873.000	835.815,58	37.184,42-	0	0	37.184,42	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	187,50	906	0	905,76-	0	0	905,76	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.831,87	906	1.141,87	236,11	0	0	236,11-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	824.233,71	673.200	1.107.355,24	434.155,24	0	0	434.155,24-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	43.423,62	0	63.086,17	63.086,17	0	0	63.086,17-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.814.329,04	1.548.012	2.014.211,64	466.200,12	0	0	466.200,12-	0
11	-	Personalaufwendungen	5.103.339,15-	5.762.188-	5.649.006,18-	113.181,35	0	0	113.181,35-	28.500,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	141.006,63-	230.145-	201.639,12-	28.505,64	0	0	28.505,64-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	20,53-	700-	0	700,00	0	0	700,00-	0
16	-	Transferaufwendungen	13.744.368,83-	14.267.800-	15.263.698,17-	995.898,17-	0	0	995.898,17	9.200,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	735.647,59-	677.126-	653.915,70-	23.210,54	0	0	23.210,54-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	19.724.382,73-	20.937.959-	21.768.259,17-	830.300,64-	0	0	830.300,64	37.700,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	17.910.053,69-	19.389.947-	19.754.047,53-	364.100,52-	0	0	364.100,52	37.700,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	698,07-	0	506,18-	506,18-	0	0	506,18	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	841.561,10-	904.207-	850.040,75-	54.166,30	0	0	54.166,30-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	468.921,52-	438.580-	424.470,45-	14.109,87	0	0	14.109,87-	0
54	-	Aufwand für IuK	220.736,80-	208.031-	208.543,63-	512,34-	0	0	512,34	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	408.406,88-	498.087-	448.246,18-	49.840,83	0	0	49.840,83-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	19.138,90-	68.810-	9.753,37-	59.056,13	0	0	59.056,13-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.959.463,27-	2.117.715-	1.941.560,56-	176.154,61	0	0	176.154,61-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	19.869.516,96-	21.507.662-	21.695.608,09-	187.945,91-	0	0	187.945,91	37.700,00-

Teilfinanzrechnung

Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.615.530,50	1.548.012	2.057.640,63	509.629,11	0	0	509.629,11-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	19.751.239,32-	21.215.447-	21.635.654,50-	420.207,45-	0	0	420.207,45	37.700,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	18.135.708,82-	19.667.436-	19.578.013,87-	89.421,66	0	0	89.421,66-	37.700,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	9.300-	0	9.300,00	0	0	9.300,00-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	18.135.708,82-	19.676.736-	19.578.013,87-	98.721,66	0	0	98.721,66-	37.700,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	18.135.708,82-	19.676.736-	19.578.013,87-	98.721,66	0	0	98.721,66-	37.700,00-

36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Gezielte Angebote für Kinder/Jugendliche und ihre Familien um Heimaufnahmen im Vorfeld zu verhindern und/ oder im Nachgang von Heimaufnahmen diese in ihrer Dauer	
Stärkung der Erziehung in der Herkunftsfamilie	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Intensive ambulante Begleitung von jungen Menschen mit besonderen sozialen Belastungen (AIB).	100 %
Erweiterung des Angebotes im betreuten Wohnen.	100 %
Erweiterte finanzielles Engagement im Bereich der ambulanten Begleitung/	100 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 36.30.03- 01	Indiv. Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre	1,7	1,8	
K 36.30.03- 02	Anteil Fälle stationäre/teilstationäre indiv. Hilfen	51,8	45,9	
K 36.30.03- 03	Anteil Fälle nichtstationäre indiv. Hilfen	48,2	54,1	
K 36.30.03- 04	Kosten indiv. Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre	266,6	292,0	
K 36.30.03- 05	Kosten Fälle stationäre/teilstationäre indiv. Hilfen	209,3	245,0	
K 36.30.03- 06	Kosten Fälle nichtstationäre indiv. Hilfen	57,3	47,1	

Gesamtbetrachtung

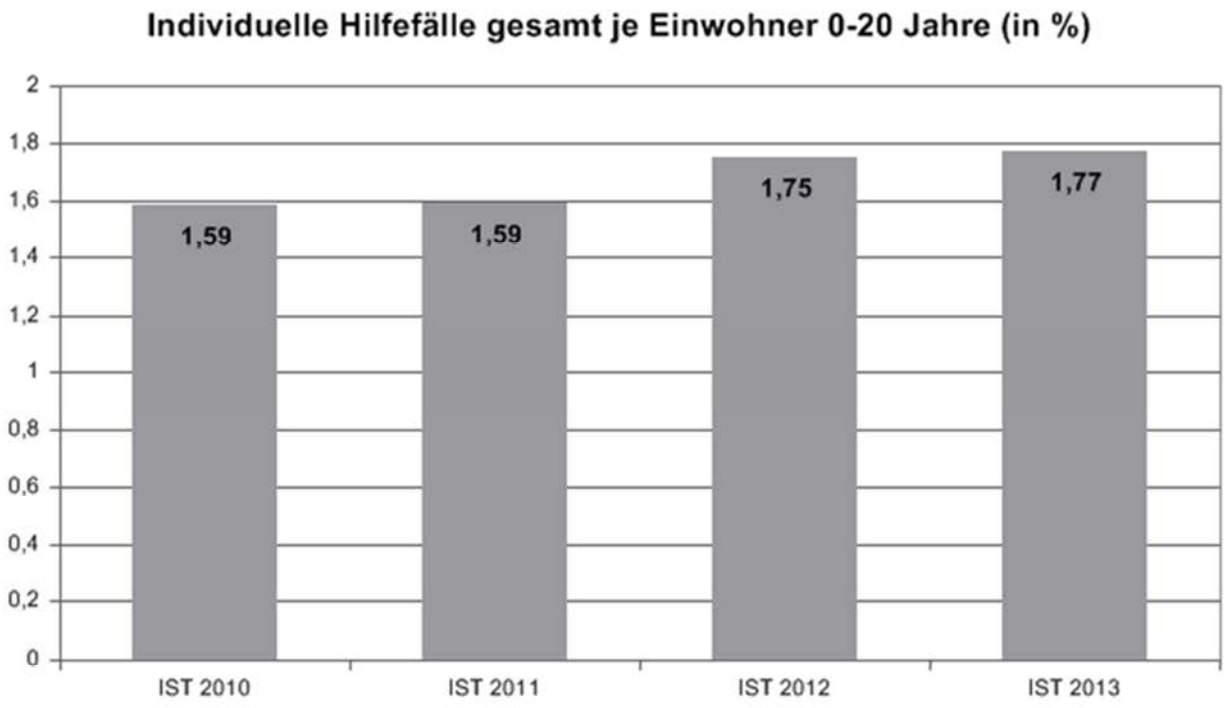
36.30.03.01
Die Überschreitung der sonstigen Hilfen zur Erziehung um 220.000,00 €über den Planansatz muss detailliert geprüft werden. Die Fallzahlen sind 2013 im Vergleich zu 2012 gesunken. Von 84 auf 61 im Mittelwert. Obwohl mit 65 Fällen der Planansatz kalkuliert wurde, gab es eine erhebliche Überschreitung des Ansatzes. 2012 betrugen die Fallkosten 679 €bei einem Ergebnis von 709.000€und 2013 hingegen 1243,00 €

36.30.03.02
Sehr erfreulich ist die Verdoppelung der geplanten Erträge. Allerdings korrespondieren diese mit einer Zunahme der Inobhutnahmen und der daraus resultierenden Kostenerstattungen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Denn auch in diesem Produkt erfolgte eine Verdoppelung der Aufwendungen.
Eine Steigerung um 120.000,00 €gegenüber dem Planansatz erfolgte bei den ambulanten Maßnahmen nach § 35 a. Dies betrifft im Wesentlichen die Schulbegleitungen bei Autismus. Hier ist auch in künftigen Jahren mit einer Steigerung der Fallzahlen und auch der Aufwendungen zu rechnen.
Eine wesentliche Abweichung vom Planansatz erfolgte jedoch bei den Heimerziehungen für Kinder mit drohender seelischer Behinderung in Höhe von ca. 390.000 € Wie schon in den vergangenen Jahren bergen geringe Fallzahlen mit hohem Kostenaufwand ein unkalkulierbares Risiko für die Haushaltsplanung. Es erfolgte lediglich eine Fallzahlensteigerung von 4 Fällen im Jahr 2013 auf insgesamt 21 Fälle.

Schlüsselprodukt

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention 36.30.03

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

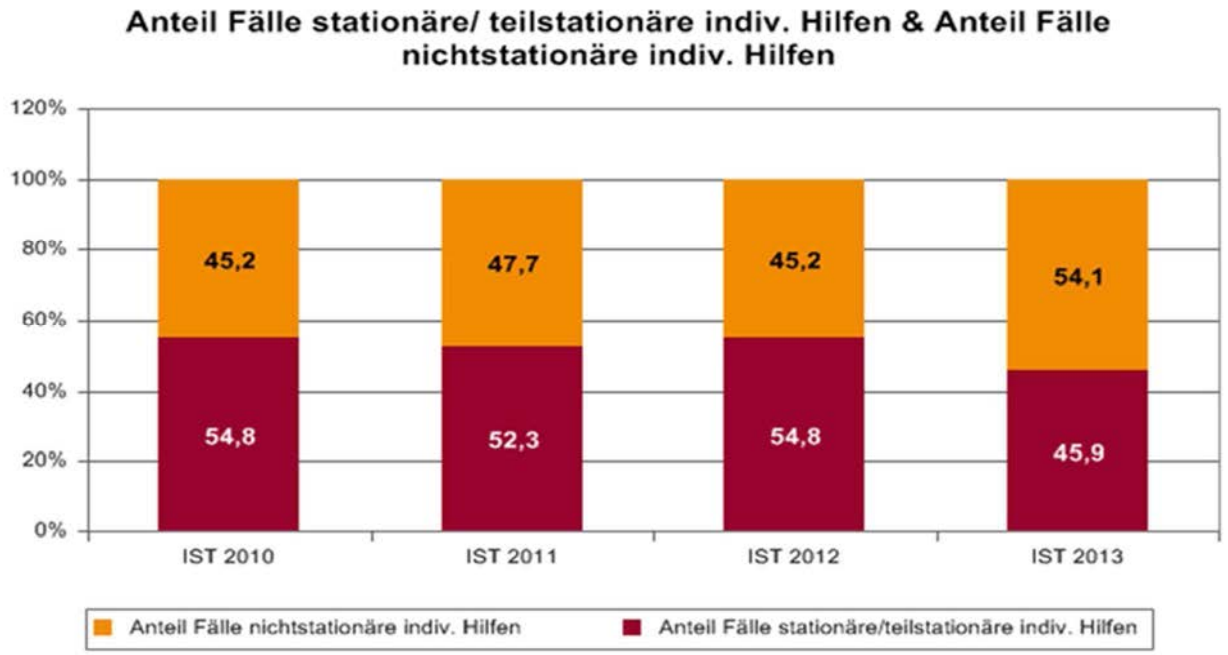


Das Verhältnis der individuellen Hilfefälle je Jugendeinwohner im Landkreis (0-20 Jahre) ist gegenüber dem Vorjahr nur leicht gestiegen und liegt absolut nur 9 Fälle über dem Ergebnis 2012.

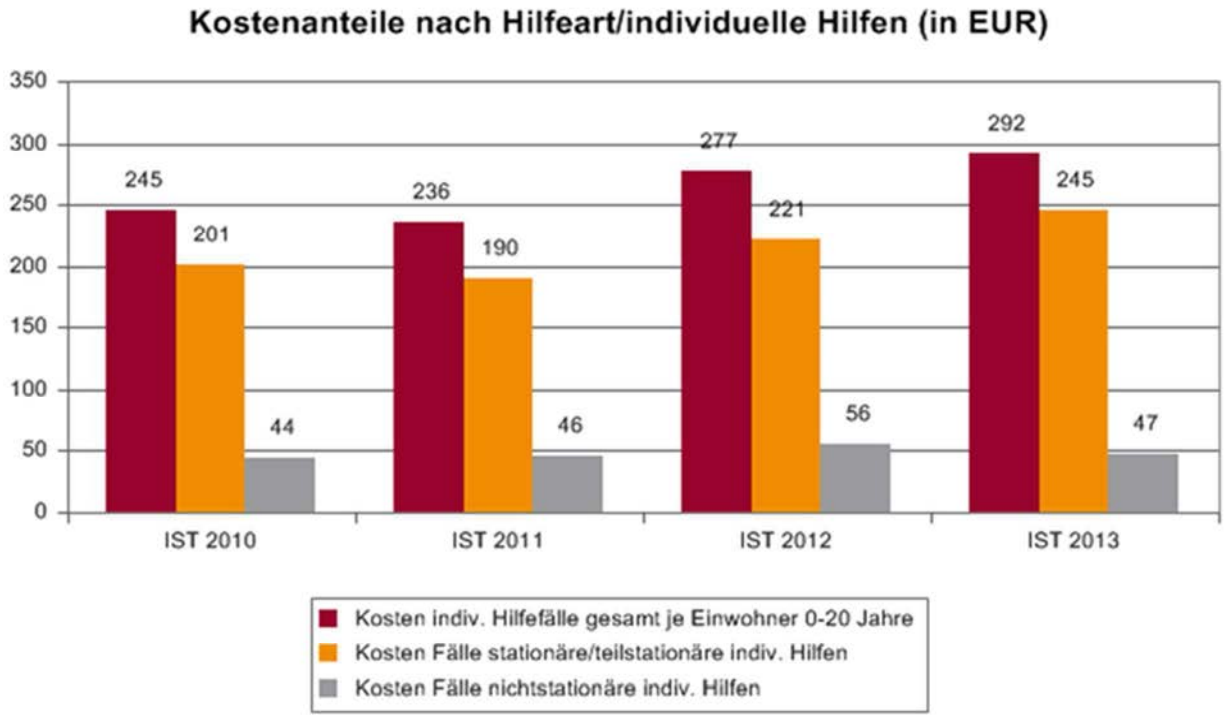
36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Schlüsselprodukt

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss



Der Anteil der nichtstationären Fälle an allen Fällen konnte entgegen dem Trend aus dem Vorjahr verbessert werden. So hat sich gegenüber dem Vorjahr das Verhältnis fast gedreht, und 54% der Fälle sind nicht stationär. Das ist auch die strategische Ausrichtung bei den Hilfen zur Erziehung.



Die Kosten je Jugendeinwohner liegen 2013 bei 292,03€.

Teilergebnisrechnung

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention **36.30.03**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	43,73	0	0	0	0	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	924.584,21	868.000	824.641,12	43.358,88-	0	0	43.358,88	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	558	0	557,76-	0	0	557,76	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.786,74	558	1.101,87	544,11	0	0	544,11-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	749.729,90	670.000	1.097.871,23	427.871,23	0	0	427.871,23-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	42.570,43	0	62.958,09	62.958,09	0	0	62.958,09-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.723.715,01	1.539.116	1.986.572,31	447.456,79	0	0	447.456,79-	0
11	-	Personalaufwendungen	3.123.298,83-	3.560.965-	3.395.152,98-	165.811,85	0	0	165.811,85-	28.500,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.865,72-	128.478-	102.329,92-	26.148,32	0	0	26.148,32-	0
16	-	Transferaufwendungen	13.439.116,29-	13.737.800-	15.012.785,37-	1.274.985,37-	0	0	1.274.985,37	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	678.185,51-	621.639-	595.609,26-	26.029,58	0	0	26.029,58-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	17.303.466,35-	18.048.882-	19.105.877,53-	1.056.995,62-	0	0	1.056.995,62	28.500,00-
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	15.579.751,34-	16.509.766-	17.119.305,22-	609.538,83-	0	0	609.538,83	28.500,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	546,84-	0	446,63-	446,63-	0	0	446,63	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	564.194,98-	570.011-	506.736,21-	63.274,92	0	0	63.274,92-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	229.574,56-	189.162-	253.265,44-	64.103,35-	0	0	64.103,35	0
54	-	Aufwand für IuK	151.443,18-	115.086-	111.186,73-	3.899,15	0	0	3.899,15-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	282.974,62-	306.709-	267.451,85-	39.257,09	0	0	39.257,09-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	13.255,08-	34.823-	5.819,49-	29.003,25	0	0	29.003,25-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.241.989,26-	1.215.791-	1.144.906,35-	70.884,43	0	0	70.884,43-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	16.821.740,60-	17.725.557-	18.264.211,57-	538.654,40-	0	0	538.654,40	28.500,00-

Teilfinanzrechnung

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention **36.30.03**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.591.737,42	1.539.116	1.965.118,46	426.002,94	0	0	426.002,94-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	17.248.174,77-	18.116.458-	18.846.400,19-	729.942,24-	0	0	729.942,24	28.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.656.437,35-	16.577.342-	16.881.281,73-	303.939,30-	0	0	303.939,30	28.500,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	15.656.437,35-	16.577.342-	16.881.281,73-	303.939,30-	0	0	303.939,30	28.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	15.656.437,35-	16.577.342-	16.881.281,73-	303.939,30-	0	0	303.939,30	28.500,00-

36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

		WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	S	Die Städte und Gemeinden des LK stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertages-betreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.	
B	S	Bis 2013 wird durch den Ausbau von Betreuungsangeboten für 34 %der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Davon sollen mind. 20 %durch den Landkreis Lörrach als Kindertagespflegeplätze gewährleistet werden.	

		Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	S	Angebot einer Fachberatung für Kindertageseinrichtungen	A 1k1
A 2	S	Bis 31.12.2015 unterstützt der LK die Städte und Gemeinden finanziell beim Ausbau der normierten Ganztagesbetreuung auf Basis neugefasster Förderrichtlinien.	A 2 k1, A 2 k2
B 1	S	Koordination, Beratung und finanzielle Förderung (bzgl. der Qualifizierung von Tageseltern) der 4 Tageselternvereine im Landkreis Lörrach.	B 1k1

		Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	S	Von der Fachberatung werden 1.500 pädagogische, entwicklungs- und organisationsbezogene Beratung der Leiterinnen und Leiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen und freien Träger (ohne kirchl. Träger) vorgenommen.	97 %
A 1.2	S	Beratung und Unterstützung der Kindertageseinrichtungen bei der Umsetzung des Orientierungsplans und bei der Elternarbeit.	100 %
A 2.1	S	Abschluss von Vereinbarungen mit den Tagesmüttervereinen zum Umfang und der Qualität der Werbung, Qualifizierung, Vermittlung und Betreuung in der	100 %
B 1.1	S	Förderung des Ausbaus der GT-Betreuung in den Kitas, durch das Förderprogramm Kinderbetreuungen.	100 %
B 1.2	S	Durchführung von Koordinationstreffen und Bratungen von Tageselelternvereinen. Bereitstellung von Fördermitteln.	100 %
B 1.3	S	Prüfen ob Angebot und Nachfrage im Bereich KTP deckungsgleich ist.	90 %
B 1.4	S	Unterstützung der Sprachförderung.	100 %

		KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Anzahl durchgeführter Beratungen	1.500	1450	
A 2 k1	S	Bearbeitete/bewilligte Förderanträge	8/6	10 / 7	
A 2 k2	S	Jährlicher Förderbetrag Ausbau Betreuung (in EUR)	80.000	80000	
B 1 k1	S	Jährliche Fördermittel für Tageselternvereine (in EUR)	106.000	119970	

GESAMTBETRACHTUNG

Kindergartenförderprogramm:
Im Jahr 2013 wurden im Kindergartenförderprogramm des Landkreises insgesamt 10 Anträge mit einem Volumen von 143.000 Euro gestellt. Da die Fördersumme auf 100.000 Euro gedeckelt ist, konnten 7 Anträge vollumfänglich bewilligt werden, 3 Anträge wurden abgewiesen. Der Anteil der ganztags betreuten Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt, gemessen an der Gesamtzahl der betreuten Kinder dieser Altersstufe betrug im Jahr 2010 – 11% und steigerte sich bis zum Jahr 2013 auf 18% Hier besteht ein großer Ausbaubedarf vor allem in den Städten und grenznahen Kommunen.
Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren:
Bei einer kreisweiten Umfrage gaben 12 Kommunen an, den Rechtsanspruch für Kinder unter 3 Jahren, auf einen Betreuungsplatz in einer Einrichtung oder der Kindertagespflege, voraussichtlich nicht erfüllen zu können. Diese Kommunen wurden besucht und über individuelle Lösungsmöglichkeiten beraten. Gleichzeitig wurde in mehreren Sitzungen der AG Kleinkindbetreuung die Situation im Landkreis erörtert.
Fortbildungen/Tagungen: Für die Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen wurden eine 6-tätige Fortbildung zum Thema Kinderschutz – Risikoeinschätzung und zwei 1-tägige Fortbildungen zum Thema Kindeswohl bei Trennung und Scheidung organisiert. Die drei Veranstaltungen waren ausgebucht und erhielten durchweg positive Rückmeldungen der Teilnehmenden.
Für die Leiterinnen und Leiter der Kommunalen und freien nicht kirchlichen Kindertageseinrichtungen im Landkreis wurde im Dezember an zwei Terminen eine Tagung in Kooperation mit dem KVJS angeboten.
Projekt Kita+
Es wurde mit der Umsetzung des Projekts Kita+ begonnen. Für die Standortauswahl wurden zahlreiche Daten ausgewertet. 5 Projektstandorte wurden ausgewählt (Lörrach, Weil am Rhein, Rheinfelden, Grenzach-Wyhlen und Zell). Es wurde mit der Arbeit am Handbuch (Leitgedanken, Konzeption, Arbeitshilfen, etc.) begonnen und die ersten Gespräche mit den Vertretern der Kommunen und den Trägervertretern der Einrichtungen geführt.
Projekt Bildungshaus 3-10:
Das Projekt des Kultusministeriums wurde am 31.07.2013 abgeschlossen. In der Zeit vom 01.01.- 31.07.2013 wurden insgesamt 120 Arbeitsstunden in das Projekt eingebracht. Es fanden insgesamt 8 Beratungen an den 3 Standorte (Rheinfelden (2 Einrichtungen), Schopfheim und Aitern) statt.
Kindertagespflege:
Nach derzeitigem Stand werden sich die Aufwendungen in der Kindertagespflege bis zum Ende des Jahres 2013 auf ca. 1.985.000 €belaufen Bei der Planung im vergangenen Jahren sind wir von Aufwendungen in Höhe von 1.440.000 €ausgegangen. Somit wird vermutlich ein Mehraufwand in Höhe von 545.000 €entstehen. Bei der Planung im Jahr 2012 für 2013 wurde bereits der Ansatz für 2013 gegenüber 2012 um 823.000 (1.440.000 / 617.000) erhöht. Zum Zeitpunkt der Planung war die extreme Entwicklung der Fallzahlen nicht vorhersehbar. Die entwickelten sich wie folgt:

Stichtag	31.12.2011	31.07.2012	30.09.2012	31.12.2012	31.05.2013	31.08.2013	31.12.2013
Fälle	108	148	195	270	311	351	375

Dieser extreme Anstieg überrascht doch sehr, zeigt zum anderen aber auch, dass der Landkreis Lörrach der vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Aufgabe, nämlich dem Ausbau der Kleinkindbetreuung, nachgekommen ist und somit seine ""Hausaufgaben"" erledigt hat. Der Fall-anstieg von 108 Fälle auf 375 Fälle entspricht einer Steigerung von ca. 350 %in einem Zeitraum von 2 Jahren. Gleichzeitig wurde durch die Umsetzung der Empfehlungen des KVJS die Stundensätze von 3,90 €auf 5,50 €erhöht.

Teilergebnisrechnung Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

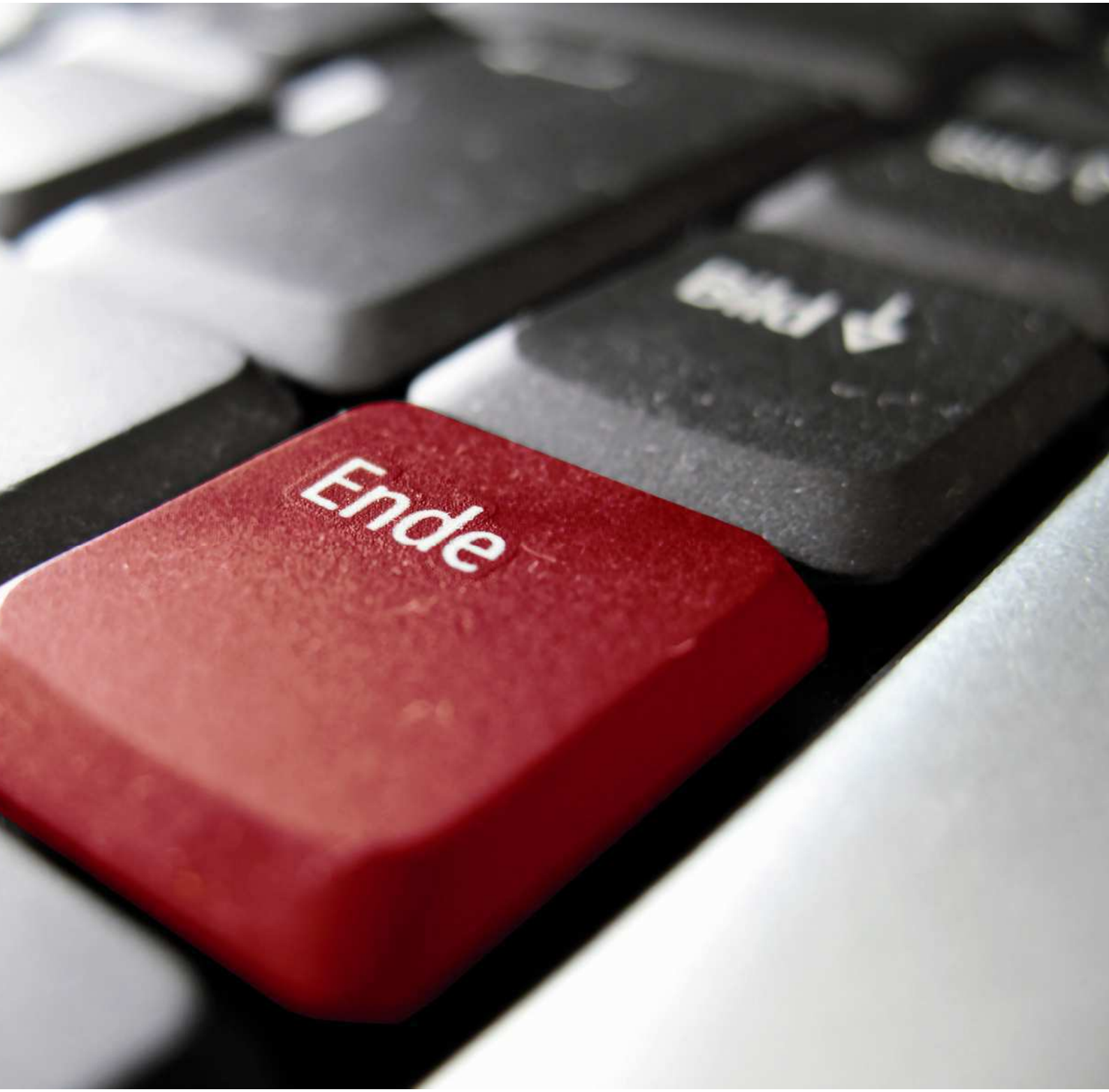
lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässiger Mehraufw. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.086.664,46	1.087.000	1.235.822,00	148.822,00	0	0	148.822,00-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	236.708,91	320.000	482.749,63	162.749,63	0	0	162.749,63-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	21.007,00	10	5.848,97	5.839,01	0	0	5.839,01-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.415,00	5.010	6.930,00	1.920,04	0	0	1.920,04-	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	76.130,86	50.000	64.487,43	14.487,43	0	0	14.487,43-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	446,38	0	329,43	329,43	0	0	329,43-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.429.372,61	1.462.020	1.796.167,46	334.147,54	0	0	334.147,54-	0
11	-	Personalaufwendungen	235.562,52-	215.706-	243.910,39-	28.204,54-	0	0	28.204,54	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.302,54-	6.812-	18.213,36-	11.401,08-	0	0	11.401,08	0
16	-	Transferaufwendungen	2.400.416,56-	2.737.000-	3.295.401,52-	558.401,52-	0	0	558.401,52	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.790,80-	1.440-	13.650,31-	12.209,91-	0	0	12.209,91	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.660.072,42-	2.960.959-	3.571.175,58-	610.217,05-	0	0	610.217,05	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.230.699,81-	1.498.939-	1.775.008,12-	276.069,51-	0	0	276.069,51	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	41,69-	0	0	0	0	0	0	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	35.732,98-	23.992-	50.532,93-	26.541,06-	0	0	26.541,06	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	9.717,99-	2.393-	19.450,75-	17.057,52-	0	0	17.057,52	0
54	-	Aufwand für IuK	8.403,49-	2.071-	8.539,14-	6.467,87-	0	0	6.467,87	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	15.754,16-	5.520-	20.540,57-	15.020,63-	0	0	15.020,63	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	708,31-	1.862-	446,93-	1.415,35	0	0	1.415,35-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	70.358,62-	35.839-	99.510,32-	63.671,73-	0	0	63.671,73	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.301.058,43-	1.534.777-	1.874.518,44-	339.741,24-	0	0	339.741,24	0

Teilfinanzrechnung Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2012	PLAN 2013	IST 2013	Vergleich PLAN / IST 2013	Zulässige Mehrausz. 2013	Ermächti-gungen aus 2012	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2013	übertragene Ermächt. nach 2014
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.399.800,39	1.462.020	1.793.927,01	331.907,09	0	0	331.907,09-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.658.239,58-	2.961.192-	3.765.861,14-	804.669,21-	0	0	804.669,21	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.258.439,19-	1.499.172-	1.971.934,13-	472.762,12-	0	0	472.762,12	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.258.439,19-	1.499.172-	1.971.934,13-	472.762,12-	0	0	472.762,12	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	1.258.439,19-	1.499.172-	1.971.934,13-	472.762,12-	0	0	472.762,12	0

Abspann



Allgemeine Hinweise

- Abs. Absatz
- AK Arbeitskreis
- Art. Artikel
- BW Baden-Württemberg
- bzw. beziehungsweise
- d.h. das heißt
- EAL Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach
- EB Eigenbetrieb
- EU Europäische Union
- EUR Euro
- EW Einwohner
- HH-Plan Haushaltsplan
- LK Landkreis
- LR Landrat
- lt. laut
- MA Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- NKHR Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
- PE Personalentwicklung
- % Prozent
- sh. siehe
- sog. so genannte
- THH Teilhaushalt
- u. a. unter anderem
- vgl. vergleiche

Allgemeine Hinweise

- Sämtliche Planansätze und IST-Ergebnisse in diesem Jahresabschluss sind in der Währung Euro (EUR) ausgewiesen.
- Die örtliche Wertgrenze für Investitionen wird gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO auf 1.000.000 EUR festgesetzt.
- Für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000 EUR (geringwertige Wirtschaftsgüter) wird die Vereinfachungsregelung des § 38 Abs. 4 GemHVO in Anspruch genommen.

Teilhaushaltsbezeichnungen (THH)

THH 1	Finanzen & Zentrales Management
THH 2	Ordnung & Gesundheit
THH 3	Bildung & Kultur
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum
THH 6	Soziales & Arbeit
THH 7	Jugend & Familie

Abkürzungen der Ausschüsse

KT	Kreistag
VA	Verwaltungsausschuss
UA	Umweltausschuss
SozA	Sozialausschuss
JHA	Jugendhilfeausschuss

Budgetabrechnung

Die in Orientierung an den Organisationseinheiten (Dezernaten) gebildeten Hauptbudgets B_1 bis B_7 sind mit den THH-Budgets nicht vollständig deckungsgleich. Hintergrund ist, dass Aufgaben einiger Teilprodukte zwar aufgrund der Produktorientiertheit der Haushaltsgliederung einem THH zugeordnet, organisatorisch aber von einem anderen Dezernat wahrgenommen werden. Es handelt sich dabei um die in den Haushaltsvermerken (S. 490) als nicht gegenseitig deckungsfähig aufgeführten Teilprodukte. Die genannten Teilprodukte sind hinsichtlich des Haushaltsvolumens weniger bedeutend.

Die Hauptbudgets wurden in Teilbudgets (Fachbereichs-Budget) untergliedert. Durch das Engagement der Budgetverantwortlichen und deren Mitarbeiter/innen konnten auch im Jahr 2013 beträchtliche Mehrerträge bzw. Einsparungen bei den Aufwendungen erzielt werden.

Entsprechend der beschlossenen Budgetregeln wurde aufgrund einzeln begründeter Anträge im Rahmen einer Stufenprüfung der tatsächliche Budgetübertrag ermittelt. Es erfolgten Budgetüberträge aufgrund managementbedingten Mehrerträgen/ Minderaufwendungen von 255.300 EUR (VJ 467.000 EUR) und Budgetüberträge aufgrund nicht besetzter Personalstellen von insgesamt 167.500 EUR (VJ 78.000 EUR), somit in Summe **422.800 EUR**. In Summe haben sich die Budgetüberträge im Vergleich zum Vorjahr um 122.300 EUR vermindert.

Bei den managementbedingten Budgetüberträgen handelt es sich vorwiegend um Einzelpositionen bis zu 15.000 EUR, die seitens der Fachbereiche geltend gemacht wurden. Höhere Einzelbudgetüberträge erhielten der FB Waldwirtschaft aufgrund der Intensivierung seiner Dienstleistungen und der hierdurch entstandenen Mehrerträgen (27.600 EUR), der Fachbereich Personal & Organisation aufgrund der in Eigenregie durchgeführten Organisationsuntersuchungen (20.000 EUR) sowie der FB Verkehr & Straßen aufgrund der Minderaufwendungen im Bereich der Schülerbeförderung durch optimierte Streckenführungen und eine bessere Auslastung (88.800 EUR).

Die Gesamtsumme der Budgetüberträge aufgrund nicht besetzter Personalstellen ist im Vergleich zum Vorjahr (78.000 EUR) erwartungsgemäß auf 167.500 EUR angestiegen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass es immer schwieriger wird, freiwerdende Stellen zeitnah zu besetzen.

Die Budgets schlossen wie folgt ab:

Budget	Bezeichnung	Verantwortliche/r	Ermächtigungs-übertragungen aus 2012 - in EUR -	ordentliches Ergebnis PLAN - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST Budget - in EUR -	zulässiger Mehraufwand	verfügbare Mittel abzüglich IST 2013
			Plan / Budget				
B_1	Finanzen & Zentrales Management	Philipp von Ritter	336.200	102.777.918	106.064.356	24.693	3.700.239
B_2	Ordnung & Gesundheit	Thomas Mücke	34.700	-4.207.562	-3.778.495	0	536.718
B_3	Bildung & Kultur	Thomas Mücke	822.532	1.287.143	1.552.059	0	1.086.820
B_4	Verkehr & Strukturpolitik	Walter Holderried	529.000	-7.891.909	-6.028.311	116.833	2.173.713
B_5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	Ulrich Hoehler	87.200	-4.962.986	-4.259.038	4.205	734.145
B_6	Soziales & Arbeit	Elke Zimmermann-Fiscella	5.100	-63.547.625	-61.432.815	3.580	2.074.220
B_7	Jugend & Familie	Elke Zimmermann-Fiscella	0	-23.454.979	-23.243.613	0	233.708
Gesamthaushalt			**1.814.732**	**0**	**8.874.143**	**149.312**	**10.539.563**

Ermächtigungsübertragungen

Übertragungen aufgrund Haushaltsvermerke nach § 21 Abs. 2 GemHVO

Die Übertragbarkeit von Ansätzen des Ergebnis- und Finanzhaushalts ist in § 21 GemHVO geregelt. Danach bleiben bei Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen die Ansätze bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für Ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Außerdem können Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets für übertragbar erklärt werden. In den Haushaltsvermerken (Haushaltsplan S. 491) wurde die Ausgestaltung dieser Übertragbarkeitsregelung für den Landkreis Lörrach näher definiert.

Die Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts stellt auch in diesem Bereich einen Paradigmenwechsel dar. Entsprechend den Grundsätzen des Ressourcenverbrauchskonzeptes wird das Ergebnis des Jahres belastet, in dem der Aufwand tatsächlich anfällt. Bei der Übertragung von Ansätzen wird allein die (Budget-) Ermächtigung, somit die Berechtigung die Haushaltsmittel für den genannten Zweck verwenden zu dürfen, in das neue Jahr übertragen. Erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme der Mittel wirkt sich dies belastend auf die Ergebnisrechnung bzw. die Finanzrechnung aus.

Die Ermächtigungsübertragungen beeinträchtigen somit nicht das Ergebnis des Haushaltsjahres 2013, sondern führen zu einer wirtschaftlichen Belastung des Haushaltsjahres 2014.

PG	Bezeichnung	Betrag - in EUR -
11.12	Architektenwettbewerb Masterplan	60.000,00
11.24	Sanierung Sanitäranlagen Kreissporthalle Lörrach	46.300,00
11.24	Erneuerung Sprinkleranlage	40.000,00
21.20	Sonderschulen - Schulbudgetreste	170.428,51
21.30	Berufliche Schulen - Schulbudgetreste	798.352,47
51.10	Gutachten Elektrifizierung Hochrheinstrecke	60.000,00
51.10	Gutachgten Räumliche Planung	42.500,00
54.20	Deckensanierung Kreisstraßen	50.000,00
XXXX	Weitere Übertragungen entsprechend den Haushaltsvermerken	111.900,00
Gesamtsumme		**1.379.480,98**

Ermächtigungsübertragungen im Ergebnishaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 1.802.280,98 EUR sind entsprechend den im Haushaltsplan 2013 festgelegten Budget- und Übertragungsvermerken gebildet worden. Sie haben sich im Vergleich zu 2012 um rund 12.500 EUR reduziert.

Im Wesentlichen setzen sich die gebildeten Ermächtigungsübertragungen wie folgt zusammen:

Budget	Bezeichnung	managementbedingte Budgetüberträge - in EUR -		Ermächtigungs-übertragungen aufgrund Haushaltsvermerke - in EUR -	Summe - in EUR -
		Sach-aufwendungen	Personal-aufwendungen		
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	83.300,00	0,00	166.600,00	249.900,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	20.300,00	20.000,00	0,00	40.300,00
THH 3	Bildung & Kultur	0,00	4.200,00	971.680,98	975.880,98
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	92.300,00	68.800,00	201.200,00	362.300,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	59.400,00	29.800,00	0,00	89.200,00
THH 6	Soziales & Arbeit	0,00	16.200,00	2.300,00	18.500,00
THH 7	Jugend & Familie	0,00	28.500,00	37.700,00	66.200,00
Gesamthaushalt		**255.300,00**	**167.500,00**	**1.379.480,98**	**1.802.280,98**

Ermächtigungsübertragungen im Finanzhaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt wurden gemäß der Bestimmung des § 21 Absatz 1 GemHVO gebildet und betragen insgesamt 1.127.087 EUR.

PG	Bezeichnung	bereits genehmigt - in EUR -	Zustimmung Ausschuss - in EUR -
11.24	Gebäudemanagement	22.536,00	
12.70	Rettungsdienst	23.161,00	
12.80	Katastrophenschutz	3.700,00	
	Mobile Ölsperre		210.000,00
21.20	Sonderschulen	29.696,00	
21.30	Berufsbildende Schulen	49.150,00	
21.50	Kreismedienzentrum	4.800,00	
54.20	Kreisstraßen		
	Radwegebrücke Märkt		154.732,00
	TU Rümmingen		373.734,00
	Fuhrpark		105.578,00
54.70	ÖPNV - Zuschuss Tram 8		150.000,00
Summe		**133.043,00**	**994.044,00**
Gesamtsumme		**1.127.087,00**	

Die Genehmigungen für die Ermächtigungsübertragungen unter 100.000 EUR wurden durch die Landrätin erteilt. Die über dieser Wertgrenze liegenden Einzelfälle werden entsprechend den Vorschriften der Hauptsatzung mit der Feststellung des Jahresabschlusses dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Detailsicht über die gebildeten Ermächtigungsübertragungen findet sich im Anhang unter Kapitel 9 – Anlagen.

Gegenüberstellung Zeilentexte

In nachfolgender Übersicht werden die Abweichungen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeilentexte in der Gesamt- sowie in den jeweiligen Teilrechnungen dargestellt. Abweichende Bezeichnungen werden rot hervorgehoben:

Gesamtergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung lt. §§ 49 und 51 GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktivierte Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummer 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Ordentliches Ergebnis
20	+/-	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren
21	=	Ordentliches Ergebnis einschl. Fehlbetragsabd. (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung
22	+	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Erträge
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Aufwendungen
24	=	Sonderergebnis (Saldo aus Nummern 22 und 23)	Sonderergebnis
25	=	Gesamtergebnis (Summe aus Nummern 21 und 24)	Gesamtergebnis

Gegenüberstellung der Zeilentexte

Gesamtfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO			Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	Sonstige Transfereinzahlungen
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	Zinsen und ähnliche Einzahlungen
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	Sonst. haushaltswirks. Einzahlungen
9	=	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 8 ohne außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung)	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
10	-	Personalauszahlungen	11 Personalauszahlungen
11	-	Versorgungsauszahlungen	
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	Zinsen und ähnliche Auszahlungen
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	Transferauszahlungen
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	Sonst. haushaltswirksame Auszahlungen
16	=	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit
23	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 18 bis 22)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen

Gegenüberstellung der Zeilentexte

28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
29	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
30	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 24 bis 29)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
31	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummer 23 und 30)	Saldo aus Investitionstätigkeit
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus Nummern 17 und 31)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
35	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 33 und 34)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
36	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nummer 32 und 35)	Delta Finanzierungsmittelbestand
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanz- mittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Einzahlungen
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Auszahlungen
39	=	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo aus Nummer 37 und 38)	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Summe aus Nummer 36 und 39)	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus den Summen Nummer 40 und 41)	Endbestand an Zahlungsmitteln

Gegenüberstellung der Zeilentexte

Teilergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung lt. § 51 und § 4 III GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen, Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktivierte Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummern 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Anteiliges ordentliches Ergebnis
22	+	Erträge aus internen Leistungen	40 Erträge aus internen Leistungen
23	-	Aufwendungen für interne Leistungen	51 Aufwand für Mitwirkungsleistungen 52 Aufwand für Serviceleistungen 53 Aufwand für Miete (intern) 54 Aufwand für IuK 55 Aufwand für Steuerung/-unterstützung
24	-	Kalkulatorische Kosten	60 Kalkulatorische Kosten
25	=	Kalkulatorisches Ergebnis (Saldo aus Nummern 22 bis 24)	70 Kalkulatorisches Ergebnis
26	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss (Summe aus Nummern 21 und 25)	90 Nettoressourcenbedarf oder -überschuss

Gegenüberstellung der Zeilentexte

Teilfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Teilfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO			Einzahlungs- und Auszahlungsarten Teilfinanzrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
2	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nummer 1 und 2)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit
9	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 4 bis 8)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
15	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
16	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
17	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüber-schuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Saldo aus Investitionstätigkeit
18	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe aus Nummer 3 und 17)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
21	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätig-keit (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus Nummer 18 und 21)	Delta Finanzierungsmittelbestand